

Denunzianten und Spießbürger Streit ums Geld bei den Grünen

Um 38.000 DM sollen die Grünen Steuer und Sozialversicherung hintergangen haben. Ca. 1,5 Millionen DM haben grüne Bundestagsabgeordnete den politischen Bewegungen, die sie ins Parlament gebracht haben, seit der letzten Bundestagswahl vorenthalten. Die Umwertung der linken Werte grassiert: Deine Diäten darfst du behalten, nur nicht die Steuer betrügen.

Was mag den grünen Bundestagsabgeordneten Peter Sellin bewogen haben, vor dem Bundesausschuss seiner Partei den Vergleich zwischen dem Flick-Skandal und der sogenannten Wittgenstein-Affäre der Grünen — so genannt nach ihrem Parteitagungsheim in der Nähe von Bonn — zu ziehen? Kennt ein nicht ganz unerfahrener Politiker wie Sellin nicht den Unterschied zwischen der Schieberei von Milliarden DM Steuervorteilen zugunsten eines Konzerns, der sich in Vergangenheit und Gegenwart vor allem im Rüstungsgeschäft einen Namen und sein Verdienst gemacht hat, und dem „Skandal“, daß Grüne in Sachen Tagungshaus die Steuer um eine fünfstelligen Summe beschuften haben?

Er müßte es wissen, doch scheint solchen Grünen nur eines bedenkenswert: Du darfst den Staat nicht betrügen, ob du Flick oder Schulz, Lambdorff oder Möller heißt. Vor dem Gesetz sind beide Sünder gleich, ironisierte Rainer Trampert diese neugrüne Moral: der Grüne, der die Steuer hintergeht und einem Junkie ermöglicht, sich eine Hose zu kaufen, und der hochrangige bürgerliche Politiker, der einem Rüstungskonzern Vorteile verschafft.

Nach der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols in der Linken nun die Kampagne der grünen Realos und Spießbürger für das staatliche Steuermonopol. So absolut daneben wollen Sellin, Bockmann u.a. als Mitinitiatoren den „Grünen Aufbruch 88“ einleiten und die grüne Partei weiter abwärts führen!

Fortsetzung S. 2

IWF und Weltbank in Brennpunkt der Kritik

80.000 Teilnehmer auf der Demonstration gegen IWF und Weltbank zum Auftakt der Tagung, 8.000 zum Abschluß auf der malgeblich autonomen „Internationalistischen Demonstration“ zu ihrem Abschluß — dazwischen phantasievolle Aktionstage, davor ein internationaler Gegenkongress und ein Öko-Kongress, die ablehnenden oder kritisch-reformerischen Aktivitäten stahlen den Bankern die Show.

Auch das martialische Aufgebot von 8.700 Polizisten, knapp tausend Festnahmen, Knüttelinsätze, Polizeikessel, Pressebehinderungen und zahlreiche Veranstaltungsverbote konnten diese positive

Bilanz des Widerstands nicht verhindern.

Entgegen getrennten Planungsverläufen im Vorfeld der Anti-IWF-Aktivitäten kam es überwiegend zu gemeinsamen Aktivitäten der Linken, gelang der Gegenseite eine Entmischung des Protestes ebensowenig wie die Befürchtung der Autonomen Wirklichkeit wurde, daß die Weltbank-Reformer das Bild der Gegner dominieren würden.

Eine Bilanz und Einschätzung der Anti-Weltbank-Tage in Westberlin sowie die Dokumentation der „Westberliner Erklärung“ des Gegenkongresses auf den

Seiten 4 — 7



Trotzki
über Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Im 71. Jahr der Oktoberrevolution sind erstmals die Werke des in der Sowjetunion immer noch verfeimten und verbotenen Praktikers und Theoretikers der Revolution auf Deutsch erschienen. S. 37

Walhalla
rief.
Strauß
kam.
Nicht
alle
trauern
S.3



Sieg über das NO, aber eine DIKTATUR bleibt eine DIKTATUR

„La alegría ya viene“, die Freude ist schon unterwegs, aber noch nicht am Ziel. Erwartungsvoll, selbstbewußt, siegesicher führte die chilenische Opposition ihre Kampagne gegen Pinochet und für das Nein in dem Plebiszit, mit dem der Diktator eine Verlängerung seiner Amtszeit bis 1997 erreichen wollte. Nach einigen Stunden Verzögerung räumten die Militärs ihre Abstimmungsniederlage vom 5. 10. 88 ein. 3,1 Millionen (43,0%) sieht das vom chilenischen Innenministerium bekanntgegebene Ergebnis an der Seite des Regimes, 3,9 Millionen (54,7%) dagegen. Zum Schluß der Kampagne hatte die Opposition eine Million Anhänger auf die Straße gebracht. Die Militärs brachten es dagegen nur auf einige tausend oder zehntausend. Als das Ergebnis bekanntgegeben worden war, durchbrach die chilenische Jugend die Aufrufe zu Ruhe und Ordnung und feierte auf der Straße. Die Militärs ließen Zweifel an ihrer Haltung gar nicht erst aufkommen: Zwei Demonstranten wurden erschossen.

Fortsetzung S. 21

Das Ende der traditionellen „Partei der Arbeiterklasse“



Interview
mit
Georg Fülberth
zur
Krise
der DKP
S. 32

„Ich bezweifle den Nutzen der UZ in ihrer gegenwärtigen Form“, erneuerte Georg Fülberth in der UZ vom 11. Oktober seine Kritik an der Publikationsfähigkeit seiner Partei. Das politische Gewicht der Partei sei zu gering, als daß eine Tageszeitung sinnvoll sei. Die DKP solle daher ein wöchentliches Mitgliederblatt herausgeben, in dem Positionen zu aktuellen Problemen und Grundsatzfragen, eine Verständigung über Aktionsmöglichkeiten ausgetauscht, diskutiert und entwickelt werden können. „Ein schwaches Beispiel dafür ist das Monatsblatt „sozialdemokratisches Magazin“ der SPD, denn es ist letztlich doch nur eine Kondenzatschrift der Parteiführung“, endete Fülberths Diskussionsbeitrag in der UZ.

Dabei hatte er noch mehr geschrieben, was der UZ trotz Offenheit in der Diskussion und Glasnost zensurwürdig erschien. Fülberths Schlusssatz wurde einfach wegeschnitten. Und der lautete: „Interessanter finde ich schon den vierwöchentlich erscheinenden „Arbeiterkampf“ des Kommunistischen Bundes (KB). Und unser Mitgliederblatt müßte eben besser werden als beide zusammen.“ Das Alleinverbreitungsmonopol für kom-

munistische Politik scheint man in den Führungsetagen von DKP/ UZ-Redaktion ebensowenig aufgeben zu wollen wie die Dummheit, was man nicht hören mag dadurch besonders interessant werden zu lassen, daß man es verbietet oder zensuriert.

Er geht nicht immer taktisch mit den Tabus der DKP um: Georg Fül-

berth, Parteimitglied, Historiker aus Marburg. Schon im Juli stürzte er den Sprachkonsens seiner Partei, als er in der UZ über die UZ sagte, daß deren Erscheinen „unter dem Gesichtspunkt der Ideologie“ nicht schade, jedoch „unter dem Gesichtspunkt des Walf.“, „wels ist sie eine schädliche Zeitung“. Er stehe nicht zu seiner Parteizeitung und kenne nur wenige, die dies tun.

Die Provokation gelang, das Echo in der UZ war entsprechend empört. Doch neben Beschimpfungen gab es in Leserbriefen auch Zustimmung für Fülberth, der seinen Angriff als Teil seiner Thesen „vom Ende der kommunistischen Massenpartei“ in Westeuropa vorstand.

Daß Fülberth noch mehr als Schmeicheleien für unsere Ohren anzuhören hat, beweist er im Gespräch mit dem AK. Wir interviewten ihn zur „Pax Americana“, zum Verhältnis zur Sowjetunion, zum Ökonomismus der DKP, zum Abschied von der Partei der Arbeiterklasse, zur DKP als Menschheitspartei, zu Kommunisten und Ökologie, zum DKP-Reformismus, zum Antikommismus in der Partei.

Interview auf den Seiten 32 — 34

Produktivkraft

Thesen

zur

Gentechnik

S.22

Stahlboom

Unruhe

in

Rheinhausen

S.12

Perestroika

Zurück

zur

„Weiblichkeit“

S.29

Celler Bomben-Ausschuß: Alte Enthüllungen und neue Reaktionen

Niedersachsens Geheimdienste setzen Markenzeichen: Der fingierte Anschlag auf die Celler JVA, die Verwicklungen in den Mordkomplott gegen den Führer der kanarischen Befreiungsbewegung und in den Tod von Barschel, die Beteiligung von LKA-Beamten am Waffenhandel und an der Vertuschung von Tötungsdelikten. Und immer wieder mysteriöse Todesfälle, die den Weg der niedersächsischen Geheimdienste pflastern (der Arbeiterkampf berichtete in mehreren Ausgaben darüber).

Der II. Parlamentarische Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtags, der versucht, die Hintergründe des Celler Bombenanschlags und die Zusammenarbeit niedersächsischer Behörden mit dem Geheimagenten Werner Mauss wenigstens notdürftig zu beleuchten, hat nun ein weiteres Kapitel der Polizeiwirklichkeit aufgedeckt.

War es in der letzten Zeit ein wenig ruhiger um den Untersuchungsausschuß geworden — so konnte z.B. die zweite Vernehmung von Mauss wie erwartet keine neuen Erkenntnisse bringen —, entzündeten sich die Gemüter ausgerechnet an Enthüllungen auf Nebenschauplätzen.

Nach der Vernehmung des ehemaligen LKA-Beamten Hoffmann am 6.10.88 meldete die TAZ vom 8.10.88: „Knack in Hannover“. Und die „Frankfurter Rundschau“ vom gleichen Tage: „Koalition in Frage gestellt.“

Sonderkommission „Zitrone“

Am 6.10.88 nahm Rainer Hoffmann Platz im Zeugenstuhl des niedersächsischen Landtags. Für den Kenner der Polizeiszene konnte der ehemalige Kriminalhauptkommissar beim LKA nicht viel neues erzählen. Aber immerhin, die Wurze liegt im Detail, und es wird sofort spannend, wenn ein Polizeibeamter über die normale Geheimdiensttätigkeit der Polizei plaudert. Da braucht es gar nicht um große Sensationen zu gehen; der alltägliche Dienstbetrieb lehrt auch so das Grauen.

Hoffmann, der als einer der einstigen Vertrauensmänner des Werner Mauss bei der niedersächsischen Polizei bezeichnet

werden muß, berichtete dem Ausschuß über einige Operationen der Sonderkommission „Zitrone“, deren Leiter er war.

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre beobachtete die Polizei das Entstehen von Formen der sogenannten „Organisierten Kriminalität“ in Niedersachsen. Bestimmte sich häufende Straftaten im Bereich der Gastronomie ließen darauf schließen, daß sich in Niedersachsen eine Mafia-ähnliche Organisation etabliert hatte, die überregional und international arbeitete. 70 Brandanschläge auf mehrere Pizzerias und Diskotheken ließen die Polizei vermuten, daß die Mafia oder die Camorra versuche, über Schutzgelderpressungen das gesamte norddeutsche Gaststättengewerbe an sich zu reißen.

Die Polizei stand vor einigen Problemen. Mit herkömmlichen Mitteln war der mafiosen Organisation angeblich nicht beizukommen. Also wurde im Februar 1981 mit dem Aufbau der Sonderkommission „Zitrone“ begonnen. Der Name zeigte, in welche Richtung die Ermittlungen gehen sollten; über die Formen der Ermittlungen sagte er jedoch wenig.

Für das LKA war aber klar: Mit V-Männern, Geheimpolizisten, einer geheimen Spidek-Dasei und illegalen Telefonüberwachungen sollten die Strukturen der „Organisierten Kriminalität“ erkundet werden.

Indes zeigte sich sehr schnell, daß man innerhalb kürzester Zeit zwar über viele Informationen verfügte, die aber allesamt unbrauchbar waren. Eine Handhabe für einen entscheidenden Schlag hatte man nicht.

Die sollte der Mann fürs Grobe, der Geheimagent des BKA und VS, besorgen. Werner Mauss trat in Aktion. Er machte sich zügig an die Arbeit, hatte er doch auch noch einen gut bezahlten Auftrag der Versicherungswirtschaft, die ebenfalls unter den gefährlichen Brandanschlägen litt.

Innerhalb kurzer Zeit konnte Mauss über das Hehlgeschäft in die Unterwelt eintauchen. Er entwickelte eine rege Reisefähigkeit. Italien, Belgien, Griechenland und die Schweiz waren seine Stationen. Fast alles lief über den „kleinen Dienstweg“, d.h. die Versicherungen

zahlten die Unkosten und die ausländischen Behörden wurden offiziell über die Ermittlungen und Aktivitäten nicht in Kenntnis gesetzt.

Aber effektiv war das, was Mauss anfangs zutage förderte, keineswegs. Das LKA hätte zwar mit Hilfe des undercover-agents mehrere Hehler hochnehmen können — nach den bestehenden Gesetzen sogar müssen —, aber darauf verzichtete man, zum einen, um den weiteren Verlauf der Operationen nicht zu gefährden, und zum anderen, weil man Mauss in den zu erwartenden Prozessen nicht als Zeugen präsentieren wollte. Schließlich waren doch nur „kleine Fische“ in das Netz des gepriesenen Superagenten gegangen.

Die niedersächsische Polizei schlug nun, auf Mauss' Anregung hin, einen anderen, erfolgversprechenden Weg ein: Man wollte selbst Straftaten planen, organisieren und ausführen.

Als erstes Projekt suchte man sich eine Möbelfabrik in Dissen bei Osnabrück aus, die von vier Kriminellen im Auftrag eines gewissen „Destroche“, wie sich Mauss in diesem Komplex zu nennen beliebte, eingesechert werden sollte. Die Planungen liefen auf Hochtour. Die Ganoven, die die Polizei angeheuert hatte, saßen schon in einem Nobelhotel zusammen, da bekam im letzten Moment der LKA-Beamte Hoffmann, der ja offiziell der Leiter der Operation war, kalte Füße und unterrichtete vorsichtshalber den zuständigen Staatsanwalt, um die Aktion hier absichern zu lassen.

Überraschenderweise, muß man wohl in diesem Zusammenhang sagen, wollte der Staatsanwalt bei diesem Vorgehen nicht mitziehen und drohte mit Eingriffen. Mauss und der hochrangige LKA-Beamte Müller, Hoffmanns Vorgesetzter, waren verärgert. Für sie schien Hoffmann nicht über die notwendige Nervenstärke zu verfügen, die man für eine optimale verdeckte Polizeitätigkeit braucht.

Nach diesem Patzer von Hoffmann disziplinierten das LKA und Mauss schnell um. Ein neues Objekt wurde ausgesucht. Eine Luxusjacht in Griechenland auf Rhodos sollte nun im Auftrag der Staatsorgane in Schutz und Asche gelegt werden.

Die Unterweltler Vico Pilleri und Langenitz wurden für diesen Coup angeheuert. Das LKA besorgte 300.000 DM Vorzeigegeld, vermutlich aus Spielbankbeständen. Dies sollte der Lohn für den geplanten Anschlag sein.

Doch dazu kam es nicht mehr. Nach mehreren Reisen nach Griechenland wurden Pilleri und Langenitz von der griechischen Polizei — nach Hinweisen von niedersächsischen Behörden über geplante kriminelle Taten — verhaftet.

Verkrüppelte Hand und eingeschlagener Zahn

Aber der eigentliche Erfolg blieb aus. Pilleri und Langenitz packten nicht wie erhofft aus. Ca. 14 Tage nach der Verhaftung begab sich Hoffmann nach Griechenland, um die beiden Verhafteten zu einer Aussage zu bewegen. Mag sein, daß Hoffmann den beiden gütlich zugedacht und einen Deal vorgeschlagen hat: umfassende Aussage gegen Haftverschönerung und weitere Zusammenarbeit mit dem LKA. Fakt ist, daß Hoffmann mit leeren Händen nach Hannover zurückkam. Der schon erwähnte LKA-Beamte Müller war erzürnt über dieses neuerliche Versagen seines Untergebenen. Müller behauptete, daß bei ihm noch jeder ausgepackt hätte. Er fuhr daraufhin höchstpersönlich nach Griechenland. Doch auch er konnte — trotz aller Bemühungen — nicht erreichen, daß die beiden Verhafteten Aussagen machten. Nur eins blieb: Seit jener Zeit hat Pilleri eine verkrüppelte Hand und einen ausgeschlagenen Schneidezahn.

Obwohl Pilleri und Langenitz keine Straftat verübt hatten, wurden sie von griechischen Gerichten zu neun bzw. sechs Jahren Haft wegen „Bildung einer Schreckensbande“ verurteilt — aufgrund einer „hervorragenden Zusammenarbeit“ zwischen bundesdeutscher und griechischer Polizei, wie es in der Publikation des niedersächsischen Innenministeriums „Unsere Sicherheit“ Juni 1982 so schön heißt.

Nachzutragen bleibt, daß die griechischen Behörden über die Hintergründe nicht aufgeklärt worden sind.

SPD und vor allem FDP fahren heute, nach der Aussage Hoffmanns, schwere Geschütze gegen die Landesregierung auf. Die SPD bezeichnete „diese Form polizeilicher Ermittlungsarbeit als Skandal“ (Göttinger Tageblatt, 8.10.88). Der Landtagsabgeordnete R. Fischer (FDP) drohte mit dem Platzen der FDP/CDU-Koalition, „mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit“ in Niedersachsen. Die Koalition steht und fällt — so Fischer — mit „der radikalen Aufklärung dieser Skandale“ (TAZ, 8.10.88). Und sogar der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch, meldete sich aus Bonn zu Wort: „In Niedersachsen ist die Polizei offenbar außer Rand und Band“, Hirsch weiter: Es werde „auf erschreckende Weise deutlich, daß dort die Polizei nicht politisch geführt wird.“ (FR, 8.10.88)

Albrecht und Hasselmann dürften über diese Inszenierung der FDP eher schmunzeln, denn schließlich war die FDP maßgeblich am Aufbau der Geheimpolizei durch das BKA beteiligt und hat die Polizei politisch dahin geführt, wo sie heute steht. Besonders die niedersächsische FDP hat sich ihren christlichen Koalitionspartner ausgesucht, trotz oder vielleicht sogar wegen dessen Politik im Bereich der Inneren Sicherheit.

Denn so neu sind die Enthüllungen des LKA-Beamten Hoffmann auch nicht. Gerade die Soko-„Zitrone“ war für die Landesregierung das Paradebeispiel bei der Begründung der verdeckten Ermittlungen. In „Unsere Sicherheit“ Juni 1982 kann man über die Ergebnisse der Soko-„Zitrone“ nachlesen, die der damalige LKA-Chef Waldemar Burghard wie folgt zusammenfaßte: „13 Festnahmen sind das vorläufige Ergebnis (die beiden Organisatoren der Brände sind dabei). (...) Sie sind inzwischen abgeurteilt wegen des Versuchs, eine Luxusjacht in Brand zu setzen. Beim Versuch blieb es, weil Polizeibeamte „vor Ort“ waren und schlimmeres verhinderten. — Der Fachmann wird staunend die Zusammenhänge erahnen und der Laie sich wundern.“

Und wer will bezweifeln, daß Hirsch und Fischer Fachmänner sind?

He., KB Göttingen

Fortsetzung von Seite 1

Lukas Beckmann, gewaltfreier Kämpfer für Recht und Ordnung („Öffentlichkeit ist unsere eigenste, schärfste, gewaltfreie Waffe“), wagt als „Arbeitskreis Glasnost“ (für was Gorbatschow alles herhalten muß) mutig den Angriff auf den grünen Fiß, in der Partei von Fundis und Linken angefeindet, auf nichts weiter als „ta“, „Spiegel“ und die Medien gestützt.

Klaus Hartung, schreibendes Ekel der „ta“, übertrifft sie alle. Nicht nur Flick-Affäre, sondern Barzel, Barschel und noch mehr, „ein System mafioser Abhängigkeit“ hat er bei den Grünen entdeckt. Der Mensch hält Maß, der blickt durch, scheint Weltmeister der Analyse. Die ist Hartung und „ta“-Mitgründer Arno Widmann schon mal zwei „ta“-Seiten Dokumentation des „Glasnost“-Papiers von Lukas Beckmann wert. Kleinlichste Denunziation, die nur den Sinn hat, Finanzpomp vermuten zu lassen — Vertuschungen und Manipulation nahezuweisen, vor allem durch sündige Wiederholung von Namen vier immer schon veraltete Fundis und Linke zum Abschuß freizugeben: die Bundesvorsandsmitglieder Hermann Schulz, Julia Dittfurth und Christian Schmidt sowie Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde. Nein, aufklären will die „ta“, gar nicht, bekennt Hartung auf Seite eins der „alternativen“ Tageszeitung, das mache schon die Staatsanwaltschaft, die wegen Verdachts auf Lohnsteuerhinterziehung und Untreue untersucht — wie beruhigend. Eine „ta“-Spitzenleistung in Lumpenjournalismus, für die nachträglich das Honorar aus der SPD-Baracke angefordert werden sollte, wenn es nicht schon gezahlt wurde.

Das Delikt: Es geht um 10.000 DM dem Finanzamt vorenthaltenen Lohnsteuer und 28.000 DM nichtgezahlter Versicherungsbeiträge. Wer die eingesteckt hat? Bis vor kurzem niemand, seit kurzem der Staat, weil die Grünen angesichts der Denunziation nachbezahlt haben. Du sollst den Staat nicht betrügen, erstes Gebot der Spießbürger, Saubermänner und Doppelmoral-Priester. Es geht nicht um den Vorwurf der persönlichen Bereicherung, was den Spießer noch nie gestört hat, bei den Grünen aber allerorten aufzuheben wäre.

Es geht um das wenige, was uns not-

rischen Staatsgegnern und Steuerbetrüggern die Grünen noch sympathisch hält: daß sie nicht nur angepaßt, reputierlich sind, sondern auch noch nützlich, manchmal daneben.

Man mag über das grüne Projekt Wittenstein, dieses ökologische und behindertenfreundliche Musterprojekt, denken was man will, man mag bezweifeln, ob die Partei gut daran tut, in so ein Projekt drei Millionen DM oder mehr zu stecken. Anstößig ist deswegen nicht, daß dort Junkies an Steuer und Sozialversicherung vorbei beschäftigt wurden. Man mag darüber den Kopf schütteln, wie dilettantisch vieles an diesem Bau angegangen wurde, diskutiert das, ändert das oder was auch immer.

Nur Lukas Beckmann, der Mann der rot sieht, der selbst in seiner Bundesvorstandszeit vehementer Befürworter des Hauses Wittenstein war (anders als Rainer Traupert, der damals als einziger im Bundesvorstand dagegen gestimmt hat-

den ersten Veröffentlichungen im „Spiegel“. Da hat er sich tatsächlich fast identisch zu sonstigen erappten Sündern verhalten. Doch hat er sich andererseits adäquat zu den Reaktionen in der grünen Partei selber verhalten, die zu einem nicht geringen Teil das neue Spießbürgertum in ihren Reihen beherbergt. Vermutlich haben sich einige Leute auch vor Strafverfolgung schützen wollen. Entscheidender aber scheint mir zu sein, daß möglicherweise das Ausmaß des Denunziantentums bis zur Konsequenz extremen Schadens für die eigene Partei falsch eingeschätzt wurde. Darin wurde er eines Besseren belehrt.

Ein Skandal ganz anderer Güte für das grüne Selbstverständnis bleibt bislang von der Finanzdiskussion der Partei unberührt. Was passiert mit den Diäten und Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten? Längst schon in deren Privatisierungstrend, in einigen Landesverbänden der Partei gibt es gar keine Beschlüsse zur

Am 2./3. September hat die grüne Bundestagsfraktion mit 15 gegen 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen, strittige Abrechnungen der Abgeordnetenbezüge den jeweiligen Landesverbänden zur Klärung zu überlassen. „Die nicht akzeptierten Außenstände gehen zu Lasten des jeweiligen Landes-Ökofonds.“ Abgelehnt wurde mit 13 gegen 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Antrag auf unverzügliche Offenlegung der Spenden an die Ökofonds. Daraufhin protestierten die Abgeordneten Bött, Ebermann, Hüser, Beer, Olms und Krieger beim Bundesausschuß der Grünen gegen diesen Geheimhaltungsbeschuß.

Hintergrund: Allein eine Minderzahl von Abgeordneten führen der (größtenteils) Beschlüsse der Partei entsprechend korrekt ab (darunter alle aus Hamburg, Westberlin, Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein). Die Mehrzahl aus den großen, „realpolitisch“ orientierten Bundesländern NRW, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern sowie aus Rheinland-Pfalz führt gar nichts bzw. nur einen Teil oder nur sehr unregelmäßig ab. Es dürfen 17 bis 20 Leute sein, die hierunter fallen. Von den übrigen sind eine Reihe im Rückstand. Eine Reihe Abgeordneter entscheidet nach eigenem Dafürhalten, in welche Projekte Geld gegeben wird. Auf Stand dürfen zur Zeit nur eine gute Handvoll der Abgeordneten sein.

Um was es dabei geht? Der Siedelfinger Beschluß der grünen Partei aus dem Jahre 1983 sah vor, daß die Überschüsse aus Diäten und Aufwandsentschädigung an die Ökofonds der Partei abzugeben sind. Dabei sind die Grünen in ihrer Praxis sowieso schon sehr großzügig, was die Möglichkeit angeht, Eigenmittel geltend zu machen. Sogenannte Härtefälle, soziale Leistungen etc. werden ebensowenig pingelig berechnet, wie die Abrechnung von Kindergeld und Unterhaltsgeld, das Abgeordnete zahlen müssen/sollen/wollen.

Um was für Summen es geht? 14.000 DM brutto erhält ein Abgeordneter monatlich. Alle Abzüge abgerechnet müßte im Durchschnitt jeder DM 4.500-5.000 an die Ökofonds abgeben. Wer seit der Bundestagswahl 1987 nicht abgerechnet hat, hat damit bislang etwa 90.000 DM einbehalten. Vorsichtig geschätzt sind den Fonds der Partei — zum geringeren

Teil ein Sozial- und Härtefonds für die MitarbeiterInnen, zu größeren Teilen den Bewegungs- oder Ökofonds sowie dem Topf zur Finanzierung aktueller politischer Aktivitäten — etwa 1,5 Millionen DM vorenthalten worden.

Gelder, die nicht nur der Partei vorenthalten werden, für die man sich ins Parlament hat wählen lassen, sondern auch den politischen Bewegungen, denen gegenüber man sich verpflichtet hat. Dies ist der eigentliche, politische Finanzskandal, über den kaum jemand spricht, der Beckmann, „ta“-Hartung, Spießbürger, „Spiegel“ und sonstige bürgerliche Medien einen feuchten Kehrriech interessiert. Daß es soweit überhaupt kommen konnte, symbolisiert die Kehrseite der bewußt betriebenen Zerstörung der Grünen als parlamentarische Opposition: ihre Selbstzerstörung als eine den politischen Widerstand der Linken unterstützende Kraft im Land.

hr.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abowaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 32,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst P giro Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage beige.



Familie Sauberggrün rät: „Spare jetzt, dann hast du bei uns 5%“

te), interessiert sich dafür gar nicht. Er betreibt über den „Spiegel“ dessen und der Sozialdemokraten Geschäft der Schädigung der Grünen, wo immer möglich. Der „Spiegel“ hat — nachdem er eine Zeitlang die Reals um Fischer gefeuerd hat — schon lange von grün auf gelb, von rot-grün auf sozialliberal umgeschaltet, oder anders ausgedrückt, in der Sprache der Beckmanns und Hartungs: von den grünen Steuersündern auf den Steuersünder Lambadorff als Partner der SPD umgesattelt.

Sicherlich kann man auch den grünen Bundesvorstand dafür kritisieren, daß er nicht schon viel eher ein klares, sich zur Steuersünde bekennendes Wort gesagt hat, sondern erst knapp vier Monate nach

Abführung eines Teils der kassierten Gelder mehr. In fast allen Landesverbänden, die linke GAL eingeschlossen, wird von Parteivorständen das Mäntelchen peinlichen Schweigens um das Finanzgebahren der Mandatsträger gehüllt. Wie sich die Zeiten geändert haben, kann man daraus ersehen, daß vor der Bundestagswahl 1987 immerhin noch so viel Druck in der Frage der Abführung der Diäten vorhanden war, daß Joschka Fischer es politisch für opportun hielt, vorsorglich einbehaltenes Gelder nachzuzahlen. 1988 sind es insbesondere die Reals im weitesten Sinne, die die politische Zielorientierung auf den „konsumfreundlichen Citizen“ (Realo-Manifest) vorsorglich für sich schon mal zu verwirklichen scheinen.

Eine kämpferische Großdemonstration

Alle polizeistaatlichen Einschüchterungs- und Abschreckungsmaßnahmen halfen nicht: Rund 80.000 Menschen demonstrierten am 25.9.1988 in einer sehr bunten, phantasievollen und kämpferischen Demonstration gegen die Politik von IWF und Weltbank, darunter Blocks mit musikalischen Einlagen und Trommeln, Straßentheater, Skulpturen — darunter auch zwei relativ starke „autonome“ Blöcke, die ihre Gesichter nicht filmen lassen wollten, obwohl die Autonomen ausdrücklich nicht zu dieser von ihnen als „reformistisch“ bezeichneten Demonstration aufgerufen hatten.

In dem riesigen Demonstrationzug, der sich in 14 Blöcke vom Mittelamerika-Block bis zu Gewerkschaften und Kirchen aufteilte, herrschte nicht nur eine gute Stimmung, sondern auch hier überwogen die radikalen Parolen wie „Internationale Völkermordzentrale — IWF“. Die „Jaz“ sprach von einer „Protestveranstaltung der Superlative“, die mit einer Abschlussskundgebung, auf der Vertreterinnen des Bündnisses und aus Peru, Südafrika und Indien sprachen, insgesamt friedlich beendet werden konnte.

Dass die rund 8.000 Polizisten sich im wesentlichen auf Objektschutz, deutlich sichtbare Präsenz, einige kleinere Schutzmäntel und zeitweiligen engen Spalieren um die „Schwarzen Blöcke“ beschränkten, obwohl die Polizeiführung vor der Demonstration angekündigt hatte, das Versammlungsverbot konsequent durchsetzen zu wollen, hing mit dem politischen Kalkül zusammen, der Weltöffentlichkeit Bilder von Randalen wie nach dem Reagan-Besuch zu ersparen und stattdessen für ein weltoffenes Image zu werben. Für die parallel zur Bankertagung stattgefundenen Aktionstage galt Kewenigs Lösung der „Besonnenheit“ jedoch nicht.

Die Aktionstage

Ein wesentlich kleineres politisches Spektrum, dafür aber in Absprache und unter Beteiligung der autonomen Gruppen, lief zu den sogenannten Aktionstagen auf, die bereits in der Zeit des Gegenkongresses begonnen und mit dem Ende der Bankertagung abgeschlossen wurden. Das reichhaltige Programm der Aktionstage umfasste Straßentheater, „Stadtspiele“, „Bankersparzergänge“, Fahrraddemos, einen „Kaufrausch“, Kundgebungen vor Konzerten und Banken, „Bürger beklatschen Banker“ und das „Trommeln in der Nacht“ des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen“. Ein Teil dieser vielfältigen dezentralen Aktionen wurde von vornherein von der Polizei verboten.

Westberliner Finanzsenator Rexrodt und die Ehefrau des IWF-Präsidenten Camdessus am Betreten des Banker-Bunkers gehindert wurden, weil sie ihre Akkreditierungskarten nicht sichtbar an ihren Klammern angebracht hatten.

Unter dem Motto „Kein Strom für den Kongress“ riefen die Anti-AKW-Gruppen am Montag (26.9.) zu einer Kundgebung vor dem Siemens-Konzern in Siemensstadt auf, die ausnahmsweise mal erlaubt war. Die Polizei führte zahlreiche Taschenkontrollen bei den ankommenden Demonstrantinnen durch, während diese sich durch bayrische Blasmusik an die auswärtigen Polizeieinheiten revanchierten. 800 bis 1.000 Leute folgten der Kundgebung und kurzen Demonstration, in der in verschiedenen Redebeiträgen auf die Expansion des Siemens-Konzerns und seine Rolle in der „3. Welt“ hingewiesen wurde.

Vom „Trommeln in der Nacht“ ...

Bereits am Freitag, 23.9.88, zogen etwa 150 „Taxistas“ mit einem langen Autokorso durch die Innenstadt, um mit lautem Hupen, Musik und Redebeiträgen gegen IWF und Weltbank zu protestieren. Am Ende dieser Aktion wurden drei Menschen vorläufig festgenommen.

Am Samstag, 24.9., nachmittags, waren eine „Trommelfeuer“-Aktion des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen“ und das Straßentheater der BUKO-Pharmakampagne von der Polizei verboten und die Kundgebungen unter Tränengas und Knüppelinsatz bei mindestens 15 Festnahmen aufgelöst worden.

Während das autonome Spektrum am Samstagabend gerade ihre „VV“ in einer Kreuzberger Kirche abhielt und sich von ihren Hamburger Freunden Kritik anhören mußten, warum sie sich nicht am breiten IWF-Bündnis beteiligten, befanden sich ca. 2.000 Leute in der Innenstadt, um gegen die brutalen Polizeieinsätze wenige Stunden zuvor zu protestieren. Es bildete sich ein spontaner Demonstrationzug, der sich durch die Innenstadt im Bewegung setzte und sich vom großen Polizeiaufgebot auf den Weg zum Gegenkongress nicht abhalten ließ.

Am späteren Abend dann das „Trommeln“ am Breitscheidplatz, verbunden mit diversen kleineren Demonstrationen im Innenstadtbereich. 12 Personen wurden im Verlaufe der Auseinandersetzungen festgenommen.

Derzeit sorgen die polizeistaatlichen Sicherungsmaßnahmen dafür, daß der

Trommeln in der Nacht

Erfolgreiche Aktionen gegen IWF- und Weltbank-Tagung

Mit einer Mixtur aus geballter Kritik in Veranstaltungen und massenhaften Protesten auf der Straße sollte den Jahrestagungen von IWF und Weltbank zu Leibe gerückt werden — und die Rechnung ging auf: Öko-Kongress, Gegenkongress und ein internationales Tribunal, die seit Vietnam grüßte „internationalistische“ Demonstration mit 80.000 TeilnehmerInnen, bunte, phantasievolle „Aktionstage“ parallel zur Bankertagung, an denen sich täglich mehrere tausend Menschen beteiligten, sowie eine abschließende „internationalistische Demonstration“ mit 8.000 Leuten vorwiegend aus dem autonomen/antimperialistischen Spektrum stahlen den Bankern die Show.

Und das trotz eines herrschenden Ausnahmezustands in der Stadt, für den 6.000 Westberliner und 2.700 westdeutsche Polizisten sorgten, trotz zahlreicher Kessel, trotz zahlreicher Veranstaltungsverbote, knapp 1.000 Festnahmen, Massenverhaftungen und brutaler Knüppelinsätze der speziellen Schlägertrupps aus Bayern und Westberlin, die auch die Presseleute nicht verschonten.

Eine Entmischung des Widerstands und Protestes fand nicht statt — das gesamte Oppositionsspektrum wertete die Aktionen gegen IWF und Weltbank zu Recht als Erfolg. Und mit Ausnahme des Öko-Kongresses und des Tribunals bestimmten radikalere Parolen und Inhalte die Kritik an den heiden Finanzinstitutionen, die die imperialistischen Gläubiger zur Drangsaliierung der Völker der „3. Welt“ beherrschen und einsetzen.

Nicht nur die anwesenden Vertreter aus Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), Befreiungsbewegungen und Wissenschaftler aus der „3. Welt“ zeigten sich von den zahlreichen Protesten tief beeindruckt, machte das Wort von einem „neuen Internationalismus“ die Runde. Mehr noch als die westdeutschen, registrierten die internationalen Medien, vor allem in den Ländern der „3. Welt“, daß nicht die Banker, sondern Kritik und Protest an ihrer Politik im Vordergrund standen. Das hatte es in der Geschichte dieser Jahrestagung bisher noch nicht gegeben.

D./Westberlin

Westberliner Finanzsenator Rexrodt und die Ehefrau des IWF-Präsidenten Camdessus am Betreten des Banker-Bunkers gehindert wurden, weil sie ihre Akkreditierungskarten nicht sichtbar an ihren Klammern angebracht hatten.

Unter dem Motto „Kein Strom für den Kongress“ riefen die Anti-AKW-Gruppen am Montag (26.9.) zu einer Kundgebung vor dem Siemens-Konzern in Siemensstadt auf, die ausnahmsweise mal erlaubt war. Die Polizei führte zahlreiche Taschenkontrollen bei den ankommenden Demonstrantinnen durch, während diese sich durch bayrische Blasmusik an die auswärtigen Polizeieinheiten revanchierten. 800 bis 1.000 Leute folgten der Kundgebung und kurzen Demonstration, in der in verschiedenen Redebeiträgen auf die Expansion des Siemens-Konzerns und seine Rolle in der „3. Welt“ hingewiesen wurde.

Die Aktionstage am Montag begann jedoch schon am frühen Morgen mit kleineren Versammlungen von Frauen vor dem Adler-Textilkonzern, der vor allem in Südkorea produzieren läßt und die dort beschäftigten Frauen zu Hungerlöhnen ausbeutet, und vor der Job-Vermittlungsfirma „Adia interim“, um gegen die ungünstigen Arbeitsverhältnisse zu protestieren.

Und ca. 150 schwarz gekleidete Frauen protestierten vor dem neuen Frauenkloast in Plötzensee u.a. gegen die dortigen Haftbedingungen. Am Nachmittag zogen etwa 300 Menschen in einer Demo im Stadtteil Neukölln an Kaufhäusern und Banken vorbei. Die Staatsmacht hielt sich bei diesen Aktionen zurück und wurde erst wieder am Breitscheidplatz aktiv, der gegen 17 Uhr wieder im Zeichen von Trommeln und Samba-rythmen stand. Vor dem Pan-Am-Büro fand eine Kundgebung gegen Sexuarrismus und Zwangsarbeit von Frauen in den Klüften statt, während unter dem Eindruck starker Präsenz der Grünberockten auf eine Wanderkundgebung gegen Pornokinos, Sklavenhändler und Kaufhäuser verzichtet wurde.

Währenddessen sammelten sich spontan etwa 2.000 IWF-GegnerInnen auf dem Ku-Damm, worauf die Polizei mit einem Kessel und Knüppelinsätzen antwortete. Eier und Farbbeutel flogen. Eine Auflösung der Versammlung im Innenstadtbereich gelang der Staatsmacht jedoch nicht; etwa 1.000 Leute durchbrachen die Polizeiketten und zo-

gen in Richtung TU, etwa 500 Menschen gelang es, gegen 19.30 Uhr an die Deutsche Oper zu kommen, wo die Aktion „Bürger beklatschen Banker“ angesagt war. Die eintreffenden Banker, die sich den Klängen der „Zauberflöte“ hingeben wollten, mußten gellende Pfeifkonzerte über sich ergehen lassen, eine Bankerlimousine wurde stark demoliert. Pfeifen und Trommeln vor der Oper, drinnen Mozart mit Verspätung, dazwischen eine starke Polizeikette. Gegen 20.00 Uhr wurden die Demonstrantinnen mit Tränengas und Schlagstockeinsätzen vertrieben, 200 Leute kurzzeitig vor dem Schillertheater eingekesselt.

Die Leute von der Oper trafen gegen 20.30 Uhr wieder am Breitscheidplatz. Fortsetzung nächste Seite



Foto: H. Wejahn

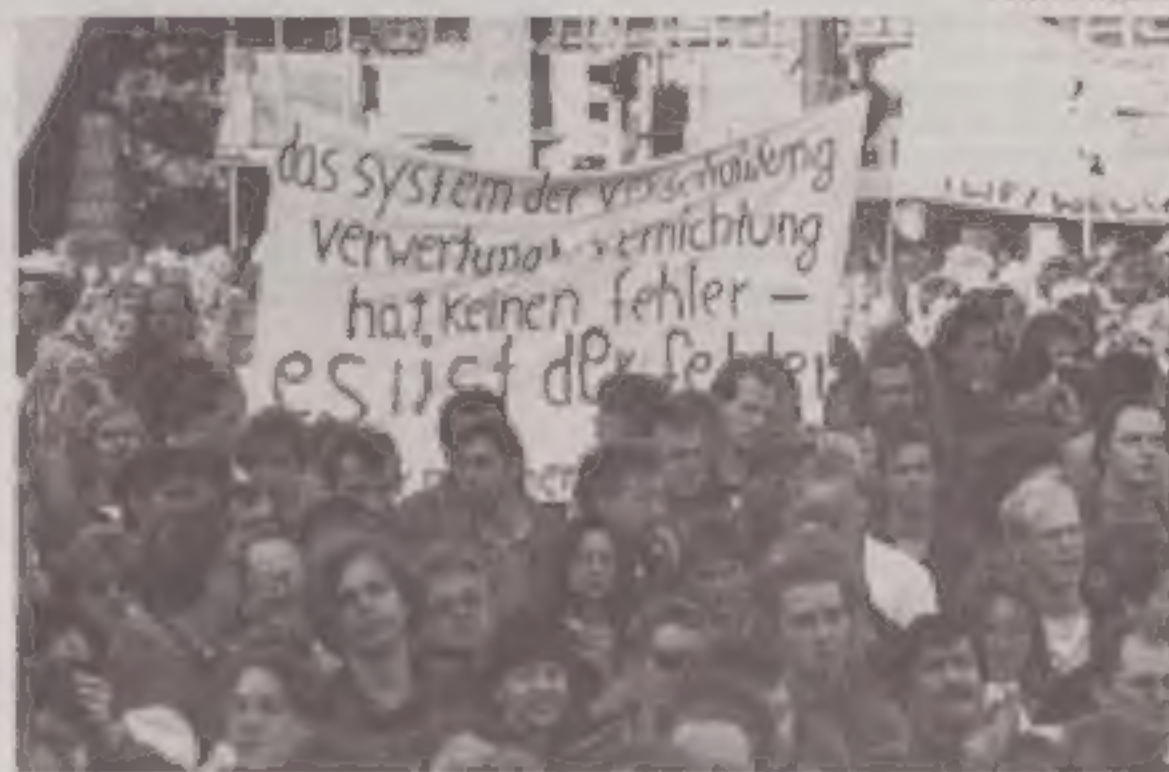


Foto: H. Wejahn



Foto: H. Wejahn

Fortsetzung von vorheriger Seite

ein. Dort waren inzwischen rund 2.500 Menschen zum erneuten Trommeln zusammengekommen — aber auch ein großes Polizeiaufgebot einschließlich der Westberliner EBLT, den SEKs und den bayrischen USKs. Die Polizei knüpfte die verbotene Versammlung auseinander und schloß die Menschen in zwei Kessel ein. Im großen Kessel am Breidscheidplatz, in dem sich rund 1.200 Leute befanden, herrschte gute Laune: es wurde getrommelt, getanzt und feuergespußt. Nachdem die Polizei die Kessel wieder öffnete, zog ein Teil der Protestierenden ab, ein anderer formierte sich in kleineren Gruppen zu erneuten Demo-Gruppen. Diese wurden gegen 22 Uhr gezielt verfolgt und niedergeknüppelt. Aus Kinos und Kneipen wurden mutmaßliche DemonstrantInnen herausgezerrt. In dieser Nacht bekamen auch Journalisten und Kamerteams die Polizeiknüppel zu spüren, wobei sich die bayrischen USK-Trupps als besonders brutal erwiesen und auch vor dem Westberliner Polizeisprecher keinen Halt machten. Die Bilanz gegen 23 Uhr: mindestens 10 schwerverletzte DemonstrantInnen und insgesamt 130 Festnahmen.

Dienstag (27.9.) gegen 8 Uhr früh: Etwa 80 Leute gelang es, von der Polizei abgesperrten Flughafen Tegel zu erreichen, um die einfliegenden Banker entsprechend zu begrüßen. Ca. 160 Leute mußten vor diesen Sperren wieder kehrtmachen. Im Flughafen selbst gab es ein Pfeifkonzert und Buttersäure sorgte für zusätzliches Weltstadtfair. Die Polizei ging wiederum mit äußerster Brutalität gegen die Leute vor und verhaftete vier Menschen. Eine Frau, die festgenommen wurde, mußte sich später vor den männlichen Bullen ausziehen.

Gegen Mittag radelten etwa 200 Jugendliche vom Bezirk Wedding zum Breidscheidplatz gegen den IWF — trotz Verbot und in bester Stimmung.

Später fand das „Stadtspiel“ der Lateinamerika-Gruppen statt, 500 Leute radelten durch die Innenstadt relativ unbehelligt zum Banker-Bunker, dem ICC (Kongresszentrum). Es herrschte wiederum beste Stimmung. Parolen gegen den IWF wurden gerufen, vor „Chibori“ und „Burger-King“ halt gemacht und zum Abschluß das „Seifenlied“ über die SPD („Wir schlagen Schmutz...“) gesungen.

Ebenfalls gegen Mittag fand in der Nähe des Kranzler-Becks eine Kundgebung von etwa 150 Frauen statt. Die Frauen protestierten gegen die Nahrungsmittelpolitik der Weltbank und demonstrierten spontan zum Breidscheidplatz.

Am Nachmittag kamen etwa 2.000 Menschen zu einer Kundgebung vor dem Platin-Konzert Schering im Wedding, um gegen die Politik des Konzerns zu demonstrieren. Denn schließlich spielt Schering eine wichtige Rolle bei der sog. „Geburtenkontrolle“ in den Ländern der „3. Welt“ und stellt u.a. die Drei-Monats-Spritze her.

Nach Abschluß der Kundgebung zogen ca. 400 Leute an den Gesundbrunnen im Wedding, etwa 200 Leute wurden daraufhin durch einen Polizeikessel an die Mauer gedrückt und allesamt (genau 204 ca.) 400 Leute in den Gesundbrunnen im Wedding, etwa 200 Leute wurden daraufhin durch einen Polizeikessel an die Mauer gedrückt und allesamt (genau 204 Personen) nach ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) festgenommen. Zwischen 12 und 48 Stunden mußten die Leute im Knast an der Kruppstraße verbringen.

Währenddessen fand eine erneute Kundgebung von etwa 300 Frauen vor dem Gefängnis in Plötzensee statt. Die Frauen demonstrierten anschließend durch den Bezirk Tiergarten, ohne von den Bullen behelligt zu werden.

Gegen 17 Uhr fand vor dem „Deutschen Institut für Entwicklungshilfe“ (DIE) eine letztlich doch noch genehmigte Kundgebung mit rund 1.000 TeilnehmerInnen statt. Thematisiert wurden die Folgen imperialistischer „Entwicklungspolitik“ in der „3. Welt“. Nach Beendigung der Kundgebung zog ein Demonstrationszug in Richtung Innenstadt, begleitet von einem engen Polizeispalier und der Aufforderung, das Versammlungsverbot einzuhalten. Daran hielt sich jedoch niemand. Erst am völlig abgeriegelten Bahnhof Zoo löste sich die Demonstration auf, und die Leute konnten frei in Richtung U-Bahn abziehen.

Am Abend gelang es einer kleinen, etwa 10-köpfigen Gruppe, mit ihren Laternen vor den Banker-Nobelhotels Interconti und Schweizerhof aufzutreten. Die Laternen bestanden aus abgezogenen Häuten von echten Schweinsköpfen, die sich die Banker mit ansehen mußten. Die verdutzten Zivils sangen vor lauter Ratlosigkeit das „Laternen“-Lied. Nachdem die Kerzen dieser symbolischen Laternen abgebrannt waren, konnte die Gruppe ungehindert abziehen.

Nachts wiederum Treffpunkt Breidscheidplatz. Zum „Trommelfeuer“, fanden sich etwa 1.000 Menschen ein. Die Polizei bildete eliche kleine und große Kessel, nach Auflösung der Kessel for-



Demo in Hamburg am 29.9. gegen das IWF/Weltbanktreffen mit ca. 2.000 TeilnehmerInnen

Foto: H. Wehner

ntierten sich sofort neue Demonstrationsblöcke; im ganzen Innenstadtbereich folgten brutale Knüppeleinsätze der Polizei, und es kam zu rund 70 ASOG-Festnahmen.

Gesamtbilanz: 281 Festnahmen allein am Dienstag, zahlreiche Verletzte — aber trotz der Repression herrschte nach wie vor eine kämpferische, gute Stimmung vor.

Am Mittwoch (28.9.) sorgten etwa 50 Leute für einen besonderen Service: Mit Trommeln, Trompeten und Pfeifen sorgten sie vor einigen Nobelhotels dafür, daß die Banker auch je rechtzeitig aufstanden. Ebenfalls morgens demonstrierten etwa 300 Menschen vom Arbeitsamt Kreuzberg zur AOK, um gegen die Folgen kapitalistischer Rationalisierung hierzulande zu protestieren.

Gegen Mittag dann zwei weitere Aktionen im Innenstadtbereich: 200 Leute bewegten sich beim „Bankersparade“ von der Börse zum Oliver Platz, und Theatergruppen sorgten für entsprechende Aufklärung. Vor dem „Kaufhaus des Westens“ (KaDeWe) fand die Aktion „Kaufhaus“ statt. Starke Gesichtskontrollen seitens der Polizei und der KaDeWe-Kaufhausdetektive verhinderten den Einfluß vieler Kaufstücker. Etwas 800 Leute waren dann Zeuge einer Aktion vor dem KaDeWe: Schweineblut wurde ausgeschüttet und darin wurden Dollarnoten gebadet. Daraufhin sperrte die Polizei das Gebiet ab und trieb die Menschen in Richtung Tauentzienstraße.

Unter dem Motto „Im Würgegriff der Banken — Leben auf Pump“ führten 150 Frauen vor dem Karstadt Kaufhaus in Wilmsdorf eine Kundgebung durch, sie wurden von der Polizei eingekesselt und 95 von ihnen nach ASOG festgenommen.

Ebenfalls gegen Mittag trafen dann insgesamt 13 seltsame „Bombendrohungen“ ein. Das Burtjucecenter wurde geräumt, auch Porno- und Sexshops sollten Ziel dieser Bombendrohungen sein. All diese Bombendrohungen zielten sich auf eine herab. Selbst die Staatsorgane erlaubten sich nicht, die Bombendrohungen den Protestierenden anzulasten.

Nachmittags gab es wieder eine Usw. heraus. Selbst die Staatsorgane erlaubten sich nicht, die Bombendrohungen den Protestierenden anzulasten.

Nachmittags gab es wieder eine Theateraktion in der Innenstadt: 200 Leute zogen mit Leierkasten über den Ku-Damm und bettelten für die Banker.

Ebenfalls am Nachmittag bildete sich ein riesiger Autokorso, der sich mit ohrenbetäubendem Lärm und Tempo 20 durch die Innenstadt bewegte. Der gesamte Verkehr brach daraufhin zusammen.

Am Mittwochabend war der Innenstadtbereich voll von DemonstrantInnen und Bullen. Die kampfbetonnten Polizeieinheiten lösten die Ansammlungen auf, griffen sich wahllos Leute heraus und nachten vom neuen „Topf“-Knüppel reichlich Gebrauch. Aber nach jeder gerade aufgelösten Versammlung formierte sich eine neue. Nach 20 Uhr gingen in den Nobel-suitten Interconti und Schweizerhof die Scheiben zu Bruch, ebenso einige Daimler-Limousinen. Am Breidscheidplatz sammelten sich wiederum 2.500 Leute. Zum Trommeln. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität mit Knüppeln gegen die DemonstrantInnen vor, bildete wiederum zahlreiche Kessel, griff Leute heraus. Am „Theater des Westens“ befanden sich 65 Menschen in einem Kessel, 46 von ihnen wurden festgenommen. Die Festnahmebilanz allein am Mittwoch: 310 Menschen.

Das „Geheimnis“ des Erfolges: „flexible response“

Tag und Nacht hektische Blaulichtfahrten, massive Polizeipräsenz allerorten, gnadenlose Knüppeleinsätze, kleine und große Polizeikessel, die schon zur „Normalität“ gehören, prägele und festnehmende Greiftrupps, viele schwerverletzte DemonstrantInnen, Massenfestnahmen und vollgestopfte Knäste gemäß dem Vorbeugehaft-Gesetz ASOG zwecks allge-

meiner „Gefahrenabwehr“, kurz: polizeistaatlicher Ausnahmezustand in den Tagen des Banker-Meetings. Aber trotz dieser Repression hielt all das die Menschen nicht davon ab, auf verbotene Kundgebungen und Demonstrationen zu gehen, trotzdem fand allabendlich das „Trommeln in der Nacht“ statt, trotz der polizeistaatlichen Abschreckung tat es der Mobilisierung für die zahlreichen Aktionen keinen Abbruch und blieb die gute Laune erhalten, und trotz gnadenloser Prügeleinsätze konnten die Proteste nicht als pure Randal-Aktionen diffamiert werden, weil es immer wieder gelang, die eigentlichen Ziele und Anliegen des Widerstandes rüberzubringen: sei es in Form von Theater, in Form von Redebeiträgen auf Kundgebungen über die Praktiken des Schering-Konzerns usw., über die auch die Medien berichteten. Wer angesichts der Repression auf das Ritual der Distanzierungs- und Entmischung gewartet hatte, sah sich getäuscht. Nicht Entmischung des Widerstands fand statt, sondern Durchmischung. Grüne MdBs und Bu-Wi-Prominenz, Pandis und Realos der AL mischten ebenso mit wie die jugendlichen Kids, Studenten, Menschen aus dem autonomen/antimperialistischen Spektrum, aus Self-Gruppen usw. Neben der vorhandenen Einheit in den Aktionen durchkreuzte die Taktik der „flexible response“, der dezentralen, sehr flexiblen und verschiedenartigen Protestformen, die polizeistaatlich geplante Friedhofsruhe und Einschüchterungskampagne. Eine Mischung aus offiziell genehmigten Aktionen und trotzdem durchgesetzten Aktionen sowie Widerstandstaktiken, die erst im Verlauf der Aktionstage spontan herauskamen, sicherte den Erfolg des außerparlamentarischen Protests gegen das massive Polizeiaufgebot. Zu den Kinosituationen gehörte auch, daß eine 80-Gruppe in weißen Kitteln allabendlich während der Aktionstage gegen den „Pflegenstand“ protestierte — ein „weißer Block“ am Cafe Kranzler, Unterstützung der Aktionen gegen den IWF und den berüchtigten Knüppelorgien. Total bescheuert hingegen einige „Anschläge“ wie das Ausstreuen von Müden in Lebensmittelabteilungen oder der glücklicherweise versagende Brandsatz in einem „Ariel“-Waschmittelkarton, ebenfalls in einem Kaufhaus versteckt. Diese Aktionen richteten sich keineswegs gegen die Banker, sondern gegen die ganz „normalen“ Menschen. Nicht polizeistaatliche Repression und Friedhofsruhe wurden zum allein beherrschenden Thema — dafür sorgten erst die von der Repression betroffenen Journalisten — sondern die öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Das symbolische „Trommeln“ siegte über die „Zauberflöte“.

Und mit für den Zusammenhalt sorgten auch die gut funktionierenden Kommunikationsstränge: das eher links-liberale „Büro für Stadtfreiheit“, die „Rote Hilfe“, der „Ermittlungsausschuß“, die AL, das Pressebüro des Anti-IWF-Bündnisses und andere Beteiligte arbeiteten bezüglich des gegenseitigen Informationsaustausches über polizeistaatliche Repressionen gut zusammen. Wer auf dem laufenden sein wollte, war in diesen Tagen nicht nur auf die „Jaz“ angewiesen; in 50.000-facher Auflage und funktionierendem Verteilungssystem erschien täglich die Zeitung „Zahltag“, für die die Westberliner MdB Ellen Olms verantwortlich zeichnete und die von „Netzwerk“ und „konkret“ gefördert und von einem Bündnis aus AL, den Asten, KB, SEW bis zum autonomen und antimperialistischen Aktionstageplenum unterstützt wurde. Die insgesamt sehr erfolgreichen Aktionstage trotz Repression spiegelten sich auch in den Meldungen vor allem der ausländischen Presse wider; die Proteste wurden darin ausdrücklich hervorgehoben und gewürdigt und mit Schlagzeilen wie „Banker Berlin“ (BBC-Nachrichten), „Repubblica“, Italien) oder „Berlin im Belagerungszustand“ („Corriere de la Sera“) aufgemacht.

Der auf Plakaten zur Schau gestellte IWF-Slogan der Polizei „Berlin steht für Wehloffenheit, Meinungsvielfalt, Gastfreundschaft“ blamierte sich bis auf die Knochen.

Die „internationalistische Demonstration“

Das autonome/antimperialistische Spektrum setzte im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne auf eine Art „Doppelstrategie“. Ihre Vertreter erklärten von Anfang an, sich nicht am breiten und „reformistischen“ Oppositionsbündnis zu beteiligen. In der Praxis jedoch folgten viele Autonome der Maxime „Dabei sein ist alles“, viele trauten auf dem „reformistischen“ Gegenkongress auf, und auf der Großdemonstration waren sie wider Erwarten in mindestens zwei Blöcken vertreten.

An den Aktionstagen beteiligten sich die Autonomen mit eigenständigen Aktionen, die mit dem übrigen Bündnis abgesprochen waren, wobei in den jeweiligen konkreten Aktionen die Trennung aufgehoben wurde.

Aber in der Hauptsache konzentrierte sich das autonome Spektrum auf „ihre“ eigenständige, „internationalistische Demonstration“, die am 29.9. stattfinden sollte. Mit dieser Demo sollte an die „revolutionäre 1. Mai-Demo“ dieses Jahres angeknüpft werden, so es dem autonomen/antimperialistischen Spektrum gelang, etwa 8.000 Menschen zu mobilisieren.

Andererseits war die geplante Demonstration, auch in den eigenen Reihen, nicht unumstritten. Denn schließlich resistierte die Banker bereits am 28.9. ab, so daß die Polizeinacht am Ende der Aktionstage noch einmal so richtig „abreihen“ konnte. Erst zwei Tage vor der Demonstration erschien ein neuer Aufrufstext, in dem unter dem Motto „Den Widerstand organisieren — international um Befreiung kämpfen“ zur „internationalistischen Demonstration“ aufgerufen wurde. Dieser Text ist ziemlich moderat gehalten und spiegelt auch die Erfahrungen und Kämpfe zur „internationalistischen Demonstration“ aufgerufen wurde. Dieser Text ist ziemlich moderat gehalten und spiegelt auch die Erfahrungen und Eindrücke der guten Zusammenarbeit fast des gesamten Anti-IWF-Spektrums wider. Denn da heißt es: „Für uns ist die Demonstration am Donnerstag... eine gemeinsame Aktion von allen, die sich in den letzten Tagen aktiv gegen Weltbank und IWF zur Wehr gesetzt haben. Die Erfahrungen der letzten Tage haben gezeigt, daß sich viele Leute — auch mit unterschiedlichen Ansichten — sehr solidarisch miteinander verhalten haben und wir so die Demonstration durchsetzen werden“.

Und was die Vermummung betrifft, wartete der Aufruf mit einer neuen Variante auf: „Wir raten davon ab, Motorradmasken zu tragen, wir können uns auch auf andere Weise verschönern. Aus Solidarität mit dem palästinensischen Volksaufstand werden wir Palästinaertrichter tragen“. BUKO und AL-Jugend und Hochschulbereich riefen ausdrücklich zu dieser Demonstration auf, während die AL in ihrer Erklärung sich „aufgrund der inhaltlichen Differenzen und der Auseinandersetzung um die Aktionsformen mitzuziehen. Andererseits rief die AL dazu auf, durch die „Anwesenheit das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu sichern“. Dem „internationalistischen“ Aufruf folgten dann rund 8.000 Menschen, die ursprünglich vom Kaiser-Wilhelm-Platz zum Ku-Damm demonstrieren wollten. Die Polizei genehmigte diese Route jedoch nur bis zum Platz der „Urania“ — ein Verkehrsknotenpunkt, der sich politisch hervorsticht für Kessel und Knüppeleinsätze eignet.

Vor Beginn der Demonstration die üblichen Taschenkontrollen. Dann knüppelten die Polizisten brutal in die ersten, zumeist aus Frauen bestehenden Demo-Reihen, um das Versammlungsverbot durchzusetzen, wenngleich die Frauen die Pali-Tücher in unverwundener Form trugen. Schützend formierte sich in

der ersten Reihe AL und Grünen-Prominenz, und die Polizeikommandos zogen sich wieder zurück. Während sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, bot sich an der „Urania“ ein ganz anderes Bild. Der ganze Platz war mit 130 Polizeiwagen und sechs schweren Räumungspanzern sowie einem riesigen kampfbetonnten Polizeizeher umstellt.

Doch die Polizeifülle schnappte nicht zu: Die Demonstrationsleitung löste den Zug kurzerhand vor der „Urania“ auf, so daß es bei vergleichsweise geringen Festnahmen (46) während der Demonstration blieb, die von der Polizei spallert wurde.

Am Abend setzten sich dann die Aktionstage fort. Steine flogen gegen die Bunkerhotels, am ICC brannten PKWs, der Innenstadtbereich füllte sich mit Protestierenden. Die Polizei suchte die große „Abrechnung“; gegen 20.30 Uhr stellten Zivils die Sofas auf die Straße und zündeten diese an, um sich anschließend in eine Wanne zu verkrümeln. Gegen 21 Uhr fand eine spontane Demonstration mit etwa 2.000 Leuten an der Gedächtniskirche statt, eine halbe Stunde später wurde der gesamte Ku-Damm von der Polizei geräumt, der gesamte Innenstadtbereich abgeriegelt. Polizeiliche Greiftrupps prügelten und nahmen wahllos Menschen fest. Vor dem KaDeWe kam es zu einem weiteren Kessel.

Erst gegen Mitternacht konnten die DemonstrantInnen unter starken Kontrollen und „Ortel“ abziehen.

Bilanz der Repression

Die insgesamt erfolgreich verlaufene Anti-IWF-Kampagne wurde gegen die massive Repression des Staates durchgesetzt. Öffentliches Aufsehen erregten jedoch nicht die hohe Zahl an zum Teil schwerverletzten DemonstrantInnen mit Kopfverletzungen, Schädelknochen, Armbrüchen, sondern die Knüppel- und Tränengaseinsätze gegen die Medienvertreter. Innenminister Kewenig schaffte in jenen Tagen die Pressefreiheit ab, ließ Journalisten zusammenknüppeln, Kamerteams mit Tränengas vertreiben und 25 Pressevertreter einkesseln. Pressefreiheit habe, so der Senator, hinter den Einsatzplan der Polizei zurückzuschieben. Westberliner Senat und der US-Kongress haben sich der Sache angenommen, nachdem ein ehemaliges Bündnis aus internationalen Nachrichtenagenturen, von Springern „Morgenpost“ bis Hartungs „Jaz“ öffentlich gegen die polizeistaatlichen Übergriffe protestierten. So wichtig und notwendig die Proteste von dieser Seite aus sind, sollte der Blick nicht dafür verloren gehen, daß nicht nur die Presse, sondern auch die Demonstrationsfreiheit wieder einmal abgeschnitten wurde. Eine Übersicht über die durch die Knüppelorgien zusammengegeschlagenen DemonstrantInnen erfahren ist derzeit nicht möglich.

Bekannt ist aber, daß während der Aktionstage, in der Zeit vom 25. bis 30.9., insgesamt 963 Festnahmen erfolgten, 863 davon nach dem „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG). Das heißt, die Festgenommenen befanden sich länger als 2 Stunden in Haft. Ein großer Teil davon wurde in den Knästen Kruppstraße und Augustaplatz zwischen 24 und 48 Stunden in Vorbeugehaft genommen, in vielen Fällen in überfüllten Zellen gepreßt, ohne entsprechende Ernährung.

In vier Fällen mußten sich die festgenommenen Frauen vor männlichen Polizisten ausziehen. In den Gefangenentransporten haben die Polizisten in einigen Fällen wild drauflosgeprügelt.

Bekannt wurde auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Faschisten. Letztere ließen sich am Bahnhof Zoo den Weg durch ihre Polizei-Kollegen zeigen und prügelte kräftig mit. Am Bahnhof Kurfürstenstraße feierten Polizisten mit Faschisten die zuvor durchgeführten Knüppeleinsätze.

Von den 963 Festgenommenen wurden 25 Personen dem Haftrichter vorgeführt. In 14 Fällen lag gegen die Leute nichts vor, und sie wurden wieder freigelassen. In sechs Fällen gab es Haftbefehle mit Haftverschöpfung, in drei Fällen erfolgten gerichtliche Schnellverfahren, zwei Leute wurden zu Geldstrafen verurteilt, der dritte erhielt ein Jahr Gefängnis drei Jahre auf Bewährung. Außerdem sind noch zwei Leute inhaftiert, einer davon mit einem Haftbefehl wegen schwerem Landfriedensbruch.

Vor dem Hintergrund des polizeistaatlichen Ausnahmezustands in Westberlin, den zahlreichen Kesseln, gnadenlosen Knüppeleinsätzen und Massenfestnahmen blieben die erwarteten Distanzierungs-Erklärungen von „Gewalt“ aus. Mehr noch: Die kalkulierte polizeiliche Einschüchterung und Abschreckung versagte, die Leute blieben nicht zu Hause, sondern ihre Wut steigerte sich, so daß zu keinem Zeitpunkt die Mobilisierungsfähigkeit der IWF-GegnerInnen nachließ.

Trotz Repression war Widerstand und Protest nicht nur denkbar — sondern auch machbar.

Präambel

In Solidarität mit den Völkern der „Dritten Welt“, die durch die verhängnisvolle Politik dieser beiden mächtigsten internationalen Finanzinstitutionen betroffen sind, sind aus Anlaß der Jahrestagung von IWF und Weltbank am 23./24. September 1988 in West-Berlin ein internationaler Gegenkongreß statt.

Nach intensiven Diskussionen während der IWF/Weltbank Kampagne sowie auf der Grundlage der Beiträge von Vertreterinnen aus der „Dritten Welt“, der Bundesrepublik und West-Berlin sowie anderen Industrieländern zu den Auswirkungen der Politik dieser multilateralen Institutionen auf die Völker der „Dritten Welt“ verabschieden wir folgende Abschlusserklärung:

Seit Jahren sind die Schuldnerländer der „Dritten Welt“ dem Krisenmanagement der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank ausgesetzt. Gemeinsam mit den Banken und den Regierungen der Gläubigerländer arbeiten diese beiden Institutionen daran, die Schuldenkrise im Sinne ihrer Interessen zu entschärfen. Ihre Sorge gilt dem internationalen Kreditssystem und den langfristigen Profitinteressen der Gläubigerbanken. Was sie beunruhigt, ist die Krise des Geldes, die Gefährdung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch immer wiederkehrende Finanzkrisen und Verwerfungs-Aktionen der Schuldnerländer.

Wenn wir von der Schuldenkrise sprechen, dann ist die Krise gemeint, in die die Bevölkerung der „Dritten Welt“ nicht zuletzt durch die Verleumdungspolitik von IWF und Weltbank gestürzt wurde: die Krise der verarmten Bevölkerung in den Südkontinenten, die ihr Leben von Tag zu Tag weniger vor den Folgen von Krankheit und Unterernährung schützen kann; der Kleinbauern, die durch Verarmung und Vertreibung ihrer Existenzgrundlage beraubt werden; der Frauen, die als Manövriermasse zwischen Erwerbs- und Subsistenzarbeit besonders brutal ausgebeutet und zunehmend zu Objekten von bevölkerungspolitischen Strategien und Sex-Tourismus gemacht werden. Und wir meinen die ökologische Krise, die durch die Last des Schuldendienstes und den damit verbundenen beschleunigten Raubbau an der Natur noch verschärft wird.

IWF und Weltbank sind für uns nicht die einzigen Instrumente der herrschenden Weltwirtschaftsordnung, die wir kritisieren und bekämpfen. Ihre Jahrestagung in West-Berlin ist uns aber Anlaß genug, gerade ihre Stellung im weltweiten System von Ausbeutung und Unterdrückung zu analysieren und mit politischen und sozialen Bewegungen aus den Ländern der „Dritten Welt“ Gegenstrategien zu diskutieren und zu entwickeln.

Besondere Bedeutung kommt der Rolle der BRD zu. Als eine der führenden neokolonialen Mächte (Wohlstandsmacht Nr.1) ist sie eine Hauptnutznießerin der gegenwärtigen Verhältnisse. Gleichzeitig gehören die Lohnabhängigen der BRD aber auch zu den Betroffenen der Verleumdungspolitik von IWF und Weltbank. Die zunehmende Entrechtung und Verarmung der ArbeiterInnen der „Dritten Welt“ begünstigt auch hier Lohnsenkungsstrategien des Kapitals und die Auslagerung von Arbeitsplätzen zu den jeweils kostengünstigsten Standorten.

Globale, umfassende und sofortige Schuldenstreichung

Globale, umfassende und sofortige Schuldenstreichung

Die Krise in der „Dritten Welt“ ist Bestandteil einer Weltwirtschaftsordnung, die seit Jahrhunderten durch die Verherrlichung der heutigen Industrieländer und die systematische Ausbeutung der Kolonien und heutigen Entwicklungsländer geprägt ist. Ein Schuldenerlaß allein wird diese Strukturen nicht verändern. In den Ländern der „Dritten Welt“ ist die Befreiung von der Schuldenneugier aber eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme, für die längst überfällige Suche nach neuen, selbstbestimmten Entwicklungswegen. Ohne eine Streichung der Auslandsschulden der Länder der „Dritten Welt“ gibt es keinen Handlungsspielraum für die Oppositionsbewegungen dort. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Forderung nach umfassender und sofortiger



Internationaler Gegenkongreß: Westberliner Erklärung

Schuldenstreichung, wie sie von den durch die Krise am meisten Betroffenen erhoben wird.

Die Lasten der von der „Dritten Welt“ eingeforderten Schuldendienste werden heute den ohnehin schon armen Bevölkerungsgruppen aufgebürdet. Sie sind die Hauptleidtragenden: diejenigen, die nie einen Dollar der Kredite gesehen haben, aber heute existenziell durch die Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank bedroht sind. Die Lasten der Entschuldung müssen demgegenüber nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die für die Krise verantwortlich sind: private Geschäftsbanken und Konzerne, westliche Regierungen, internationale Finanzorganisationen und die herrschenden Eliten in der „Dritten Welt“.

Gegen den von IWF, Banken und den Gläubigerregierungen propagierten und praktizierten Fall-zu-Fall-Ansatz muß eine globale Schuldenstreichung durchgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb Schuldenerlaß und die Bemühungen um globale Schuldenerlaßkonferenzen, in denen die Schuldnerländer gleichberechtigt beteiligt sind. An diesen Verhandlungen müssen auch die Vertreter von politischen und sozialen Bewegungen beteiligt werden.

Konditionierte Schulden- und Teilschuldenerlaß, auch wenn sie in „sozialen“ oder „ökologischen“ Gewand erscheinen, lehnen wir ab. Der Schuldenerlaß über „Debt-to-equity-swaps“ oder „Debt-to-nature-swaps“ ist ein neokolonialer Anverkauf der letzten Reserven dieser Länder und ein Eingriff in ihre nationale Souveränität. Auch geringfügige Änderungen der Kreditkonditionen bewirken für die Betroffenen nichts, wenn an der weltmarktorientierten Wachstumsideologie festgehalten wird.

Nicht die Entwicklungsländer stehen in der Schuld der Industrieländer, sondern umgekehrt: die eigentlichen Schuldner sind die Gläubiger. Denn die Krisensituation von heute ist in hohem Maße durch koloniale und neokoloniale Ausbeutung, Zerstörung und Deformierung lokaler Strukturen bewirkt worden. Die gegenwärtige Situation ist durch einen wachsenden Ressourcenraub von Süd nach Nord gekennzeichnet. Deshalb fordern wir über Schuldenstreichung hinaus Reparations- und Entschädigungszahlungen an die „Dritte Welt“. Diese müssen nach Kriterien erfolgen, die unmittelbar an den Bedürfnissen der Armen Bevölkerungsgeschichten orientiert sind.

Neue Weltwirtschaftsordnung

Über die Forderung nach Schuldenstreichung hinaus ist eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, der

internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse unabdingbar, wenn die Schuldenkrise dauerhaft überwunden und ein Ausweg aus dem „Teufelskreis“ von Abhängigkeit und Verleumdung der „Dritten Welt“ gefunden werden soll. Dazu gehört auch die Veränderung internationaler Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, gegen die die Menschen revoltieren und die ihrerseits durch die Strukturen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und die geostrategische Politik von den Industrieländern am Leben erhalten werden.

Demokratische Wirtschaftsbeziehungen, die von allen beteiligten Ländern gleichberechtigt gestaltet werden, sind im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes nicht zu verwirklichen. Unser Kampf für eine neue, an den Grundbedürfnissen und Lebensinteressen aller Menschen orientierte Entwicklungslogik muß deshalb mit dem Entwurf von Alternativen zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung verbunden werden.

— Gegen die räuberische Logik des Weltmarktes, gegen das Prinzip des maximalen Gewinns, gegen die Macht von Multis, Banken und diktatorischen Regierungen setzen wir die internationale Solidarität der Völker und ihrer Bewegungen. Nicht anonyme Marktmechanismen, sondern die jeweils besonderen Entwicklungsbedürfnisse der nationalen Gesellschaften müssen ausschlaggebend für Umfang, Struktur und Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen sein. Nur im Rahmen nicht-hierarchischer, an den Entwicklungsbedürfnissen aller Länder orientierter Weltwirtschaftsbeziehungen sind auch die Menschenrechte, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, sowie des Rechts auf Entwicklung zu verwirklichen.

— Die politische und wirtschaftliche Souveränität der Entwicklungsländer muß verwirklicht, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt, von transnationalen Konzernen und Banken, von internationalen Finanzorganisationen und westlichen Regierungen muß beendet werden. Dazu gehört insbesondere die Souveränität über die nationalen Ressourcen, das Recht zur Enteignung transnationaler Konzerne nach nationalen Rechtsgrundsätzen und auf selbstbestimmte Wahl des eigenen Entwicklungsmodells.

— Eine der tragenden Säulen der Ausbeutungsstrukturen des kapitalistischen Weltmarktes ist die Unterwerfung der Frau, die Entwertung ihrer Arbeit und ihres Körpers, ihre Domestizierung und Zerschlagung als ausbeutbare Ressource. Im Kampf gegen die Logik des Weltmarktes geht es für die Frauen auch darum, die Autonomie über ihr Leben, ihre Arbeit und ihren Körper wiederzugewinnen und eine geschlechtliche Arbeitsteilung zu überwinden, die auf der systematischen Entwertung der Frauarbeit beruht.

— Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß

Alternativen zum systematischen Raubbau an der Natur ermöglichen und fördern. Sie muß geeignet sein, internationale Produktions- und Konsumstrukturen zu entwickeln, die auf einem neuen, nicht-ausbeuterischen Verhältnis zwischen Mensch und Natur beruhen.

Alle diese Fragen müssen Gegenstand einer intensiven Debatte werden. Eine neue Weltwirtschaftsordnung kann jedoch nicht aus Reißbrett entworfen oder den Regierungen überlassen werden. Ihr künftiges Gesicht ist abhängig vom Kampf der Völker und ihrer Bewegungen. Doch heute schon läßt sich sagen: Ihre Verwirklichung ist nur denkbar auf dem Weg einer radikalen und umfassenden Demokratisierung der internationalen Beziehungen und durch die Überwindung der zerstörerischen Dynamik, die der Weltmarkt heute entwickelt und die sich in Hunger, Naturzerstörung, Hochrüstung und Krieg niederschlägt.

Die Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kann nur verwirklicht werden, wenn die Hegemonie der imperialistischen Zentren USA, EG und Japan gebrochen wird, und wenn alle Länder durch eine stärkere Orientierung auf den Binnenmarkt und die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung vom Weltmarkt unabhängiger werden. Insbesondere die Länder der „Dritten Welt“ stehen vor der Aufgabe, sich stärker auf ihre eigenen Kräfte und Ressourcen zu stützen, wirksame Formen der Gegenmacht zu bilden und die vorhandenen Ansätze zur Süd-Süd-Kooperation zu intensivieren. Die Weltwirtschaftsbeziehungen müssen der Macht von Multis und Banken entrissen und zur Angelegenheit von Überlebenskämpfen von selbstbestimmten und gleichberechtigten Nationen gemacht werden. Die notwendige Umstrukturierung internationaler Organisationen muß vor diesem Hintergrund erörtert werden.

Im Zuge der weltweiten Krise der Kapitalverwertung ist der Weltmarkt immer stärker zu einem Mechanismus der Zerstörung geworden. Der Hunger in der „Dritten Welt“, die Vernichtung des Regenwaldes, Hochrüstung und imperialistische Kriegsstrategien sind nur die krasssten Erscheinungen einer internationalen Vernichtungsökonomie, die auf dem schnellsten Wege gestoppt werden muß. Einige der dringenden Aufgaben sind:

- Die Beendigung der Einmischung in Form der Außenpolitik von IWF und Weltbank ist ebenso notwendig wie der sofortige Stopp aller durch internationale Finanzorganisationen geförderten Großprojekte, die den Raubbau an der Natur fortsetzen, die Vertreibung der Menschen in Kauf nehmen und ihre Lebensbedingungen zunichte machen.
- Die internationale Agrarordnung, die heute auf den Bedarf der industrialisierten,

profitorientierten Agrarwirtschaft zugeschnitten ist und weltweit Umweltzerstörung, in der „Dritten Welt“ Hunger und bei uns Krankheit erzeugt, muß konsequent umorientiert werden auf das Überleben und die Gesundheit aller.

— Die Zerstörung menschlichen Lebens, die Verschwendung menschlicher Arbeitskraft und materieller Ressourcen für militärische Zwecke, für Hochrüstung, Waffenexporte und imperialistische Kriegsstrategien muß gestoppt werden. Abrüstung, Stopp von Waffenexporten und die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen insgesamt sind unabdingbare Voraussetzungen für die Überwindung der herrschenden Vernichtungslogik zugunsten einer friedensorientierten internationalen Überlebensökonomie.

Unser Widerstand — unsere Solidarität

Wir wissen, daß die Verwirklichung auch nur dieser allerniedrigsten Veränderungen nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern möglich ist. Der Logik des Kapitals, die den internationalen Ausbeutungsstrukturen zugrundeliegt, müssen wir hier in der Bundesrepublik und in West-Berlin entgegenstreiten. Unser Widerstand richtet sich deswegen gegen die Verursacher von Ausbeutung, Hunger und Elend. Unser Kampf gilt den bundesdeutschen Konzernen und Banken sowie einer Politik, die deren Interessen in diesem Land absichert und das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem stabilisiert.

Unsere Solidarität mit den emanzipatorischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ muß deshalb auf verschiedenen Ebenen in die politische Praxis umgesetzt werden: als konsequentes Engagement für neue Produktionsformen und Lebenszusammenhänge, in denen eine solidarische Lebenspraxis und ein neues, nicht-ausbeuterisches Verhältnis zur Natur angestrebt wird; als Kampf der Frauen gegen ihre Entmachtung und Entwürdigung durch patriarchale Strukturen; als grundsätzliche Infragestellung unserer Konsum- und Lebensweise; als Fortsetzung und Intensivierung der politischen und materiellen Solidarität mit den sozialen, politischen und Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“.

In diesem Sinne sind „neue“ und „alte“ soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Christinnen, Frauen-, Jugend- und Umweltsportorganisationen sowie politische Parteien in den Industrieländern herangezogen. Im Rahmen der IWF/Weltbank Kampagne ist ein erster Schritt der Zusammenarbeit von Analyseinstrumenten, Sichtweisen und Kriterien gelungen, die Grundlage einer solchen angestrebten Praxis werden können. Nur die Synthese von weltwirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, sozialen, ökologischen und feministischen Aspekten kann der Entwicklung einer politischen Perspektive förderlich sein, die nicht nur an den Einzelpunkten globaler wie nationaler politischer Probleme ansetzt.

Die Erfahrungen des Gegenkongresses haben gezeigt, daß eine strategisch orientierte politische Zusammenarbeit oppositioneller Bewegungen auf internationaler Ebene möglich und notwendig ist, um an den zentralen Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen. Das Projekt „Europäischer Binnenmarkt 1992“ wirft schon heute seine Schatten voraus: auf Kosten sozialer Widersprüche von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen. Das Projekt „Europäischer Binnenmarkt 1992“ wirft schon heute seine Schatten voraus: auf Kosten sozialer und ökologischer Standards im Inneren und zum Schaden der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas drückt ein weiterer Ausbau der Machtposition von EG-Europa und der internationalen Bewegungsfreiheit des Kapitals. 1992 jährt sich auch zum 500. Male die europäische „Entdeckung“ des amerikanischen Kontinents, der historische Ausgangspunkt für die Kolonisierung, Unterwerfung und Zerstörung der kulturellen Identität von Millionen von Menschen, die bis heute wirksam ist.

Vom Internationalen Gegenkongreß anlaßlich der Tagung von IWF und Weltbank in West-Berlin rufen wir dazu auf, die beginnende Zusammenarbeit fortzusetzen. Die Chance, eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln, muß genutzt werden.

West-Berlin, 24.9.88

Ökokongreß, Gegenkongreß, Tribunal

Einige Tage vor offiziellem Beginn des Bankertreffs fanden zwei internationale Kongresse statt, auf denen die Politik von IWF und Weltbank kritisiert wurden.

Vom 22. bis 24.9.88 veranstalteten westdeutsche Umweltschutzgruppen im Bündnis mit Öko-Gruppen aus anderen imperialistischen Ländern und aus der „3. Welt“ einen sogenannten Öko-Kongreß zur umweltzerstörenden Politik der Weltbank an der Westberliner Freien Universität (FU). Im Mittelpunkt dieses Kongresses stand die systematische Vernichtung der tropischen Regenwälder im brasilianischen Amazonasgebiet durch die verschiedenen Programme der Weltbank. Dabei wurde der anwesende Leiter der Umweltauswertung der Weltbank, Piddington, hart attackiert.

Darüber hinaus gab es auch einige Kontroversen innerhalb des breiten Spektrums der Umweltschutzgruppen. So kritisierten etwa westdeutsche Organisationen die lobbyistische Politik ihrer US-amerikanischen Freunde, die innerhalb der Weltbank umweltschützende Maßnahmen durchsetzen wollen, was ziemlich illusorisch sei.

Strittig blieb auch die Frage der Befürwortung von sogenannten „Debt for Nature Swaps“, die Umwandlung von Schuldtiteln in Geld für den Umweltschutz, wie das in drei lateinamerikanischen Ländern und auf den Philippinen bereits praktiziert wurde. So kauften beispielsweise US-amerikanische Umweltschutzorganisationen kolumbianische Schulden mit geringem Abschlag, also zum „Markt-

wert“, und vereinbarten mit der kolumbianischen Regierung, daß einem großen Naturschutzgebiet industrielle Eingriffe erspart bleiben. Dem wurde entgegengehalten, daß es sich hierbei nur um eine alternative Außenpolitik handele, einen Eingriff in die nationale Souveränität eines Landes darstelle und überdies die Frage der Kompetenz der herrschenden Regierungen in der „3. Welt“ berühre, zumal die NGOs eine Regierungsbeteiligung strikt ablehnten.

Streit gab es auch, als Umweltschutzgruppen aus Schweden, Großbritannien, den USA und die westdeutschen „Regenwälder-Initiative“ eine gemeinsame Erklärung mit Kenneth Piddington (Weltbank) zuwege brachten, in der dem Erhalt der tropischen Regenwälder „höchste Priorität“

eingeräumt wurde. Während Weltbank-Direktor Conable davon nichts wissen wollte, rückten nach heftigen internen Kämpfen die dialogbereiten Umweltschützer wieder von der Erklärung ab.

In der abschließenden gemeinsamen Kongreß-Erklärung heißt es: „Profit darf nicht das einzige Ziel der Weltbankpolitik sein“, die Terms of Trade müßten „modifiziert“, die Schuldenlast „in der unmittelbaren Zukunft“ entscheidend verringert werden. Schuldennachlässe müßten an Auflagen für den Schutz natürlicher Ressourcen gebunden, Weltbank-Projekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Mehr Transparenz und Demokratie in der Weltbank wünschten sich die Öko-Gruppen aus aller Welt. Hier setzten sich also sehr deut-

lich die äußerst gemäßigten Weltbank-Kritiker, die nicht gegen, sondern mit der Weltbank dem ökologischen Raubbau in den Ländern der „3. Welt“ Einhalt gebieten wollen, durch.

Ganz anders dagegen der internationale Gegenkongreß am 23. und 24.9.88 in den Räumen der Technischen Universität. Über Erwartungen lauschten über 3000 Menschen den Referaten und diskutierten auf den fünf eingerichteten Foren zu unterschiedlichen Aspekten der Schuldenkrise und der Weltwirtschaft. Zu Beginn des von ca. 150 Organisationen und Initiativen unterstützten Gegenkongresses wurde eine „Botschaft an die internationale Konferenz in Westberlin“ von Fidel Cast-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ro verlesen, in der u.a. betont wurde, daß die Schulden nicht zurückgezahlt und einbezogen werden könnten. Die Politik des IWF sei gescheitert und diene in Wirklichkeit den Interessen des transnationalen Kapitals. Die Schuldenkrise sei die direkte Konsequenz aus Kolonialismus und Kapitalismus; nicht die Verschuldung allein, sondern auch „ihre Stützen und grundlegenden Ursachen“ müßten beseitigt werden. Solidarität, Hilfe und internationale Kooperation seien so notwendig wie vielleicht noch nie zuvor, betonte Castro in seinem Grußwort.

Im Unterschied zum Öko-Kongreß überlagerte auf dem Gegenkongreß die radikale Kritik an Imperialismus und Kolonialismus. Bezeichnend dafür das Forum 4, wo sich Rainer Tetzlaff mit Tatjana Chahoud und den übrigen Forumsteilnehmern um die Reformierbarkeit von IWF und Weltbank stritten. Tetzlaff ertönte Pfiffe, als er konstatierte, ein revolutionäres Subjekt wäre nicht in Sicht, daher müsse man sich mit der Weltbank arrangieren; die Weltbank betreibe zwar eine falsche Politik, woraus Tetzlaff die Forderung einer anderen „Konditionalität“ (Auflagenpolitik) ableitete. Er verwahrte sich gegen eine pauschale „Verurteilung“ der Weltbank, die auch sinnvolle Projekte unterstützt und gefördert habe. Tatjana Chahoud verwies auf die Blaufragigkeit Tetzlaffs, denn die von ihm geforderten Reformen der Weltbank würden der von Gläubigerländern und -banken bestimmten und dominierten Weltbankpolitik zuwiderlaufen; eine stärker am eigenen Binnenmarkt orientierte, vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängige Politik in den verschuldeten Ländern der „3. Welt“ sei mit den Zielen der Weltbank unvereinbar. Der Reformator Tetzlaff stand mit seinen Positionen allein da.

Auch die zum Abschluß des Gegenkongresses verabschiedete „West-Berliner Erklärung“, die wir nebenstehend dokumentieren, spiegelt den Geist radikaler Kritik an den bestehenden weltwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht- und Ausbeutungsstrukturen wider. So werden beispielsweise die Schuldenaufnahme- oder „Swap“-Geschäfte, auch in ihrem „sozialen“ oder „ökologischen“ Gewand, als ein „neokolonialer Ausverkauf“ und ein „Eingriff in die nationale Souveränität“ der Länder der „3. Welt“ kritisiert.

Im Unterschied zum ursprünglichen Aufruf zum Gegenkongreß, bei sich die unterschiedlichsten Organisationen von BUKO bis katholischer Landjugend lediglich auf die Forderung der Schuldenstreichung und eine nebulöse „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ verständigen konnten, wird in der „West-Berliner Erklärung“ die Forderung nach einer „globalen, umfassenden und sofortigen Schuldenstreichung“ relativiert. Schuldenstreichung sei zwar Voraussetzung für die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme, darüber hinaus ist jedoch „eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Arbeitsverhältnisse“ und der „internationalen Machtverhältnisse unabdingbar“. Außerdem werden über die Schuldenstreichung hinaus neuerdings auch „Reparations- und Entschädigungszahlungen“ an die verschuldeten Länder gefordert.



„Internationalistische Demo“ am 29.9. in Westberlin. Das Transparent wurde noch vor Aktionsbeginn von der Polizei zerrissen

Die Floskel „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ taucht in der Abschlusserklärung so auch nicht mehr auf; vielmehr wird betont, daß eine solche „Ordnung“ im Rahmen kapitalistischer Ausbeutungsbeziehungen gar nicht zu realisieren sei. Vielmehr müßte die Hegemonie der imperialistischen Zentren USA, EG und Japan gebrochen werden, zum andern müßten gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern selbst erfolgen. Unter dem Eindruck eines sehr gut besuchten und erfolgreichen Gegenkongresses heißt es abschließend: „Die Chance, eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln, muß genutzt werden.“

Das „Permanent People's Tribunal“

Parallel zu den Aktionstagen und dem offiziellen Bankertreffen veranstaltete die Lelio-Basso-Stiftung, Nachfolgerin der Bertrand Russell-Stiftung, ein Tribunal in den Räumlichkeiten der Freien Universität.

In Form eines Gerichtsverfahrens sollte dieses Tribunal über die Politik von IWF und Weltbank „urteilen“. Die Anklageschrift referierte der FU-Professor Elmar Altvater, der den beiden Institutionen u.a. eine systematische Verletzung der Menschen- und Völkerrechte, die Zerstörung der Natur und eine massive Verbreitung von Armut vorwarf. „Das Leben von Millionen Menschen wird möglicherweise auf dem Altar des Mammon geopfert“, meinte der Mitankläger.

Die Qualität der Kritik an IWF und Weltbank fiel sehr unterschiedlich aus. Während die „Anwältin“ Cheryl Payer (USA) den Institutionen eine „Kriegsführung“ gegen die Völker der „3. Welt“ vorwarf, kritisierte die „Anklägerin“ Katharina Fuchs (Europaparlaments-Abgeordnete der SPD) lediglich die „falsche Politik“ von IWF und Weltbank, die die EG-Länder zu „korrumpieren“ hätten. In den nächsten Tagen wurden dann die „Zeugen“ aus verschiedenen Ländern der „3. Welt“ vernommen, die allesamt die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage „dank“ der imperialistischen Politik schilderten. Lösungsvorschläge

der „3. Welt“ vernommen, die allesamt die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage „dank“ der imperialistischen Politik schilderten. Lösungsvorschläge wurden nur selten angesprochen und blieben auch unter den Opfern der IWF/Weltbank-Politik kontrovers; die Vertreter der philippinischen Opposition bevorzugten beispielsweise ein Zahlungsmoratorium und die Koppelung der Zinszahlungen an die Export-Devisenerlöse à la Peru.

Der ehemalige liberianische Finanzminister Tipote forderte hingegen eine völlige Entmachtung von IWF und Weltbank

und eine bedingungslose Schuldenstreichung als gemeinsame Klammer zwischen den Völkern der „3. Welt“ und der Opposition in den imperialistischen Staaten.

Schließlich plädierte der „Verteidiger“ von IWF/Weltbank, der ehemalige IWF-Mitarbeiter Robert Triffin (USA) für den „Freispruch“ der beiden Institutionen, da sie nur die Politik betrieben hätten, die ihnen von den Regierungen der USA, Japans und der BRD vorgeschrieben wurde. Schließlich hatte die hochkarätig bestückte 12-köpfige Jury, der u.a. Francois Rigaux (Völkerrechts-Professor, Präsident der Lelio-Basso-Stiftung), Friedensnobelpreisträger Adolfo Esquivel, der Schriftsteller Eduardo Galeano („Die offenen Adern Lateinamerikas“), Luciana Castellina (MDEP, Italien), Gerd Weißkirchen (MdB der SPD) und Ludger Volmer (MdB der GRÜNEN) angehörten, das „Urteil“ zu fällen.

IWF und Weltbank wurden erwartungsgemäß für „schuldig“ befunden, gegen die Charta der Vereinten Nationen, das Souveränitätsrecht der Länder, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und gegen die eigenen proklamierten Ziele, für Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit zu sorgen, verstoßen zu haben.

In der 32-seitigen Urteilschrift erhielten die beiden Institutionen „2 Jahre auf Bewährung“ – ein „milde“ ausgefallenes „Urteil“, das auf „Rehabilitierung“ bzw. Reformierbarkeit von IWF und Weltbank setzt. Die Jury forderte in der zwei-jährigen „Bewährungszeit“ zunächst ein allgemeines Schulden-Moratorium, dann sollte der UNO-Generalsekretär eine internationale Schuldenkonferenz einberufen, und es müsse eine weitere Konferenz zur „langfristigen“ Unorganisierung von IWF und Weltbank stattfinden. In zwei Jahren soll die Jury sodann prüfen, ob sich die Beklagten inzwischen „gebessert“ haben.

Aus den Kreisen des auf Seriosität bedachten, mehrheitlich auf Reformen setzenden Tribunals wurden auch deutliche Sympathien für die Westberliner Protestaktionen laut. Die italienische PCI-Abgeordnete im Europa-Parlament, Luciana Castellina, wertete die Aktionen als den Vorabend einer neuen Vietnam-Bewegung. Und der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano verneigte sich vor der „Berliner Bevölkerung“: „Immitten der Postmoderne und der Gleichgültigkeit hat der jugendliche Protest in Berlin der Welt ein Beispiel gesetzt. Es müßten Brücken geschlagen werden über die Mauer des Schweigens „gegen den schlimmsten Terrorismus dieser Welt, den Terrorismus des Geldes“.

Die offizielle Bankertagung:

Business as usual...

Die eigentlichen Jahreshauptversammlungen von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September im ICC boten lediglich noch die Gelegenheit, sich dem „Nachdenken zu widmen“ oder sich „der Besinnung auch über die moralischen Grundlagen des Wirtschaftens“ hinzugeben, wie die „FAZ“ zutreffend kommentierte. Banker, Notenbankchefs und Finanzminister aus 151 Ländern dieser Erde demonstrierten Dialogfähigkeit jenseits von „Ideologien und Doktrinen“ („FAZ“), plauderten über Wachstum, Umwelt und Weltwirtschaft – zu beschließen gab es ja auch nichts.

Denn die eigentlichen Beschlüsse und Abschlussskizzen der beiden Institutionen wurden bereits vor Beginn der offiziellen Tagung in exklusiven Zirkeln und Gremien abgesegnnet, der Rest bestand aus netten Plauschereien.

Parallel zum Gegenkongreß trafen sich zunächst die Finanzminister und Notenbankchefs aus 24 Ländern der „3. Welt“ – je 8 aus den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika – unter Vorsitz Brasiliens. Die auch „G-24“ genannte Gruppe aus Regierungsvertretern der betreffenden Länder beendeten ihre „Kooperationsbereitschaft“ mit ihren Gläubigern. Wie sie sprach sich die „G-24“-Gruppe für „individuelle“ Lösungen nach dem case-by-case-Prinzip aus, befürworteten „Debt-to-equity-swaps“ (Schuldenumwandlungen in ausländische Direktinvestitionen), appellierten an „weichere“ Kreditkonditionen und für längere Galgenstrafen in Form weiterer Umschuldungen. Und sie forderten eine deutliche Erhöhung des Weltbank-Kapitals sowie eine Erhöhung der Sonderziehungsrechte beim „Fonds“, um aus diesen Institutionen neues Kapital zu erhalten, das sie von den Privatbanken so gut wie nicht mehr bekommen.

Doch je kleiner die G-Zahl, desto größer die Macht. In der hermetisch abgegrenzten Villa Borsig traf sich zunächst die „G-5“-Gruppe, die Notenbankchefs und Finanzminister, die Herzen der Beute aus den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und der BRD. Später gesellten sich gemäß der kapitalistischen Weltmarkthierarchie noch die Vertreter Italiens und Kanadas – nunmehr also „G-7“ genannt – hinzu. Die G-7-Gläubiger befanden ihre bisherige Schuldenstrategie für „erfolgreich“, sie habe die „erwünschten Resultate“ gebracht – darunter 1 Million toter Kinder jährlich, wie die UN-Organisation UNICEF dem IWF vorrechnete.

Zur Lösung der Schuldenkrise seien auch wie vor „marktorientierte Lösungen“ gefragt, „robustes Wachstum“ in den eigenen Industrieländern und die starke Ausweitung des Welthandels – auf daß die imperialistische Expansion gedeihe. Bekräftigt wurde die bereits zuvor beschlossene Kapitalaufstockung bei der Weltbank um 75 auf 170 Mrd. US-\$, abgelehnt dagegen die Verdoppelung der Quoten beim IWF (derzeitiges IWF-Kapital: 125 Mrd. US-\$. Die Kapitalerhöhung bei der Weltbank trägt dem Umstand Rechnung, den Ländern der „3. Welt“ in Form von auflagenbedingten „Strukturanpassungsdarlehen“ frisches Kapital zur Ankurbelung des (exportorientierten) Wachstums zur Verfügung zu stellen, ohne – und das sagten die Gläubigerregierungen ihren Privatbanken deutlich – die privaten Kreditrisiken „auf den öffentlichen Sektor übertragen“ zu wollen.

Vor allem die Vertreter der US-Regierung lehnten eine Quotenerhöhung beim IWF, auch aufgrund ihrer eigenen prekären Haushaltslage, kategorisch ab. Zum Ärger der Privatbanken, denn eine IWF-Quotenerhöhung hätte eine Belastung der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitiger Entlastung des Bankenrisikos bedeutet. Denn das Ziel der Privatbanken ist es, ihr „gutes“ Geld nicht dem „schlechten“ hinterherzuwerfen und dieses Problem auf die öffentlichen Gläubi-

ger (Staat) abzuwälzen.

Einen weiteren „Bonbon“ bot der japanische Imperialismus an; die Entwicklungshilfe solle in den nächsten Jahren verdoppelt und im Zeitraum 1989 bis 1992 sollten ca. 30 Mrd. US- zur „Stärkung der Wachstumskräfte“ in diejenigen Länder gepumpt werden, die sich besonders IWF-konform verhalten. Die riesigen Zahlungsüberschüsse Japans machen diese „Großzügigkeit“, auch schon als japanischer „Marshall-Plan“ bezeichnet, möglich. Die Spendierhosen Japans basieren nicht auf Uneigennützigkeit; erstens werden auch für diese Kreditlinien Zinsen fällig, zweitens dienen diese Mittel dem derzeit größten Kapitalexportheur der Welt und der weiteren Expansion und Erschließung wirtschaftlicher und politischer „Märkte“ in den verschuldeten Ländern der „3. Welt“.

IWF-Präsident Camdessus mahnte überdies die Privatbanken, bei der Kreditvergabe nicht so pingelig zu sein, denn das internationale Kreditssystem müsse auch weiterhin durch die Kreditflüsse „geschmiert“ werden, da eine Stockung die Krise des gesamten Finanzgeflechtes heraufbeschwören würde. Allerdings seien Neukreditierungen so lange „nicht gerechtfertigt“, solange „die kreditnehmenden Länder keine richtige Politik verfolgen“ würden.

Die G-7-Beschlüsse wurden dann auch im wesentlichen vom Lenkungs- oder Interimsausschuss des IWF und der Weltbank, dem 22 Staaten (darunter die G-7) angehören, übernommen, der ebenfalls noch vor dem offiziellen Bankertreffen tagte. Die „bisherige Strategie hat Erfolge gebracht“, müsse „fortgesetzt und um neue Modelle ergänzt werden“, lautete das Kommuniqué der G-22.

Damit wurde das weitere Vor-sich-Herzschlagen der Schuldenkrise beschlossen; auch, daß der Schuldenberg noch größer werden wird, kurzfristige Atempause für die Gläubiger bei langfristiger Zuspitzung der Probleme.

Westdeutscher Bankerkrach

Eine weitere mögliche Schuldenkrise als

Westdeutscher Bankerkrach

Für weitaus größere Schlagzeilen als die erwarteten IWF/Weltbank-Ergebnisse sorgte die drohende Spaltung des westdeutschen Bankenkapitals. Da hatte sich doch der Chef der größten „Deutschen Bank“ mit seinen Kollegen der „Dresdner“ und Commerzbank in der Wölfe, weiter öffentlich eine banale Feststellung hinausposaunt: Im „individuellen“ Fall sei ein partieller Schuldenerlaß durchaus möglich, vielleicht sogar nötig, meinte Alfred Herrhausen.

Es kam zu einer Krisensitzung angesichts des entstandenen Risses durch die herrschende Klasse, auf der die Differenzen nicht beigelegt werden konnten, sondern sorgsam im Formelkompromiß verschwanden. Im Kern handelt es sich um einen Konflikt, der gar keiner ist: Herrhausen sagt nur das öffentliche, was alle Banker hinter vorgehaltener Hand nicht nur munkeln, sondern auch schon vielfach in allerdings bescheidenem Umfang praktizierten: Um partielle Schuldenerlasse kommt man nicht herum. Nur: Wer so etwas herumerzählt, schwächt die Verhandlungsposition der Gläubiger. Zweitens liegt der Unterschied zwischen Herrhausen und seinen Feinden schlicht im bestehenden objektiven Widerspruch kurz- und langfristiger Interessen. Während die einen aus kurzfristigen Interessen auf voller Schuldenerückzahlung bestehen, obwohl sie selbst nicht daran glauben, hat Herrhausen eher die langfristigen Interessen im Blick.

Damit stimmt das Bild über die westdeutsche Bankenlandschaft auch wieder; Blick für langfristig gesicherte Profitinteressen – und die Klein-krauter aus Commerz- und Dresdner Bank.

D./Westberlin

Ein neuer Internationalismus?

Nicht nur Luciana Castellina oder Eduardo Galeano waren von den gesamten Anti-IWF-Aktivitäten tief beeindruckt, so daß Erinnerungen und Vergleiche zur Vietnam-Bewegung vor rund 20 Jahren angestellt wurden. Erlebten die Teilnehmer von Kongressen, Demonstrationen und Aktionstagen die Geburtsstunde eines „Neuen Internationalismus“?

Dies scheint aus mehreren Gründen zu hoch gegriffen zu sein. Positiv sicherlich, daß zum ersten Male seit vielen, vielen Jahren ein breites Spektrum der westdeutschen und westberliner Linken, bis hin zu den Öko-Gruppen, in einen Diskussionsprozeß mit einem ebenso heterogenen Spektrum von Vertretern aus den unterentwickelten Ländern eintraten. Anlaß und gemeinsamer Bezugspunkt war nicht ein militärischer Krieg eines imperialistischen Landes gegen ein Volk aus der „3. Welt“, sondern der globale ökonomische Krieg der imperialistischen Staaten gegen die Völker der „3. Welt“ in seiner offensichtlichsten Form, der Schuldenkrise.

Die Botschaft, die dieses internationale Treffen verbreitete, lautete, „daß eine strategisch orientierte politische Zusammenarbeit oppositioneller Bewegungen auf internationaler Ebene möglich und

notwendig ist, um an den zentralen Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen“ (West-Berliner Erklärung des Gegenkongresses).

Die damalige Vietnam-Solidarität beruhte auf der Einsicht, den Feind im eigenen Land zu bekämpfen und im solidarischen Bezug zum Vietnam. Und heute? Der „Neue Internationalismus“ besteht für das autonome Spektrum im Bezug auf Hungerrevolen und „IWF-riots“ sowie in kritischer Distanz gegenüber organisierten Befreiungsbewegungen; die GRÜNEN basieren an einem internationalen „Netzwerk“ mit Bezug zu Öko-Gruppen und Menschenrechtsorganisationen – ihr Verhältnis zu Befreiungsbewegungen ist umstritten. Ein Besuch bei Fidel Castro gilt bei den Reasos schon als Frevel. In der „taz“ ist die Kampagne „Waffen für El Salvador“ ebenfalls mit heißer Nadel gestrickt worden. Und die Schwäche der revolutionären Linken ist offenkundig.

Tatsächlich sind am Rande der Gegenveranstaltungen neue Kontakte geknüpft, alte intensiviert worden. Ob damit jedoch schon allein neue Perspektiven, geschweige denn ein „Neuer Internationalismus“ aufgetan wurden, steht dahin.

Genau beschen bestanden die Protestaktionen, auf die sich die „Reformer“ bis BUKO einigten, nicht in einer breiten Renaissance der internationalen Solidarität, sondern in der einigenden Gegnerschaft zu IWF/Weltbank als „internationale Völkermordzentralen“. Um den Anlaß dieser Tagung rankte sich im Vorfeld eine typische „Themenkonjunktur“ hoch, mit der positiven Begleiterscheinung, daß sich ein Teil der hiesigen Linken bis hin zu Kirchengruppen mit der „3. Welt“-Problematik intensiver als sonst beschäftigte.

Diese „Konjunktur“, basierend auf der gemeinsamen Gegnerschaft zum Bankertreffen, hat mit den insgesamt erfolgreichen Protesten in Westberlin einen vorläufigen Höhepunkt und auch Endpunkt erreicht. Ob daraus eine Chance wird, „eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln“ (West-Berliner Erklärung), die auch genutzt wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig sind in Westberlin zahlreiche neue Gesprächsfäden der unterschiedlichen Fraktionen der Linken und GRÜNEN und den verschiedenen Repräsentanten der Opposition aus den Ländern der „3. Welt“ geknüpft worden – eine Bewegung ist das allerdings nicht.

D./Westberlin

November 1938:

Ein Pogrom wird inszeniert

27. — 29. Oktober 1938: 17.000 in Deutschland lebende Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden aus ihren Wohnungen geholt, zu Sammelstellen getrieben und schließlich über die polnische Grenze gejagt.

3. November 1938: Der bei Verwandten in Paris lebende 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan erhält eine Postkarte von seiner Schwester Berta, die ihm die Abschiebung ihrer Familie aus Deutschland schildert.

7. November 1938: Herschel Grynszpan erscheint bei der deutschen Botschaft in Paris und verlangt, einen leitenden Beamten zu sprechen, um ein wichtiges Dokument zu übergeben. Er schießt den Legationssekretär Ernst von Rath nieder, der ihn empfängt, und wird dann festgehalten und der französischen Polizei übergeben.

9. November 1938, spätabends: Nachdem von Rath am Nachmittag in Paris gestorben ist, beginnt ein von der NSDAP und ihren Untergliederungen organisiertes Pogrom, das mit örtlichen Verschleppungen bis zum Vormittag des 10. November dauert und dann durch einen offiziellen Befehl abgebrochen wird. Mindestens 91 Juden werden im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Pogrom ermordet, Hunderte zusammengeschlagen und teilweise schwer verletzt, 7500 Geschäfte und 270 Synagogen zerstört, 30.000 Juden werden verhaftet und in KZs gebracht.

Ein Alleingang von Goebbels?

Es ist üblich geworden, Propagandaminister Goebbels als Initiator des Pogroms anzusehen. Die Parteiführung sei praktisch überrumpelt worden. SS-Führer Himmler soll das Pogrom dem „Machtstreben“ und der „Hohlköpfigkeit“ des Propagandaministers angelastet haben. Polizeichef Heydrich hat angeblich erst als einer der Letzten erfahren, daß ein Pogrom angeordnet war. Der für Wirtschaftsplanung und Innenpolitik zuständige Göring sei überrascht und empört gewesen. Der Münchner



Zerstörte jüdische Geschäfte 1938



Zerstörte jüdische Geschäfte 1938

um es präzise zu sagen: als hätte man auf seinen Tod gewartet. Dieses Zuwarten macht aber eigentlich erst dann rechten Sinn, wenn mit diesem Tod definitiv gerechnet wurde.

Hitler hatte noch in der Nacht des 7. November zwei deutsche Mediziner zur Teilnahme an der Behandlung nach Paris geschickt. Einer davon war Hitlers persönlicher Arzt Dr. Brandt, der später in Nürnberg als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde. Die beiden kamen frühmorgens am 8. November in Paris an. Nach ihrer ersten Visite bei dem angeschossenen Diplomaten bezeichneten sie dessen Zustand als ernst, drückten aber auch Hoffnung für den weiteren Verlauf aus. Am frühen Nachmittag des 8. November trat eine leichte Besserung ein, jedoch verschlechterte sich am Vormittag des 9. November der Zustand von Rath sichtlich. Kurz vor 12 Uhr mittags gab der behandelnde französische Chirurg die Hoffnung auf Rettung des Patienten auf. Gegen 15 Uhr fiel Rath ins Koma. Um 16.30 Uhr starb er. Aber es vergingen angeblich noch viereinhalb Stunden, bis diese Nachricht bei den NS-Führern ankam.

Goebbels-Theater

Am Abend des 9. November findet im Münchner Rathaus das traditionelle Festessen der „alten Kämpfer“ zur Erinnerung an den nazistischen Putschversuch vom 9. November 1923 („Marsch auf die Feldherrnhalle“) statt. Gegen 21 Uhr erscheint an Hitlers Tisch ein Bote. Hitler wirkt bestürzt. Augenzeugen beobachten ein „intensives“ und „sehr eindringliches“, aber leises Gespräch zwischen Hitler und Goebbels. Danach verläßt Hitler vorzeitig die Veranstaltung, ohne seine übliche Rede zu halten und ohne daß zunächst eine Erklärung erfolgt. Erst gegen 22 Uhr gibt Goebbels den Versammelten den Tod von Rath bekannt und hält eine aufhetzende Rede! Es sei in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt bereits im Laufe des Tages zu „Kundgebungen“ gekommen, bei denen jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen abgebrannt wurden. Hitler habe angeordnet, daß derartige Aktionen von der NSDAP weder vorzubereiten noch zu organisieren seien; soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.

wartet wurde, ist auch anzunehmen, daß Hitler sich ständig über den Zustand von Rath auf dem Laufenden halten ließ. Nicht zuletzt diesen Zweck hatte wohl auch die Entsendung seines persönlichen Arztes nach Paris. Die abendliche Szene im Rathaus wäre demnach nur eine typische Goebbels-Inszenierung gewesen, um die Planmäßigkeit und Organisiertheit des Pogroms zu kaschieren.

Himmler wird eingeschaltet

Was macht Hitler, nachdem er das Festessen so demonstrativ verlassen und sich damit der direkten Verantwortung für den weiteren Verlauf des Abends scheinbar entzogen hat? Er läßt sich, begleitet vom Münchner Polizeipräsidenten von Eberstein, in seine Wohnung fahren. Dort trifft er sich mit dem Reichsführer SS, Himmler. Um 23.55 Uhr teilt der Gestapo-Chef Heinrich Müller durch Fernschreiben allen Dienststellen mit, daß „in kürzester Frist“ in ganz Deutschland antijüdische Aktionen stattfinden würden. Diese dürften von der Polizei nicht gestört werden, jedoch sollten „Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen“ unterbunden werden. In Synagogen befindliches Archivmaterial sei „durch sofortige Maßnahmen sicherzustellen“. Die Festnahme von 20-30.000 Juden sei vorzubereiten. „Nähere Anordnungen“ würden im Laufe der Nacht folgen.

Dieses Fernschreiben kann unmöglich von Goebbels eigenmächtig veranlaßt worden sein, es muß von Hitler und Himmler ausgegangen sein. Die Anwei-

sung zu Massenverhaftungen zeigt darüber hinaus, daß der Polizei nicht nur eine tolerierende, sondern eine höchst aktive Rolle bei dem Pogrom zugesprochen war.

Um Mitternacht findet, auch dies ein traditioneller Vorgang am 9. November, auf dem Odeonsplatz eine Vereidigung von Rekruten der Waffen-SS statt. Himmler und Hitler sind anwesend. Gegen 1 Uhr morgens am 10. November trifft Himmler sich in seinem Hotel mit dem Chef der Sicherheitspolizei, Heydrich, und danach mit den anläßlich der Feierlichkeiten in München anwesenden höheren SS-Führern.

Um 1.20 Uhr geht ein Fernschreiben Heydrichs an alle Dienststellen der Staatspolizei und an alle Abschnitte des SD (Sicherheitsdienst der SS) ab, das sich im Wesentlichen mit dem Befehl Müllers von 23.55 Uhr deckt, aber zusätzliche Konkretisierungen enthält. Die Staatspolizeistellen werden aufgefordert, sofort Verbindung mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen aufzunehmen und Absprachen über die Durchführung der „Demonstrationen“ zu treffen. Das Verbot von Plünderungen wird wiederholt. Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeiten sollen nicht belästigt werden; „historisch wertvolles“ Archivmaterial aus Synagogen und Gemeinderäumen soll beschlagnahmt werden. Es sollen, sobald ausreichend Polizeikräfte verfügbar sind, in allen Bezirken so viele Juden festgenommen werden, wie in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Wegen der weiteren Unterbringung ist unverzüglich Kontakt mit den zuständigen Konzentrationslagern aufzunehmen.

Fortsetzung nächste Seite



Organisierte Goebbels allein die „spontane Volkswut“?



Pogrome 1938: Verhaftete Juden in Baden-Baden

Es ist üblich geworden, Propagandaminister Goebbels als Initiator des Pogroms anzusehen. Die Parteiführung sei praktisch überrumpelt worden. SS-Führer Himmler soll das Pogrom dem „Machtstreben“ und der „Hohlköpfigkeit“ des Propagandaministers angelastet haben. Polizeichef Heydrich hat angeblich erst als einer der Letzten erfahren, daß ein Pogrom angeordnet war. Der für Wirtschaftsplanung und Innenpolitik zuständige Göring sei überrascht und empört gewesen. Der Münchner Polizeipräsident von Eberstein behauptete als Zeuge im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess, daß die SS „diese ganze Aktion als ausgesprochen unanständig“ empfunden habe. Ebenfalls in Nürnberg erzählte HJ-Führer von Schirach, er habe in einer Rede vor Jugendfunktionären das Pogrom als „Kulturverbrechen“ verurteilt. Sogar „Stürmer“-Herausgeber Streicher, der wildeste aller Antisemiten, soll sich ablehnend geäußert haben. So könne man die Judenfrage doch nicht lösen, habe er gesagt.

Andererseits soll aber selbst Goebbels über das Ausmaß des Pogroms „entsetzt“ gewesen sein und soll Streicher samt den „Idioten von München“ dafür verantwortlich gemacht haben. Rekonstruieren wir zur Beantwortung der Frage nach der Rolle zunächst den Gang der Ereignisse.

Zwei Tage Abwarten

Goebbels hatte gleich am Tag des Attentats die gesamte Presse angewiesen, die Nachricht in großer Aufmachung zu bringen und in Kommentaren „darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß.“ Im Leitartikel des „Völkischen Beobachters“ hieß es beispielsweise am 8. November: „Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungszentren bevölkern und als „ausländische“ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken...“

Damit waren einige der nach dem 9. November offiziell verkündeten Maßnahmen schon angesprochen. Das kann Goebbels nicht eigenmächtig veranlaßt haben. Für die Presseanweisung, „schwerste Folgen für die Juden“ definitiv anzukündigen, muß Goebbels zumindest die Zustimmung Hitlers gehabt haben. Daß darüber hinaus einzelne konkrete Maßnahmen erwähnt wurden, läßt vermuten, daß sie bereits beschlossen waren.

Indessen geschah im Widerspruch zu der radikalen Pressekampagne in der Praxis zunächst außer dem Verbot der jüdischen Zeitungen (8. November) überhaupt nichts. Es scheint, als hätte die NS-Führung die weitere Entwicklung des Falles von Rath abwarten wollen, oder

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Bedeutung des 9. November

Daß von Rath gerade am 9. November, dem Jahrestag des Putschversuchs von 1923, starb, war aus Sicht der Regie ein sehr günstiger Umstand. An diesem Tag war ohnehin die gesamte Partei samt Unterorganisationen mobilisiert und befand sich in nostalgischer Erregung. Ein großer Teil der höheren Partei- und SS-Führer war in München versammelt und konnte somit leicht und schnell angesprochen werden. Nur in einem solchen Rahmen konnte durch ein paar Worte, ohne expliziten und eindeutigen Befehl, ein Pogrom in Gang gebracht werden. Es war im Grunde ein so phantastischer Rahmen, daß man an der Zufälligkeit des Datums zweifeln möchte.

Das Erstaunliche des Zufalls wird durch ein weiteres Moment noch gesteigert, das in den meisten Darstellungen des Novemberpogroms unbeachtet bleibt: der Todestag von Rath war nicht nur der 15. Jahrestag des Münchner Putschversuchs, sondern zugleich der 20. Jahrestag des 9. November 1918. Dieses Datum hat in der NS-Ideologie eine zentrale Bedeutung. Der 9. November 1918 war der Tag, an dem der Kaiser abdankte und die Weimarer Republik ausgerufen wurde. Aus konservativer und nazistischer Sicht stand dies Datum für den militärischen Zusammenbruch und für das parlamentarisch-demokratische System, das sie vom ersten Moment an bekämpft hatten. Für beides waren neben der organisierten Arbeiterbewegung in erster Linie „die Juden“ verantwortlich gemacht.

Aus dem 9. November 1918 leitete die NS-Führung in doppeltem Sinn die Legitimation und Notwendigkeit ihres Vernichtungsprogramms gegen die Juden her. Erstens im Sinn der Rache, wie es Hitler am 21. Januar 1939 beim Empfang des tschechoslowakischen Außenministers ausgesprochen haben soll: „Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden.“ — Zweitens im Sinn einer politisch-sozialen Vorbeugung im Krieg: um einen „zweiten November 1918“ zu verhindern, sei es notwendig, die Juden als potentiell destabilisierendes, „zersetzendes“ Element restlos zu beseitigen.

Wiederum nicht zufällig begannen die Nazis sofort nach dem Novemberpogrom, offen von der Vernichtung der Juden im kommenden Krieg zu sprechen.

Den Anfang machte Göring während ei-

ner Regierungskonferenz am 12. November 1938: „Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikten kommt, so ist es selbstverständlich, daß wir in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.“

Am 24. November 1938 griff das SS-Organ „Das Schwarze Korps“ diese Äußerung Görings auf und drohte, daß das Schicksal der Juden, die beim Ausbruch eines Krieges noch in Deutschland wären, die Vernichtung sein würde.

Unüberhörbar war schließlich Hitlers Ankündigung im Reichstag am 30. Januar 1939, dem sechsten Jahrestag seiner Ernennung zum Reichskanzler: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

In dieser Drohung war die Absicht ausgesprochen, die Juden in Deutschland und im deutschen Einflußbereich als Geiseln gegen ein Eingreifen der USA in den vom NS-Staat geplanten Eroberungskrieg zu behandeln. Hitler wiederholte diese Drohung während des Kriegs noch mehrmals öffentlich, erstmals am 30. Januar 1941, also wiederum am Jahrestag seiner „Machtergreifung“. Hinter diesen Drohungen stand die nazistische Vorstellung, daß die Politik der USA durch das „Weltjudentum“ entscheidend beeinflusst werde.

„So oder so zur Erledigung bringen“

In einem Rundschreiben des Auswärtigen Amtes an alle deutschen Missionen und Konsulate vom 25. Januar 1939 heißt es zusammenfassend: „Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens („Anschluß“ Österreichs im März, Annexion der Sudetengebiete im Oktober) die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische



Abstammungsdokumente

Gegnerschaft der ehemaligen Feindbündnisse des Weltkriegs hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen Volkes zum Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluß des großdeutschen Reiches erzwingt.

Die Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage ergab sich aber auch als Konsequenz der außenpolitischen Entwicklung, die zu den im Altreich lebenden 500.000 Gläubigen weitere 200.000 in Österreich einbrachte.“

Durch die Aktionen und Maßnahmen nach dem Tode von Rath sei der jüdische Einzelhandel praktisch schon verschwunden. „Die Liquidierung der jüdischen Großhandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, daß in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann.“

Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden.“

Das Rundschreiben verweist auf den Parallelismus zwischen Eroberungspoli-

Parallelismus zwischen Eroberungspolitik und Judenpolitik des NS-Staats. Nach Annexion der Sudetengebiete durch das Münchner Abkommen zwischen den europäischen Hauptmächten (29./30. September 1938) war Hitler entschlossen, den nächsten angestrebten Konflikt, mit Polen, militärisch zu lösen. Somit war die erhebliche Verschärfung der antijüdischen Politik fast unmittelbar nach dem Münchner Abkommen innerhalb der nazistischen Vorstellungswelt ein nicht nur logischer, sondern geradezu zwangsläufiger Schritt. Auch in diesem Sinn kam das Attentat gegen von Rath zum richtigen Zeitpunkt.

Im Rückblick ist festzustellen, daß dem Pogrom durch vorangegangene Maßnahmen entscheidend vorbereitet worden war:

4. Die Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe (Juni 1938) war Voraussetzung für die Erstellung der Listen, nach denen am 9./10. November innerhalb kürzester Zeit planmäßig alle Geschäfte in jüdischem Besitz überfallen werden konnten.

5. Die Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen (April 1938) war eine wesentliche Hilfe für die „Arisierung der Wirtschaft“ wie auch für das Eintreiben der den Juden nach dem Pogrom auferlegten „Kontribution“ von einer Milliarde Mark.

6. Die schlagartige Inhaftierung von 1500 „vorbestraften“ Juden und ihre Verschleppung in KZs im Juni 1938 und die Abschiebung von 17.000 polnischen Juden Ende Oktober 1938 wirkten strukturell und ideologisch als Vorbereitung der ebenso schlagartigen Verhaftung von 30.000 Juden am 9./10. November.

Mit dem Novemberpogrom war ein entscheidender Schritt zur „Endlösung“ getan. Göring eröffnete die von ihm einberufene Besprechung am 12. November, die über die nächsten antijüdischen Maßnahmen beraten und beschließen sollte, mit der Mitteilung: „Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Staatsleiter des Stellvertreters des Führers Bormann im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist.“ — Man beachte die Worte „so oder so“, die zusammengekommen werden müssen mit der Dro-

hung Görings am Schluß der gleichen Sitzung, im Kriegsfalle „eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen“.

Am 24. Januar 1939 — eine Woche vor der oben zitierten Vernichtungsdrohung Hitlers im Reichstag — erteilt Göring dem Polizeichef Heydrich den Auftrag, „die Judenfrage... einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen“.

Am 31. Juli 1941 erweitert Göring diesen Auftrag: „In Ergänzung der ihnen bereits mit dem Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe... beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa...“ Heydrich sollte ihm „in Bälde“ einen Gesamtplan für die „Endlösung der Judenfrage“ vorlegen.

Zu diesem Zeitpunkt haben in der Sowjetunion Mördertruppen aus SS und Polizei („Einsatzgruppen“) damit begonnen, die von der Wehrmacht besetzten Gebiete durch Massenerschießungen „judenfrei“ zu machen. Am 18. Oktober 1941 beginnt die Deportation und Ermordung der deutschen Juden.

Ki.

„Spontaner Volkszorn“?

Noch in der Nacht zum 10. November hatte Goebbels eine einheitliche Sprachregelung für die Presse vorgegeben: „Die tiefe Empörung des deutschen Volkes über die gemeine jüdische Mordtat“ habe sich in spontanen Aktionen Luft gemacht.

„Aus der empörten Menge heraus“ sei gegen jüdische Geschäfte und Gebäude „vorgegangen“ worden. „Tausende von Volksgenossen standen in den Straßen. Empörung und Genugtuung zugleich, daß die echt jüdische Provokation ihre gerechte Strafe fand, malte sich auf den Gesichtern“, heißt es in einem Zeitungsbericht aus Hamburg. — „Überall sammelten sich zahlreiche Volksgenossen auf den Straßen, und überall gab es in Berlin nur eine Meinung. Endlich hört die Gendarmen gegen das Judenpack einmal auf“, wußte der „Völkische Beobachter“ zu berichten. „Das deutsche Volk ist ein antisemitisches Volk“, verkündete Goebbels am 12. November im „Völkischen Beobachter“. „Es hat weder Lust noch Vergnügen, sich weiterhin durch die parasitäre jüdische Rasse in seinen Rechten beschränken oder als Nation provozieren zu lassen.“ Und wiederum Goebbels einen Tag später in einer Rede in Berlin: „Die Judenfrage wird in kürzester Frist einer deutschen Volksempfindung befriedigende Lösung zugeführt. Das Volk will es so, und wir vollstrecken nur seinen Willen!“ Die Regierung befände sich mit ihrer antijüdischen Politik „in vollkommener und restloser Übereinstimmung mit dem deutschen Volk.“

Goebbels Intention war, dem gesamten Volk in den Augen der übrigen Welt nicht nur das Pogrom anzulasten, sondern es zugleich in eine Art Kollektivhaftung für die künftige „Lösung der Judenfrage“ zu zwingen, die mehr und mehr zur „Endlösung“ radikalisiert wurde. Viele Aufzeichnungen und Äußerungen von Goebbels beweisen jedoch, daß er an seine eigene Propagandathese, das gesamte deutsche Volk wisse nun — im Sinne der Nazi-Ideologie — „bis zum letzten Mann, warum es in der Judenfrage geht“ (VB, 12.11. 1938), niemals geglaubt hat.

Daß das Pogrom von der NSDAP, SA und SS (zum Teil mit Unterstützung der HJ) organisiert wurde, daß es also keineswegs spontan aus der Bevölkerung heraus

Vom Boykott zum Pogrom

1. April 1933 Boykott-Demonstrationen der SA gegen alle Geschäfte in jüdischem Besitz. Die Aktion richtet sich auch gegen jüdische Ärzte, Rechtsanwälte und Professoren.

7. April 1933 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Entlassung aller „marxistischen“ und jüdischen Beamten.

10. April 1933 Durch ein Reichsgesetz wird bestimmt, daß die Zulassung von Rechtsanwälten „nichtarischer Abstammung“ bis zum 30. September des Jahres zurückgezogen werden kann.

25. April 1933 Einführung einer Quote für Juden an Schulen und Universitäten.

22. September 1933 Reichskulturkammergesetz. Ausschaltung der jüdischen Schriftsteller und Künstler.

4. Oktober 1933 Schriftleitergesetz. Ausschaltung der jüdischen Redakteure aus der „arischen“ Presse.

21. Mai 1935 Wehrgesetz. „Arische Abstammung“ ist Voraussetzung für den Wehrdienst.

15. September 1935 Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre; im November 1935 durch Verordnungen ergänzt. Die Juden verlieren die politischen Bürgerrechte. Eheschließungen zwischen Juden und „Ariern“ werden verboten, ebenso der „außerheirliche Verkehr“ („Rassenschande“).

26. April 1938 Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen über 5000 Mark.

14. Juni 1938 Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe.

15. Juni 1938 Alle „vorbestraften“ Juden, einschließlich der wegen Verkehrsvergehen u.ä. Belangten — insgesamt etwa 1500 Menschen — werden verhaftet und in Konzentrationslager gebracht.

25. Juli 1938 Verordnung über die Streichung der Zulassung aller jüdischen Ärzte ab 30. September 1938. Danach können Juden nur noch (mit widerruflicher Genehmigung) als sogenannte Krankenbe-

handler für Juden tätig sein. Alle noch bestehenden Dienstverhältnisse und Mietverhältnisse mit jüdischen Ärzten können zum 30. September bzw. 31. Dezember 1938 gekündigt werden.

17. August 1938 Durchführungsgesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen: Juden, die nicht einen vom NS-Staat ausdrücklich als jüdisch anerkannten Vornamen tragen, müssen ab 1. Januar 1939 den zusätzlichen Vornamen „Israel“ bzw. „Sarah“ annehmen.

27. September 1938 Verordnung über die Streichung der Zulassung aller jüdischen Rechtsanwälte ab 30. November 1938. Nach diesem Datum dürfen sie nur noch „in Ausnahmefällen“ als sogenannte Konsulten für jüdische Klienten tätig sein.

5. Oktober 1938 In die Reisepässe aller Juden wird ein „J“ gestempelt.

28. — 29. Oktober 1938 Abschiebung von 17.000 Juden über die polnische Grenze.

9. — 10. November 1938 Pogromaktionen im ganzen Deutschen Reich und in der Freien Stadt Danzig.

12. November 1938 Eine Regierungskonferenz unter Vorsitz Görings berät und beschließt einen Katalog antijüdischer Maßnahmen. Die deutschen Juden müssen eine „Kontribution“ von einer Milliarde Mark aufbringen und die von den Nazi-Banden angerichteten Schäden selbst bezahlen. Die „Arisierung der Wirtschaft“ soll beschleunigt, die Auswanderung „auf jede Weise“ forciert werden. Eine Fülle von Verordnungen schließt die Juden praktisch völlig vom öffentlichen Leben aus und reduziert sie auf jüdische Sondereinrichtungen.

3. Dezember 1938 Allen Juden werden die Führerscheine abgenommen.

17. Januar 1939 Verordnung über das Erlöschen der Zulassung von jüdischen Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern.

30. April 1939 Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden. Aufhebung des Kündigungs- und Räumungsschutzes. Die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in „Judenhäusern“ wird vorbereitet.

entstand, ist heute unumstritten. Eine andere Frage ist, in welchem Umfang das Pogrom in Teilen der Bevölkerung Zustimmung oder sogar aktive Unterstützung fand.

Eine brennende, aber selbstverständlich politisch interessierte Quelle sind die Deutschland-Berichte der SPD aus dieser Zeit. Wir lesen dort beispielsweise: „Die Bevölkerung selbst, sowohl Arbeiter als auch bürgerliche Kreise“, habe „mit Mißbilligung und Abscheu“ reagiert. (Baden) „Das Gros der Bevölkerung verabscheute sichtlich diese Barbarei.“ (Homburg) Das Mitleid der Bevölkerung sei auf Seiten der Juden, (Saargebiet) „Die brutalen Maßnahmen gegen die Juden haben große Entrüstung in der Bevölkerung ausgelöst. Man äußerte sich recht offen und viele Arier wurden deswegen verhaftet.“ (Rheinland-Westfalen) „Selbst führende Nazis haben ihre Unzufriedenheit offen zum Ausdruck gebracht, wahrscheinlich weil sie an der Stimmung des Volkes einfach nicht vorübergehen konnten.“ (Köln) „In der Bevölkerung werden die Vorfälle allgemein verurteilt.“ (Südwestdeutschland) „Alle unsere Informationen besagen, daß die breite Bevölkerungsschicht an diesem Treiben der Nazis keinen Anteil hatten... Im Gegenteil, es gibt viele Beispiele, daß die Bevölkerung gegen diese Methode Stellung nahm.“ (Bayern) „Der Prozeß der Berliner Bevölkerung gegen die Benutzungen und Brandstiftungen, gegen die Missetaten an jüdischen Männern, Frauen und Kindern jeden Alters war drachlich.“ „Es gibt nur wenige Menschen, die die Ausschreitungen zu entschuldigen versuchen. Im allgemeinen wird die Aktion gegen die Juden entschieden verurteilt.“ (Schlesien)

Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden. Insbesondere in den Berichten aus Schlesien (aber auch beispielsweise aus Berlin) ist davon die Rede, daß massenhafte Kritiken des Pogroms verhaftet worden seien, angeblich „Hunderte“ allein aus Gleiwitzer Betrieben. In Heydrichs Bericht vom 11. November ist jedoch nur von insgesamt „7 Ariern und 3 Ausländern“ die Rede, die während des Pogroms „zur eigenen Sicherheit in Haft genommen“ worden seien.

Das Interesse der SPD, Übereinstimmung der deutschen Bevölkerung mit der NS-Politik zu bestreiten, liegt auf der Hand. Die Darstellung der SPD wird aber im Kern auch durch eine Reihe von Äußerungen aus NS-Quellen gestützt. So sagte beispielsweise Streicher, Herausgeber des „Stürmer“, im Kriegsverbrecherprozeß 1946, der „Unwille gegen das, was in der Demonstration geschehen war“, habe sich „selbst hier in Nürnberg geduldet, hinein bis in die Parteigenossenschaft“. In Leitartikeln und Kommentaren der Presse fühlte man sich genötigt, gegen „Judenfreunde“ und gegen „Unverständnis“ für die NS-Judenpolitik zu polemisieren. Eine Reihe von Polizeiberichten hebt hervor, daß die antijüdischen Maßnahmen des Staates auf breite Zustimmung gestießen seien, während es gegen das Pogrom viel Widerspruch gegeben habe. Beispielfhaft sei hier aus dem Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern und Oberpfalz zitiert:

„Die gegen das Judentum gerichteten gesetzlichen Maßnahmen finden... volles Verständnis. Umso weniger Verständnis brachte der Großteil der Bevölkerung für die Art der Durchführung der spontanen Aktion gegen die Juden auf; sie wurde vielmehr bis weit in Parteikreise hinein verurteilt. In der Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen sah man eine unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem deutschen Volkvermögen verloren gingen... Auch die Befürchtung wurde laut, daß bei den Massen auf solche Weise der Trieb zum Zerstören wieder geweckt werden könnte. Außerdem ließen die Vorkommnisse unnötigerweise in Stadt und Land Mitleid mit den Juden aufkommen.“

Tatsächlich stand für einen Großteil der Kritiker des Pogroms wohl der materielle Aspekt, die „sinnlose“ Vernichtung von teils knappen, teils für die breiten Massen unbezahlbaren Waren, im Vordergrund. Auch in der vom berühmten Berliner „Volksmund“ geprägten ironischen Bezeichnung „Reichskristallnacht“, die sich auf die Tausende zerschlagener Scheiben bezog, kommt dieser vordergründige Blick auf den materiellen Aspekt klar zum Ausdruck.

Internationale Arbeitskonferenz der Atomwaffenverzicht-Kampagne

Nicht die „Rüstungsspirale der Supermächte“ steht auf der Tagesordnung, sondern die Politik des BRD-Imperialismus: Erstmals seit der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ will sich am 25.-27.11.88 eine Konferenz über Aktionsplanungen gegen die bundesdeutsche Atomwaffenpolitik verständigen. Der Konferenzaufruf „Denuklearisieren statt Modernisieren — Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ wendet sich gegen jegliche nukleare Komponente der Bundeswehr wie auch gegen die Beteiligung an der Atomausrüstung Frankreichs und Großbritannien. Betont wird die zivilitäre Verstrickung der hiesigen Atomenergiepolitik. Konferenzziel ist 1. die Beschlussfassung über ein „gemeinsames Aktionsprogramm für die Kampagne Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“, 2. die Verbreitung und der Austausch von Informationen „über die unfriedliche Atom(waffen)politik der BRD“ und 3. die Begegnung von Anti-AKW-Bewegung und Friedensbewegung, bundesdeutscher und ausländischer Friedensbewegung sowie alter und „neuer“ Anti-Atomtod-Bewegung.

Als Unterstützer der Atomwaffenverzicht-Kampagne werden auf der Aktionskonferenz u.a. Tony Benn von der britischen Labour-Partei sowie Sonja von der Gaast, ein führendes Mitglied der holländischen Sozialdemokratie, zu Wort kommen. Als Kritiker hat der ehemalige Juso-Chef Kasten Volgt seine Teilnahme zugesagt, um die SPD-Abkehrung des grundgesetzlichen A-Waffenverzichts auch gegenüber den aufrüppigen Teilen der eigenen Partei zu begründen. Schließlich hat sich in den letzten Wochen der Unterstützerkreis der Kampagne in einem für das Ollenhauer-Haus höchst unliebsamen Maße ausgedehnt. Vorbei ist die Zeit, in der ein Egon Bahr noch glaubte, die Kampagne lässt sich als einen „Gag“ abschütteln zu können. Nein — im neuen Stil und wohlwollenden Gestus suchen heute SPD-Großen wie Ehmke die Kampagne zu ersticken. Im Folgenden ein Überblick.

ten, MSB, Ohne Rüstung Leben, Republikanischer Anwälten- und Anwälterverein, Richter und Staatsanwälte für den Frieden, SDAJ, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen.

Innerhalb der Linken haben sich neben KB und DKP mittlerweile auch die VSP, Ernest Mandel, Karl Heinz Roth sowie VertreterInnen von KP und „Neuer Linke“ Griechenlands, von KPI und Democrazia Proletaria, von KP, Pazifistisch-Sozialistischer Partei und Sozialistischer Arbeiterpartei (IV Intern.) der Niederlande sowie der KP Portugals hinter das Anliegen gestellt.

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung sind die Unterstützer der Kampagne (BI Hanau, Karlsruhe, Schwandorf, Redaktion „atom“, „rad-aktiv“) nach wie vor eine Minderheit.

Von den christlichen Organisationen haben Pax Christi, Teile der „Solidarischen Kirche“, Aktion Sühnezeichen und ESG eine Unterstützung beschlossen.

Von den berufsbezogenen Friedensgruppen haben die Bundeswehroffiziere des „Darmstädter Signal“ nach wiederholter Debatte und gegen eine 30%-Minderheit beschlossen, der Kampagne beizutreten. Kontrovers verliefen die Diskussionen auch in der „Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden“, die mittlerweile in einer Erklärung den Atomwaffenverzicht-Vorschlag begrüßt und seine Verwirklichung als „wohl eine der bedeutendsten Maßnahmen“ bezeichnet hat, die die BRD zur Entspannung in Mitteleuropa beitragen könne. Insbesondere die AG „Proliferation“ der Naturwissenschaftler (in der z.B. auch Kernphysiker aus Karlsruhe mitarbeiten) will dem Vernehmen nach diese Kampagne zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit machen.

Im sozialdemokratischen Spektrum ist insbesondere die Beteiligung der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen“ von Bedeutung. Darüberhinaus haben neben einzelnen SPD-Abgeordneten (Catenhusen, Fuchs) bisher die Juso, die „Gustav Heinemann-Initiative“, der BUND und — als bisher einziger — der SPD-Unterbezirk Münster die Kampagne begrüßt (allerdings auf dem jüngsten SPD-Parteitag in Münster nicht einmal erwähnt).

Isoliert haben sich die Friedensbewegungs-Funktionäre in der SPD-Parteizentrale, Wolf Biermann und Gerd Greune, Sondierungsversuche (u.a. mit Aktion Sühnezeichen) über einen alternativen, abgeschwächten Kampagnen-Auftritt und bereits im Vorfeld der Tübinger Friedenskonferenz gescheitert. Als letzte große Friedensorganisation hat sich kürzlich auch die DFG-VK, der Greune vorsteht, hinter die Kampagne gestellt: Im Bundesvorstand seines eigenen Verbandes wurde Greune überstimmt. Diese sehr ungewöhnliche Unfähigkeit zur Flexibilität macht deutlich, daß diese Kampagne im

Kenntnis zu nehmen. Zwar wird im Beschluß des CDU-Parteitags von Mai 1988 die Reizvolat „Europäische Atomstreitmacht“ vermieden. Auch den zuständigen SPD-Stellen ist jedoch sonnenklar, daß nichts anderes gemeint ist, wenn — so die neue Beschlüßföge — Frankreich und Großbritannien aufgefordert werden, ihre Atomwaffen in eine gemeinsame „Europäische Sicherheitsunion“ einzubringen, über deren Einsatz früher oder später ein „Europäischer Verteidigungsrat“ zu entscheiden habe.

Selbst heimliche SPD-Befürworter einer Europäischen Atomstreitmacht bzw. — wie E. Bahr — einer westeuropäischen nuklearen Planungsgruppe werden gegenüber der eigenen Klientel nicht darauf verzichten können, gegen diese Tendenzen Stellung zu beziehen, was den Stellenwert der Atomwaffenverzicht-Kampagne objektiv erhöht. Andererseits ist selbst die Mehrheit der SPD-„Linken“ vor allem anderen daran interessiert, eine prinzipiellen Klärung dieser Frage zu vermeiden. Deshalb kommt für sie eine Unterstützung der Kampagne bisher nicht in Frage (zumal, wie in diesen Kreisen angemerkt wird, der Zeitpunkt verpöft sei, um ihr noch argumentativ den SPD-Stempel aufdrücken zu können).

Was also tun? Die letzte Vorgabe für kommende Auseinandersetzungen lieferte im Sommer Horst Ehmke in einem auch als Pressemitteilung verbreiteten Interview des Infolienstes Wissenschaft und Frieden. Die Frage „Wie war das mit dem ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz‘? Halten Sie das für bloße Symbolik?“ beantwortete er wie folgt:

„Nein. Ich hätte nichts dagegen, wenn das so wäre. Ich will keine deutschen Atomwaffen, auch keine deutschen Finger an anderer Leute Atomwaffen... Die Bundesrepublik als atom-biologische und chemiewaffenfreies Land — das ist unsere Staatsraison. Was wird nun mit einem Antrag der von Ihnen erwähnten Art, wenn er ins Parlament kommt, passieren? Er wird im Bundestag und im Bundesrat nicht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit finden, und dann wird man sagen: Na gut, wir sind ja gar nicht gebunden. Man erreicht also in einer Sache, die ich teile, etwas politisch Bedenkliches. Wir sollten in dieser Auseinandersetzung stärker den Schwerpunkt darauf legen, den Nichtverbreitungsvertrag zu verlängern und zu verbessern... Ich fürchte, es ist eine Aktion, die nicht gut aus, es läßt sich auch ein bißchen mit ihr mobilisieren, hinterher kommt dann, wenn der Antrag abgelehnt wurde, der psychologische count down. Zusammengefaßt: Die Intention ist richtig, aber in der Operation könnte es ein Bumerang werden.“

Wörtlich genommen besagt diese Äußerung, daß die BRD ohne den GG-Verzicht nuklear „nicht gebunden“ sei, was

Aktionsplanung mit Schonprogramm

Es ist unschwer vorausehen, daß der Versuch, den Keim an der SPD-Bundestagsfraktion vorübergehen zu lassen, auch die Debatte über die Aktionsplanungen bestimmen wird. So wird in einer offenkundigen Stellungnahme von Conni Kerth und Eva Segelken, zwei führenden Mitgliedern des SPD/DKP-orientierten „Hamburger Forum“, zwar die A-Waffenverzicht-Forderung unterstützt, eine diesbezügliche parlamentarische Initiative jedoch als „z.Z. ungeeignet“ abgelehnt. Eine 2/3-Mehrheit sei „z.Z. völlig illusorisch. Unter den jetzigen Kräfteverhältnissen würde eine parlamentarische Initiative lediglich zu einem ‚Vorführen‘ von Kräften verkommen, die wir... als Bündnispartner dringend benötigen und zum Teil schon haben. Dies gilt zumindest für Teile der SPD.“ Größt Gott, Herr Ehmke!

Klaus Traube: Die Geister werden sich scheiden

„Ich stehe ausgesprochen positiv zu der Kampagne. Das ist das, was man im Augenblick noch machen kann, um die Zukunft einigermaßen zu sichern, absolute Sicherheit ist auch ein solches Grundgesetzverbot nicht. Gerade im Hinblick auf die WAA ist zu sagen, daß ja der Atomwaffenverzicht 1995 auslaufen wird, wenn die WAA in Betrieb gehen soll. Auch im Hinblick darauf ist die Atomwaffenverzichtskampagne zu befürworten. Gerade auch die politische Kampagne ist wichtig, da sich dabei auch die Geister scheiden werden — es wird klar, wer sich die Option auf eigene Atomwaffen offenhalten will — das halte ich für höchst interessant.“ (aus: Plärrer 8/88)

Der Bundesvorsitz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) in der SPD faßte am 23./24.9.1988 den Beschluß: „Die ASJ beteiligt sich an der Kampagne ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz‘. Sie beteiligt sich insbesondere an a) der internationalen Aktionskonferenz ‚Denuklearisierung statt Modernisierung — Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz‘ vom 25. - 27.11.1988 im Schulzentrum Köln Weiden. b) dem Aufruf zu dieser Konferenz. Der persönliche Beitritt zum Trägerkreis bleibt unberührt.“

Stattdessen wird empfohlen:

1. Öffentlichkeitsarbeit („Der Atomwaffenverzicht muß sozusagen in den Köpfen verankert werden“), 2. außerparlamentarische Aktionen z.B. gegen Wackersdorf oder die Atomachse Bonn-Paris, 3. Länderinitiativen zur Verlängerung und Verschärfung des Sperrvertrages.

Dieser Vorschlag ist im Kern der Antrag zur Einstellung der Atomwaffenverzicht-Kampagne, solange die SPD sie nicht von sich aus empfiehlt. Genau entgegengesetzt argumentiert ein u.a. von den Grünen getragener Aktionsvorschlag, der in zwei Richtungen zielt:

„Zum einen geht es darum, die 1990 absehbare Bundestagsentscheidung im Vorfeld zu politisieren und zur ‚Nagelprobe‘ zu entwickeln: Regierungsparteien und SPD sind maximal unter gesellschaftlichen Druck zu setzen. Zum anderen sollten massierte Standort-Aktivitäten gegen die einschlägigen Stätten der bundesdeutschen Atomwaffenentwicklung durchgeführt, Kontakte zu den dort Beschäftigten aufgenommen und für den ganzen Bereich der heimlichen Atomwaffen-Entwicklung die Forderung nach ‚Glasnost‘ popularisiert werden.“

Zum ersten Punkt wird vorgeschlagen, den von den außerparlamentarischen Gruppen zu verabschiedenden Wortlaut der gewünschten GG-Ergänzung als Massenpetition zur Unterschrift vorzulegen, und rund um dieses Projekt eine Reihe von Aktionen zu initiieren. Dieses Vorgehen würde es „den anderen Parteien erheblich erschweren, mit irgendwelchen ausgeklügelten Ersatzanträgen (z.B. Bestätigung des Atomwaffenvertrags-Betriffs etc.) politisch zu landen“. Zum zweiten Punkt wird die Erstellung einer BRD-Lagekarte über die Standorte der BRD-Atomwaffenentwicklung vorgeschlagen. „Diese Standorte könnten dann im Rahmen der Atomwaffenverzicht-Kampagne verstärkt zu Anlaufpunkten von Demonstrationen (z.B. Ostermärsche) und Blockadeaktionen/Menschenketten etc. gemacht werden.“

Eine erste Auseinandersetzung über die künftige Aktionsorientierung der Kampagne wird auf dem 4. Beratungstreffen der Kampagne am 30.10.88 (11.00 Uhr, Bonn, Kessenicher Hof) erfolgen. Noch wichtiger aber werden die Auseinandersetzungen auf der Konferenz selber sein. Hier wird sich zeigen und entscheiden, ob weiterhin — trotz der erreichten Bündnisbreite — ein unabhängiges Konzept der Konzentration auf die BRD-Ambitionen und ihre Urheber verfolgt werden kann oder das Anliegen sozialdemokratisch versandet. Das Ergebnis ist durchaus offen und hängt nicht zuletzt von den Mobilisierungsanstrengungen der Linken in den nächsten Wochen ab. Mobilisierungsanstrengungen der Linken in den nächsten Wochen ab.

ein Überblick.

Nicht uninteressant — auch für örtliche Aktionsbündnisse — ist die Liste der im Trägerkreis der Konferenz bzw. Kampagne versammelten Organisationen: Antimilitaristisches Untersuchungskollektiv (AMOK-Niederlande), Bundeskonferenz Betrieblicher Friedensinitiativen, BUE, BBU, DFG-VK, DFU, Jungdemokraten, DKP, Grüne Partei, Grüne Bundestagsfraktion, Internationale Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW-Sektion BRD), KOFAB, KB, Liberale Demokra-

wöhnliche Unfähigkeit zur Flexibilität macht deutlich, daß diese Kampagne im SPD-Hauptquartier eine Schmerzstelle angebohrt hat.

Ehmke: Anliegen gut — Kampagne schlecht

Das SPD-Dilemma ist offenkundig. Der eigene nukleare Geltungszwang wird in den Unionsparteien zunehmend offener zur Schau getragen (auch wenn die Öffentlichkeit sich vielfach weigert, es zur

zucht nuklear „nicht gebunden“ sei, was offenkundig unsinnig ist. Mensch könnte die Ehmke-Sorgen freilich auch so deuten, daß eine Abstimmungsniederlage im Bundestag der Öffentlichkeit nicht nur klarmacht, daß die Bundesregierung die nukleare Option offenhalten will (ein nützlicher Erkenntnisgewinn!), sondern daß sie zugleich hierfür eine öffentliche Akzeptanz herbeizubringen. Aber auch dies ist an den Haaren herbeigezogen. Nicht nur der Verlauf der NUKEM-Auseinandersetzung, sondern insbesondere außenpolitische Erwägungen sprechen dafür, daß die Unionsparteien aufgrund ihrer Ablehnung der GG-Forderung — übrigens wie Ehmke! — sich das Biedermann-Mäntelchen umhängen und eher einer Stärkung des Sperrvertrages das Wort reden werden. (Interessant ist am Rande, mit welcher Sicherheit Ehmke das — tatsächlich wahrscheinlich — Scheitern der GG-Ergänzung an der Zweidrittel-Hürde prognostiziert. Diese wäre überschritten, falls sich den MdBs von SPD, FDP und Grünen (zusammen 285) 61 Abgeordnete der 234 Mitglieder zählenden Union anschließen würden. Dies läßt zwei Schlüsse zu: Entweder Ehmke ist sich sicher, daß nicht einmal ein Viertel der Unionsfraktion auf die nukleare Option zu verzichten bereit ist, oder aber er rechnet mit weiteren Nein-Stimmen nicht zuletzt im Lager der SPD.)

Die neue „weiche“ Zurückweisung der Atomwaffenverzicht-Kampagne dient allein dem Ziel, das grüne Anliegen im Bundestag gemeinsam mit der Union ablehnen zu können, ohne die entsprechenden politischen Schrammen davontragen. Doch auch in neuer Verpackung läßt sich das SPD-Dilemma nicht lösen, da es dazu beiträgt, über den A-Waffenverzicht ernsthaft zu debattieren. Und da haben nunmal die Grünen eindeutig die besseren Karten, auch der KB übrigen.

Zur Mobilisierung

Die Konferenz beginnt am Abend des 25.11. und dauert bis zum Mittag des 27.11.88. Veranstaltungsort ist das Kölner Schulzentrum Weiden. Konferenzprogramm und -aufruf sowie eine Erläuterung der wesentlichen Ziele der Kampagne sind Inhalt eines 4-seitigen großformatigen Infoblattes zur Konferenzmobilisierung. Kampagnen-Info (Stückpreis 0,10) und Konferenzplakate können ab sofort über das Kampagnenbüro Reuters 44, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/222826 bezogen werden.

Der grüne Aktionsvorschlag und weitere Unterlagen sowie Einführungsbeiträge in die Konferenz-AGs finden sich in einem Reader, der für 10,- (inkl. Konferenzkostenbeitrag) oder 5,- (ohne Konferenzbeitrag) im Kampagnenbüro bestellt werden kann.

Das Büro verschickt nach wie vor auf Wunsch den Anzeigenaufruf „Gegen die Selbstberuhigung“. Dieser Text wird nunmehr definitiv am 7.11. als Anzeige (u.a. in der FR) veröffentlicht werden. Die Unterschriftensammlung unter die Anzeige wurde bis zum 29.10.88 verlängert. Sowohl der Anzeigen-Aufruf, als auch der Konferenz-Aufruf und das Konferenzprogramm können im Büro in englischer, französischer und holländischer Sprache bezogen werden.

Die grüne Broschüre zur Kampagne sowie eine französische Übersetzung derselben (in Kürze ebenfalls eine englische sowie holländische Übersetzung) sind erhältlich über H. Peters, Die Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1.





Gegen NATO und Aufrüstung

Aktionen zur Nato-Parlamentarierversammlung in Hamburg

Vom 11. bis 18. November findet in Hamburg eine Sitzungswoche der „Nato-Parlamentarierversammlung“ (NAV) statt. In der Regel werden dafür gemäß der Fraktionsstärke der politischen Parteien bestimmte Abgeordnete entsandt. Die parlamentarische Versammlung hat für die NATO eindeutig propagandistische Funktion. Internationale bekannte Politiker haben dort in der Regel „viel beachtete“ Reden. Diesmal ist der Nachrüstungsminister Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt mit dem Hauptthema der NAV dran: „Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis.“ (Freitag, 18.11. ab 9 Uhr im Hamburger Rathaus.)

Am 17.11. findet die „feierliche Eröffnung“ mit Ansprachen von Kohl, Wörner und dem Hamburger Bürgermeister Vossler statt. Erwartet werden auch Genscher und Gylvin, der NATO-Oberbefehlshaber für Europa.

Dass die NATO-Parlamentarierversammlung in Hamburg tagen ist kein Zufall, es paßt viel mehr in die militärisch-politische Standortpolitik des Hamburger Senats. Alfons Pawelczyk, ehemals starker Mann in der Hamburger SPD, hatte sich im Auftrag des Senats ein Jahr lang darum bemüht, diese Versammlung nach Hamburg zu holen. Inzwischen hat der Senat sogar das Rathaus zur Verfügung gestellt, ursprünglich sollte die Propaganda-Show im Kongreßzentrum abgezogen werden. Während der Sitzungswoche läuft ansonsten im Rathaus gar nichts mehr „Sicherheitszone“.

Die SPD betreibt vorher noch eine Einseitigkeit. Ihre parteiinterne Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet die „IX. Europäisch-Amerikanische Tagung über Fragen der internationalen Sicherheit im Plenarsaal der Hamburger Bürgerschaft am 12.11.“, einen Tag vor Beginn der NAV-Sitzungswoche. Eröffnet wird der Militärspezialist Pawelczyk, reden wird zum Thema „Europäischer Pfeiler der NATO“ der französische Kriegsminister Chevènement und Egon Bahr und zu „Stand und Perspektiven der Ost-West-Beziehungen“ der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General Altenburg. Der SPD ist diese Pro-NATO-Veranstaltung immerhin so wichtig, daß auch der Parteivorsitzende Vogel eine Ansprache halten wird. Diese Tagung im Rathaus ist wirklich ein wür-

diger Auftakt für die anschließend dort stattfindende NAV.

Gegenkongreß (12./13. November)

Zum Teil zugleich mit der SPD-Veranstaltung wird am 12. und 13. November ein seit langem vorbereiteter Kongreß „Abrüstung Alternativen zur Politik der NATO“ stattfinden. Der Trägerkreis umfaßt die Grünen und die GAL ebenso wie Jusos und SPD-Gliederungen, die DKP, Fricko und KR.

Die Vorbereitung des Kongresses gestaltet sich nicht einfach. Denn die Jusos-/SPD-Vertreter machen Politik nach der Devise: „Die Zeit der Doppelstrategie ist vorbei.“ Die SPD-Linken verzichten jetzt darauf, gemeinsam mit Bündnispartnern Druck auf die SPD zur Veränderung der Positionen auszuüben, sondern verlangen vielmehr die Anerkennung der SPD als „Friedenspartei“. Es geht ihnen nach dieser Logik offensichtlich weniger um die Inhalte als um die Teilnahme von „SPD-Vertretern.“ So nimmt es auch kein Wunder, daß auf dem Eröffnungsplenum des Kongresses von SPD-Seite ein Herr Kolbow sprechen sollte, der stellvertretender Vorsitzender des „Verteidigungsausschusses“ im Bundestag und NATO-Befürworter ist.

Die Sozialdemokratisierung der Friedensbewegung wird seitdem die SPD nicht mehr an der Regierung ist, mühsam vorangetrieben. Der Auftritt von Willy Brandt auf der Bonner Demo gegen die Nachrüstung, die Spekulationen zum Thema ob die SPD von der Nachrüstung abgerückt sei – das ist schon Schnee von gestern. Heute geht es schon um die SPD als „Friedenspartei.“ Und die Friedensbewegung macht der SPD ihr Geschäft leicht. Es gibt seit der Nachrüstungskampagne und dem Kriterium, ob jemand Nachrüstungsgegner ist oder nicht, keine zentralen Forderungen, an denen die SPD gemessen werden und an denen sich die Friedensbewegung zur SPD abgrenzen kann.

Leicht macht es der SPD vor allem die DKP, die sich neuerdings gerne mit progressiven Slogans schmückt („Die Gedanken sind los“), dabei aber stat. den

sozialistischen Zeitgeisten folgt. „SPD bekräftigt (!) ihre Rolle als Friedenspartei“, liest die „LZ“ nach dem SPD-Parteitag in Münster (Hervorgehoben, AK) – und die Funktionäre der DKP agieren im Kongreß-Trägerkreis genau auf dieser Linie. Sie vollziehen den Schulterschluss mit der SPD und ihrem Herrn Kolbow.

Demonstration am 17.11.

Am Tag der „feierlichen Eröffnung“ der Nordatlantischen Versammlung, am Donnerstag den 17.11., soll eine große Demo auf die Beine gebracht werden. Die Vorbereitung läuft ebenfalls über ein breites Bündnis. Und auch hier gab es schon genügend Zoff. Denn für Jusos, Teile der SPD und DKP ist die NAV wieder einmal Anlaß für eine große Friedensbewegungsversammlung (so wie der Ostermarsch) unter Einschluss von Funktionsträgern der SPD, reden soll u.a. Traute Müller, Landesvorsitzende der Hamburger SPD. Taktische Vorteile heißt es, würde uns diese Haltung bringen, dadurch würden wir auf den Rathausmarkt kommen, wo die Abschlusssitzung stattfinden soll. Inzwischen heißt es sogar, daß die Demo gar nicht gegen die NATO-Parlamentarierversammlung gerichtet sei, sondern gegen den aktuellen Aufrüstungskurs der NATO.

Andere Kräfte im Bündnis, zu denen auch wir gehören, sehen in der NAV einen wichtigen Grund, um nach langer Zeit der Abstumpfung einen massenhaften Protest zu organisieren und wenden sich gegen das Stattfinden der Tagung. Und der radikalen NATO-Kritik Ausdruck zu verleihen, soll innerhalb der Demo ein ANTI-NATO-BLOCK organisiert werden. Zur Zeit ist dieser Kreis noch recht klein. Da sitzen GAL, Fricko, KB, Graswurzelrevolution und LAK. Frieden der Grünen Schleswig-Holstein beisammen. Dabei sind die Anti-NATO-Kräfte in Hamburg erfahrungsgemäß zahlenmäßig nicht gerade gering. Jedenfalls nicht so klein, daß die Demo am 17.11. den Charakter einer Friedensversammlung haben mußte.

ha.

Kalender

Frei, frech und feministisch

Unter diesem Motto findet am 22./23. Oktober in Köln der „J. Mädchen und junge Frauen-Kongreß grün-autonome-boom-alternativer Jugendgruppen“ statt. Information: Anja Krüger, Grüne KV Köln, Rudolfplatz 4, 5000 Köln.

Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien

Nach der ersten Aktionskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien im April in Bonn sollen nun auf einem weiteren Kongreß in Frankfurt neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen die Auswertung von Gegenstrukturen sowie die Verankerung des Frauenwiderstands diskutiert werden.

2. Bundesweiter Kongreß, 28. bis 30. Oktober, Universität Frankfurt. Information: Feministisches Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt a.M. Tel. (069) 701-18 (Di 13-16 Uhr), oder Genarchiv Essap, Führstr. 15, 4300 Essen 1.

Sozialismus in der Sowjetunion

Ein Symposium über „Perspektiven und geschichtliche Voraussetzungen der Politik Michail Gorbatschows“ findet am 29. Oktober in Tübingen statt. Es referieren und diskutieren u.a. Wolfgang Lorenz, Leo Kofler, Robert Siegelwald, Juri Judanow und Peter Fedimow. Information: Deutsch-Sowjetische Gesellschaft in Baden-Württemberg, Remgartenstr. 21, 7050 Wiblingen. Tel. (07146) 34905.

Grüner Antisemitismuskongreß

Vom 4.-6. November veranstalten die Grünen in der Frankfurter Universität einen Antisemitismuskongreß. Nach dem Einführungsvortrag von Dietrich Wetzell (MdB Die Grünen) und dem Grußwort von Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, steht eine „Kritische Befragung von Vertreter/innen der Bundestagsparteien“ auf dem Programm. Am 5. und 6. November tagen Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Teilbereichen des kongreßthemen. Information: Gitta Mohrweck, Oberweg 29, 6000 Frankfurt 1.

Atommüllkonferenz

Die Bundeskonferenz der Atom-Standortinitiativen und der Nicht-Tuchermüll-Initiativen wird vom 4.-6. November in Nürnberg durchgeführt. Kontakt und Anmeldung: KI NO, Wurzelhäuserstr. 35, 8500 Nürnberg II. Tel. 091/58 10 11.

Peter-Weiss-Kongreß

Am 12. und 13. November findet in Hamburg ein Kongreß „Peter Weiss und die Widerstandskämpfer“ statt. Der Kongreß wird von der Hamburger Initiative „Peter Weiss und die Widerstandskämpfer“ organisiert. Der Kongreß wird von der Hamburger Initiative „Peter Weiss und die Widerstandskämpfer“ organisiert. Der Kongreß wird von der Hamburger Initiative „Peter Weiss und die Widerstandskämpfer“ organisiert.

• Ende der Avantgarde? – Ästhetik des Widerstands und/oder Ästhetik des Vergessens? mit Dr. Karl Heinz Götz (Frankfurt), Prof. Norbert Krenn (Berlin, DDR), Prof. Hans-Joachim Langer (Hamburg), Prof. Thomas Metzger (Bremen), Dr. Gena Schütz (Gießen), Prof. Sigrid Weigel (Hamburg) u.a. am 11./12.11. um 20 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und der Streit um die Deutsche Geschichte“ mit Prof. W. Haug (Hamburg-West), Rolf Neumann (Hamburg) und Dr. A. K. Schöler (Hamburg) am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

• „Die Ästhetik des Widerstands“ und die Internationale der Peter Weiss“ mit Dr. Rüdiger K. Schöler (Hamburg) und Prof. W. Haug (Hamburg-West) u.a. am 12.11.11. um 10 Uhr.

Rheinhausen: Hält der Deckel auf dem Topf?

Neuer Stahlboom fördert Kritik an Stilllegungsplänen

Düsseldorf, 3. Mai 1988. Die Vorstände von Krupp und Mannesmann sowie die Vertreter des Rheinhausener Betriebsrates paraphieren den unter Raus Vermittlung ausgehandelten Stilllegungsplan.

4. Mai: Die Herrschenden atmen auf. Schlagzeile der „FAZ“: „Einigung über Rheinhausen nach 160 Tagen — Erleichterung in Bonn“.

28. Mai: Die „FAZ“ titelt: „Mu Stahl wird wieder kräftig Geld verdient“.

Oktober '88: In Rheinhausen sind die Produktionskapazitäten bis an die Grenze ausgelastet. Der Betriebsrat genehmigt 25.000 Überstunden. Die Stimmung in der Belegschaft wird wieder gereizt. Es herrscht Unsicherheit über die Übernahmefähigkeiten in die neue Hütte. In der Belegschaft werden Stimmen laut, die den Stilllegungsbeschluß offensiv in Frage stellen.

Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch das rasante Ansteigen der Auftrags-eingänge nicht nur bei Krupp. Die bundesdeutsche Stahlindustrie verzeichnete in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine Auftragssteigerung von 17,4 Prozent (FAZ 29). Während sich die Vertreter der Stahlkonzerne übermüht haben, ist nur den Betreibern zu hören, daß noch

lich gehalten. „Produktionsspitzen“, so der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, mußten auch weiterhin mit „Mehrarbeit“ (Überstunden und Einsatz von Fremdfirmen) abgedeckt werden, da es für neu eingestellte Arbeitnehmer unzumutbar sei, wenn sie bereits nach einem halben Jahr wieder entlassen würden (vgl. FAZ 179).

Da die Kapazitäten schon immer mit fühlend war, drängt man also lieber die Betriebsräte zu Überstunden. Diese ziehen leider meist mit. So wurden von Juli bis September dieses Jahres, nach Berechnungen der IG Metall, zwei Millionen Überstunden in der Stahlindustrie geleistet. Bei normaler Arbeitszeit entsprechen diese Überstunden 4.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen (vgl. Spiegel 269).

Bei Krupp-Rheinhausen ist die Situation, trotz geplanter Schließung, nicht viel anders als in anderen Stahlbuden. Im August erreichte man mit einer Monatsproduktion von 300.000 Tonnen sogar die Höchstproduktion seit 1985.

Der Betriebsrat vermutet, daß die Vollauslastung bis mindestens Ende 1989 anhalten wird. „Der Spiegel“ berichtet, daß Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen schon jetzt „Aufträge von zusammen mehr als sechs Millionen Tonnen in den Computern“ haben. Für die geplante Gemeinschaftshütte (Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen) sollen ab 1. Juli 1989 zum Hüttenwerk Krupp-Mannesmann-HKM + werden) sei aber „nur“ eine Jahresproduktion von 4 Millionen Tonnen vorgesehen.

zum Hüttenwerk Krupp-Mannesmann-HKM + werden) sei aber „nur“ eine Jahresproduktion von 4 Millionen Tonnen vorgesehen.

Mit der Umsetzung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 36,5 Stunden, ab 1. November 1988, wird sich die Überlastung der KollegInnen von Krupp-Rheinhausen weiter zuspitzen, wenn nicht etwas geschieht.

Der Betriebsratsvorsitzende Bruck schon hatte, angesichts der neuen Lage, aufgegeben. „Der Schließungsbeschluß für Rheinhausen muß sofort vom Tisch!“ (metall 198). Wie das genau zu verstehen sei, hatte er schon vorher in einem „uz“ Interview erläutert. Er sei „ein wenig vorsichtig, Mehrarbeit abzubauen. Wir wollen einige gute Karten in der Hand haben“ (uz 248).

Zur Zeit nutzen die Betriebsratspitzen von Mannesmann und Rheinhausen an einem Forderungskatalog, dessen Kern das in besteht, die Verhandlungen über die Weiterführung des letzten Hochofens in Rheinhausen sofort zu beginnen. (Ein Ergebnis der Raus Vermittlung im Mai war, daß Mitte 1990 erneut darüber verhandelt werden soll, ob der 1. Hochofen-Betrieb Ende 1990 dichtgemacht wird oder nicht). Weitere Punkte im Forderungskatalog des Betriebsrates sind Anstellungsverträge für Auszubildende sowie die Forderung nach einer „bestimmten Anzahl von Neueinstellungen“ (NRZ 10).

Ob es der Rheinhausener Betriebsratspitze mit den Neueinstellungen allerdings wirklich ernst ist, muß sich erst noch erweisen. Denn es ist erst einige Wochen her, daß Bruckschen gegenüber der „Neue Ruhr Zeitung“ erklärte, man könne in der jetzigen Situation keine neuen Kollegen einstellen, da man nicht wisse, was man denen sagen soll, „wenn der Tag X gekommen ist“ (NRZ 109).

Bisher schien der Stahlboom für Bruckschen weniger ein Druckmittel als ein Problem zu sein, welches der Schließungsplan für Rheinhausen „kompliziert“ macht. So erklärte er gegenüber der „NRZ“, daß die derzeit gute Auftragslage dann „Komplikationen“ bereiten könne, wenn, wie geplant, im Oktober die ersten 140 Stahlarbeiter zu Thyssen wechseln (insgesamt 300 bis Ende März 1989). Im ersten Halbjahr 1989 sollen dann weitere 700 den Rhein Richtung Mannesmann überqueren. Die Zahl der Überstunden würde dann, so erklärte Bruckschen, möglicherweise noch ansteigen, um die Aufträge zu bewältigen (vgl. „NRZ“, 109).

Der Betriebsrat in Rheinhausen kommt möglicherweise bald tatsächlich in eine komplizierte Situation, und selbst bürgerliche Berichterstatter halten es für möglich, daß sich in Rheinhausen wieder etwas „zusammenbraut“. Neben die Verunsicherung und Demoralisierung, die sich nach der Niederlage im Mai breit gemacht hatte, tritt jetzt ein neues Element: Überlastung, die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen, sowie die „Ungeklärtheit über die Beschaffenheit des Arbeitsplatzes und die Bezahlung auf der neuen“ (HKM), sorgen in diesen Tagen dafür, daß die Stimmung auf der Hütte wieder gereizt wird“ (NRZ, 10.10.). Cromme zumindest, kann es nicht glauben, daß es „überhaupt Auftrieb in Rheinhausen“ gibt. „Die Betriebsräte und der Vorstand haben schrecklich miteinander

gestritten. Jetzt blicken wir aber wieder nach vorn. Dabei habe ich gelernt, daß die Mitbestimmung eine Einrichtung ist, die sich auch in Krisensituationen bewährt“ (so Cromme in einem Spiegel-Interview, 269).

Da sie von dieser Art Mitbestimmung offensichtlich nicht allzuviel helfen, ist eine Gruppe von 13 Krupp-Arbeitern jetzt in die Offensive gegangen. Mit Unterstützung von anderen Kollegen und Linken haben sie einen Aufruf veröffentlicht, in dem der Betriebsratsvorsitzende Bruck schon aufgefordert wird, seinen Worten

Der Schließungsbeschluß muß vom Tisch! — laien lassen. Angesichts des Stahlbooms und der Überstundenklotzer sprechen die Kollegen von einer neuen Lage, die neue Entscheidungen und neues Handeln erfordert. „Der Schließungsbeschluß kann nicht länger in Kraft gewiesen sein. Er muß in der Tat vom Tisch! — Bruckschen und die anderen VertreterInnen von IG Metall und SPD, die ihren Namen unter der Schließung beschluß gesetzt haben und aufgeben ihre Untertanenschaft sofort zurücknehmen! Alles muß neu aufgerollt, der Kampf für die Verteidigung aller Arbeitsplätze neu aufgenommen werden.“

Für den 17. Oktober haben die Kollegen zu einer Versammlung aufgerufen, auf der die Schritte diskutiert werden sollen, „die wir als KollegInnen in Rheinhausen und aus den anderen Standorten selbst unternehmen können, damit der Kampf neu aufgenommen wird.“

kampf neu aufgenommen wird“



Es war einmal — Duisburger Mannesmann- und Krupp-Arbeiter auf der Rheinbrücke

Konsequenz für 5.300 Arbeitsplätze im Gemeinschaftsunternehmen HKM!

Während die Oppositionellen in Rheinhausen den Stilllegungsbeschluß erneut in Frage stellen, konzentriert sich die Kritik der Oppositionsgruppe die „Konsequenzen“ der Schließung von Mannesmann-Huckingen (6 Sitze im 29-köpfigen BR) auf das Verhalten der Rheinhausener Betriebsratspitze (inklusive dessen linken Vertreter Theo Siegmann). Man wirft ihr vor, daß sie die Verhandlungen für die Gemeinschaftshütte HKM im Geheimen und vor allem unter dem Blickwinkel führt, die eigenen Betriebsräteposten zu retten (Mannesmann-Huckingen soll als aufnehmender Betrieb der HKM bis 1990 2.150 Rheinhausener Krupp-ArbeiterInnen übernehmen).

Die „Konsequenzen“ der Schließung haben insbesondere kein Verständnis dafür, daß Theo Siegmann den Betriebsratsvorsitzenden von Mannesmann-Huckingen, Stommel, als Verhandlungspartner für den „Grundlagenertrag“ akzeptiert und gegen die Ausgrenzung der „Konsequenzen“ aus der Verhandlungskommission keinen Einspruch erhebt.

Diese Zusammenarbeit der beiden Betriebsratspitzen ist tatsächlich etwas abgeschwächt, bedingt durch die Tatsache, daß die erste Belegschaftswahl von den „Konsequenzen“ wegen Wahlmanipulationen zurückgezogen wurde und schnell wiederholt werden mußte.

Die Planungen der Vorstände für die Hüttenwerke Krupp-Mannesmann sehen folgendermaßen aus: Bevor Mannesmann-Huckingen als aufnehmender Betrieb der HKM die 2.150 Krupp-KollegInnen übernimmt, will Mannesmann selbst von den derzeit 4.200 Arbeitsplätzen erst noch 2.000 abbauen. Die HKM soll sich dann, ab 1990, aus jeweils 2.150 KollegInnen von Krupp und Mannesmann zusammensetzen und hatte dann eine Belegschaftszahl von 4.300.

Die „Konsequenzen“ sind der Meinung, daß die für die HKM angepeilte Produktionsleistung von 4 Millionen Tonnen mit dieser Belegschaftszahl nur zu schaffen ist, wenn eine weitere, massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Kauf genommen wird. 4 Millionen Jahres-tonnen auf annähernd 1.000 Beschäftigte, das, so befürchten die „Konsequenzen“, wäre ein neuer Richtwert, nach dem dann auch die anderen Stahlbetriebe weiter durchrationalisiert würden. Sie fordern deshalb eine Gesamtbelegschaft von 5.300 KollegInnen für die HKM. Dabei orientieren sie sich an der für 1988 geplanten



Es war einmal — Duisburger Mannesmann- und Krupp-Arbeiter auf der Rheinbrücke

ten Produktionsleistung für Mannesmann-Huckingen von 733 Tonne pro Mann und Jahr. Um für die HKM eine Belegschaft von 5.300 zu bekommen, werden also die „Konsequenzen“ bei Mannesmann noch 2.150 weiteren 3.150 KollegInnen in die neue Hütte einbringen. Die Mannesmann-Belegschaft vollstreckt auch nicht um 2.000, sondern nur um 1.000 KollegInnen reduziert werden. „Anstelle“ der Verringerung von 2.000 KollegInnen „an andere Standorte mit den damit verbundenen sozialen Härten“ solle „die Möglichkeiten der vorzeitigen Ausscheidens über MUV“ (Montanunionsvertrag) „oder Dauerkurzarbeit ab 54 Jahren genutzt werden“, schreiben die „Konsequenzen“ in ihrer Betriebszeitung. Auf diese Weise könnten „rund 800 Kollegen der Jahrgänge 1933 bis 1936 ausscheiden“. Weitere 250 Belegschaftsmitglieder sollten bis Ende 1990 über die sogenannte „Normale Fluktuation“ nach den Planungen der Vorstände ausscheiden. „Konsequenzen“ Betriebszeitung für MRW Huckingen (Februar und Juni 88).

Für den Vorstand von Mannesmann sind die „Konsequenzen“ in ihren Vorschlägen ein Ärgernis behaupten sie

doch den zügigen Abbau der Mannesmann-Belegschaft. So reagierte der Vorstand auch prompt, als sich die ersten Kollegen, die von Huckingen nach Mühlheim versetzt wurden, dagegen zur Wehr setzten. Siebzehn, der 24 überwiegend türkischen Kollegen, hatten die Zumutbarkeit ihrer Verweisung, die gegen ihren Willen, aber mit Zustimmung der Betriebsratsmitglieder in der Personalplanungskommission durchgeführt worden war, angefochten und dies in einem Flugblatt, das sie in Huckingen verteilten, auch noch öffentlich gemacht. In dem Flugblatt wiesen die Kollegen auf unzumutbare materielle und soziale Belastungen, wie einen dreistündigen Arbeitsweg, hin. Riza Beltrir, der Kollege, der für das Flugblatt presserichtlich verantwortlich zeichnete, bekam vom Mannesmann-Vorstand eine Abmahnung.

Vertrauensverhältnis unter den Linken zerstört

Doch dabei blieb es nicht. Eine weitere Abmahnung hielten die Herren Vorstände für Franz-Josef Schlotte, einen Betriebsrat der „Konsequenzen“, bereit. Ihm wurde vorgeworfen, er hätte in der Mannesmann-Belegschaft mit einer „Falschinformation“ für Unruhe gesorgt. Das Piktante an dieser „Falschinformation“ ist, daß sie von Theo Siegmann und dem Rheinhausener Vertrauenskörperleiter Klaus Löligen, stammt. Sie hatten Schlotte „vertraulich“, wie Theo Siegmann selbst sagt, mitgeteilt, daß die verbleibenden 700 Arbeitsplätze in Rheinhausen auch 100 Arbeitsplätze umfassen, die die Arbeit der Zentralen Instandhaltung für die HKM übernehmen sollen. Dies würde, das war für Schlotte klar, eine weitgehende Schließung der Mannesmann-Hauptwerkstatt zur Folge haben.

Nachdem Schlotte die Information bei Mannesmann weitergegeben hatte, kam es dort zu erheblicher Unruhe. Ein Betriebsrat der Mehrheitsgruppe bemühte sich mittels mehrerer Informationsveranstaltungen, die Kollegen wieder zu beruhigen. Und der Mannesmann-Vorstand erklärte, daß die Arbeit der Hauptwerkstatt weiterhin in Huckingen ausgeführt werden soll. Die „Konsequenzen“ verstanden nun neben der Solidarität der Rheinhausener Betriebsratspitze mit dem gemäßregelten Schlotte, einen Standpunkt des Rheinhausener Betriebsrates zu der Frage der Hauptwerkstatt. Denn egal an welchem Standort die Arbeit der Hauptwerkstatt ausgeführt wird, Arbeitsplätze werden auf jeden Fall vernichtet. Entweder 200 in Huckingen oder 100 (von den 700 verbleibenden) Arbeitsplätzen in Rheinhausen.

Die Kritik der „Konsequenzen“ an der Art und Weise, wie die Rheinhausener Betriebsratspitze den im Mai ausgehandelten Schließungsplan für Rheinhausen (vgl. AK 295, S. 14) umsetzt, deckt sich zum Großteil mit den Kritiken, die von den oppositionellen Kollegen von Krupp-Rheinhausen vorgebracht werden, die vor allem auf die Art und Weise, wie die Betriebsratspitze die Verhandlungen über die Umsetzung des Schließungsplans führt, abzielen.

Diese Verhandlungen laufen zu zwei Ebenen. Zum einen verhandeln Vertreter der IG Metall mit Mannesmann und Krupp über die zukünftige Organisation der HKM und die Regelungen für die zukünftige Belegschaft (der sogenannte „Grundlagenertrag“). In „Montan“, einem neuen Infoblatt von KollegInnen, heißt es bezüglich des „Grundlagenertrages“ „Die „internen“ Verhandlungsmaterialien der IG-M vermitteln den Eindruck, als ob die Besetzung des zukünftigen Aufsichtsrates und der Funktion des Arbeitsdirektors bei HKM sowie die Absicherung von Betriebsratsmitgliedern aus Huckingen und Rheinhausen größere Bedeutung haben, als die finanziellen und sozialen Belange der Arbeitnehmer“ („Montan“, Infoblatt für die Beschäftigten der Duisburger Stahlbetriebe, 1/88).

Zum zweiten wird über einen Interessenausgleich und Sozialplan verhandelt. Die „Montan“ schreibt hierzu: „Notwendig wäre eine Vereinbarung für alle personellen Maßnahmen, bevor die sie eingeleitet werden. Am 1.10.88 gehen die ersten 140 Kollegen von Rheinhausen zur Thyssen Stahl AG bereits nach Huckingen oder werden kurzfristig nach dort wechseln, ohne daß es bisher eine Gesamtvereinbarung für die gesamte Krupp-Belegschaft gibt. Man nennt dies wohl Sozialpolitik.“

Auch die soziale Absicherung der Krupp-Kollegen, die zur HKM hinüberwechseln, ist nach Meinung von „Montan“ alles andere als gesichert. „Wenn

Überstunden wie noch nie

Die „Neuordnung der Stahlindustrie“ (sprich Modernisierung, Effektivierung, Konzentration auf wenige Standorte) wird durch den Stahlboom nicht aufgehalten werden. Der derzeit laufende Abbau von rund 40.000 Arbeitsplätzen — so eine Studie der Westdeutschen Landesbank — bis Ende der achtziger Jahre, sei keineswegs der Schlußpunkt. Thyssen-Vorstandschef Kriwet erklärt zwar die Hüttenkonzerne seien aktuell „an die Grenze der personellen Möglichkeiten gestossen“ („Spiegel“ 269) und die „sehr positive Situation“ werde wohl noch bis weit ins nächste Jahr hinein anhalten. Vgl. „metall“, 198), von den „Struktur-anpassungen“ wollen die Kapitalisten jedoch keinen Abstand nehmen. Höchstens eine Verzögerung des bis Ende 1989 geplanten Arbeitsplatzabbaus wird für mög-

Die deutsche Misere: Fressen, Saufen, Rauchen

Die IG-Chemie-Analyse der Umweltverschmutzung

Vom 4. 9. September dieses Jahres fand der Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Karlsruhe statt, kurz nach dem SPD-Parteitag in Münster. Der SPD-Streit um Sonntagsarbeit und Ausdehnung der Schichtarbeit hatte Oskar Lafontaine auf der einen Seite, Steinbrückler und Rappé gegen den Enkel auf der anderen Seite gesehen.

Doch auf dem Gewerkschaftstag der rechtssozialdemokratischen IG Chemie sieht die Welt schon wieder ganz anders aus. „Mit sich reden lassen wird die IG Chemie jedoch über längere Maschinenlaufzeiten und damit über Arbeit am Wochenende und an Ferientagen. Eine ablehnende Position gegenüber längerer Maschinenlaufzeiten sei angesichts der Europäisierung der Arbeitszeitfrage nicht zu halten“, lobte die FAZ (12. 9.) die Position des Hauptvorstands zusammen. Rappés Streit um diese Frage ist also eher auf der Ebene gewerkschaftlicher Taktik und machtpolitischen Gerangelns in der SPD denn auf der realer betrieblicher Konfliktpolitik angesiedelt.

Konfliktpolitik angesiedelt

Im Umweltschutz nichts Neues

Doch nicht nur in diesem Punkt ist die IG Chemie flexibel. Sie versucht seit Jahren einen extrem am Wachstum der Chemie- und Pharmaindustrie orientierten Kurs als Juniorpartner des Kapitals. So werden die Bio- und Gentechnik sowie die neuesten Forschungsergebnisse der Pharmakologie als „Chance für einen attraktiven Industrie- und Wirtschaftsbegriffen“. Der Umweltschutz sei dabei zwar wichtig, er dürfe aber nicht durch überzogene Forderungen das Ansehen des Standorts in Gefahr bringen. „Zur Vermeidung Verminderung und Beseitigung der Umweltschäden müssen Industrie, Staat und Kommunen sowie die Bürger erhebliche Finanzmittel aufbringen. Durch eine volkswirtschaftliche Nutzen-Kostenrechnung sollte der Öffentlichkeit deutlicher als bisher dargestellt werden, daß Umweltschutz nur durch Mehrkosten auf allen Ebenen erreicht werden kann. Die IG Chemie-Papier-Keramik wird zukünftig auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie achten; Umweltschutzforderungen, die auf Ausstieg aus der Industriegesellschaft angelegt sind, werden von uns nicht unterstützt“ (beschlossener Antrag des Hauptvorstands zur Umweltpolitik). Allerdings darf mensch nicht meinen, daß in dieser Gewerkschaft nichts anderes zu erwarten sei. Dagegen sprechen nicht nur die aktuellen Auseinandersetzungen um die Boehringer-Vertrauensleute (siehe Kasten), die in Fragen der Umwelt- und Chemiepolitik eine kritischere Position vertreten, sondern auch weitere Beiträge auf dem Gewerkschaftstag. Zwar wurde die Vorstandspolitik der Modernisierungspolitik der Chemieindustrie nicht angegriffen, wohl aber wurde die Beweisführung der Chemie-Verdienste um den Umweltschutz angegriffen. Im Vorstandsantrag steht: „eine Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen sei immer noch gegeben“, so ein Ludwigshafener Delegierter. Das sei eine Vermiedelung, denn „die Gefährdung der Umwelt nimmt ständig zu.“ Die IG Chemie müsse endlich die Umweltverschmutzer härter angehen als die Umweltschützer. Für die MitgliederInnenzeitung gp-magazin war diese Debatte nur heiße Luft. „Eine zahlenmäßig zwar kleine, aber wirkungsvolle Gruppe sorgte für kritische Töne in einer insgesamt recht lebhaften, sachlichen und fairen Diskussion. Doch nachdem der Dampf abgelassen war, zeigten die Wahlresultate, daß sich die IG-Chemie-Spitze auch künftig auf das Vertrauen einer breiten Basis stützen kann.“ (gp-magazin 10/88)

Die Zukunft ist Chemie oder Nichts

Dor Antrag des Hauptvorstands „Chemie der Zukunft — Chemie für die Zukunft“ skizziert die Richtung von Denken und Handeln in der IG Chemie. „Die chemische Industrie unseres Landes ist eine der Industrien, die eine internationale Spitzenposition innehat. Damit kommt ihr bei der Modernisierung unserer Industriegesellschaft sowohl unter ökonomi-

schen als auch ökologischen Kriterien eine wichtige Rolle zu.“ Es muß wieder Vertrauen für den Erhalt und den Ausbau chemischer Produktionen und damit verbundener Wirtschaftsbereiche innerhalb der Gesellschaft erreicht werden. Hierzu sind Anforderungen an die chemische Industrie zu stellen. 1. Staatliche Rahmenregelungen, Vorschriften, Auflagen und Genehmigungsverfahren dürfen nicht einseitig die chemische Industrie betreffen, sie sind branchenübergreifend weiter zu entwickeln. Die staatlichen Institutionen sind sachlich und personell so auszustatten, daß notwendige Prüfungen und Genehmigungsverfahren gründlich fundiert und ohne zeitliche Verzögerung durchgeführt werden können. Die Gewerkschaften sind an der Mitgestaltung Umsetzung und Kontrolle dieser Rahmenregelungen gleichberechtigt zu beteiligen (gp-magazin 10/88). In klassischer Manier vertritt hier die IG Chemie die Position des ideellen Branchenkapitalisten, der nicht nur dem Unternehmer hinhaltet, sondern auch klar Handlungen vom Staat erwartet.

Doch die IG Chemie geht noch weiter zur Seite steht, sondern auch klar Handlungen vom Staat erwartet.

Doch die IG Chemie geht noch weiter sie fordert nicht nur, daß sich der Staat das Kapital, die Gewerkschaften und die etablierten Parteien (natürlich ohne die Grünen) zur Lösung der aktuellen Probleme wieder an einen Tisch setzen, sondern auch, daß er neben der Unterstützung der unternehmerischen Offensive mit simpler „Standortpolitik“ für die Unternehmerr Arbeitslosigkeit bekämpfen soll. Ein Rezept, das heute sowieso praktiziert wird, ohne daß die Arbeitslosigkeit dadurch wesentlich reduziert wird. „Zur Beseitigung der hohen Sekundarbeitslosigkeit sei auf der einen Seite eine intensive möglichst vernetzte sektorale Strukturpolitik notwendig, die zukunftsorientierte Industrien fördern, auf der anderen Seite eine abgestimmte Regionalpolitik, die solchen Unternehmen vorteilreiche Standorte zur Ansiedlung anbietet“ (gp-magazin 10/88).



Von „ökosensiblen Zynikern“, vom Fressen, Rauchen, Saufen

Prof. Dr. Hubert Markl, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Chemiker und Biologe, referierte vor den GewerkschafterInnen über die „chemische Forschung und wirtschaftliche Entwicklung“. Er sang aber ein durchgängiges Loblied auf die chemische Industrie, ihre Erfolge und die bewährte Politik der IG-Chemie, die als eine der wenigen Gewerkschaften den Zusammenhang zwischen Forschung, Entwicklung und wirtschaftlichem Wohlstand erkannt habe. Nach diesen warmen Eingangsworten wurde abgerechnet. Nicht mit den Auswüchsen resp. den erreichten Größen eines permanenten Wirtschaftswachstums, sondern mit den Kritikern.

„Chemie ist unser aller Leben“, lautet die Devise, auf die er alles, was auf dieser Erde existiert, mit Hilfe der jeweiligen chemischen Zusammensetzung reduziert. Sei es ein Artikel in der FAZ über Chemie im Essen — Kommentar: was sonst! — oder über die „Gefahren, Risikofaktoren und Todesursachen“ in der BRD. Markl verstand sich auf Stimmgitarre: „Chemie, so meinen sie (die Kritiker) in einer wahren Flut von Veröffentlichungen, sei ganz im Gegenteil unser Untergang, eine tödliche Bedrohung unseres Daseins. Ich fürchte, diese Leute haben schon recht, wenn vielleicht auch etwas anders, als sie dies meinen. Sieht man sich nämlich die drei wichtigsten Todesursachen für Deutsche an, die nicht hochbetagte, sondern in jungen oder mittleren Jahren sterben, so sind die statistischen Daten eindeutig (es folgen die Zahlen für die häufigsten Todesursachen

wie Herzinfarkt, Kreislauferkrankungen, Lungenkrebs und Leberzirrhose). Nun kennen wir ja die drei wichtigsten ursächlichen Risikofaktoren für Herz-Kreislaufkrankheiten, Lungenkrebs und Leberzirrhose ganz genau, und tatsächlich sind es lauter chemische Gefahren — überhöhte Aufnahme und zu geringer Arbeitsverbrauch von Carbohydraten und Lipiden, also reiner Chemie bei allzu bewegungsträger Lebensweise, einfacher gesagt: Freßsucht — Überhöhte Aufnahme von Nikotin und anderen Tabakrauchbestandteilen wiederum ganz und gar chemischer Natur, einfacher gesagt: Rauchsucht und schließlich — Überhöhte Aufnahme von Alkoholkohol, eine chemisch besonders eindeutige Ursache, gemeinhin als Trunksucht bezeichnet.“

Somit mußten wir eigentlich nur weniger essen und trinken und schon wäre die chemische Belastung unserer Körper um ein Vielfaches gesunken. In diesem Stil geht es weiter und die Kritiker der Industriegesellschaft (gemeint sind unausgesprochen die Grünen) sind eigentlich Menschenfeinde. „Nun weiß ich wohl, daß manche ökosensiblen Zyniker nichts sprachen (die Grünen) sind eigentlich Menschenfeinde.“ „Nun weiß ich wohl, daß manche ökosensiblen Zyniker nichts lieber täten, als auf die Hälfte dieser Massenmenschen zugunsten von mehr lebendiger Natur zu verzichten.“ Da fällt es leicht, die eigenen Fehler und Probleme zu benennen, wenn gleichzeitig das mögliche Gegenüber als nealitätsfremd und menschenfeindlich abqualifiziert ist. „Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, die unverkennbaren Risiken unserer Industrialisation zu verneinen oder abzuleugnen, es geht darum, daß, was zu Recht Besorgnis erregt und dringender Änderung bedarf, sorgfältig vom dem zu unterscheiden, was wir getrost als mindere, lebensübliche Risiken hinnehmen können. Wer sich zu sehr aber zu viel Nichtiges aufregt, wird am Ende ein hüßiges Wichtiges zu erkennen und die Mittel der Abhilfe dort zu konzentrieren, wo die Gefahren tatsächlich drohen. Außer dem suchen in Punkt verzeirte Leute nicht wohlüberlegt nach gangbaren Auswegen, sondern sie neigen zu kupfloser Wirklichkeitsverweigerung und Daseinsflucht. Den Weg mit dem Kopf durch die Wand sollte man aber nicht mit dem beharrlichen Bohren der dicken Bretter verwechseln, das im praktischen Leben zum Erfolg führt.“

Somit ist der Boden bereitet für einen Standpunkt, der die chemische Industrie als Garant eines auch zukünftig wohlstandserwartenden Lebens begreift. Allerdings nicht zum Nulltarif. Die Beseitigung und Eindämmung der Folgen von chemischer Produktion werden große Kosten verursachen, „die wir gemeinsam — durch Einschränkung unserer sonstigen Konsummöglichkeiten, aber unter Gewinn an Lebensqualität durch Risikoverminderung — tragen müssen. Der Verbraucher muß diese Kosten wohl spüren, damit er das gefahrlosere, vernünftlichere Handeln auch als unmittelbar vorteilhaft empfindet.“ Deswegen ist ein weiterer Ausbau von chemischer Forschung und Entwicklung unumgänglich, um gewissermaßen unser aller Überleben zu sichern: „Ohne die Entwicklung neuer lebensfreundlicher und umweltverträglicher chemischer Technologie wird es über kurz oder lang auch keine florierende Chemieindustrie geben.“ Lassen sie uns gemeinsam darauf hinarbeiten und daran arbeiten, daß sich dies jedenfalls künftig ändert, damit der Bürger lernen und darauf vertrauen kann, daß in den chemischen Labors und Betrieben möglichst vieles das Licht der Welt erblickt, worüber wir uns gemeinsam freuen können.“

Primärsive Vulgarpsychologie lassen Rappé & Co einfließen, um vor allem eines zu verdeutlichen: Mit der Chemieindustrie, mit den menschenfeindlichen Giftproduzenten gegen den Widerstand in den Betrieben (siehe Boehringer), vor allem aber gegen die Umweltschützer. Da verläßt die Klassenlinie der IG Chemie-Führer. Solange die Branche floriert, kann man mit solcher politischer materieller Vorteile für die Beschäftigten erreichen und sich deren Zustimmung für dieserart pervertierter Gewerkschaftspolitik holen. Das ist das ganze Geheimnis dieser schmarotzenden Sozialpartner-schaft.



Chemie-Trachtengruppe

Grüne, Kommunisten, Syndikalisten

Laut gp-magazin fand diese Auseinandersetzung eigentlich nicht statt. „Der Karlsruher Gewerkschaftstag verfuhr keineswegs die ureigensten Probleme der Organisation. Dafür hatten schon die wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossenen Boehringer Vertrauensleute aus Mannheim gesorgt, die am Öffnungstag draußen vor der für buchhalterisch im Regen stehenden Betriebskassette im Saal auf kein Verhandlung stieß.“ (gp-magazin 10/88). Ganz so einfach und einfach war die Sache dann doch nicht. Zunächst einmal wurde von den Delegierten im Saal zu Boehringer Stellung bezogen und der Vorstand mußte sich einiger Vorwürfe erwehren, die allerdings bei weitem nicht das Ausmaß der bei Auseinandersetzung im Paul Plamveit angriff.

Einige Aulßerungen: „Ein weiterer Punkt: Wie sieht es denn mit der hundert Lebenszeit? Die Organisation ist so gefestigt. Muß denn dieser Rauschschiff bei Boehringer sein, wo eine hervorragende Gewerkschaftsarbeit gemacht wird? Der Fehler liegt doch darin, daß man es erst so weit hat kommen lassen. Das war doch abzusehen. Man weiß doch, wer den Kürzeren zieht. Den Schaulen haben nicht wir, sondern unsere Organisation, den haben die Arbeitnehmer draußen im Betrieb. Mit welchen Mitteln haben denn die Boehringer-Leute diesen Organisationsgrad geschaffen? Mit dem Verleihen der vielleicht überzogenen Konsenspolitik? Sie haben den Interessensgegensatz, der in der Industrie nach wie vor besteht, herausgekehrt und haben dennoch den Organisationsgrad gesteigert. Ich will damit nur sagen, daß die Basisarbeit dort ebenfalls zum Erfolg geführt hat, und das sollte man zur Kenntnis nehmen.“ (R. S. Ludwigshafen). Dagegen Hermann Rappé: „Nun will ich ein paar Bemerkungen zu der Frage Boehringer machen. Diese Gruppe, die da von der

Organisation ausgeschlossen ist, kennen wir seit ungefähr zehn Jahren in konkreten Auseinandersetzungen seit fünf Jahren. Es ist im Grunde eine politisch etwas merkwürdig zusammengesetzte Gruppe. Denn daß diese mehr syndikalistische Position, wenn man das auf den Kern zurückführt, von Mitgliedern der DKP mitgenommen wird, ist neu. An sich sind die wie Feuer und Wasser, dem Syndikalismus und Bekenntnis zur Deutschen Kommunistischen Partei oder zur KPD früher passen überhaupt nicht zu einem

Dies ist die ganze Gruppe. Mit der haben wir es nicht. Das ist auch nicht deren persönliches Vergehen, darum geht es nicht, sondern es geht darum, daß sie von dem Herr besessen sind, die Organisation ausgehend von ihrem Betrieb, während sie wollen. Auch das mag ihr gutes Recht sein, aber ohne uns Versuche, die IG Chemie umzuwandeln, haben wir von 1978 bis 1980. Das ist wahr, das macht mit mir nun auch für die nächsten Jahre keiner mehr.“ Ohne konkret zu benennen, worin sich der unterste Syndikalismus gründet, wird vor allem mal wieder der Antikommunismus mehr wert. Besonders großzügig die Zurechnung des Rechts, die Organisation umzukrempeln, nur wird man dafür ausgeschlossen. Doch immerhin erfolgte eine Widerrede. „Den Syndikalismusvorwurf kann ich auch so interpretieren, wie es Hermann Rappé vorhin getan hat. Hier wollen einige Kolleginnen und Kollegen die Organisation umkrempeln. Ich sage erst einmal ganz locker: Ich halte das für legitim!“

Im Ganzen betrachtet wurde der Vorstand durchaus wegen seiner Ausschließungsentscheidung kritisiert. Diese vorsichtige Kritik lief nicht darauf hinaus, die Boehringer-Leute auch inhaltlich zu verurteilen, sondern bezog sich hauptsächlich auf das formale Verfahren und das dahinterstehende Machtinteresse des Hauptvorstands. Eine tatsächliche und notwendige politische Auseinandersetzung um diesen Ausschluß fand nicht statt.

Anzeige

graswurzelrevolution



GWR 127/Oktober 88 8 Ma - die unbekannte Rebellion / Herbstmanifestationen / Antihw-Aktionen / Einschätzung / Gewaltfreie Revolution / Befreiung von Geschichte / Plötzbesetzung in Lahn /

Sondernummern zu je 6 DM

Soziale Verteidigung
Sozialgeschichte des Antimilitarismus
Widerstand gegen die Wehrpflicht
Alternative Ökonomie

Niederlage für Bedürftigkeitsprüfung

Arbeitsamt verliert vor dem Bundessozialamt

Hochstrichterlich entschieden ist jetzt: Die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe ist in wichtigen Teilen rechtswidrig. Erwachsene Arbeitslose können auf ungeklärte Arbeitslosenhilfe rechnen, wenn sie beruflich qualifiziert und unverheiratet sind.

Das Bundessozialgericht hat nach einem Bericht der Berliner Tageszeitung am 7. Oktober abschließend im fünf Jahre lang schwebenden, bis auch erwachsene Kinder besser betraute Eltern Anspruch auf die volle Arbeitslosenhilfe, wenn sie über eine angemessene der Bundesunterhaltszahlungen im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung herangezogen werden. Mit diesem Urteil zogen die bundesdeutschen Sozialrichter einen Schlußstrich unter eine Reihe gleichlautender Entscheidungen unterer Gerichtsinstanzen. Jedesmal stritten Arbeitslose gegen das Arbeitsamt um die Frage, ob die Eltern ihren volljährigen Kindern gegenüber übernahm Unterhaltspflichtig sind.

Gegen die Anrechnung von Eltern-Einkommen auf ihre ALHI infolge der Bedürftigkeitsprüfung beriefen sich die klagenden Arbeitslosen auf die erheblichen Unterschiede zwischen den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) über die Unterhaltspflicht und deren Anwendung im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung nach dem Arbeitslosen-Gesetz (ALG).

Nach Paragraph 1602 BGB besteht nämlich nur dann eine Unterhaltspflicht zwischen volljährigen Verwandten, wenn der ALHI Empfänger außerstande ist, selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Dabei ist nach bürgerlichem Recht einem volljährigen Arbeitslosen zur den zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes jedwede ungeleitete Arbeit auch fernab des eigenen Wohnortes auszuüben. Dazu kann der Arbeitslose auch in die Bundesrepublik ausreisen.

Das Urteil und die ALG-Zustimmung des Bundessozialamts, die Eltern nach dem BGB Unterhalt schuldig sind, nur dann, wenn sie ihren Kindern nach dem BGB Unterhalt schuldig sind. Und nur dann dürfte das Arbeitsamt im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung ihr Einkommen gegebenenfalls auf die ALHI anrechnen. Wenn jedoch die Eltern nach dem BGB keinen Unterhalt schulden können sie entsprechend nicht die ALHI erhalten. Bis jetzt geschah beides.

Nach dem BGB Unterhalt schuldig. Und nur dann dürfte das Arbeitsamt im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung ihr Einkommen gegebenenfalls auf die ALHI anrechnen. Wenn jedoch die Eltern nach dem BGB keinen Unterhalt schulden können sie entsprechend nicht die ALHI erhalten. Bis jetzt geschah beides.

Fortsetzung von vorheriger Seite

cherer Haufen, der die Zeichen der Zeit noch nicht so recht erkannt habe.

Dieses breiten Angriffes sind sich die Gewerkschaften durchaus bewußt und sie versuchen daher, gegen das bevorstehende Betriebsverfassungsgesetz zusammen mit den Unternehmern Front zu machen, die ebenfalls von dieser Neufassung nicht begeistert scheinen. „Die geplante Regelung sei weder erforderlich noch sinnvoll“, heißt es in einer Stellungnahme des BDA. Radikalen Gruppen würde der Gesetzgeber größere Einflussmöglichkeiten einräumen, die Konkurrenz zwischen rivalisierenden Gruppen fördern. Widerstand gegen die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes haben deshalb die Metallarbeiter, Wirttemberg-Holzszellern angekündigt. „Wir wenden alle Möglichkeiten nutzen, um die Politiker von der Unsinnigkeit dieses Vorhabens zu überzeugen.“ (Metall Nr. 17/19.8.1988) Mit diesem anvisierten Schulterschluss mit den Arbeitgebern sei der Bundesregierung zu warnen werden, daß eigentlich niemand von den Sozialpartnern dieses Gesetz will. Da sie li sich doch die Frage, auf wessen Mut dieser Vorstoß eigentlich gewachsen ist.

Die Antwort fällt nicht schwer. Der Hauptmotor dieser Initiative ist die FDP-Fraktion, die die Gunst der Stunde (das BVG-Urteil von 84) nutzen wollte um einem Teil ihrer Kauderwelschen leiten den Angestellten, etwas Gutes zu tun. Darüber hinaus sind die Wirtschaftsberatern als gestandene Gewerkschaftsfreunde be-

Nach diesem Richterspruch ist die Praxis der Arbeitsämter eindeutig als rechtswidrig erkannt worden. Entsprechende ALHI-Beschleide, gegen die kein Widerspruch eingelegt wurde, bleiben bis zum Ende ihres Bewilligungszeitraumes wirksam.

Zur Zeit Anfang Oktober, wann auch abzusehen ist, welcher Praxis das Arbeitsamt dieses Urteil freigegeben wird. Die schriftliche Fassung des Urteils liegt ebenfalls noch nicht vor.

Klar ist allerdings, daß nur hochstrichterlich über die Unterhaltspflicht durch die Bedürftigkeitsprüfung entstanden ist, soweit sie „geleitete Arbeitslose“ und die Unterhaltspflicht zwischen Eltern und volljährigen Kindern betrifft.

Bisher erfolgte keine Anrechnung von Verwandten-Einkommen.

— wenn das Nettoeinkommen der Freibeträge von 560 DM für den Hausverwalter und 400 DM für den Ehegatten nicht herreicht.

wenn die Unterhaltspflichten durch eine detaillierte Ausgabenaufzeichnung nachweisen, daß sie ihr gesamtes höheres Einkommen für den eigenen „angemessenen“ Lebensstandard aufbrauchen, oder — wenn der/die ALHI Empfänger/in über ein eigenes, verwertbares Vermögen zwischen 1000 und 8000 Mark verfügt.

Hoch die Richter?

Das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

das Urteil ist, natürlich, für viele ein Grund zur Freude. Nicht wenigen Arbeitslosen verschafft das Bundessozialgericht im Grundsatz einen juristischen Zugang zur vollen ihnen zustehenden ALHI und damit eine gewisse Abhilfe.

Die Arbeitslosen haben sich aber nicht damit begnügt, Verbetruer überhaupt nicht mit welcher auch immer und Bewilligungsanspruch der Arbeitslosen zu beobachten müssen. Und

Wie es weitergehen wird, ist absehbar. Es fragt sich nur, wie leicht es Blum, dem resozialisierten Lambsdorff und anderen fallen wird, die öffentliche Meinung da hingehend zu manipulieren, dieses Urteil zum weiteren Anlaß zu nehmen, sich über die faulen Arbeitslosen zu erregen, die ihre Tagesmühe darauf verwenden, umgeniert den besten aller Sozialstaaten abzuzucken, offen ist nur, wie leicht es den Scharfmachern und Kettenhunden der Senkung der Lohn- und Sozialkosten fallen wird, das Urteil als Argument für eine Verschärfung der bestehenden Zumutbarkeitsanordnung des Arbeitsamtes zu gebrauchen. Natürlich werden sie die Zumutbarkeitsanordnung nicht frontal attackieren, da haben sie zu viele gegen sich.

Nicht nur die Gewerkschaften, die sicherlich einem radikalen Schnitt bei der Zumutbarkeit entgegengetreten werden.

Zumutbarkeitsanordnung des AFG

Wann schuldet das Arbeitsamt Arbeitslosenhilfe? Wenn der Arbeitslose der Arbeitsvermittlung für nach der Zumutbarkeitsanordnung zumutbare Arbeit zur Verfügung steht.

I. Art der zumutbaren Arbeit. In den ersten Monaten darf der Lohn nicht unter 50% des früheren Bruttoehnes liegen, danach nicht unter ALG oder ALHI. Ein Berufsabstieg ist in den ersten Monaten nicht möglich, danach alle zwei Jahre um eine Stufe, wenn zuvor für die jeweilige Abstiegstufe vergleichbare Vermittlungsbemühungen mit anderen Arbeitslosen durchgeführt haben. II. Intensität der Bemühungen. Jeder Arbeitslose muß nicht selbst auf dem Arbeitsmarkt

suchen, sondern das Arbeitsamt muß für ihn tätig werden.

III. Dauer der Bemühungen. Die Bemühungen müssen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein.

IV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

V. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

VI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

VII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

VIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

IX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

X. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XIV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XVI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XVII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XVIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XIX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXIV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXVI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXVII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXVIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXIX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXIV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXVI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXVII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXVIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXIX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XL. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XLI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

nicht unbedingt aus Solidarität mit den Arbeitslosen, sondern weil immerhin ihnen noch klar ist, daß die Zumutbarkeitsanordnung nicht in erster Linie die Erwerbslosen vor Zumutungen schützt, sondern die Beschäftigten vor der Billigkonkurrenz der Erwerbslosen, weil diese nicht jeden Job zu jedem Preis annehmen müssen.

Vorstellbar ist daher, daß für den Bereich der Arbeitslosenhilfe die praktische Entwicklung zu Sozialamts-Verhältnissen beschleunigt wird. Zur Erinnerung: Die Zumutbarkeitsanordnungen des Sozialhilfegesetzes sind von denen des BGB gar nicht so weit weg, die praktischen Folgen sind Bewertungszwang, Pflichtar-

beit usw. usw.

Die weitere Entwicklung wird auch davon abhängen, inwieweit es im Rahmen der bundesweiten Kampagne der linken organisierten Erwerbslosen gelingt einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß nicht die Zumutbarkeitsanordnungen des Arbeitsamtes der Skandal sind, sondern immer noch, gestern wie heute, die Bedürftigkeitsprüfung, die der Sozialstaat als Schutzwall vor einem (zu erkämpfenden) Recht des Einzelnen auf ausreichende soziale Unterstützung aufgetaut hat.

Horst Kahrs, SIESTA (Arbeitslosen-selbsthilfe Oldenburg)

Anzeigen

Alternative Kommunal Politik

Wann schuldet das Arbeitsamt Arbeitslosenhilfe? Wenn der Arbeitslose der Arbeitsvermittlung für nach der Zumutbarkeitsanordnung zumutbare Arbeit zur Verfügung steht.

I. Art der zumutbaren Arbeit. In den ersten Monaten darf der Lohn nicht unter 50% des früheren Bruttoehnes liegen, danach nicht unter ALG oder ALHI. Ein Berufsabstieg ist in den ersten Monaten nicht möglich, danach alle zwei Jahre um eine Stufe, wenn zuvor für die jeweilige Abstiegstufe vergleichbare Vermittlungsbemühungen mit anderen Arbeitslosen durchgeführt haben. II. Intensität der Bemühungen. Jeder Arbeitslose muß nicht selbst auf dem Arbeitsmarkt suchen, sondern das Arbeitsamt muß für ihn tätig werden.

III. Dauer der Bemühungen. Die Bemühungen müssen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein.

IV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

V. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

VI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

VII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

VIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

IX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

X. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XIV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XVI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XVII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XVIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XIX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXIV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXVI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXVII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXVIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXIX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXIV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXV. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXVI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXVII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXVIII. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XXXIX. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XL. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

XLI. Sonstige Bedingungen. Die Arbeitslosen müssen bereit sein, die zumutbare Arbeit anzunehmen.

Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

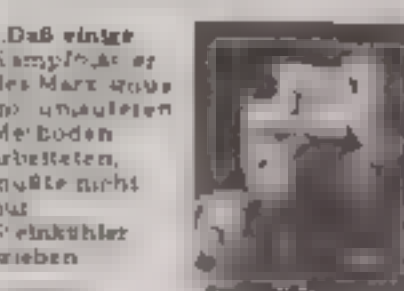
Nach der AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Kultur, Gesundheit, Stadtentwicklung, etc. In Heft 1/88 hatten wir einen Schwerpunkt zur kommunalen und Magazinen, so wie die Rubriken Beste + Funder, Kalender und Rezensionen, finden die Zeitschrift ab und liefern viele interessante Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nach der AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Kultur, Gesundheit, Stadtentwicklung, etc. In Heft 1/88 hatten wir einen Schwerpunkt zur kommunalen und Magazinen, so wie die Rubriken Beste + Funder, Kalender und Rezensionen, finden die Zeitschrift ab und liefern viele interessante Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

AKP erscheint 6-mal im Jahr (8 Seiten). Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Porto), das Abonnement ist portofrei für 42,- DM.

Redaktion und Vertrieb: AKP, Herfordstr. 92, 4000 Bielefeld 1, (0521) 177517.



Die hier dokumentierten Veröffentlichungen der Marxistischen Gruppe zum „Fall Rheinhausen“ sind sicherlich wieder Anlaß für den Vorwurf der „Besenwässererei“. Daß in Rheinhausen die Betroffenen nahezu ein halbes Jahr lang protestiert, demonstriert und mit „phantastischen Aktionsformen“ auf sich aufmerksam gemacht haben – das alleine soll schon für sich sprechen, weshalb sich die Frage nach Zweck und Mittel des Arbeiterprotests verbieten soll. So etwas vermehrt die hoffnungsfrohe Stimmung, die bekanntlich immer dann angesagt ist, wenn sich im Lande etwas „bewegt“.

Dagegen halten wir daran fest, einen solchen Protest danach zu beurteilen, was er bewirken will. „Besenwässererei“ ist immer dann vornehmlich, wenn sich die Betroffenen ziemlich verkehrte Gedanken über ihre Gegner machen und sich dadurch eine Niederlage einhandeln.

Erhalt ich für DM 3,- inkl. Porto u. Versand gegen Vorüberweisung des Betrags auf das Postgironkonto der MHB GmbH, An der Post 67, 8000 München 40, Kto-Nr. 105 272 809. PGM 80 München, Verwendungszweck angeben.

Befreit die Cordillieren!

Interview mit einer Vertreterin der Cordillera Peoples' Democratic Front (CPDF)

Die CPDF ist die Untergrund-Massenorganisation in den Cordillieren, der ausgedehnten Bergregion im Norden der philippinischen Hauptinsel Luzon. Die Bewohner dieser Gegend sind in der Mehrzahl Angehörige verschiedener nationaler Minderheiten, die sich zusammengefaßt Igorot nennen.

Die CPDF ist zwar eine eigenständige Organisation, bildet aber faktisch den regionalen Flügel der Nationaldemokratischen Front (NDF), der Untergrundorganisation der philippinischen Befreiungsbewegung.

Wir sprachen mit Chulya Montaña, einer Vertreterin der CPDF, über die Besonderheiten einer nationalen Minderheit, über die Entwicklung des Befreiungskampfes in den Cordillieren und über die Anstrengungen der CPDF beim Aufbau der Provisorischen Revolutionsregierung (PRG).

Das Interview führte Ks.

Die Cordillieren sind als Teil der Philippinen bekannt, der von Nationalen Minderheiten bewohnt wird. Kannst Du ein wenig beschreiben, wie die Menschen dort leben?

Die ökonomische Basis und die politische Situation unterscheidet sich in einigen Punkten von der Situation der übrigen Philippinen, die hispanisiert wurden. Der Unterschied liegt darin, daß die Produktionsweise der Igorot, so nennen sich die Völker der Cordillieren, von den Anfängen bis heute dieselbe geblieben ist. Das betrifft vor allem die Landwirtschaft. Wir haben weiterhin die kleinen Landparzellen, die von dem Besitzer bewirtschaftet werden. Dies sind Gegenden, in denen Besitzer und Bewirtschaftler identisch sind. Ein Großteil des Landbesitzes gehört den Gemeinden, z.B. Wilder und Wendelichen. Was die sozioökonomischen Strukturen betrifft, so haben wir einen großen Teil unserer Traditionen, die auf eine sehr alten mündlichen Überlieferung beruhen.

Die Cordillieren sind als eine Gegend bekannt geworden, in der es den Menschen gelungen ist, ihre Rechte zu verteidigen. Wie habt Ihr diese Kraft erworben?

Die Verteidigung des Landes hat eine alte Tradition. Die Menschen leisteten seit jeher Widerstand gegen Eindringlinge.

Die Verteidigung des Landes hat eine alte Tradition. Die Menschen leisteten seit jeher Widerstand gegen Eindringlinge. Sie tun das, weil das Land für sie Wert hat. Sie identifizieren sich mit ihm. In der Tat ohne das Land sind sie nichts. Zuerst verteidigten sie ihr Land gegen die Spanier, später gegen die Amerikaner, die mit betrügerischen Mitteln und Gewalt versuchten, sich Zugang zu unseren Ressourcen zu verschaffen.

Bedeutet das, daß die Stammesvölker in eurer Gegend daran gewöhnt sind, Wälder zu besitzen?

Ja, die Verwendung von Wäldern ist natürlich, um das Land zu verteidigen, um die Dörfer vor Angriffen durch andere Dörfer zu schützen. Dies sind immer Kriegergesellschaften gewesen. Eines Mittel Stammeskrege zu vermeiden, ist der Abschluß von Friedensverträgen zwischen den Dörfern und Stämmen.

Hat das Militär heute Schwierigkeiten in das Gebiet einzudringen?

Ja, es ist wahr, daß es gewisse Gebiete gibt, die das Militär nicht mehr betreten kann. Dies sind Gebiete, die mit Hilfe der New Peoples Army (NPA, Neue Volksarmee, Anm. Red.) vom Volk selbst verteidigt werden, weil in diesen Gegenden die Dörfer Milizen aufgestellt haben. Dies muß im Zusammenhang mit einem langen Kampf gesehen werden, durch den die Menschen gegangen sind, besonders des revolutionären Kampfes. Die Massenbewegung begann aber früher, nämlich als die Menschen begannen, sich gegen den Chico-River-Staudamm zu wehren.

Bei diesem Projekt wollten der IWF und die Weltbank im Auftrag des damaligen Präsidenten Marcos vier große Dämme in den Cordillieren bauen. Dies geschah damals als Reaktion auf die Ölkrise in den 70er Jahren. Aber als die Menschen merkten, daß ein Großteil ihrer Ländereien überflutet würden, unge-

fähr zwei Provinzen wären betroffen gewesen, kamen viele Dörfer zusammen. Das war in den Cordillieren nicht selbstverständlich. Ungefähr 25 Dörfer kamen zusammen, weil sie erkannt hatten, daß ihr Land bedroht war und ihr Leben zerstört würde, und so schlossen sie einen Pakt. Wir nennen dies einen Bodong oder Friedensvertrag. Diese Bemühungen erwiesen sich als erfolgreich, weil sich dadurch auch ein Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit der Cordillieren entwickelte. Dieses Projekt ist ein klassisches Beispiel dafür, wie Entwicklungsprojekte die Menschen betreffen können und wie die Menschen in der Lage sind, darauf zu reagieren und Widerstand dagegen zu leisten, so daß der IWF und die Weltbank dieses Projekt zurückziehen mußten.

Wie ward Ihr in der Lage, Erfolge zu erzielen. Wie es ein militärischer und bewaffneter Kampf?

Die Formen des Widerstandes waren sehr unterschiedlich. Die Frauen spielten eine bedeutende Rolle. Zu Anfang, als die Vermessungsingenieure in das Gebiet hinein kamen, haben die Frauen begonnen, die Dörfer zu verteidigen. Sobald sie ihre Zelte aufschlugen, nahmen die Frauen die Zelte und zerstörten die Ausrüstung. Die Männer halfen bei der Verteidigung, mit ihren Waffen natürlich.

Aber wir führen die Stärke der Bewegung auch darauf zurück, daß die New Peoples Army in das Gebiet kam und half, das politische Bewußtsein bei den Menschen zu entwickeln.

Die anderen Formen des Kampfes bestanden im legalen Protest, in Petitionen an Präsident Marcos. Eine Delegation nach der anderen wurde zum Präsidenten geschickt, um zu fordern, daß die Chico-Dämme gestoppt werden. Das war die Zeit, wo der Präsident einige Referenden durchführte, in denen es um nationale Freigabe, um eine lokale autonome Referenden, um damit gegen die Aktionen der Regierung zu protestieren. Man kann also sagen, daß der Kampf sowohl bewaffnet als auch nicht bewaffnet war. Illegal und legal.

Ihr habt den Kampf gegen die Chico-River-Dämme gewonnen. In welcher Phase befindet sich der revolutionäre Kampf jetzt?

Wir haben den Kampf gegen die Chico-River-Dämme gewonnen. In welcher Phase befindet sich der revolutionäre Kampf jetzt? Wir haben den Kampf gegen die Chico-River-Dämme gewonnen. In welcher Phase befindet sich der revolutionäre Kampf jetzt?

New Peoples Army und die Milizen der Gemeinden, so daß zu diesem Zeitpunkt die reaktionäre Regierung weniger Einfluß auf das Territorium hat.

Kannst Du beschreiben, welche Rolle in diesem Prozeß des Widerstandes die CPDF spielt? Womit hat sie mit dem Widerstand gegen diese Projekte begonnen?

Die CPDF hat erst später begonnen, die Menschen zu organisieren. Dies war ungefähr 1981. Die Erfahrung mit dem Chico-River-Staudamm verschaffte uns eine Menge Erfahrungen darüber, für welche Projekte, für welche Ziele die Menschen mobilisiert werden können. In den Cordillieren war es so, daß man eher ganze Gemeinden organisierte als einzelne Geschäftsbereiche. Wir fanden heraus, daß in den Cordillieren — sobald die Mehrheit einer Gemeinde in der Lage ist, die Probleme zu verstehen — sich die Gemeinden auf einem viel höheren Niveau dem Kampf anschließen können. Zum einen auf Grund ihrer Tradition des Widerstandes und zum anderen, weil sie ihre Besonderheiten als einheimisches Volk sehen.

Es war für sie aber schwierig, die Konzepte, die in den übrigen Philippinen angewandt wurden, zu verstehen. Z.B. wer sind die Grundbesitzer, was sind städtische Arme, was nennen wir national gesinnte Geschäftsleute und all diese Sachen, weil sie keine Erfahrung darin hatten, die Situation in großstädtischen Zentren zu sehen. So führte der Kampf gegen den Chico-River-Damm mit einem kontinuierlichen Fluß von Informationen darüber, was ist der IWF, was sind multinationale Unternehmen zu einem umfassenden Verständnis der Gesellschaft bei den Völkern der Cordillieren.

Was ist das für ein weiterer Horizont, ist er ant imperialistisch, ist er antikapitalistisch?

Ja, er ist ant imperialistisch, denn sie wenden sich gegen IWF und Weltbank. Er ist



Ein NPSW-Büro in La Carlota

antifeudal, weil sie nun etwas über die Folgen wissen, die solche Projekte verursachen. Er behält auch eine Ausrichtung gegen den bürokratischen Kapitalismus, weil sie gesehen haben, wie Regierungsbeamte und wie das Militär eingesetzt wurden, um sie zu überzeugen, daß diese Dämme notwendig seien. Durch diese sehr konkreten Erfahrungen haben die Menschen gelernt. (1)

Es scheint, als ob die Cordillieren bereits jetzt oder zumindest in der nahen Zukunft eine Provisorische Revolutionsregierung (PRG) bekommen wird. Was bedeutet das eigentlich?

Z.Z. organisieren wir die CPDF auf regionaler Ebene. Die CPDF ist von der Ebene der Dörfer hinauf bis zu der Ebene der Gemeinden organisiert. In den letzten Jahren hat die CPDF einen politischen Prozess durchlaufen, wobei die Menschen sich organisieren und die Halte der Revolution unterbreiten.

Die Menschen organisieren sich auf der Ebene der Dörfer, der Gemeinden und der Distrikte. Auf der Ebene der Dörfer organisieren sie sich in Komitees, die die Rechte der Menschen unterbreiten. Auf der Ebene der Gemeinden organisieren sie sich in Komitees, die die Rechte der Gemeinden unterbreiten. Auf der Ebene der Distrikte organisieren sie sich in Komitees, die die Rechte der Distrikte unterbreiten.

Die Menschen organisieren sich auf der Ebene der Dörfer, der Gemeinden und der Distrikte. Auf der Ebene der Dörfer organisieren sie sich in Komitees, die die Rechte der Menschen unterbreiten. Auf der Ebene der Gemeinden organisieren sie sich in Komitees, die die Rechte der Gemeinden unterbreiten. Auf der Ebene der Distrikte organisieren sie sich in Komitees, die die Rechte der Distrikte unterbreiten.

Ist es richtig zu sagen, daß es z.Z. eine Art duales System gibt, die Provisorische Revolutionsregierung auf der einen Seite und auf der anderen Seite die offizielle Regierung auch auf der lokalen Ebene?

Um konkret zu sein, auf der Ebene des Dorfes, und das gilt für viele Teile der Philippinen, haben die Menschen Dorfräte eingerichtet, in denen sie sich selbst verwalten können. Und es ist nicht länger die reaktionäre Regierung, die sie regiert. Sie haben also bereits die Zügel der Macht in ihre Hände genommen. Sie haben Komitees gebildet, in denen sie Verwaltungsaufgaben in die Hand nehmen können, Steuern, Verteidigung, Rechtsprechung, in denen sie sich um Gesundheitsprobleme und Erziehung kümmern in ihrer Gemeinde. Die Menschen haben diese Art von Verwaltung auf der Ebene der Dörfer bereits in mehreren Gegenden der Philippinen eingerichtet. In den Cordillieren sind von 1.000 Barrios oder Dörfern 400 von der CPDF kontrolliert.

Es gibt also 400 Dörfer und wie ist das mit der nächst höheren Ebene?

Benachbarte Dörfer bilden zusammen Gemeinden, Municipalitäten. D.h. es gibt auch mehrere organisierte Gemeinden.

Einige dieser aneinander grenzenden Gemeinden bilden zusammen einen Distrikt. Und in gewissen Gegenden hat die Organisation die Ebene der Distrikte erreicht.

Bedeutet das, daß auf den Ebenen, wo Ihr organisiert seid, auf der Dorfebene, auf der Gemeindeebene oder vielleicht sogar in einem organisierten Distrikt, daß es hier keine offizielle funktionierende Regierungsstruktur mehr gibt?

Es gibt noch wie vor eine offizielle Regierungsstruktur, z.B. auf der Gemeindeebene. Jedoch existiert auf dieser Ebene bereits eine Gegenstruktur der revolutionären Regierung, der Gemeinderäte. 2) Der Gemeinderat übernimmt hier lokale Funktionen, für die reaktionäre Regierung und für die revolutionäre Regierung. D.h. wir haben hier eine Gegenstruktur.

Bedeutet das, daß in diesen Orten die Revolutionen nicht der Kontrolle unterliegen?

Ja. Auf dieser Ebene, also auf der Gemeindeebene, haben wir z.B. ein offizielles Haus oder Komitee für Rechtsangelegenheiten oder für auswärtige Angelegenheiten gebildet. Dieses Komitee der Bürgermeister versteht, kumulierte sich darum, daß es in der reaktionären Regierung repräsentiert ist. Die Bürgermeister verstehen, was es bedeutet, daß es in der reaktionären Regierung repräsentiert ist. Der Bürgermeister wird bei den Wahlen, die durch die reaktionäre Regierung durchgeführt werden, gewählt. Es geht aber nicht nur um Verwaltung. Es geht auch um Verteidigung. Das ist der Grund dafür, daß es eine stärkere Kontrolle des Gebietes mit bewaffneten Kräften geben muß. Sowohl durch die NPA als auch durch die Miliz.

In welchem Maße kann das Militär eure Strukturen noch zerstören oder beeinträchtigen und in welchem Ausmaß ist es das?

Das Militär in den Cordillieren kann die Städte bombardieren, es kann die Dörfer bombardieren, aber die Menschen werden trotzdem in der Lage sein, wieder zurückzugehen und das Land zu verteidigen. Wenn wir von Verteidigung des Landes sprechen, dann meinen wir nicht, daß das Militär nicht in dieses Gebiet eindringen kann, sie können uns mit Helikoptern, mit Panzern, mit Flugzeugen angreifen, sie können Durchschlagsaktionen durchführen. Jedoch können sie die Bevölkerung nicht mehr zwingen, das Land zu verlassen, weil die Menschen ihre materielle Grundlage verteidigen können. Sie gehen zurück in ihre Gemeinden und arbeiten weiter auf dem Land. In einigen Gebieten haben die Menschen nach den Bombardierungen, die zu Beginn dieses Jahres durchgeführt wurden, Maßnahmen ergriffen, um das Militär zu stoppen, es daran zu hindern, die Nahrungsmittelversorgung zu kontrollieren und eine Lebensmittelblockade einzurichten. Mit geschickten Maßnahmen war es den Menschen möglich, in den Gemeinden zu bleiben. Sie haben sich nicht evakuieren lassen.

In den Cordillieren ist es für das Militär schwierig, Gebiete zu bombardieren, weil die Gegend sehr bergig ist. Es ist auch schwierig für das Militär, größere Zahlen von Soldaten hineinzubringen, weil sie sich dort nicht ernähren können.

Wir vermuten, daß es in den Ebenen sein wird, wo das Militär in solchen Mitteln versuchen wird, die revolutionäre Bewegung zu stoppen und an der Expansion zu hindern. Aber in den Cordillieren können sie das nicht mehr. Das ist auch ein Grund dafür, daß die CPDF sehr eng mit der NDF in den benachbarten Regionen zu kooperieren.

Welcher Art sind diese Beziehungen. Du sagst, daß die NDF im Flachland stärker gefährt ist als Ihr. Helft Ihr oder wie sind diese Beziehungen?

Die Cordillieren — auf Grund ihrer bergigen und schwer zugänglichen Gegend — sind das Gebiet, in das sich die New Peoples Army zurückziehen kann. Sie können somit der NPA als Basis dienen, weil auch die Menschen in den Cordillieren bereit sind, größere Formationen zu unterstützen. Es ist wichtig, daß sie in der Lage sind, die NPA zu unterstützen.

Sind Ihr bereits dabei, die Provisorische Revolutionsregierung auf regionaler Ebene aufzubauen?

Gegenwärtig sind wir dabei, in den ganzen Cordillieren eine Provisorische Revolutionsregierung zu errichten. Dieser Aufbau geschieht in einem Prozeß, und es kann 1 — 2 Jahre dauern oder länger. Dies hängt von der Intensität der Interventionen durch die USA und ihrer Verbündeten ab. Wir glauben, daß es auch direkte Interventionen geben kann. Z.B. sind es noch und rechte Interventionen, z.B. durch sozioökonomische Programme von der reaktionären Regierung, durch kulturelle Maßnahmen, durch bestimmte Kirchen, durch das Peacecorps.

Hierzu noch eine Frage. Es gibt diese Projekte von der EG, z.B. Straßenbau oder Infrastrukturmaßnahmen zur Erleichterung des Exports von Agrarprodukten. Kannst Du uns darüber etwas sagen. Welche Rolle spielen diese Projekte in eurem Kampf?

Z.Z. sehen wir uns konfrontiert mit einer riesigen Menge von Kapital, das ins Land kommt und ein Programm stammelt von der EG. Die Größenordnung beträgt ungefähr 40.000.000 ECU. (1 ECU = 1 DM, Anm. Red.)

Was ist das für ein Programm?

Die Projekte sind zum großen Teil Infrastrukturprojekte, Bewässerungssysteme, Straßenbau, elektrische Leitungen, Brücken. Sie nennen dies Mikroprojekte. Aber im Kontext eines Dorfbewohners können Mikroprojekte auch Makroprojekte sein, weil die Auswirkung dieser Projekte bedeuten kann, daß sich viele ihrer Systeme ändern werden, und es kann dadurch eine Entwicklung in Gang gesetzt werden, auf die sie nicht vorbereitet sind. Deshalb glauben wir, daß diese Maßnahmen gegen den Kampf des Volkes gerichtet sind und eine reformistische Tendenz in Gang setzen sollen, die auch die Menschen verändern wird. Reformistisch heißt hier, daß es den Menschen verweigert wird, die dringend benötigten Ressourcen in die eigenen Hände zu bekommen. Nützlich ist es nur für große Geschäftsleute oder multinationale Unter-

Fortsetzung nächste Seite

Wenn es auf den Philippinen um die Verteilung des fruchtbaren Bodens geht, gibt es zwei Parteien: die der Landbesitzenden und die der Besitzlosen. 20 Prozent der erstgenannten kontrollieren 80 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche der Inseln. Zwei Versuche, diese Zeitbombe der philippinischen Gesellschaft zu entschärfen, hat es in der Vergangenheit schon gegeben, unter den Präsidenten Magsaysay und Marcos. Wie die Landlosen und die in Armut lebenden Bauernfamilien versuchen, sich gegen den dritten Anlauf unter Corazon Aquino zur Wehr zu setzen, erläutert der Vorsitzende der rund drei Millionen zählenden philippinischen Bauernorganisation „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas“. Stefan Bub, Mitarbeiter in der Terre des hommes Pressstelle Osnabrück, sprach mit Jaime Tadeo,

Zeitbombe Landreform

Gespräch mit Jaime Tadeo, Vorsitzender einer Bauernorganisation

einzuholen. Um dreifach das überholt zu werden, muß unser Aufwachen nach zuerst einmal eine staatliche Souveränität hergestellt werden. Dies ist nicht möglich, solange die USA durch ihre beiden größten Militärbasen in Übersee, Clark Air Field und Subic Bay Naval Base, auf den Philippinen präsent ist.

Zu dem Zeitpunkt, als wir diese Vorschläge Corazon Aquino übermittelten, gab es noch keine neue Verfassung. Die Präsidentin hatte also per Dekret die Durchführung einer Landreform vorantreiben können. Dies war nicht der Fall. Zwei Jahre später, Anfang Juni 1988, unterzeichnete sie einen Gesetzesentwurf, das „Comprehensive Agrarian Reform Program“ (siehe Kasten), das an den jetzigen Besitz- und somit auch an den Machtverhältnissen nichts ändern wird.

Es war der ehemalige nationalistische Senator der Philippinen, Claro M. Recto, der den Satz prägte: „die US-Militärbasen sind ein Dolch im Rücken des Volkes“. Wenn Sie sagen, daß eine Landreform im Sinne der KMP nicht möglich ist, solange es diese militärische Bedrohung gibt, wie kann dann dieser „Dolch“ entfernt werden?

Unserer Auffassung nach sind die semi-feudalistischen Besitzverhältnisse auf den Philippinen die wirtschaftliche Basis dessen, was wir US-Imperialismus nennen. Werden diese Feudalstrukturen zerstört, ist dieser Imperialismus einer seiner wichtigsten Lebensadern beraubt. Das ist unser Ansatzpunkt als Bauernorganisation.

Halten Sie den bewaffneten Kampf für ein geeignetes Mittel, um diese Besitzverhältnisse zu ändern?

Die Zielsetzungen der „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas“ stimmen im wesentlichen zum Beispiel mit denen der „Pambansang Kaliputnan ng mga Magbubukid“ (PKM), der Bauernorganisation der linksgerichteten „Nationalen Demokratischen Front“, überein. Es werden über unterschiedliche Aktionsformen be-



Vom Militär niedergebranntes Bauernhaus

nutzt. Die PKM hält den bewaffneten Kampf für erforderlich, während wir versuchen, mit friedlichen Mitteln weiterzukommen.

Wenn wir allerdings vor die Wahl gestellt werden, uns zu unterwerfen, was bedeutet an Hunger zu sterben oder für unsere Rechte zu kämpfen, werden wir uns verteidigen.

Verteidigen ist das Stichwort für die nächste Frage. Nach Angaben der Zeitung „Philippine Daily Inquirer“ operieren allein auf der südlichen Insel Mindanao rund 70.000 vom Militär besteuerte paramilitärische Einheiten, sogenannte Vigilante-Gruppen, gegen den „inneren Aufbruch“ seitens der Bauern. Wie können sich Mitglieder oder Sympathisanten ihrer Organisation gegen die Angriffe der Militärs und der Todesschwadronen schützen?

Die Übergriffe in fast allen Teilen des Landes beeinträchtigen die „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas“ in beträchtlichem Maße. Auf der Insel Leyte zum Beispiel wurde unsere Organisation fast vollständig zerstört. Auf Cebu, einer Nachbarinsel, reduzierte sich die Mitgliederzahl der KMP um rund 17.000 auf 6.000. Können Sie sich vorstellen, was das heißt?

Wir setzen dem eine noch stärkere Organisierung der KMP-Mitglieder entgegen.

gen, um so den Aktionsradius des Militärs und der Vigilanten, die versuchen, unsere Leute für ihre Zwecke umzudrehen, einzudämmen.

Das betrifft jetzt den organisierten Teil der Bauernschaft. Ihre Mitglieder und Kader. Wie können sich die weniger organisierten Bauernfamilien der Angriffe erwehren?

Die Situation ist die. Es finden fast täglich Bombenangriffe auf ländliche Gebiete statt. Die Menschen fliehen aus ihren Dörfern. Nach dieser geplanten Vertreibung der Dorfbewohner setzen sich Militärs und Paramilitärs in den Dörfern fest, errichten dort ihre Kontrollstationen.

Organisierte Maßnahmen sind dazu zu schützen, bestehen zum Beispiel darin, eigene Kontrollposten 24 Stunden pro Tag Wache halten zu lassen und die Zufahrtswege eines Dorfes zu verbarrikadieren. Erreichen Militärs oder Todesschwadronen von uns besetzte Gebiete, empfangen sie die Bauern mit ihren langen Schanzen (Bolos). Wenn wir eine drohende Evakuierung von Dorfbewohnern nicht verhindern können, versuchen wir zumindest sicherzustellen, daß die Flüchtenden von KMP-Kadern begleitet werden. Das ist das, was wir tun können. Andere Gruppen, die sich für die Inter-

essen der Bauern einsetzen, wie ja auch nicht unartig.

Wie stark ist Ihre persönliche Sicherheit und die der regionalen KMP-Führer geblieben?

Ich selbst kann nicht mal mehr ins Büro unserer Organisation in Manila gehen, ohne einen Ausruf über meine Leben fürchten zu müssen. Die anderen Führer der Organisation befinden sich in ähnlichen Situationen. Wir haben spezielle Häuser eingerichtet, deren genaue Lage nur denen bekannt ist, die sich dort zu Besprechungen aufhalten. Wir müssen darüber hinaus jede Nacht wachsam schlafen, um nicht gefangen genommen oder getötet zu werden.

Trotz dieser schwierigen Situation arbeite ich die Zeit für uns. Das Machemonopol der herrschenden Elite und der Großgrundbesitzer stürzt das Land in eine immer größer werdende wirtschaftliche Krise. Die Durchführung einer wirklichen Landreform wäre ein Ausweg daraus.

Wann ist eine solche Landreform Ihrer Ansicht nach zu erwarten?

Ohne eine direkte militärische Intervention der USA bin ich sehr optimistisch. Innerhalb von zwei Jahren.

Clut, sprechen wir über das „gelbe Band“. Viele Mitglieder unserer Bauernorganisation unterstützen Aquino bei den Demonstrationen gegen das alte Regime. Im Wahlkampf Anfang 1986 stellte ich zwei für uns wichtige Themen heraus: die wirtschaftliche Krise auf den Philippinen und den wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Verursacher der sozialen Misstände. Und, was noch wichtiger war, sie forderte als Konsequenz die Durchführung einer Landreform.

Nach der „people power“-Revolution wurde ich von der neuen Präsidentin Aquino als Repräsentant der philippinischen Bauern ausgewählt. Im Mai 1986 traf sich daraufhin der vereinigte nationale Rat der „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas“, um ein Landreformprogramm auszuarbeiten. Am 5. Juni überreichten wir unsere Vorschläge der Präsidentin. Die Punkte wurden für uns im Vordergrund: Erstens die politischen Machtverhältnisse im Lande so zu gestalten, daß der philippinischen Bauernschaft ein ihrer Größe entsprechendes Stimmrecht bei Entscheidungen zuzuführt. Zweitens die ökonomische Basis dafür zu schaffen, sprich mit der Umverteilung des fruchtbaren Agrarlandes die bislang armen Bauernfamilien in die Wirtschaft des Landes.

Fortsetzung von vorheriger Seite

nehmen die beabsichtigten, in die Cordilleren zu kommen, um die Produkte oder die Ressourcen der Cordilleren auszuheben. So sollen z.B. Reisterassen, die dem Reisbau der Bevölkerung dienen, in Felder für Exportprodukte umgewandelt werden.

Was erwartet Sie von uns?

Unser Kampf hat jetzt eine neue Qualität erreicht. Wir haben dazu beigetragen, daß die Bevölkerung sich massenhaft am Kampf beteiligt, nicht allein mehr am Kampf um die Verteidigung, sondern jetzt am Kampf um Befreiung des Landes — der Cordilleren insgesamt. Was die reaktionäre Regierung angeht, so sehen wir voraus, daß die USA mit direkten Interventionen ihr zuhelfen kommen wird. Da gegen brauchen wir Solidarität. Wir brauchen Unterstützung von allen Menschen, Organisationen, Gruppen und Nationen, die sich nach Freiheit, nach Befreiung und Frieden sehnen. Wir bitten, uns bei dem zu unterstützen, was wir erreicht haben. Moralisch und politisch, z.B. indem ihr unser Bemühen um eine Provisorische Revolutionsregierung bekannt macht. Wir begrüßen auch alle materielle Unterstützung, sowohl für den bewaffneten, revolutionären Kampf, als auch für sozioökonomische Projekte und andere Programme in den Dörfern und Gemeinden, um auch in diesem Bereich das Fundament für unsere Provisorische Revolutionsregierung zu stärken.

Jetzt ist die Zeit, die Cordillere zu befreien.

Anmerkungen:

1) Imperialismus, Feudalismus und Bürokratischer Kapitalismus sind nach dem Verständnis der Nationaldemokratischen Front (NDF) die Hauptgefahren der philippinischen Gesellschaft.
2) Diese schrittweise sind revolutionäre Räte und nicht die Konstitutionalparlamenten zu verwirklichen.

Aquinos Landreform

Anfang Juni 1988 unterzeichnete die philippinische Präsidentin Corazon Aquino den „Republic Act No. 6637“ bekannt unter dem Namen „Comprehensive Agrarian Program“, der die gesetzliche Grundlage der seit langem angekündigten „grundlegenden Neuverteilung“ des fruchtbaren Bodens der Inseln darstellt.

Dem Gesetzestext zufolge sollen von insgesamt 9,7 Millionen Hektar zur Zeit ausgeträgelter landwirtschaftlicher Fläche vornehmlich 2,6 Millionen Hektar staatlicher Grundbesitz an 2,7 Millionen landlose Bauernfamilien unterteilt werden. Danach soll die Regierung damit beginnen, sich an den Privatbesitz von Landbesitzern zu wagen. Offiziell soll jeder Landbesitzer nur noch fünf Hektar sein eigenes Land besitzen dürfen, jeweils drei Hektar können seine gesetzlichen Erben, oder jene, die dazu ernannt werden, behalten.

Von dieser Regelung ausgenommen bleiben werden Landbesitzer bis zu einer Größe von 50 Hektar, die großen Obst- und Zuckerrohrplantagen, Besitzungen, die der Viehhaltung oder dem Misanbau dienen und bis zu 24 Hektar große Gebiete, die von ihren Eigentümern als Bauland bezeichnet werden.

In einer Erklärung der „Kilusang Magbubukid ng Pilipinas“ (KMP), der größten Bauernorganisation der Philippinen, wird dazu festgestellt, daß die Reform „die jahrhundertlange Armut und Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter nicht beenden wird, weil das Landreformgesetz in der jetzigen Form das Problem der feudalistischen Landmonopole nicht beseitigt“. Daß Landbesitzer mit durchschnittenen Erben fünf Hektar zurückbehalten dürfen, bedeute, daß 75 Prozent der privaten Landereien von der Reform ausgeschlossen werden.

Die KMP fordert in einem „Programm für eine echte Landreform“ die sofortige gerechte Verteilung aller landwirtschaftlichen Besitzes, einschließlich der privaten Landereien, und unabhängig davon, was darauf angetraut wird. Die Nutznießer einer solchen Reform sollen in erster Linie Bauern sein, die zwar Pächter sind, aber zu wenig Land zum Überleben haben, sowie Landarbeiter und landlose Bauernfamilien, die weiter Land gepachtet haben, sich als Landarbeiter und Landarbeiterinnen verdingen. (SB)

„Die politischen Freiräume ausnutzen...“

Interview mit Ugo Navarrete (FDR) zur Wahlbeteiligung der CD

Interview mit Ugo Navarrete von der Fronte Democrática Revolucionaria (FDR) zur aktuellen Situation in El Salvador und zur Beteiligung des Parteienbündnisses Convergencia Democrática (CD) an den Präsidentschaftswahlen im März 1989.

Navarrete ist Mitglied im Vorstand des Movimiento Nacional Revolucionario (MNR), einer der beiden Mitgliedsorganisationen der FDR, die sich an den Präsidentschaftswahlen beteiligen wollen (die andere ist der Movimiento Popular Social Cristiano). An der Convergencia Democrática ist außer dem MNR und dem MPSC noch die Ende 1985 gegründete „Jegala“ in El Salvador agierende Partido Social Democrata (PSD) beteiligt.

Das Interview wurde am 10. September 1988 in Guadalupe de México von Reimar Paul geführt.

Die Convergencia Democrática hat beschlossen, an den Präsidentschaftswahlen in El Salvador im kommenden März teilzunehmen. Auf welcher Einschätzung der aktuellen politischen Situation basieren diese Entscheidung?

Die Situation in El Salvador hat sich nicht wesentlich verändert. Das Land befindet sich weiterhin im Kriegszustand. Weiterhin werden massiv die Menschenrechte verletzt. Grundlage der Entscheidung, an den Wahlen teilzunehmen, ist eine geringfügige politische, nicht demokratische Öffnung aufgrund der Vereinbarungen von Esquipulas II. Die Regierung hat sich dabei verpflichtet, mit der Demokratisierung zu beginnen. Wir wollen mit unserer Entscheidung Druck auf die Regierung ausüben, damit sie diesen Verpflichtungen nachkommt.

Politische Öffnung — heißt das, daß Sie unter annähernd gleichberechtigten Be-

dingungen an den Wahlen teilnehmen und den Wahlkampf führen können? Kann die CD zum Beispiel öffentlich ihre Politik und ihr Programm vertreten?

Das ist nicht einfach. Man kann sich nicht frei im Land bewegen, die Opposition kann sich nicht frei artikulieren. In den größeren Städten gibt es zwar Möglichkeiten, sich zu versammeln, aber in den kleinen Orten oder auf dem Land ist das im legalen Rahmen praktisch nicht möglich. Wir sind deshalb gezwungen, Wege für eine andere Kampagne zu finden.

Haben Sie denn Zugang zu den Medien? Wie weit ist denn die politische Öffnung, die fortgeschritten? Ist es für die linke Opposition möglich, im Fernsehen, im Radio oder in den Zeitungen Propaganda zu machen oder werden Sie wie sonst nur im Zusammenhang mit dem „Terrorismus“ erwähnt?

In den letzten Monaten hat es in einigen Medien eine leichte Öffnung gegeben, vor allem in den Funkmedien. Es gab Möglichkeiten zur öffentlichen Debatte, ich selbst habe an einer Fernsehdiskussion mit dem Minister für Kultur und Kommunikation teilgenommen. Mehrere Radiostationen haben Mitglieder der FDR und der CD zu Interviews eingeladen. In der Presse gibt es dagegen überhaupt noch keine Öffnung. In manchen Zeitungen können wir bezahlte Anzeigen aufgeben.

Haben denn die CD oder die FDR bzw. ihre Mitgliedsorganisationen, kein eigenes Organ, keine eigene Zeitung, die im Land verteilt wird?

Nein. Keine der linken Oppositionsparteien hat ein eigenes Informationsorgan. Wir sind auf die kommerziellen Medien angewiesen, die Redaktionen in den Funkmedien und die Anzeigenseiten in den Zeitungen.

Welche organisatorische Basis haben FDR und CD in El Salvador? Die FDR hat ja in den letzten Jahren fast ausschließlich vom Ausland aus Politik betrieben. Die CD ist ein ziemlich neues Gebilde. Existiert es etwas wie eine Struktur? Wie viele Mitglieder haben die FDR und die CD?

Die FDR-Parteien, deren Leitungen sich seit Jahren im Exil befinden, haben natürlich große Teile ihrer Basis verloren. Seit dem wir Ende letzten Jahres begonnen haben, wieder nach El Salvador einzureisen, befinden wir uns in einer Phase der Re-Organisation bzw. des organisatorischen Neuaufbaus. Die dritte Partei der CD ist die 1985 gegründete Sozialdemokratische Partei. Auch sie als neue Partei ist dabei, ihre Basis zu vergrößern.

Es ist doch abzusehen, daß es bei den Wahlen einen massiven Betrug geben wird, vor allem natürlich zugunsten der CD. Bietet die Teilnahme der CD an den Wahlen dem Regime, egal ob unter einer ARENA- oder einer christdemokratischen Regierung, nicht die ideale Gelegenheit der Öffentlichkeit zu „beweisen“, wie wenig Unterstützung der „Terrorismus“ in der öffentlichen Propaganda werden FDR und FMLN ständig mit dem Synonym „Terroristen“ belegt, R.P. im Blick findet?

Fortsetzung nächste Seite

Linke Politik nach dem Plebiszit

Interview mit zwei ehemaligen MIRisten

Das nachstehende Gespräch zur Bedeutung des Plebiszits für die Linke Chiles führen wir mit Emilio und José — und zwar einige Wochen vor dem Plebiszit. Beide waren schon vor Jahren aus dem europäischen Exil illegal nach Chile zurückgekehrt und leben dort im Untergrund. Beide rechnen sich nach wie vor der „Bewegung der revolutionären Linken“ (MIR) zu, der sich 1987 gespalten hatte (siehe AK 285). Sie beschreiben ihren gegenwärtigen Standpunkt folgendermaßen: „Wir meinen, daß im MIR die grundlegenden theoretischen und praktischen Erkenntnisse der chilenischen Revolution verankert sind. Hieraus werden revolutionäre Kerngruppen entspringen mit der Fähigkeit, die historischen Erfahrungen des Kampfes der Chilenen zusammenzufassen. Wir erwarten, im Laufe der Entwicklung der Kämpfe die Widersprüche innerhalb des Volkes zu lösen und, daß andere Gruppen der „Kommunistischen Partei“ (PC), der „Patriotischen Front Manuel Rodríguez“ (FPMR), die als bewaffneter Arm der PC gilt, aus anderen linken Parteien sich den revolutionären Sektoren anschließen werden, die sich im chilenischen Proletariat herausbilden werden.“ (aus ihrem Positionspapier 1987) Die Gesprächspartner gehören weder dem Minderheitsflügel des MIR (MIR-Renovación) noch dem Mehrheitsflügel um den Generalsekretär Pascal Allende (MIR-Desafío). Sie arbeiten in einer der aus der MIR-Spaltung entstandenen „revolutionären Kerngruppen“, die autonom agierend untereinander Absprachen über politisch-praktische Fragen treffen, jedoch nicht als eigene MIR-Fraktion organisiert sind.

Der offenbar sehr selbstsichere Diktator drückt sie mit dem Plebiszit vom 5. Oktober 1988 mehr als ein Jahr der gesamten chilenischen Opposition seinen Stempel auf. Die Opposition hat sich gebeugt und sich den in der Verfassung von 1980 festgelegten Spielregeln der Diktatur unterworfen. Wieso kommt sich der Diktator in dieser Frage so mühelos durchsetzen?

Emilio: Pinochet ist nicht nur Diktator wie Marcos (Philippinen) verglichen. Pinochet ist viel stärker, sowohl innerhalb der Armee als auch innerhalb der herrschenden Klasse. Pinochet hat nach dem Attentat auf ihn die Initiative zurück gewonnen und hat in den vergangenen zwei Jahren seine vorherige Isolierung überwunden. Durch eine heftige ideologische Kampagne, die Verteilung von Häusern, Stipendien für Arbeiterkinder etc. hat er sogar eine soziale Basis gewonnen. Er hat in der politischen Meinung viele Leute gewonnen. In der letzten Wahlkampagne geführt, eine sehr gute Wahlkampagne in seinem Sinne.

Pinochet hat einige Widersprüche mit den US-Amerikanern. Er hat mehrmals seine relative Unabhängigkeit von ihnen betont. Er spielte in mehreren Reden darauf an, daß Chile keine Kolonie sei, obwohl einige Herren im Norden das meinten. Pinochet macht nicht die Schritte, welche die Nordamerikaner vorschlagen.

Und diese distanzierte Haltung zu den USA entspricht seiner realen Machtposition im Land?

Emilio: Ja. Pinochet hat zum Beispiel innerhalb der Streitkräfte Kritiker ausgeschaltet und ergebene Militärs auf wichtige Posten platziert. Sein ideologischer Einfluß, sein Antikommunismus, hat große Wirkung auch innerhalb des Bürgertums. Das Bürgertum hat Angst vor der Revolution. Pinochet stellt sich ihnen dar als Garant gegen die Revolution, als Anwalt der Reichen, als Nationalist und Schutz vor Experimenten wie unter Allende. Er sagt, er sei unabhängig und gegen den internationalen Kommunismus.

Was geschieht, wenn die Mehrheit mit „Nein“ stimmt? Dies würde die Chancen von Verhandlungen mit der Diktatur unter internationalem Einfluß — Amis und alle übrigen Sorten von Imperialisten — vergrößern.

Da hältst das Heer für sehr homogen. Drücken die Positionen einiger Oberbefehlshaber von Teilstreitkräften beispielsweise von Merino, Stange etc., die vorsichtige Unterstützung abdrücken, nicht eine gewisse Heterogenität innerhalb der Streitkräfte aus? Oder kann Pinochet auf den homogenen Block der Streitkräfte bauen? Liegt genau darin seine Stärke be-

gründet? Oder sind etwa beispielsweise Carabineros, Luftwaffe oder Marine eher als Verbündete der USA zu betrachten?

José: Ohne Zweifel gibt es nordamerikanische Einflüsse in den chilenischen Streitkräften. Eine Form der politischen Beziehungen sind die gegenseitigen Besuche von Militärs. Aber welchen Vorteil haben wir von einer Spaltung der Streitkräfte? Was gewinnen wir, wenn die Streitkräfte ein anderes politisches Projekt als Pinochet selbst hatten? Das ist die Frage, die man stellen muß. Denn es könnte sein, daß dies passiert. Aber was gewinnen wir mit der Unterstützung einer bürgerlichen Opposition?

Emilio: Sie bestanden sich arbeiten die USA innerhalb der chilenischen Streitkräfte. Die Mehrheit der Offiziere wurden in nordamerikanischen Militärakademien ausgebildet. Es gibt auch verschiedene Meinungen innerhalb der Streitkräfte. Aber wie groß diese Unterschiede sind und ob sie eine Alternative zu Pinochet darstellen, ist sehr fraglich. Es gab einige bekannte Fälle, wo wichtige Offiziere, die den Putsch unterstützt hatten, abgesetzt worden sind, wie im Falle von Danus 1984, dem Kontakte zur chilenischen Christdemokratie und den USA nachgesagt wurden. Es sind aber nicht nur die Yankees, sondern es ist der Imperialismus insgesamt, der diese pinochetkritischen Tendenzen fördert. Beispielsweise beschloß der als pinochetkritisch geltende Chef der Carabineros, Stange, die BRD ebenso wie andere, wichtige chilenische Militärs. Auf der anderen Seite hat sich Pinochet bemüht, ihm ergebene Leute bei den wichtigsten Truppenkommandos und in strategisch wichtigen Positionen zu halten.

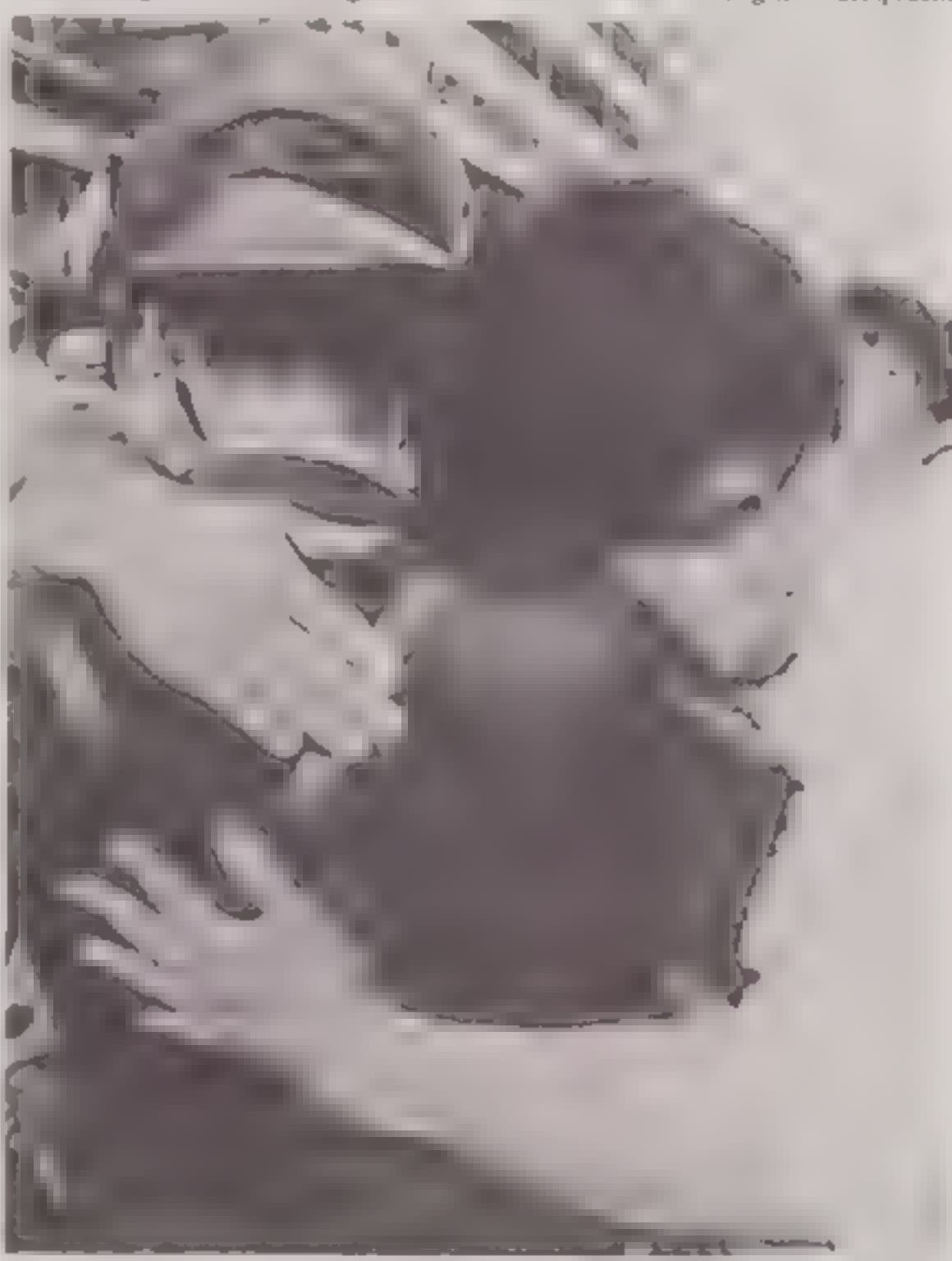
Es gibt also keine ernsthaften Widersprüche innerhalb der Armee, die den Macht von Pinochet zum Wackeln bringen könnten.

Emilio: Das hängt immer von der Situation ab. Es gibt keinen fest vorgezeichneten Weg. Wenn Pinochet zum Beispiel umgebrochen werden würde, ergäben sich möglicherweise neue Konstellationen. Wenn der Kopf fehlt, würden die Yankees sicherlich massiv Einfluß nehmen.

Frage: Was passiert nach dem Plebiszit?

Emilio: Man sollte mit der Behauptung vorsichtig sein, daß sich durch das Plebiszit nichts verändert. Die Situation ist sehr dynamisch, sich schnell entwickelnde Veränderungen sind denkbar. Sollte es dazu kommen, wird es von der Fähigkeit der revolutionären Kräfte abhängen, dies für sich zu nutzen oder — die andere Denkmöglichkeit — es könnte auch zu einer strategischen Niederlage des Volkes kommen. Was geschieht, wenn die Mehrheit mit „Nein!“ stimmt? Dies würde die Chancen von Verhandlungen mit der Diktatur unter internationalem Einfluß — Amis und alle übrigen Sorten von Imperialisten — vergrößern. Aber es bleibt die Frage, ob Pinochet und seine Leute dies akzeptieren werden. Ein Problem sind die Streitkräfte, ein zweites die Massen. Die Massen würden im Falle des Sieges auf die Straßen gehen, „unkontrollierte Todesschwadronen“ würden agieren, der ganze Klassenhaß würde ausbrechen. Die Leitungen der bürgerlichen und auch der linken Parteien würden eher bremsend auf die spontane Massenaktivität einwirken. Wir müssen uns auch fragen, was wir mit einer sogenannten Demokratie überhaupt gewinnen. Pinochet hat ja nicht nur innerhalb der Streitkräfte gearbeitet, sondern auch eine sehr demagogische Wahlkampagne gemacht. Die sind sogar in Elendsvierteln gegangen, haben armen Familien neue Wohnungen gegeben. Sie haben Familien aus den kämpfe-

Pinochets, Onofre Jarpa, inne. Er war fast der einzig mögliche Alternativkandidat zu Pinochet. Er bekam Hilfe von den USA und konnte das Bürgertum einengen. Aber die Partei Jarpas kam in die Krise, als der stellvertretende Parteivorsitzende Guzman Jarpa „beschuldigt“, dieser wolle sich als Gegenkandidat für das Plebiszit aufbauen. Die Partei hat sich an der Frage des Verhaltens zum Plebiszit (Option Pinochet versus mögliche Option Jarpa) gespalten. Ein Teil, die UDI (Unión Demócrata Independiente), unterstützt heute bedingungslos Pinochets Kandidatur im Plebiszit. Der andere Teil verknüpft die Unterstützung mit der Forderung nach Änderungen der faschistischen Verfassung von 1980. Das zeigt, daß die Diktatur nicht nur repressiv vorgeht. Sie arbeitet auf allen Ebenen, ideologisch, politisch und auch sozial. Falls Pinochet das Plebiszit verliert, müssen wir auch fragen, was mit der politischen Rechten passiert, mit den heute Mächtigen. Die werden sich wahrscheinlich unsicher fühlen, denn Pinochet gibt ihnen heute alle Garantien. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu erwähnen, daß vor kurzem von tausend Unternehmern, fast allen Kapitalisten Chiles, eine Arbeitgebervereinigung gegründet wurde, um das Privateigentum zu verteidigen. Das Privateigentum ist ein Thema, um das sich die Diktatur zu verteidigen. Das Privateigentum ist



Ein Demokrat umarmt einen Polizeioffizier, der eine Anti-Pinochet-Demonstration aufhalten will

heute in Chile nicht bedroht, es ist seit langem nicht bedroht. Aber hier sieht ihr wieder einen Beweis des hohen Klassenbewußtseins der chilenischen Unternehmer. Sie haben sich organisiert, um das Prinzip des Eigentums und die „freie Wirtschaft“ zu verteidigen. Da ist eine sehr mächtige Klassenorganisation der Reichen als Klasse entstanden. Und warum haben sie sich gerade vor dem Plebiszit organisiert? Damit sie ihre Interessen verteidigen können, falls Pinochet verliert. Man sieht, daß viele Kräfte in Bewegung sind.

Wenn Pinochet verliert, finden Verhandlungen zwischen Pinochet, den Streitkräften, der Kirchenhierarchie, der bürgerlichen Opposition und imperialistischen Ländern statt. Wenn die Massen entschlossen auf die Straßen gehen, werden sie reprimiert. Was ändert sich also, wenn das „Nein“ gewinnt. Was für eine „Demokratie“ werden wir unter solchen Bedingungen haben. Wir glauben, daß eine derart zurückgekehrte Demokratie vor allem eine „Demokratie zur Aufstandsbekämpfung“ wäre, eine vorkämpfende Demokratie. Sieht euch einmal diese „Demokratie“ vor, getragen vom Imperialismus, dem chilenischen Militär, den reaktionären Grundbesitzern, der konservativen Kirchenführung. Was kann denn das für eine „Demokratie“ sein? Welche Hoffnungen können denn die Revolutionäre, das Volk, die Lin-

ke mit dieser „Demokratie“ verbinden? Welche Möglichkeiten, welche Spielräume kann denn eine derart „gut geregelte Demokratie“ geben? Es wird nicht die „Chile althergebrachte Demokratie mit Kommunisten, Sozialisten und Parlament sein.“ Einige Strömungen der Sozialisten und die Kommunisten werden nicht vertreten sein. Das, wenn alles klappt und die Mehrheit mit „Nein!“ stimmt. Wir glauben, es wird eine Diktatur mit demokratischen Formen sein, mit einem formellen Parlament, Gremien, nationalem Sicherheitsrat. Diese Organisationen werden dazu da sein, die Widersprüche innerhalb des Bürgertums zu regeln, aber nicht dazu, dem Volk auch nur ein Stückchen mehr Freiheit zu geben. Das ist das Glück, das uns erwartet.

Es wird auch weiterhin Gefängnis, Exil, Morde. Verschwinden lassen für all diejenigen, die über die skizzierten Grenzen einer derartigen „gut geregelten Demokratie“ hinausgehen?

Emilio: Es gibt ja in Lateinamerika einige Beispiele dafür, was für ein demokratisches Modell die Imperialisten nach der Ablösung der Diktaturen haben. In Argentinien beispielsweise hat die Demokratie die Schaffung einer Armee bedeutet, welche ohne die vorherigen Widersprüche

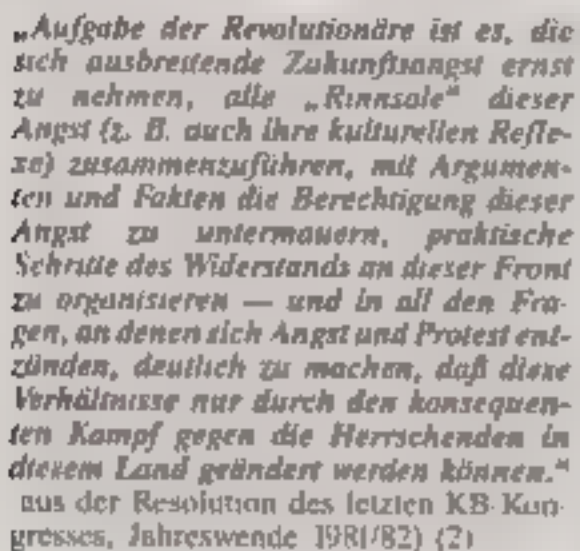
Emilio: Das ist eine interessante Sache. Denn obwohl das Industriekapital und auch die Landbesitzer unter Allende aufgrund der höheren Massenkaufkraft viel Geld verdient hatten, unterstützten sie in Verteidigung ihrer strategischen Klasseninteressen den Putsch, aus Angst vor der Revolution. Sie ordneten taktisch ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen dem strategischen Interesse unter, weiterhin ihre Existenz als herrschende Klasse zu verteidigen. Heute nehmen sie die gleiche Haltung ein. Warum? Sie könnten im Bündnis mit der Linken in einer zukünftigen Demokratie den nationalen Markt wieder anzukurbeln versuchen. Aber das sind nicht ihre Pläne. Sie wollen die Linke lediglich als Druckmittel benutzen, um Pinochet loszuwerden, mit den Streitkräften zu verhandeln, sich die US-Unterstützung zu sichern, um schließlich das wirtschaftliche Modell der Diktatur fast unverändert weiterzuführen — von Agrarreformen spricht beispielsweise so keiner, obwohl dies immer ein Thema der Christdemokraten war. Sie handeln heute wieder so, wie es ihre strategischen Interessen verlangen. Sie wollen Pinochet loswerden, weil sonst die Gefahr einer Radikalisierung der Massen droht. Solange Pinochet und nicht die Diktatur, nicht die Streitkräfte und nicht die USA den Hauptfeind der Linken darstellt, wird nicht die Solidarität und nicht die LSA den Hauptfeind der Linken darstellen, wird nicht die Solidarität und nicht die LSA den Hauptfeind der Linken darstellen, wird die Bourgeoisie Probleme damit haben, daß Pinochet an der Macht bleibt, denn es droht eine revolutionäre Gefahr. Deshalb haben die Christdemokraten 1984 mit ihrer Kampagne gegen Pinochet angefangen. Sie agieren ja nur gegen Pinochet, aber nicht gegen seinen Apparat und sein Wirtschaftsmodell. Die sagen zum Beispiel auch kein Wort über die Auslandsschulden, obwohl es nötig wäre. Sie stehlen also auch heute ihre strategischen Klasseninteressen, Sicherheit vor einer möglichen revolutionären Gefahr, vor ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen.

Warum hat sich die kommunistische Partei als einflussreichste linke Kraft voll in diese Strategie der Christdemokraten einbinden lassen? Können ihr die Widersprüche in der KP Chiles bezüglich des Plebiszits aus eurer Sicht erläutern? Hat die KP überhaupt einen eigenen Vorschlag?

Emilio: Die KP hält sich immer viele Möglichkeiten offen. Das ist eine Eigenschaft der parlamentarischen, reformistischen Linken. Die KP redet viel von Flexibilität. Aber dies gründet sich darauf, daß es innerhalb der KP verschiedene Meinungen über das richtige Vorgehen gibt. Es gelingt der KP jedoch, eine gewisse Einheit zu gewährleisten, wobei die „monolithische“ Partei den Anweisungen der Führung untergeordnet ist. Durch die Arbeit des Widerstands (gemeint ist der MIR, Anm. ak) gab es große Unzufriedenheit an der KP-Basis mit deren Bündnispolitik, die unter dem Schlagwort der „antifaschistischen Front“ auf die Zusammenarbeit mit der Christdemokratie ausgerichtet war. Diese Politik hatte die KP etwa zwischen 1973-1984 praktisch geführt. Sie hat in dieser Zeit kaum etwas zum antidiktatorischen Widerstand beigetragen, obwohl auch sie viele Opfer, Verschwendung etc. zu beklagen hat. Aber sie waren eben Opfer der Diktatur. Vor allem innerhalb der KP-Jugend kam so Unzufriedenheit angesichts der revolutionären Arbeit des Widerstands auf. Die KP konnte diese Unzufriedenheit durch den Aufbau der „Patriotischen Front Manuel Rodríguez“ (FPMR) auffangen und umorientieren. Sie hat dabei das Ziel des bewaffneten Kampfs anders definiert. Für die Revolutionäre ist die bewaffnete Auseinandersetzung Teil einer Machtpolitik des Volkes und nicht wie bei der KP ein Element, das man als Druckmittel innerhalb des Verhandlungskonzeptes anwendet. Der bewaffnete Kampf ist in der KP-Strategie ein Mittel, der Bourgeoisie zu zeigen, wie weit man zu gehen bereit ist, um sie zu überzeugen, daß es besser ist, mit der KP zu verhandeln. Die KP fördert also die Massenmobilisierung und den bewaffneten Kampf, um ihre Verhandlungsposition mit den Bürgerlichen zu stärken. Sie fordert dabei gewisse Freiräume für sich in einer zukünftigen Demokratie.

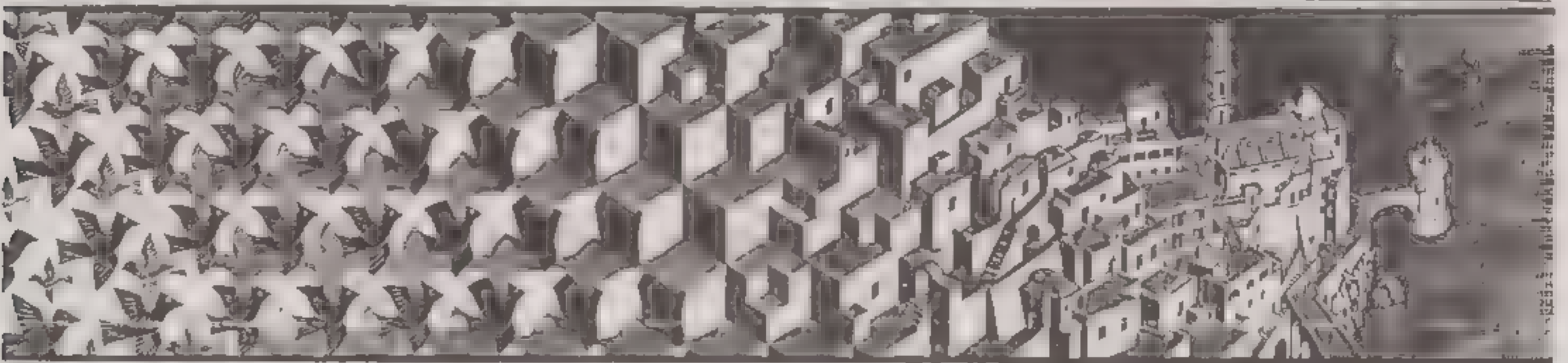
Nur so kann man sich erklären, daß der KP-nahe Teil innerhalb der „Patriotischen Front“ (FPMR) ebenfalls zum „Nein!“ aufgerufen hat. Das sieht ja auch in der Prinzipienklärung, daß die FPMR nur solange bewaffnet kämpfen wird, bis Pinochet, Pinochet als Person, weg ist und daß dann die Waffen abgegeben werden.

Fortsetzung nächste Seite



Anregungen zur Diskussion

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Stafflage der wissenschaftlich-technischen Staatsbürokratie und ihrer Exekutive herabgedrückt werden. Staatliche, selbst parlamentarische Kontrolle des biokybernetischen Entwicklungsprozesses verwandelt sich unter solchen Umständen schon heute in ihr Gegenteil: die Sicherung des Betreibermonopols vor öffentlicher Kritik. Die Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestages der BRD ist dafür symptomatisch. Sie kanalisiert Expertenkritik in nicht öffentlichen Sitzungen, statt geheime Planungen offenzulegen und brennende Interessen zu aktivieren.

Parallel zum Abbau realer demokratischer Eingriffsmöglichkeiten der Individuen wachsen dem Staat durch neue biokybernetische Herrschaftsmechanismen wie genetische Identifizierung, genomanalytische Klassifizierungen, gesundheitspolitische Selektionen etc., und vermittelt über die sich verbreitende Schicht des kapitalabhängigen Wissenschaftsprofiteurs neue Machtmittel gegenüber den Individuen zu. Der Staat zeigt in diesem Prozess zudem die Tendenz, als biokybernetischer Repräsentant einer Eugenik des „besseren“, d.h. angepassten Menschen, für ein „besseres“, d.h. vor Unruhe von unten und außen gesichertes Gemeinwesen des wilkgeimenschlich kontrollierten Mittelmaßes zu funktionieren. Moral und Ethik drohen weiter individualisiert und Privatisierungskriterien unterworfen zu werden, wie es sich heute als AIDS beispielhaft zeigt. Das Individuum droht vom Staat als der einzigen homogenisierenden und normativen Ganzheit aus innerlich endgültig abhängig zu werden. Seine Existenzrechtigung wurde das Individuum unter diesen Bedingungen nur noch aus seiner funktionalen Angewandtheit gesehen. Unter Bedingungen der Aufrechterhaltung, gar Verteidigung der kapitalistischen Organisation der Produktion gegen nationale wie internationalen Widerstand der durch eine biokybernetische Erneuerung Betroffenen könnte die Biokybernetik zu dem Herrschafts- und Vernichtungswissen sowie Zerstörungspotential in bisher nicht gekannter Qualität produzieren weitere unkontrollierbare Krankheitsreize wie AIDS, biokybernetische Menschen- und tierische Krankheiten, unkontrollierbare Krankheitsreize wie AIDS, biokybernetische Menschenzüchtungs-, Kontroll- und Steuerungstechniken, gentechnisch hergestellte Biowaffen. Der an die Biokybernetik geknüpfte Wunsch zur totalen Verwertung der Arbeitskraft könnte in totaler Entwertung des Menschen enden, die neue Entfesselung der Produktivkräfte in Zerstörung mit unkontrollierbaren ökologischen Folgen, die mögliche Erneuerung der Produktion in vertiefter Stagnation, in bisher nicht gekannten Formen von Gewalttätigkeit und Steigerung der allgemeinen Kriegsgefahr, statt in neuen Impulsen für die Entwicklung der Menschheit.

Realsozialistische Variante

1) Diese Entwicklung droht nicht nur für kapitalistische, sondern auch für realsozialistische Länder, sofern diese es nicht schaffen, die notwendige Demokratisierung und Dezentralisierung der Produktion unter einem zentralen gesellschaftlichen Plan durchzuführen bzw. die zentrale gesamtgesellschaftliche Planung durch eine ökologisch und emanzipatorisch orientierte Dezentralisierung zu qualifizieren und zu stützen. Sie droht besonders, wenn die realsozialistischen Staaten es nicht schaffen, die Verwertung des „Faktors Mensch“ nach anderen als profitmaximierenden Kriterien zu bestimmen, erst recht, wenn sie unter dem Druck der internationalen Konkurrenz zu solchen Kriterien der Kapitalbildung und Profitmaximierung zurückkehren, wie es gegenwärtig in der VR-China und UdSSR zu geschehen scheint. Bloße Profitorientierung dürfte sich auch unter dem Etikett des realen Sozialismus als unvermeidbar mit einer verantwortlichen Entwicklung der Biokybernetik erweisen. Mehr noch: Das aus dem bisherigen historischen Prozeß der realen Sozialismen erkennbare System sozialer Kontrolle und weitgehend willkürlicher Verfügungsgewalt der

Staats- und Parteibürokratie über die Individuen als verschiebbare Produktions- und Konsumtionsmasse hat eine Voraussetzung für eine biokybernetische etatistische Fehlentwicklung herausgebildet, die der Kapitalismus bisher nicht bzw. nicht dauerhaft und nur mit dem Terror des Faschismus zu entwickeln instande war. Die Entwicklung der Biokybernetik ist in den realsozialistischen Ländern zu mindestens demselben, wenn nicht größerem Anwendungsdruck unterworfen wie in westlichen Ländern, zugleich aber noch geringer bis gar keiner öffentlichen Kontrolle. Ob dieses Erbe im Zuge des „Neuen Denkens“ aufgekackt werden kann ist offen. In der VR-China kommt zudem noch die konfuzianische Tradition des über 2000jährigen Staatsabsolutismus hinzu, in dem eine Individualisierung des Einzelnen wie in der europäischen Aufklärung nie wirklich stattgefunden hat.

Sozialistischer Imperativ

12 Eine Aufhebung der aluzierten Widersprüche im Rahmen der herrschenden Verhältnisse halte ich nicht für möglich. Sie entwickeln sich antagonistisch. In der kapitalistischen Welt wird Biokybernetik die herrschenden Verhältnisse nicht reformieren, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen notwendig zur Fessel für die Entwicklung einer ökologisch gebundenen biokybernetischen Produktion werden. Ebenso notwendig liegt darin die Gefahr der Stagnation in etatistischer Barbarei oder einem evolutionären Kurzschluß. Die Freisetzung der in der Genkybernetik angelegten Chancen der Menschheit ist nur im radikalen Bruch mit bloßer Profitorientierung der Produktion profitorientierter Forschung, Moral und Ethik letztlich also nur durch revolutionäre Umgestaltung der herrschenden Verhältnisse möglich. Dies beinhaltet zugleich die Notwendigkeit der Überwindung des herrschenden reduktionistischen und deterministischen Weltbildes zugunsten einer am Menschen als geistiges, soziales, umweltbezogenes und geschichtliches Wesen allseitig orientierten materialistischen Ethik in Forschung, Lehre und gesellschaftlicher Praxis. Letztlich wird sich die Bereitschaft zu einer „menschlichen“ Entwicklung in Forschung, Lehre und gesellschaftlicher Praxis. Letztlich wird sich die Bereitschaft zu einer solchen Umwälzung aber dann entscheiden, ob, wie lange, für wen und auf wessen Kosten der biokybernetische Innovationsprozeß die versprochene Garantie der Lebens- und Zukunftssicherung in den Metropolen tatsächlich einlösen kann. Die Stabilität einer biokybernetisch produzierenden Gesellschaft wird davon abhängen, ob es dem Kapital gelingt sich über die hochbezahlten wissenschaftlichen Eliten hinaus auch die Loyalität des die Biokybernetik tragenden breiten Wissenschaftsprofiteurs zu erkaufen und diese langfristig zu halten. Diese Schicht wäre das soziale Bollwerk gegen die weiter anwachsende Masse einer qualifizierten Arbeiterschaft, proletarisierter Bauern und Angestellter und der generell im Prozeß der Biokybernetisierung sozial Entwerteten, national wie auch international. Für die realsozialistischen Verhältnisse gilt — im Prinzip — ähnliches. Dort sind die Ausgangsbedingungen für die notwendige Umwälzung insofern günstiger, als es „nur“ um die Erneuerung des revolutionären Impulses, nicht mehr um die Entmachtung des Kapitals gehen müßte. Tatsächlich ist zu befürchten, daß Konkurrenz und politischer Widerspruch zum Kapitalismus selbst bei KritikerInnen der systemeigenen realsozialistischen Biokybernetik eine Unterordnung der inneren Widersprüche unter das Argument des Aufholbedarfs erzwingen.

Angelpunkt: Fortschrittskritik

13 Die Auseinandersetzung um Chancen und Risiken der Biokybernetik muß auf die Frage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Spannungsfeld zwischen dessen Verherrlichung zum einen und fundamentalistischen Verurteilung zum anderen konzentriert werden. Bei Kritik der sozialen und politischen Folgen der neuen Technologie und allen Versuchen ihrer Verharmlosung, gleich von wel-

cher Seite, muß herausgearbeitet werden, wohn die heute mögliche Beschleunigung der Evolution unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, dem herrschenden Forschungs- und Entwicklungsansatz, und zwar in Ost wie West widersinnigerweise zu führen droht, nämlich, biologisch gesprochen, in eine finale Reduktion der Artenvielfalt, sozial gesprochen, in die Gleichschaltung politischer, sozialer und kultureller Vielfalt tendenzell Ausschaltung statt deren allseitiger Entfaltung. Aber auch den Parolen der Linken zu „natürlicheren“ Verhältnissen muß, und zwar entschieden, begegnet werden. Sie können nur auf eine Rückkehr zu vorindustriellen Idealen des Feudalismus, der Ständegesellschaft und des Glaubens an einen außerhalb der Natur existierenden Schöpfer hinauslaufen, der den Menschen die Verantwortung abnimmt, d.h. den Profiteuren der Biokybernetik überläßt. Ideologische Begleiterscheinung der aktuellen Entwicklung ist bezeichnenderweise das Anwachsen allgemeiner Aufklärungskritik im Gewand der Wiederbelebung spaltbürgerlicher, antisozialistischer eugenischer bis tendenzell faschistischer Ideologien in dem durch die Krise des Sozialismus entstehenden ideologischen Vakuum. Kern der Kritik der biokybernetischen Forschung und mit ihm Demokratisierung und Sozialismus habe nicht mehr Lebensqualität, sondern lediglich wachsende Konsumquantität. Herrschaft des Mittelmaßes und kulturelle Nivellierung gebracht und drohe menschliche Kultur nun in einem blödsinnigen

zu ersticken. Es gilt den materialistisch begründeten Kern dieser Kritik, nämlich die Kritik der Entfremdung im Zuge der Entlassung der technischen Zivilisation des Kapitalismus und ihrer Fortsetzung im Realsozialismus, aufzugreifen, um gerade daran deutlich zu machen, daß die Konsequenz nicht weniger, sondern ein anderer Fortschritt, nicht weniger Forschung, sondern mehr Forschung unter geänderten Zielsetzungen und geänderten gesellschaftlichen Bedingungen sein muß. Voraussetzung für die allseitige Entfaltung der Individuen war nie Einschränkung, sondern Anhebung des allgemeinen Lebensniveaus. Der von der Horde über den Feudalismus bis heute zurückgelegte Weg der Menschheit ist nur um den Preis der Zerstörung des Erreichbaren umkehrbar. Die einzige Chance, eine biokybernetische Fehlentwicklung zu verhindern und mit der neuen Technologie nicht nur zu leben, sondern — was zu wünschen wäre — sogar besser als bisher zu leben, liegt im Aufbruch zu Verhältnissen, die dem allseitigen, auf Planung, Steuerung und kollektives Handeln drängenden Charakter der neuen Erkenntnisse und technologischen Möglichkeiten politisch gerecht werden, das heißt eben Verhältnissen wie sie die Aktivisten des Sozialismus vorerzogen im „kommunistischen Manifest“ als erstrebenswert skizziert hatten. Die Grenzen der technologischen Entwicklung unter den heutigen Bedingungen sind nicht gleichbedeutend mit den Grenzen gesellschaftlicher Entwicklung überhaupt, sondern mit den Grenzen der kapitalistischen und heutigen realsozialistischen Welt. Der mögliche Untergang des Kapitalismus als gesellschaftliche Formation, ja selbst die Sprengung der heutigen Formen des realen Sozialismus muß nicht gleichbedeutend mit dem physischen Untergang der Menschheit sein, sondern kann den Weg frei machen für weitere Schritte in Richtung einer, eine mögliche biokybernetische Fehlentwicklung verbindenden Utopie einer emanzipatorischen Gesellschaft im globalen Maßstab. Dies ist all denen entgegenzuhalten, die im Namen der Rettung der Gattung Mensch zur Anpassung an die heutigen Verhältnisse auffordern. Sie betreiben das Geschäft der herrschenden Kräfte, wissenschaftlich oder unwissenschaftlich.

Utopie: Menschlichkeit, nicht Übermensch

14 Die radikalste emanzipatorische Utopie ist heute nicht die biokybernetisch denkbare Vervollkommenung des Men-

schen in einem optimal produktiven, perfekt gesteuerten und gesicherten Staatswesen wie sie die Fontäne der heutigen Eugeniker entwirft. Dieses zur Diktatur funktionaler Gesundheit und Fortschrittlichkeit des menschlichen Sozialismus, seinerseits bereits eine bürgerliche Verzerrung der frühen Sozialismenentwürfe, ist nur die auf den Spuren von Nietzsches Übermensch da herkommende spaltbürgerliche Utopie des schönen neuen Menschen bzw. deren Verwandlung zu diversen Helden des realen Sozialismus in UdSSR und VR-China. Solche Vorstellungen werden zu Zielen weltweit in den Chefetagen des wissenschaftlich-technischen Managements gedacht und praktisch forciert. Die Nietzsche-Renaissance in Ost und West scheint vor diesem Hintergrund als symptomatischer Ausdruck weltweit sich vollziehender Prozesse der Verdrängung d.h. der Herausbildung der uns Kapital zunehmend integrierten, im Realsozialismus die private Verfügungsgewalt der kapitaleigener sogar ablassenden, wissenschaftlich-technischen Eliten als herrschende und eines breiten Wissenschaftsprofiteurs als staatsabhängige Schicht. In den Entwürfen einer neuen Eugenik, die Nietzsches Traum des Übermenschen durch biokybernetische Züchtung verwirklichen möchte, spiegeln sich ihre Herrschaftsmaximen. Die radikalste emanzipatorische Utopie ist entgegen solchen Vorstellungen heute die Erhaltung und der Schutz selbstbestimmter Umweltvielfalt, Vielfalt und allseitiger Entwicklungsmöglichkeiten des menschlichen Lebens und der lebendigen Natur. Allerdings: Friedliche Nebeneinander, kooperierende Dezentralisation, gegenseitige Achtung setzt den Plan im gesellschaftlichen Interesse voraus, das Recht auf Selbstbestimmung, Unvollkommenheit, die Förderung von Selbstbestimmung, die Selbstbestimmung, die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Menschen überall auf dem Globus! Anders gesagt: Die Beseitigung der sozialen Ungleichheit und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist die unabdingbare Voraussetzung, die die biokybernetische „Vervollkommenung“ der Menschheit, noch ganz abgesehen von der Frage der technischen Machbarkeit, überhaupt erst ihren Sinn und Zweck erhält, nicht ganz abgesehen von der Frage der technischen Machbarkeit, überhaupt erst ihren Sinn und einen erkennbaren Maß geben könnte. Solche Voraussetzungen sind aber gleichbedeutend mit einem Neuanfang des menschlichen Zusammenlebens und Bewußtseins, für das der Kampf erst geführt werden muß. Der Weg zu dieser Utopie beginnt hier und jetzt in der Ablehnung jeder bloß technischen Menschenverbesserung, aber auch jeder Verdrängung auf ein zukünftiges Paradies.

Interessen organisieren!

15 Gleichgültigkeit auf Grundlage privilegierten und gesicherten Lebensstandards bei den einen, Unkenntnis der wissenschaftlichen Zusammenhänge bei den anderen, wechselweise Sensations- oder Ohnmachtsgefühle bei den dritten, fallweise auch alles zusammen ergeben ein öffentliches Bewußtsein aus Akzeptanz und Entzweiung, das eine sachliche Diskussion über Biokybernetik außerordentlich erschwert. Zu schnell wird mit Glaubenssätzen statt mit Tatsachen argumentiert, zu schnell werden vermeintliche Sachzwänge als unveränderliche Tatsachen gegen prinzipielle Einwände ausgespielt. In diesem Mehrfrontenkrieg kommt die Debatte nur schwer in Gang, zumal Teile der Linken dazu neigen, Biokybernetik als Modethema abzutun. Seit Mitte der 80er versuchen kritische WissenschaftlerInnen, Kräfte bei den GRÜNEN, wenige linke Gewerkschafter, Teile der Frauenbewegung und militanten Gruppen wie die „Rote Zora“, Öffentlichkeit zu dem Thema herzustellen. Die jüngsten Maßnahmen des BKA gegen GegnerInnen der Biokybernetik führen kurzfristig zu breiterer Aufmerksamkeit. All dies ist nur als Auftakt zu begreifen: Die Auseinandersetzung um Biokybernetik muß mit Vorrang gesucht werden. Grundstrategie wird weiterhin vor allem Aufklärung sein müssen, aber es geht nicht nur um den Austausch

von Meinungen. Es geht auch keineswegs vorrangig um einen klassenübergreifenden Appell an die Vernunft zur Rettung der Gattung Mensch. Es geht um einen Kampf sich gegenseitig ausschließender sozialer und politischer Interessen. Profiteure der Biokybernetik auf der einen, aktuelle und potentielle, ökonomische, soziale und politische Opfer, GegnerInnen auf der anderen. Allererste Forderung in Sachen Biokybernetik wird auch weiterhin die Forderung nach Öffnung und öffentlicher Kontrolle der gegenwärtigen zentralen biokybernetischen Forschungsprogramme der Bundesregierung bleiben müssen, desgleichen ihrer Kontrollfunktion gegenüber privatwirtschaftlichen Einzelprogrammen. Die stillschweigende öffentliche Akzeptanz der biokybernetischen Förderungsprogramme der Bundesregierung, insbesondere auch der offenen Biowaffenforschung, kann nur anhand von Fakten durchbrochen werden, die die Gefahren des Stand der Entwicklung, die von Industrie, Militär und Staat projektierten Forschungsvorhaben konkret erkennbar und nach dem Versuchsprinzip bekämpfbar machen. Eine solche Öffentlichkeit wird unabhängig von laubigen Eulien, Enquete und sonstigen Kommissionen mehr als bisher durch außerparlamentarische Aktivitäten erzwingen werden müssen. Publikationen, Aktionen, Kampagnen, konkretisiert auf bestimmte Themen, Institutionen, Personen, wie es mit Aktionen gegen die Freisetzung oder das Wachstumshormon jetzt zu beginnen scheint.

Minimalkonsens

16) Als Minimalkonsens einer kritischen Bewegung zum Thema Biokybernetik könnte für die nächste Zeit formuliert werden: Erstens die Unterbindung solcher biokybernetischer Experimente, deren biologische und soziale Auswirkungen nicht eingrenzbar sind, insoweit jeglicher Biowaffenforschung, und dies in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und einseitig. Zweitens die Unterbindung der industriellen Anwendungen und Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen, wo die Folgen der jeweiligen Anwendung nicht erwiesenermaßen eingrenzbar und kontrollierbar sind. Drittens die Unterbindung jeglicher Manipulation am menschlichen Erbgut sowie der Freisetzung von Artenzüchtern bei Pflanzen und Tieren. Generelle Forschungsverbote drängen sich weder sinnvoll noch durchsetzbar. Zu fordern ist nicht ein Forschungsstopp, sondern eine andere theoretische und praktische Ausrichtung der Forschung nicht Einengung, sondern Ausweitung auf die biologischen, sozialen und ökologischen Zusammenhänge, die die einzelnen Forschungsebenen wie Genom, Zelle, Organismus etc. verbindet. Statt schematischer Übertragung molekularer Gesetze auf die Biologie und biologischer auf die Gesellschaft usw. brauchen wir über die Analyse der Teilbereiche hinaus ein Studium der Gesetze nach deren unterschiedlichen Reaktionsweisen aufeinander einwirken. Kenntnis der Zusammenhänge und Gesetze der Wechselwirkung, d.h. ein historisch-dialektisches und materialistisches Wissenschaftsverständnis und eine entsprechende Praxis, würden überhaupt erst die Voraussetzung für eine zu verantwortende und sinnvolle Nutzung von Biokybernetik schaffen. Die molekulare, später gar atomare Genanalyse kann durchaus ein sinnvoller Teil dieser Forschung sein. Der Reduktion biologischer und sozialer Vorgänge auf bloße, zudem bloß anwendungsbezogene Teilchenforschung aber muß der Kampf angesagt werden.

Für Aktivitäten würde dieser Minimalkonsens, gefüllt in Anknüpfung an bereits erfolgte Ansätze, z.B. eine Konzentration auf folgende Schwerpunkte bedeuten: a) Stopp jeder direkten und indirekten Biowaffenforschung, b) gegen die Freisetzung unkontrollierbarer biokybernetisch manipulierter Organismen, pflanzlicher und tierischer Artenzüchter, c) gegen den massenhaften Einsatz von biokybernetisch gewonnenen Wachstums-

Fortsetzung nächste Seite

US-AIDS-Forschung im Streit

Kritik am AIDS-Establishment

Der AIDS-Streit, der sich hierzulande um die Namen Garwiler und Seftinuth rankt, ist in erster Linie einer der Politik, zu deren Zweck insbesondere unterschiedliche Einschätzungen der vorliegenden Daten und unterschiedliche Prognosen also Spekulationen in die Zukunft, dargeboten werden. Über die Sache an sich die Krankheit, scheint dagegen weitgehend Einigkeit zu herrschen. Glaubt man etwa den Bekundungen des BGA-offiziösen Professors Koch, so gibt es enorme Erkenntnis-Fortschritte, und letztlich steht nur der Zeitpunkt noch aus, wann ein Heilmittel oder ein Impfstoff entwickelt sein wird. Dennoch, auch er räumt schließlich doch ein, daß eine der zentralsten Fragen — wie die Krankheit eigentlich entsteht bzw. wirkt (Pathogenese) — unklar ist (vgl. AK 297).

Seit längerem ist deutlich, daß eine Einheitsfront aller Forscher nicht besteht, da das AIDS-Establishment (aus offizieller Wissenschaft, Medizin-Industrie und Politik) keine Antworten auf einige der grundlegendsten Fragen hat bzw. diese Fragen überhaupt zu klären sich weigert. Nicht nur, wie die Krankheit entsteht und wirkt, ist unklar („Black Box“); nach dem Zusammenhang eifertig angebotener Spekulationen über die afrikanische Herkunft und den tierischen Ursprung der HIV-Viren wird die Frage ihres Auftauchens nunmehr schlicht beiseitegelassen. Als einzig sinnvolle Hypothese ist nämlich übergeben, daß HIV ein gentechnisches Produkt sein kann/muß.

Darüber herrscht unter Gen-Technik-KritikernInnen inzwischen weitgehend Einigkeit, wenn auch selbst dort, da offensichtlich ein Interesse an gentechnischer Experimentierfreiheit vorhanden ist, manche Einsicht noch fehlt (vgl. die Kontroverse innerhalb des „Bundes demokratischer Wissenschaftler“, dokumentiert in: Forum Wissenschaft Studienheft 1: Gentechnologie, 1986). „moderater Wissenschaftler“, dokumentiert in: Forum Wissenschaft Studienheft 1: Gentechnologie, 1986). Über das genaue Szenario gibt es freilich unterschiedliche Vorstellungen (am ehesten die Segal These von der militär-technischen Produktion von AIDS, andererseits die von R. Kollek und B. Hottel vertretene These, daß HIV ein zwar nicht geplantes, aber auch nicht zufälliges Produkt der Gen-Technologie ist, vgl. zuletzt „Wechselwirkung“, August 88).

Am hehren Bild der interessierten, „autoren humanitäre Ziele verfolgenden Wissenschaft, die alles tut, um AIDS zu bekämpfen, wird nun auch — seit rund einem Jahr — von einer Kritikergruppe in den USA gekraut, ihre Protagonisten sind gestandene Fachwissenschaftler von der Top-Universität Berkeley, California. Die Professoren Peter Duesberg und Harry Rubin, beide Molekularbiologen und Spezialisten der Virus-Forschung, greifen die vorherrschende AIDS-Forschung (wie sie durch AIDS-„Entdecker“ Gallo oder die AIDS-Experten Anthony Fauci und William Haseltine repräsentiert wird) in verschiedenen Grundfragen an: In ihren theoretischen Voraussetzungen, dem widersprüchlichen und z.T. willkürlichen Umgang mit Fakten und den auf dieser Grundlage abgeleiteten Schlussfolgerungen. Folgt man dem Zweifel Duesbergs und seiner Kollegen auch nur in einigen Punkten, dann ist weder geklärt, ob HIV tatsächlich der (alleinige) AIDS-Auslöser ist, noch ob AIDS überhaupt eine Virus-Krankheit ist, noch ob es sich bei AIDS um eine einzige Krankheit handelt. Mit anderen Worten: Die angeblich sicheren Erkenntnisse der euheligen AIDS-Forschung sind möglicherweise falsch, irreführend, zumindest einseitig. Was das für die Forschung, den Wissenschaftsbetrieb und seine Ethik, die Medizin-Industrie und die AIDS-Politik bedeuten könnte, läßt sich erahnen, wenn man die Reaktion des AIDS-Establishments auf diese Kritik betrachtet.

Nachdem Duesberg anfänglich offenbar lotgeschwiegen werden sollte, wurde mittlerweile der Versuch unternommen, ihn quasi nach den Regeln der Kunst fertigzumachen. Dazu veranstaltete die American Foundation for AIDS Research (AmFAR) am 9. April '88 an der Universität Washington extra eine „wissenschaftliche Konferenz“, angeblich, um Experten mit verschiedener Meinung

über HIV und AIDS diskutieren zu lassen. Selbst der gewiß nicht Duesberg-freundliche Reporter der „Washington Post“, Michael Specter, fand, tatsächlich sei die Konferenz „ein Versuch gewesen, Duesbergs Theorien zu begraben.“ Entsprechend war das Klima. Der Wissenschaftsjournalist John Lauritsen vermittelt in einem ausführlichen Konferenzbericht („Kangaroo Court Etiology“, in: New York Native, 9. Mai '88, S. 14-18) einen Eindruck von der Auseinandersetzung um die HIV/AIDS-Hypothese. Die folgenden Auschnitte umfassen etwa die Hälfte des Originalartikels (die Zwischenüberschriften sind eingefügt), zur näheren Information mußte die amerikanische Literatur herangezogen werden (siehe Kasten).

R., Antifa-Kommision, Hamburg

Theoriestreit. Wann macht ein Virus krank?

Ein Gespenst ging durch die Konferenz das von Robert Koch und seinen Postulaten über „die Feststellung eines bestimmten pathogenen Mikroorganismus“. Ein Jahrhundert lang hat die Medizin Kochs Bedingungen als Maßstab dafür genommen, wann es als bewiesen gilt, daß ein bestimmter Mikroorganismus eine bestimmte Krankheit hervorruft. Als erste Bedingung postuliert Koch, daß die Mikrobe in allen Krankheitsfällen vorhanden sein muß. Die zweite besagt, daß die Mikrobe, wenn sie in Reinkultur aufgezogen wurde, bei Tieren, denen sie injiziert wird, die gleiche Krankheit hervorruft. Das dritte Postulat besagt, daß der mikrobiologische Erreger die Krankheit durch Übertragung von Tieren erzeugt, denen die Krankheit eingepflanzt wurde.

Duesberg vertritt die Ansicht, daß Kochs erste Bedingung in konservativer Richtung ergänzt werden sollte — derge-

Duesberg vertritt die Ansicht, daß Kochs erste Bedingung in konservativer Richtung ergänzt werden sollte — derge-
stalt, daß die Mikrobe nicht nur in allen Fällen vorhanden sondern auch, in klinisch relevantem Ausmaß, biochemisch aktiv sein muß. Seine Überlegung ist, daß heutige Technologie es ermöglicht, Viren zu finden, die noch vor 10 Jahren unentdeckt und unentdeckbar geblieben wären. Heute ist es möglich, ein Virus festzustellen, das in nur einer von 100.000 T-Zellen vorhanden ist. Es genügt also nicht, eine Mikrobe zu entdecken, es muß auch bewiesen werden, daß die Mikrobe einen Schaden anrichtet — und zwar in einem Ausmaß, daß daraus eine Krankheit entsteht. Duesberg ist außerdem der Meinung, daß es, falls Kochs erste Bedingung nicht erfüllt ist, keinen Grund gibt, sich mit den realistischen zu befassen.

Die Befürworter der These, daß HIV AIDS verursacht, wollen dagegen Kochs Postulate lockerer ausgelegt wissen: Es sei nicht länger notwendig, die Mikrobe in allen Krankheitsfällen festzustellen. Schon Korrelationen (Beziehungen) zwischen dem mikrobiologischen Antikörper und dem Verlauf der Krankheit seien ausreichend um die verursachende Natur der Mikrobe zu belegen. HIV könne deshalb „epidemiologisch“ als AIDS Verursacher nachgewiesen werden.

Zwei Wahrheiten — öffentlich zugänglich, privat und geheim

Duesberg stützt seine Kritik der HIV-Hypothese auf eine gründliche Durchsicht der veröffentlichten Literatur zu AIDS. Im Verlauf der Konferenz wurde deutlich, daß die HIV-Verfechter ihre Argumente dadurch abzuschwächen suchten, daß sie die Fakten revidierten. Insbesondere ging es dabei um die entscheidenden Fragen der biochemischen Aktivität von HIV in AIDS Kranken und der Nachweisbarkeit von HIV bei allen Erkrankten.

Mehrfach wurde Duesberg (...) vorgeworfen, seine Argumente auf einen „überholten“ Forschungsstand zu stützen. (...) Dem liegt eine grundlegende Kontroverse zugrunde, die klar benannt werden muß: Duesberg und sein Kollege Harry Rubin (Berkeley Universität) fragten Fauci und Haseltine mehrere Male nach Quantangaben für bestimmte ihrer Behauptungen — und jedesmal wurden sie ihnen brüsk verweigert. Sowohl Duesberg als auch Rubin gebeten zur blauen Schule derjenigen, die Fakten erst dann

für tatsächlich „gegeben“ hatten wenn sie veröffentlicht sind.

Für Duesberg und Rubin ist Wissenschaft eine öffentliche Angelegenheit, wobei Wissenschaftler ihre Arbeit wechselseitig überprüfen um so der Wahrheit näherzukommen.

Bestenfalls überweise haben sich regierungsmäßige und andere Forscher des AIDS-Establishments gegenseitig von anderen überzeugen lassen, was als der Suche nach der Wahrheit Ausreden, Prestige und Public Relations-Interessen haben sie zu Geheimniskrämeri und Täuschungsmanövern gegriffen. Beispielhaft ist die hinreichend belegte Episode, wie Robert Gallo (National Cancer Institute) versucht hat, den Franzosen den Ruhm für die Entdeckung des „AIDS-Virus“ zu stehlen.

Dieser Unterschied in den Herangehensweisen muß betont werden (...)

Krank ohne Virus?

Der nächste Redner war Marcel Beluda, Professor für Pathologie an der Universität von Californien, Los Angeles. Seine Darlegungen befähigen auch mit der komplexen Struktur und den Reproduktionszyklen von Retroviren sowie damit, welchen Regeln ein Retrovirus folgen mußte, um eine Krankheit hervorzurufen. Beluda zufolge sollten — mit Blick auf Kochs erstes Postulat — retrovirale DNA in 100 Prozent aller AIDS Fälle vorhanden sein. Die Feststellung, daß HIV der Krankheitsverursacher ist, wird erheblich dadurch entkräftet, daß diese Bedingung nicht erfüllt wird. (...)

Er kam zu einer klaren und eindeutigen Aussage: „Wir müssen das biologische Phänomen der HIV Black Box“ lösen“ (...)

„AIDS“ — viel zu einfach

„AIDS“ — viel zu einfach

Harry Rubin, Professor für molekulare Biologie an der Universität Berkeley, Californien, ist einer der Protagonen auf dem Gebiet der Retroviren-Forschung. (...)

Rubin sagte, daß er von der Simplizität der Kausalerklärung irritiert sei, die vom AIDS-Establishment vorgebracht wird. Das Syndrom erworbener Immunschwäche (AIDS) ist eine enorm komplexe Zusammensetzung von Krankheitszuständen. Nicht weniger als 20 unterschiedliche Krankheiten werden unter „AIDS“ klassifiziert. Rubin erklärte, der Cartesische Reduktionismus — die Vorstellung, daß komplexe Phänomene auf eine einzelne Ursache reduziert, zurückgeführt werden können — ergebe im gegebenen Zusammenhang wenig Sinn. Die allzu einfache Vorstellung einer einzelnen einheitlichen Krankheit, die von einem einzelnen Virus verursacht werden soll, über sieht die Rolle, die der Zustand des Wirts Körpers, d.h. die komplexe, orts- und zeitabhängige Interaktion zwischen Wirt, Umwelt und Mikroben spielt. (...)

Rubin zufolge ist die Erklärung, daß AIDS durch HIV verursacht wird, vereinfachend, wirft eine Reihe von Fragen auf und erinnert an eine Theorie, die vor 20 Jahren zur Erklärung von Krebs im Schwange war. Die „Immun-Überwachungstheorie“ ging davon aus, daß der Körper auf irgendeine Weise seine Immunkräfte verloren hat und infolgedessen Krebs nicht mehr in Schach gehalten werden kann. Diese Theorie steht nicht mehr zur Debatte, was auf Experimente mit athymischen Mäusen — sogenannten „nackten Mäusen“ — zurückgeht (Da sie keine Thymus-Drüse haben, können „nackte Mäuse“ keine T-Zellen herstellen, und deshalb haben sie kein reifes Immun-System.) Das Aus für die „Immun-Überwachungstheorie“ kam, als entdeckt wurde, daß „nackte Mäuse“, die durchaus für viele verschiedene Krankheiten empfänglich waren, keine höheren Krebsraten aufwiesen als Mäuse mit normalem Immun-System. Wie können wir also, fragte Rubin, davon ausgehen, daß die „Immun-Schwäche“ für die Krebsarten verantwortlich ist, die als Teil des „AIDS“ genannten Syndroms angesehen werden?

Jede Erklärung des enorm komplexen Krankheits-Budes aus einer einzigen Ursache, schloß Rubin, sei bestenfalls zu unzureichend. Während er nicht ausschließen mochte, daß HIV eine gewisse Rolle in einigen AIDS-Fällen spielen könnte, war er genauso wenig „bereit, es einfach

als die alleinige Ursache des gesamten Krankheitskomplexes anzuerkennen.“ Rubin stellte die Frage: In welchem Ausmaß ist das Virus selbst eine opportunistische Infektion? Er fand es unverantwortlich, die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die vermutete virale Ursache zu richten, während die — sich gegenseitig ergänzenden — Lebensgewohnheiten von „Hoch Risiko“-Gruppen außer Betracht blieben. Intensiver Gebrauch von Drogen, übermäßige Einnahme von Antibiotika, promiskues Sexualverhalten, Allein schon diese Gewohnheiten beeinträchtigen bekanntlich das Immun-System (...)

Duesberg Das „paradoxe“ Virus HIV

Im wesentlichen vertrat Duesberg die Ansicht, daß HIV gar nicht über die nötigen Eigenschaften eines Krankheitsverursachers verfügt, geschweige denn über die eines für solch verheerendes Krankheitsbild wie AIDS verantwortlichen. Laut Duesberg stützt die HIV-Hypothese vor Widersprüchen oder „Paradoxien“ und verletzt die Regeln, nach denen sich alle anderen Mikroben richten, wenn sie Krankheiten hervorrufen. Teilweise widerspreche die Hypothese sogar den Grundregeln von Ursache und Wirkung.

Als erstes attackierte Duesberg die vorherrschende Hypothese, daß HIV T-Zellen erst nach einer sehr langen Latenzzeit von fünf bis acht Jahren zerstört. Das kann nicht stimmen, sagte er, denn Retroviren zerstören keine Zellen. Tatsächlich verursachen Viren Zellen zu schnellerem Wachstum. Die „AIDS-Virus“-Hypothese dient derzeit als Grundlage für über eine Million Dollar an Forschungsausgaben jährlich, was es zum teuersten Virus der Geschichte macht. Auf die HIV-Hypothese gründet sich der sogenannte „AIDS-Test“, der eigentlich nur ein Test auf HIV-Antikörper ist. Antikörper, die 200 Jahre lang als gute Nachricht aufgefaßt wurden, werden bei AIDS als Todesboten ausgenommen.

Jetzt wird das Wohlbefinden von HIV-Antikörpern benutzt um eine Behandlung mit AZT zu rechtfertigen — selbst bei Personen ohne Symptome. Dabei hat AZT einen bekannten Effekt. Es verbindet die DNS-Synthese. Was AZT in einer menschlichen Zelle bewirkt, ist entweder deren Tod oder Mutation. Die „AIDS-Virus“-Hypothese basiert lediglich auf der Korrelation zwischen HIV-Antikörpern und AIDS — eine Korrelation, die bei 80-90 Prozent vorliegt. „Niemals heißt es: 100 Prozent.“ Nach Duesberg würde selbst eine 100-prozentige Entsprechung keine Kausalität beweisen. Darüber hinaus sind Antikörper nicht dasselbe wie das Virus, das extrem schwierig aufzufinden ist (nur in den US-Labors, die auf fortgeschrittenem Stand sind, gelingt das und selbst dort nur in etwa der Hälfte aller AIDS-Fälle).

Alle bekannten Viren (Kinderlähmung, Hepatitis u.a.) sind biochemisch aktiv, wenn sie Krankheiten hervorrufen. Sie müssen mehr Zellen abtöten oder vergiften als der Wirt regenerieren kann. Duesberg wies darauf hin, daß HIV inaktiv und latent ist, selbst in Patienten, die an AIDS sterben. Das Virus kann keinen Schaden bewirken, ohne etwas zu tun. Obwohl Viren latente Perioden durchlaufen können, sind weder Herpes noch irgend-

welche anderen Viren inaktiv, wenn sie krankheitsverursachend sind. HIV infiziert aktiv weniger als eine von 1000 T-Zellen, selbst bei AIDS-Fällen mit tödlichem Ausgang. Das ist unbedeutend, es entspricht dem Blutverlust von einem Tropfen pro Tag. (...)

Kein bekanntes Virus macht zwischen Frauen und Männern einen Unterschied — oder zwischen Hetero- und Homosexuellen. Dennoch scheint AIDS — im letzten Jahr der Epidemie — vorwiegend Männer zu treffen, die 92 Prozent der Fälle ausmachen. (...)

Nach einfacher Logik müßte ein Virus zumindest dann vorhanden sein, wenn es eine Krankheit hervorruft (Kochs erste Bedingung). HIV kann aber keineswegs in allen AIDS-Fällen nachgewiesen werden, das Virus kann lediglich in 50 Prozent der Fälle festgestellt werden, in

den das Virus kann lediglich in 50 Prozent der Fälle festgestellt werden, in denen das Virus nicht wird. Obwohl unveröffentlichte Befunde besagen, daß die Zahl bis zu 80 Prozent gesteigert werden kann, widerspricht das der Tatsache, daß pro virale DNA in einer erheblichen Zahl von AIDS-Fällen nicht nachgewiesen werden kann. (Gallo konnte pro-virale DNA in 15 Prozent feststellen; in einem unlängst erschienenen Artikel in „Science“ wird berichtet, daß es nicht möglich war, pro-virale DNA in einer signifikanten Zahl von AIDS-Fällen zu finden selbst bei Anwendung empfindlichster Methoden.)

Duesberg behauptet, daß die Propaganda des AIDS-Establishments aus einer intentionierten Retrovirus, das Zellen nicht abtötet, aus einem homophilen, ein lösliches Killervirus gemacht hat. Auf propagandistischem Wege sei ein komplexes Syndrom auf eine einzelne Krankheit mit einzelner Ursache reduziert worden. Was getan werden muß, ist, das „Risiko-verhalten“ zu untersuchen, welches möglicherweise Erklärungen für die vielen Krankheiten bietet, die AIDS genannt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Literatur zur Duesberg-Kontroverse

Duesberg, Peter H., „Retroviruses as Carcinogens and Pathogens. Expectations and Reality“, Cancer Research, 1. März '87. — „A Challenge to the AIDS-Establishment“, Bio/Technology, Nov. '87. — Farber, Celia, „A.I.D.S.: Words from the front“, Spin, Jan. '88. — Lauritsen, John, „Saying No to HIV: An Interview with Professor Peter Duesberg“, New York Native, 6. Juli '87. — Schoch Russell, „The AIDS Virus: Tests Negative“, California Monthly, Dez. '87. — Specter, Michael, „Panel Rebuts Biologist's Claims on Cause of AIDS“, Washington Post, 10. April '88. — Bialy, Harvey, „Commentary: Where is the Virus? And where is the Press?“, Bio/Technology, Febr. '88. Lauritsen John, „AZT in Trial“, Native, 19. Okt. '87, und „AZT: Latrogenic Genocide“, Native 28. März '88.



Fortsetzung von vorheriger Seite

„Deutliche Fakten“...

Anthony Fauci, Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases, ist inzwischen das in der Öffentlichkeit bekannteste Mitglied des AIDS-Etablissements. (.)

Es sei nicht wahr, sagte Fauci, daß HIV (aktiv ist). Manchmal gebe es „Aktivitätsausbrüche“. Laut Fauci ist es falsch zu behaupten, daß nichts passiere, HIV sei vielmehr „inaktiv“, dabei, das Immunsystem zu infizieren oder symptomatische Personen zu erzeugen.

Fauci sagte, das „AIDS-Virus“ sei „sofern einzigartig, als sein Hauptangriffziel das Immunsystem selbst sei. Die Krankheit bestehe nicht in der HIV-Infektion, sondern in „den opportunistischen Infektionen und Neoplasmen, die das Individuum“ Auto-immune Phänomene etc. können ebenfalls in Erwägung gezogen werden, zusätzlich zu der direkt zellstörenden Wirkung, die in vitro (im Teströhrchen) eindeutig gezeigt werden konnte. Nach Fauci können die Makrophagen im Blut als Reservoir dienen, in welchem sich das Virus „verstecken“ kann, ohne vom Immunsystem aufgespürt zu werden.

Wenn man HIV-Antikörper positiv ist, bedeutet das, laut Duesberg, „Hurra, dein Körper hat gewonnen“. Fauci sagte, das widerspreche eklatant den Fakten (einer unveröffentlichten Untersuchung über San Francisco). Innerhalb von 5 Jahren würden 90 Prozent der seropositiven Individuen an schädlichen Auswirkungen auf ihr Immunsystem leiden.

Zu Duesbergs „Unterscheidungs“-Argument — daß das Virus vor allem Männer anzugreifen scheint — bemerkte Fauci, daß es auf den Mechanismus der Übertragung ankomme. „Risikoverhalten“ bedeute einfach, mit dem Virus in Kontakt zu kommen. (.)

Zum Problem des ersten Kochschen Postulats versicherte Fauci, daß „gute Labors“ das Virus in 90 bis 95 Prozent aller AIDS-Fälle nachweisen könnten und daß es zu viel verlangt sei, 100 Prozent zu erwarten, da jede Methode ihre Grenzen habe. Seine Schlussfolgerung: „Die Fakten lassen sehr deutlich, wenn nicht unabweisbar die Annahme zu, daß HIV die Ursache von AIDS ist.“ (Das ist ein Schritt zurück. Vor ein paar Wochen fand Fauci die Faktenlage noch „unabweisbar“.) In der anschließenden Diskussion fragte Betuda Fauci, ob genügend Beweise dafür vorliegen, daß HIV notwendig ist, um AIDS zu bekommen. Daraufhin fauci: „Er hoffe, die Epidemiologen würden diese Frage beantworten.“



Ähnliche Herren, Sie haben gesehen diese Diskussion, von der man behauptete, sie wäre unmöglich zu beladung gelänge. Aber Hr. Doktor, die Krankheit ist ein Einwirkung! Ohne Operation war sie noch viel tödlicher.

AUS Francisco de Paula von Juli 1980

den diese Frage beantworten

... und gefälschte Belege

William Haseltine, Chef des Laboratory of Biochemical Pharmacology am Dana-Farber Krebs-Zentrum der Harvard-Medical-School, schien verärgert. Sein Vortrag bestand weitgehend aus persönlichen Angriffen gegen Duesberg. (..) Haseltine's Zorn mag auf (die) diesjährige Januar-Ausgabe von „Spin“ (zurückgehen), wo Duesberg festgestellt hat, „William Haseltine und Max Essex, zwei der führenden AIDS-Forscher des Landes, haben Millionen in Aktien einer von ihnen gegründeten Firma investiert, die AIDS fest entwickelt hat und verkaufen wird. Wie können sie noch objektiv sein.“

„Ich weise entschieden zurück, daß meine geschäftlichen Verbindungen meinen Arbeit beeinflusst haben“, sagte Haseltine, der Duesberg beschuldigte, „die Fakten erheblich verzerrt und falsch dargestellt zu haben.“ (.)

Haseltine versicherte, daß „HIV nachweisbar Zellen angreift“, aber er sagte nicht, wie. Er zitierte Duesbergs Aussage, Antikörper seien eine „gute Nachricht“. Durchaus nicht, sagte er. Antikörper positiv zu sein, sei sehr schlecht für die Gesundheit des Individuums.

Es komme nicht, sagte Haseltine, daß es keine nachweisbare Viruskrankung bei AIDS-Patienten gäbe. Er werde ein „zur aktuellen Erkenntnis bezüglich der Viruskrankung“ zeigen. (.)

Gegen Duesbergs „Paradoxon“ (daß das „AIDS-Virus“ angeblich fähig ist, zwischen männlich und weiblich zu unterscheiden) brachte er vor, dies sei außerhalb der USA nicht der Fall — in Afrika entwickelten Frauen und Männer AIDS in etwa gleicher Zahl (Haseltine scheint das Paradoxon übersehen zu haben, daß eine Mikrobe in einem Land den Geschlechtsunterschied machen können soll, in einem anderen jedoch nicht.) Haseltine zufolge sind sich Rubin und Duesberg über „nackte Mäuse“ unklar, denn bestimmte Mausexemplare seien in der Lage, „eine starke Immunabwehr aufzubauen“.

Als er sein erstes Dia zeigte, sagte Haseltine: „Dies fußt die Virologie zusammen: Dr. Duesberg versichert, daß man während der späteren Phasen der Krankheit keine freien Viren zirkulieren sieht.“

In den Patienten stellt sich das im Alltag meistentheils anders dar. Während der Spätphase der Krankheit bedeutet die schwarze Kurve entweder Virus-Titer oder virale Antigene, die direkt in der Blutzirkulation nachweisbar sind. Die Kurve steigt am Ende der Krankheit. Der Anstieg fällt mit der Periode zusammen, in der die T-Zellen abnehmen. Also trifft seine zentrale Aussage, daß man keine Viruskrankung hat, nicht zu.

An dieser Stelle fragte Duesberg: „Warum gibt es auf diesem Dia keine Meßwerte?“ „Unterbrechen Sie mich nicht“, reagierte Haseltine, „ich habe Sie ja auch nicht unterbrochen.“ „Ich wollte ja nur wissen, warum auf dem Dia keine Einheiten sind“, entgegnete Duesberg. (.)

Duesberg ließ sich dann das Dia noch einmal vorführen und fragte, ob es verständlich keine Meßwerte zeige. (..) Haseltine konnte die Frage nicht beantworten und bat Dr. Robert Redfield vom Walter Reed Army Research Institute, der unter den Zuhörern saß, zu erklären, wie das Dia zustande gekommen sei. Redfield sagte irgendetwas darüber, daß „unterschiedliche Messungen vorgenommen wurden seien“.

Die Wahrheit über das Dia ohne Meßwerte kam am gleichen Abend während einer Party bei Dr. Harris Coulter heraus (Autor des Buches „AIDS and Syphilis: The Hidden Link“). In angenehmer und entspannter Atmosphäre gab Redfield zu (.), daß die Kurve eine theoretische Möglichkeit darstellen sollte. Es war einfach deshalb keine Meßwerte, weil gar keine Meßergebnisse vorlagen.

Es ist schwer, an eine harmlose Erklärung für Haseltines Verhalten zu glauben. Falls er nicht wußte, was das Dia bedeutete oder ob es Erfindung oder Realität darstellte, hätte er keinen Gebrauch davon machen sollen. Haseltine präsentierte das Dia, als ob es wissenschaftliche Feststellungen darstelle — in Wirklichkeit illustrierte Spekulationen. (.)

Epidemiologie

Warren Winkelstein, Professor für Biochemie an der School of Public Health der Universität von California, Berkeley, hielt einen Vortrag mit dem Titel „Epidemiologische Beobachtungen über die kausale Natur des Zusammenhangs zwischen einer Infektion durch HIV und dem Syndrom Erworbenener Immunschwäche“ (.)

Kurz zusammengefaßt lautet Winkelsteins Darlegung darauf hinaus, daß Kochs Postulat durch neue Standards der Feststellung einer kausalen Beziehung zwischen Mikroben und Krankheiten ersetzt werden sollte. Diese Standards sollten auf der „Epidemiologie“ beruhen oder gewissermaßen auf Korrelationen verschiedener Art. Winkelstein und seine Kollegen in San Francisco (unter Federführung von Fauci's National Institute of Allergy and Infectious Diseases) untersuchten eine Stichprobe alleinlebender Männer (Alter 25 bis 54 Jahre) über eine Zeitraum von dreieinhalb Jahren. (.)

Die epidemiologischen Daten ihrer Studie zusammen mit Daten aus einer ähnlichen Studie in San Francisco über eine Gruppe schwuler Männer, die 1978 für eine Hepatitis-B-Untersuchung in Kliniken für Geschlechtskrankheiten ausgesucht wurden, ließen Winkelstein und seine Kollegen zu dem Schluß kommen, dadurch werde „die Hypothese eines kausalen Zusammenhangs zwischen HIV-Infektion und AIDS“ unterstützt. Alles in allem ein furchtbares Szenario, wonach ein positives Ergebnis beim HIV-Antikörper test tatsächlich eine „Todesprognose“ bedeuten würde.

Ich bin skeptisch. Wer sich mit Sozialforschung auskennt, sollte mit der Bedeutung abwarten, vollständigen Daten beider Untersuchungen aus San Francisco müssen vorliegen. Zumindest wären genaue Beschreibungen der Methoden, alle Fragebögen, die Erhebungsbögen und das Interview-Material, die Informationen über die Auswahlverfahren und die Computeraufbereitung notwendig.

Auf keinen Fall akzeptiere ich den Vorschlag, daß Kochs Postulat von epidemiologischen Korrelationen abgelöst werden sollte. Das wäre ein Schritt zurück, ein Schritt weg von dem Zwang zu wissenschaftlicher Genauigkeit, ein Schritt in Richtung Impressionismus und Verwirrung. (.)

Roger Detels, Professor für öffentliche Gesundheit an der Universität von California, Los Angeles, versicherte zunächst einmal, es sei durchaus positiv, wenn Ansichten mütter weder in Frage gestellt würden. Im gegebenen Zusammenhang kam das einer Entschuldigung gegenüber Duesberg und Rubin gleich — für die Grobheit, mit der sie während der Konferenz behandelt worden waren, es war eine noble Geste seitens Detels. Detels setzte sich mit der Untersuchung aus San Francisco auseinander, in der eine jährliche „Angriffsrate“ von 5 Prozent unter den untersuchten seropositiven schwulen Männern festgestellt wurde (Das heißt jedes Jahr wurden 5 Prozent der Seropositiven AIDS-krank.) Rubin war es später, der darauf hinwies, daß eigentlich falls ein bis drei Millionen Amerikaner seropositiv sind, wie die US-Krankheitsüberwachung — Centers for Disease Control — schätzt, und falls die jährliche Angriffsrate 5 Prozent beträgt, jedes Jahr in den USA 50.000 bis 150.000 Menschen AIDS bekommen müßten.

Während der anschließenden Diskussion kam die Sprache nochmals auf die Pathogenese, und Haseltine wütete sich in die Schlicht, indem er versicherte, es gebe zahlreiche Mechanismen, mit denen sich die Pathogenese erklären läßt. Darüber zu diskutieren sei überflüssig.

Der zweite Beitrag aus dem Auditorium kam von Coulter, der fragte, ob Ergebnisse der San Francisco Clinic-Studie, die auf einer Stichprobe männlicher Schwuler basiert, die Hepatitis-B hatten und hochgradig wie schwerer Drogenabhängiger waren, auf alle seropositiven US-Bürger übertragen werden könnten. Aus irgendeinem Grund konnten oder wollten die Epidemiologen die Frage nicht beantworten. Coulter bestand darauf, stellte die Frage mehrfach in unterschiedlicher Form (wobei jede Fassung völlig klar war), aber die „AIDS-Experten“ antworteten nicht. Das war um so erstaunlicher, als die Frage eine der grundlegendsten für die gesamte Statistik ist. Es ist die Frage, wie repräsentativ eine Stichprobe für ein bestimmtes Ganzes oder für eine Population ist — d.h. ob man Erkenntnisse von der Stichprobe auf das Ganze übertragen kann, um das es gerade geht.

Unklare Methoden

Als nächster sprach Dr. Nathaniel Lehman, Wissenschaftler aus Long Island, der betonte, daß es notwendig sei, die Analogie von AIDS genauer zu untersuchen — nicht nur wegen der von Duesberg und anderen aufgeworfenen Fragen, sondern weil die Ätiologie von AIDS weit mehr einer toxischen als einer Infektionskrankheit entspricht. (.)

Chemie, AZT

Als nächster sprach Dr. Nathaniel Lehman, Wissenschaftler aus Long Island, der betonte, daß es notwendig sei, die Analogie von AIDS genauer zu untersuchen — nicht nur wegen der von Duesberg und anderen aufgeworfenen Fragen, sondern weil die Ätiologie von AIDS weit mehr einer toxischen als einer Infektionskrankheit entspricht. (.)

Chemische Ursachen von Immunschwäche, stellte Lehman fest, sind seit langem bekannt, und eine Gruppe von Chemikalien, die bekanntermaßen Immunität unterdrückt, könnte eine Ursache von AIDS in der Homosexuellenszene sein: inhalierte Nitrite oder „Poppers“. Obwohl Poppers im Staat New York verboten sind, kann man sie ohne Schwierigkeiten in New York auf der Straße kaufen. Könnten weitere Chemikalien daran beteiligt sein, Immunität zu unterdrücken und AIDS hervorzurufen?

Lehman schloß damit, die Möglichkeit, daß chemische Toxizität eine bedeutende kausale Rolle für AIDS spielt, müsse untersucht werden, und deshalb sollten bei der Diagnose und Behandlung sowie Erforschung des Syndroms Veränderungen vorgenommen oder zumindest zusätzliche Methoden angewandt werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, Gewebe von AIDS-Patienten mit spektrophotometrischen und ähnlichen Mitteln auf ungewöhnliche, immunitätsunterdrückende Substanzen in ihrem Körper zu untersuchen.

Danach sagte ich, (..) es sei eine Schande, (..) daß AZT immer noch auf dem Markt sei — ein giftiger Stoff ohne einen einzigen wissenschaftlich bewiesenen Nutzen. Wann werde das AIDS-Etablissement endlich zugeben, daß die AZT-Analysen, auf denen die Zulassung als Medikament basiert, Lug und Trug waren?

Offene Fragen

Um in der Diskussion über die Ursache oder die Ursachen von AIDS voranzukommen, muß eine Reihe von Fragen gelöst werden. Tötet HIV Zellen in vivo (in lebenden Organismen)? Wenn ja, wie? Belege, Quellen? Ist HIV tatsächlich „komplexer in seiner gentechnischen Struktur als irgendein sonst bekanntes Reovirus“ (wie in dem Aml-AR-Bericht „Review of Operations, 1985-1986“ behauptet wird)? Belege, Quellen? Bei wieviel Prozent AIDS-Kranker kann HIV isoliert werden? Bei wieviel Prozent AIDS-Kranker kann pro-virale DNA festgestellt werden? Belege, Quellen? Wie lautet die Definition für ein „gutes Labor“? Quellen, Belege? Ist eine Viruskrankung bei AIDS-Kranken feststellbar? Wenn ja, welche Virus-Typen werden gefunden, wann wie, etc.? Quellen, Belege? Gibt es, wie von Gallo und anderen behauptet, sowohl „pathogene als auch nicht-pathogene“ von Gallo und anderen behauptet, sowohl pathogene als auch nicht-pathogene HIV-Stämme? Wenn ja, wie unterscheiden sie sich? Belege, Quellen? Können „nackte Mäuse“ wirklich eine starke Immunabwehr aufbauen (wie von Haseltine behauptet)? Gibt es einen anfassenden Bericht über experimentelle Forschungen, die in San Francisco durchgeführt wurden?

Die Konferenz hat den Bankrott der Argumentation vorgeführt, die von den HIV-Advokaten benutzt wird. Nach vor wenigen Wochen gingen sie mit mindestens einem halben Dutzend spekulativer Mechanismen hinunter, um zu erklären, wie HIV möglicherweise AIDS verursachen könnte. Während der Konferenz wurden solche Spekulationen laute als sei, und die offizielle Parole lautete: „Wir brauchen die Pathogenese nicht zu erklären.“ Die „AIDS-Virus“-Leute können sich noch nicht einmal auf die entscheidendsten Fakten einigen. Einen Moment lang tötet HIV wie wild T-Zellen, im nächsten Moment suchen die „AIDS-Experten“ verzweifelt nach „rechten Mechanismen“. Als ein letztes Rettungsmanöver ist man auf die „Epidemiologie“ verfallen, um die HIV-Hypothese zu retten. Die Epidemiologie, wie sie bislang vom AIDS-Etablissement vorgeführt wird, ist allerdings — nach den Maßstäben seriöser Sozialforschung (wovon die „Epidemiologie“ nur eine Unterart ist) vollkommen unzulänglich. Während die San Francisco-Studien die HIV-Hypothese „deutlich unterstützen“ mögen, könnten sie sie dennoch selbst dann nicht beweisen, wenn die Daten korrekt wären (und das kann erst bei Vorliegen eines ordentlichen Berichts festgestellt werden). Denn alternative Erklärungen bleiben gültig, Erklärungen, die die Korrelation zwischen HIV-Antikörpern und AIDS berücksichtigen. Danach ist HIV selbst eine opportunistische Infektion innerhalb des erworbenen Immunschwäche-Syndroms. HIV ist ein Signal, das AIDS anzeigt.

Wenn die Befürworter der HIV-Hypothese sich ihrer Sache sicher wären, würden sie dafür eintreten, Duesberg und uns alle aufzuklären zu können. Sie würden dafür sein, ihre Argumente in einer angemessenen wissenschaftlichen Zeitschrift zu veröffentlichen, vervollständigt durch Quellenangaben. Sie wären nicht gezwungen, ihr Heiß in langen Redeschlachten, Täuschungsmanövern und persönlichen Beleidigungen zu suchen.

Genomanalyse im Strafverfahren

von Hartmut Wächter

Am Mittwoch, den 11. Oktober fand vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages eine Anhörung zum Thema: „Genomanalyse im Strafverfahren“ statt. Das Interesse der Abgeordneten war gering — die Materie allerdings hochbrisant, wie der Beitrag des Münchner Rechtsanwalts Hartmut Wächter zeigt.

1. Tatsächlich eingesetzt wurde die Genomanalyse im Umfeld von Straftaten und Strafverfahren auf zwei Ebenen. Einmal als Identifizierungsmittel („genetischer Fingerabdruck“) und zum anderen als Grundlage einer umfassenden Persönlichkeitsauswertung bei der Untersuchung von inhaftierten Jugendlichen in den USA in den 70er Jahren. Es ist heute üblich, sich von der 2. Anwendung der Genomanalyse zu distanzieren, während die erste begrüßt und für unbedenklich gehalten wird. Dem gegenüber bin ich der Auffassung, daß jede Art von Untersuchung der menschlichen Gene aus dem Strafverfahren und seinem Umfeld ferngehalten werden sollte. Da die Zulässigkeit von Genomanalysen nach geltendem Recht im einzelnen strittig ist, empfehle ich, um Klarheit zu schaffen, ein gesetzliches Verbot von Genomanalysen im Strafverfahren auszusprechen.

Die Unbedenklichkeit der Einführung von Genomanalysen im Strafverfahren wird unter anderem damit begründet, daß von dem englischen Forscher Jeffreys entwickelt und inzwischen von der Firma ICI kommerziell genutzte Methode des „genetischen Fingerabdrucks“ beschränkt sich auf die nicht-codierenden Sequenzen des menschlichen Genoms. Für den Täterschaftsnachweis sei nur die Feststellung übereinstimmender sogenannter Minisatelliten notwendig, aus diesen könnten keine weitergehenden Erkenntnisse über Krankheitsdispositionen oder Persönlichkeit gewonnen werden (1). Dieses Argument verkennt die beträchtliche Dynamik, die mit der bereits im vollen Gang befindlichen Einführung gentechnischer Methoden auch im Bereich des Strafverfahrens verbunden ist. In den Landeskriminalämtern mindestens von Berlin, Baden-Württemberg und Hessen sowie am Bundeskriminalamt wird zu Zielen intensiv am Aufbau von Abteilungen zur Anwendung gentechnischer Methoden gearbeitet (2). Nach neuesten Zeitungsberichten, die allerdings von Sprechern der Polizei nur teilweise bestätigt wurden, sollen die notwendigen Geräte für die Untersuchung des genetischen Fingerabdrucks schon bereitstehen, entsprechende Stellen schon besetzt sein oder noch ausgeschrieben werden (3). Der „Spiegel“ berichtet, daß in 1988 schon besetzt sein oder noch ausgeschrieben werden (3). Der „Spiegel“ berichtet in Heft 36/88 vom ersten Fall in der deutschen Rechtsgeschichte, bei dem es um die Überführung eines Mörders und Vergewaltigers in Berlin mit Hilfe von Blut- und Spermaproben geht. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Zurückhaltung der Ermittlungsbehörden bei Auskünften über dieses Thema hat der Senator für Justiz in Berlin durch eine Pressemitteilung vom 12.08.88 ausdrücklich bestätigt, daß sich der Tatverdacht gegen den Beschuldigten insbesondere durch das in Großbritannien erzielte Gutachten (DNA-Fingerprinting) erhärtet habe. Auf eine kleine Anfrage eines Abgeordneten räumte der Berliner Innensenator in einer Antwort des Senats vom 15.08.88 ein, daß der Berliner Senat plant, bei der Berliner Polizei gentechnische Untersuchungsmethoden zu nutzen. Etwa im August 1988 würden die erforderlichen Umbauten in den Labors der Direktion polizeitechnische Untersuchungen abgeschlossen werden. In einem anderen Fall, den der SPIEGEL gleichfalls referiert, wird durch die Koblenzer Staatsanwaltschaft die Blutprobe eines flüchtigen Verdächtigen, die noch von einem früheren Alkoholtest übrig sei, jetzt für eine Genomanalyse herangezogen (4). Bemerkenswert ist an dieser Entwicklung, daß sie stattfindet, obwohl die gesetzlichen Grundlagen sowohl für die Anordnung wie auch für die Durchführung von Genomanalysen im Strafverfahren völlig offen und im einzelnen strittig sind. Es wiederholt sich hier eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie aus dem Bereich beispielsweise der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung und der Schaffung von Datenbanken von Polizei und Geheimdiensten kennen.

Die in großem Maße entwickelte und bis jetzt in der Bundesrepublik angewandte Methode der Genomanalyse beschränkt sich auf die nicht-codierenden Sequenzen des menschlichen Genoms. Für den Täterschaftsnachweis zu erbrin-

gen, werden lediglich diejenigen Bereiche verglichen, die keine 21 Auswertungen, sondern Erkenntnisse über den Betroffenen enthalten sollen. Die bisherige Methode ist parenteralisch, d.h. am der Eltern RFLP, die sie auch kommerziell auswertet. In der Bundesrepublik und anderswo wird jedoch in hohem Maße in Alternativen gearbeitet. Der Münchner Professor Krieger hat einen anderen Weg eingeschlagen. Er nutzt Bereiche des Erbguts, die für die Produktion von Eiweißen verantwortlich sind, deshalb zu einem anderen Bereich des menschlichen Erbguts gehören und Aussagen über die Frage der Identität hinaus zulassen. Nach Auffassung von Professor Krieger, die von ihm verwirklichte Methode der von Jeffreys entwickelten insbesondere auch deshalb überlegen, weil sie sicherer sei. Die statistischen Berechnungen von Jeffreys über die Sicherheit der Aussagen, die aufgrund seiner genetischen Fingerabdrucke gewonnen werden, seien „mit Vorsicht zu genießen“ (5).

Es kann demnach kein Zweifel daran bestehen, daß in Kürze gentechnische Methoden zur Verfügung stehen, die auch die codierenden Sequenzen des menschlichen Erbguts untersuchen. Wenn sie, wie behauptet, auch hinsichtlich der Sicherheit ihrer Aussagen der von Jeffreys entwickelten Methode überlegen sein werden, wird man sich gegen ihre Anwendung dann nicht sperren können, wenn gentechnische Methoden im Strafverfahren überhaupt zugelassen werden.

Abgesehen von dieser abzusenden Entwicklung, die sich aus der Dynamik der Wissenschaft selbst und des dabei eingesetzten Kapitals ergibt, ist zu beachten, daß die Verfeinerungen der Genetechnologie einem weitverbreiteten Wunsch entgegenkommen, abweichendes kriminelles Verhalten von Menschen naturwissenschaftlich zu erklären. In der Kriminologie finden wir seit Lombrosos Zeiten immer wieder Versuche, Kriminalität als erblich bedingt aufzufassen und damit „einfach“ zu erklären. In diesem Sinne ist in den 70er Jahren in den USA versucht worden, einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Vorhandensein von XYY-Chromosomen und charakterlichen und sozialen Auffälligkeiten wie z.B. besondere Aggressivität. Die Enquete-Kommission hat dazu ausgeführt, die daraus abgeleiteten Thesen seien „zwischen widerlegt“ (7). Andererseits ist aus den Selbstzeugnissen von Frau Dr. Marianne Stockertius, der Leiterin der human-genetischen Beratungsstelle Hamburg bekannt, daß sie in Fällen, in denen die Täter XYY-Chromosomen aufweisen, einem Schwangerschaftsabbruch gutachterlich zustimmen, weil sie die Vererbung von „auffälligem“ oder „abartigem“ Verhalten befürchtet (8).

Ist die Genomanalyse einmal als erlaubtes Mittel im Strafverfahren eingeführt,

ist die Genomanalyse einmal als erlaubtes Mittel im Strafverfahren eingeführt, wird es nicht zu verhindern sein, daß Untersuchungen an menschlichen Genen durchgeführt werden, die weit über die Frage der Identifizierung eines Verdächtigen hinausgehen. Solche weitergehenden Untersuchungen können durchaus mit dem gesetzlich umrissenen Zweck des Strafverfahrens begründet werden. Nach den §§ 20, 21 StGB ist die Schuldfähigkeit eines Beschuldigten zu untersuchen, für die Frage einer möglichen Strafausschließung kommt es auf die persönliche Schuld des Täters und die über ihn anzustellende Sozialprognose an. Da die moderne Genetik biologischen Merkmale arbeitende Methoden zur Gewinnung von Aussagen über die Krankheiten eines Menschen mit der Struktur seiner Gene behauptet und einen solchen Zusammenhang in Bezug auf bestimmte Geisteskrankheiten für möglich bzw. wahrscheinlich hält und zu Zielen intensiv erforscht, läßt sich die künftige Notwendigkeit solcher weitergehenden Genomanalysen gesetzlich begründen. Schon jetzt sind gemäß § 81a StPO in der Regel auf Anordnung des Richters ärztliche Untersuchungen des Beschuldigten bis hin zur Feststellung etwaiger Geisteskrankheiten auch gegen seinen Willen möglich.

Aus den angeführten Gründen teile ich daher den Optimismus von Sternberg-Lieben mehr, der es für praktikabel hält, die Zulassung gentechnischer Untersuchungen auf die nicht-codierenden Abschnitte des menschlichen Genoms zu beschränken und die darüber hinausgehenden Untersuchungen für schädliche „Maßnahmen“ erklärt. Ich bin zu unterbreiten, daß was Sternberg-Lieben als Maßnahme bezeichnet ist, in Wirklichkeit die gentechnische Weiterentwicklung des kriminalpolizeilichen Wegs der Genomanalyse im Strafverfahren.

2. Die Einführung der Genomanalyse im Strafverfahren wird von der in



Quelle: Kriminologisches Institut, Universität München, Prof. Dr. G. Wächter, 1988. Nach: Kriminologisches Institut, Universität München, Prof. Dr. G. Wächter, 1988. Nach: Kriminologisches Institut, Universität München, Prof. Dr. G. Wächter, 1988.

Die erkenntnisdienliche Behandlung eines Beschuldigten wird in der Regel auf § 81b StPO gestützt (12). Diese Vorschrift, die von den Nazis im Rahmen des Ausführungsgesetzes zum sogenannten Gewohnheitsverbrechergesetz am November 1933 eingeführt wurde, sieht die Möglichkeit, Lichtbilder und Fingerabdrücke zu nehmen und Messungen und ähnliche Maßnahmen am Beschuldigten durchzuführen vor und zwar sowohl für die (repressiven) Zwecke der Durchführung des Strafverfahrens (1. Alternative) als auch für präventiv-polizeiliche Zwecke (2. Alternative). Praktisch werden in Bayern auf dieser gesetzlichen Grundlage insbesondere im Bereich der politischen Kriminalität alle von der Polizei ermittelten Verdächtigen, die in einem Strafverfahren in Betracht kommen, in der Regel polizeilich untersucht werden.

Die in der Praxis übliche Vorgehensweise ist, daß der Beschuldigte in der Regel polizeilich untersucht wird. Die Polizei äußert sich zunächst zum Rechtsgrund der erkenntnisdienlichen Behandlung. In der Regel ergeben mündlich ohne Begründung und Rechtsmittelbelehrung, obwohl je nach Anordnungsgrund jeweils der Rechtsweg zu den allgemeinen Gerichten oder zu den Verwaltungsgerichten einzuschlagen ist. Die erhobenen Daten selbst erfahren in vielen Fällen im Laufe ihrer Aufbewahrung eine Umwidmung. Während ihre Erhebung oft mit Zwecken des Strafverfahrens motiviert sein kann, wird ihre spätere Aufbewahrung regelmäßig mit dem Präventionsgrund der „Strafverhütung“ (Artikel 17 Abs. 1 Ziff. 2 PAG) gerechtfertigt, d.h. es wird eine Wiederholungsgefahr behauptet. Eine solche soll nach der Kommentierung des „Erkenntnis der Kriminologie“ anknüpfen, wobei „vor allem Trieb-, Neigungs-, Hang- und Gewohnheitsdelikte“ in Betracht kommen (13). Nach den Erkenntnissen der bayerischen Polizei sollen zu diesen Kategorien auch Beschuldigte in politischen Straftaten zählen. Das Bayerische Landes-kriminalamt lehnte z.B. die Vernichtung der erkenntnisdienlichen Unterlagen eines 20-jährigen Alltags, der beschuldigt worden war, an eine Hauswand

„WAA-Nie“ gesprüht zu haben, mit der Begründung ab, es sei „bei politisch motivierten Straftaten, bei denen die Ermittlungen und Beweisführung wegen der Vorgehensweise der Täter typischerweise erschwert sind, nach kriminalistischer Erfahrung“ im allgemeinen die Annahme einer Wiederholungsgefahr erlaubt. Demgemäß sind die erkenntnisdienlichen und personenbezogenen Unterlagen über in früheren Fällen Beschuldigte in erhöhtem Maß geeignet, die Ermittlungsarbeit der Polizei auf diesem Gebiet zu fördern“ (14).

Bei ihren Prognosen und angeblichen kriminalistischen Erfahrungen wird die Polizei auch durch den rechtskräftigen Freispruch des jungen Mannes vor nahezu 2 Jahren nicht beeinflusst. Der ursprüngliche Verdacht sei durch die Hauptverhandlung „nicht ausgeräumt worden“. Der Beschuldigte sei von Zeugen „nur nicht mit hundertprozentiger Sicherheit wiedererkannt“ worden. Die Aufbewahrung des gespeicherten erkenntnisdienlichen Materials werde daher dazu führen, daß der Freigesprochene „zukünftig mit einer schnellen Überführung rechnen muß“, weshalb die Kenntnis davon dazu beitragen könne, „Straftaten ihres Mandanten künftig zu verhindern“ (15).

Die von der Polizei hier vertretene Rechtsauffassung, die Beschuldigten eines Strafverfahrens nach eigenen Kriterien in „Überführte“ und „noch nicht Überführte“ einzuteilen, ist kein Einzel-

fall. Sie wird von führenden Kommentatoren zu § 81b StPO und auch von einigen Obergerichten geteilt (16). Die in der Sache anhangige Verwaltungsgerichtsbarkeit auf Löschung der Daten muß daher in ihrem Ausgang als offen bezeichnet werden. Dieses typische Beispiel aus dem Bereich der politischen Kriminalität illustriert, weshalb die daraus gewonnenen Erkenntnisse durchaus auch auf die Diskussion über die Zulassung von Genomanalysen im Rahmen des Strafverfahrens übertragbar sind. Sie zeigen nicht nur, daß es in der Praxis keine scharfe zu ziehende Grenze zwischen repressiven und präventiven Maßnahmen der Polizei gibt, sondern darüber hinaus auch, daß die scheinbar eindeutigeren Begriffe des „Beschuldigten“ oder „Verdächtigen“ im Lichte sogenannter kriminalistischer Erfahrung soweit ausgedünnt werden, daß auch der rechtskräftig freigesprochene dazu gezählt werden kann. Die Einführung der Genomanalyse begrenzt auf die Zwecke der Strafverfolgung und auf den Personalkreis des Beschuldigten wird daher aller Erfahrung nach keineswegs garantieren, daß die Polizei nicht gleichwohl die einmal erhaltenen Daten auf Vorrat speichert und nach ihren eigenen Kriterien verarbeitet. Es wird zum Aufbau von genetischen Datenbanken der Polizei kommen, auch wenn es hierfür (zunächst) keine Rechtsgrundlage gibt, ebenso wie es zum Aufbau von politischbezogenen Datenbanken über personenbezogene Daten ohne gesetzliche Grundlage gekommen ist. Der einzige Weg, diese abschbare Entwicklung zu stoppen, ist, die Genomanalyse im Strafverfahren in allen ihren Spielarten nicht zuzulassen (17).

3. Ist die Genomanalyse einmal zum Zwecke der Täterschaftszuordnung eingeführt, so werden die mit erheblichem Kosten verbundenen Untersuchungen in anderen Abteilungen des Justizsystems arbeiten, die Methode auf andere Erkenntnismöglichkeiten auszuweiten. Es ist oben bereits darauf hingewiesen worden, daß neuerdings außerdem behauptet wird, mit einer Ausdehnung der Genomanalyse auf codierende Bereiche des menschlichen Erbguts eine größere Sicherheit auch für den Identifizierungsnachweis gegenüber der von Jeffreys entwickelten Methode zu erreichen. Die dem Striker der Wissenschaftler ist der entscheidende Richter ohne eigene Fachkompetenz ausgesetzt. Wenn die zuständigen Sachverständigen darüber hinaus behaupten, mit Hilfe der Genomanalyse weitestgehende Aufschlüsse über Persönlichkeit, (Geistes-)krankheiten und Verhaltensauffälligkeiten des Verdächtigen oder Gesuchten zu erhalten, so wird sich dem der Richter nicht verschließen können, falls das Gesetz gentechnische Analysen an sich erlaubt.

Der anordnende Richter hat auch keine Möglichkeit, über die weitere Verwertung, Aufbewahrung oder Vernichtung der erhaltenen Informationen zu befinden und sie zu kontrollieren. Er ist hier in der gleichen Situation wie der Ermittlungsrichter, der eine Hausdurchsuchung zwecks Auffindung und Beschlagnahme von Beweismitteln gemäß §§ 102, 94 ff. StPO anordnet. Er hat auch weder Kompetenz noch Möglichkeit, zu kontrollieren, was mit den dabei erhobenen Daten weiter geschieht. So wird der die Genomanalyse anordnende Richter insbesondere nicht verhindern können, daß die erhobenen Daten später für andere Zwecke „umgewidmet“ werden.

Nach den vorliegenden Gesetzesentwürfen über die Verarbeitung und Weitergabe von Daten, die aus Anlaß eines Strafverfahrens erhoben werden, würde die Rechtsposition des betroffenen Bürgers noch ungünstiger als sie jetzt schon ist (18). Da er kein subjektives Recht auf umfassende Information über die von ihm erhobenen Daten haben soll, soweit diese Daten bei den Sicherheitsbehörden gelandet sind, ist für den betroffenen Bürger auch eine richterliche Kontrolle ineffektiv. Der Richter könnte sich über die Weitergabe selbst vorgenommenen Einschränkungen des Auskunftsrechts nicht hinwegsetzen. Kann der Bürger aber nicht einmal umfassend erfahren was über ihn an Daten vorliegt, so ist es mit seinem Kontrollrecht dieser Daten schlecht bestellt. Daraus folgt, daß auch eine auf den Richter beschränkte Anordnungskompetenz nicht wird verhindern können, daß unkontrollierte Datenbanken der Sicherheits- und Gesundheitsbehörden entstehen, wie sie bereits jetzt in den Vereinigten Staaten aufgebaut werden. Das Ziel einer möglichst umfassenden Kontrolle der Datenverarbeitung in den Vereinigten Staaten aufgebaut werden mit dem Ziel, möglichst umfassende genetische Informationen über strafrechtlich verdächtige Personen zu sammeln (19).

Anmerkungen:

- (1) Sternberg-Lieben, NJW 87, 1242, 1244.
- (2) Steinke, Kriminalistik 10/87.
- (3) Genetischer Informationsdienst GID 6/88 Nr. 1.
- (4) DER SPIEGEL 36/88 S. 59, 61.
- (5) Deutsches Allg. Sonntagsblatt Nr. 58/88. Beilage aus dem Zeilern.
- (6) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (7) Vgl. z.B. Schönbelt in: KrimV 1988, 157 und Aht in: KrimV 1988, 138 sowie Behrendts in: Die Polizei 1988, 138.
- (8) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (9) Vgl. z.B. Schönbelt in: KrimV 1988, 157 und Aht in: KrimV 1988, 138 sowie Behrendts in: Die Polizei 1988, 138.
- (10) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (11) Vgl. z.B. Schönbelt in: KrimV 1988, 157 und Aht in: KrimV 1988, 138 sowie Behrendts in: Die Polizei 1988, 138.
- (12) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (13) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (14) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (15) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (16) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (17) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (18) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).
- (19) Sternberg-Lieben, a.a.O. (Anm. 1).

Was bringt die Perestrojka den Frauen?

Jahrzehntlang galt die Frau in der Sowjetunion — glaubte man den offiziellen Verlautbarungen — als völlig emanzipiert. Seit der Oktoberrevolution ist sie dem Mann juristisch gleichgestellt. Als praktischer Beweis wurde besonders der hohe Grad des Frauenanteils im Produktionsprozeß angeführt, der mit 93 % in der Tat der höchste in der Welt ist. Aber Widersprüche oder Auseinandersetzungen mit dieser rein ökonomischen Sichtweise von Emanzipation wurde zumindest nicht öffentlich gesprochen. Das hat sich seit Beginn der Debatte um Perestrojka und Glasnost drastisch geändert. In Äußerungen, Artikeln oder Interviews, die uns aus sowjetischen Publikationen zugänglich sind, wird inzwischen sehr oft über die Situation der Frauen diskutiert: über ihre Probleme wie Dreifachbelastung durch Beruf, Haushalt und Schlangengestehen, Benachteiligung am Arbeitsplatz, über die hohe Abtreibungsrate und die große Zahl der Ehescheidungen.

Die Konsequenzen, die daraus in der Mehrzahl der Beiträge gezogen werden, stimmen jedoch bedenklich. Viele Äußerungen — sowohl von Männern als auch von Frauen — gehen in die Richtung, nicht nur das bisherige Verständnis von Gleichberechtigung infrage zu stellen, sondern als Reaktion auf die real vorhandenen Belastungen eine uralte Lösung anzubieten: die Rückbesinnung der Frau auf ihre „natürlichen Aufgaben“, sprich Familie und Kinder. Die Wiederherstellung von „intakten“ Familien (mit der Frau und Mutter als Mittelpunkt) wird zugleich als wichtigstes Rezept gegen die zunehmenden Jugendprobleme (Bandenbildung, Kriminalität, Rauschgift u.a.) empfohlen. Unausgesprochen scheint hinter dieser

Heim- und Herd-Propaganda auch die Tendenz zu stehen, die anstehende Rationalisierungswelle vor allem durch Verdrängung von Frauen aus der Lohnarbeit anzugehen.

Es gibt dabei unterschiedliche ideologische Varianten. Die offizielle vertritt der Generalsekretär und frisch gekürte Staatschef Gorbatschow. Er möchte, daß es den Frauen endlich „möglichst“ werden müßte, „zu ihren eigentlichen weiblichen Lebensaufgaben zurückzukehren.“ Er versteht darunter Haushalt, Erziehung der Kinder und die „Schaffung einer familiären Atmosphäre.“ Eine Position, die man hierzulande wohl rechts von Rita Süßmuth einordnen würde, die aber in der Sowjetunion noch als gemäßigt gelten kann.

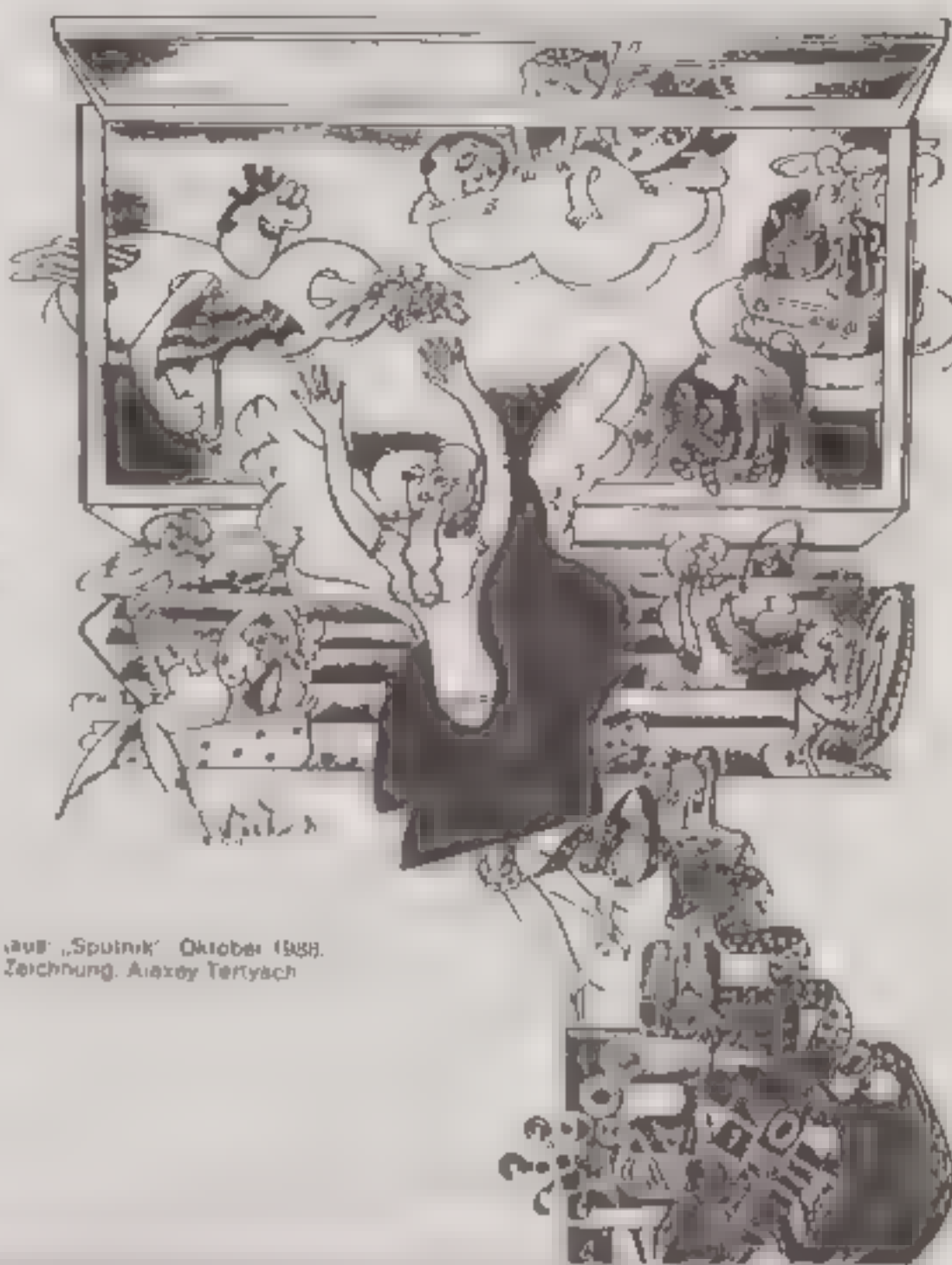
Wesentlich krasser wird betriebsverweise ein Text des sowjetischen Schriftstellers Anatoli Afanasjew (nicht zu verwechseln mit dem Reformhistoriker Jurij Afanasjew), den wir hier dokumentieren. Sein Rückgriff auf Klassiker wie die „sozialistische Veranlagung“ und das „biologische Wesen“ der Frauen kann nur als reaktionär bezeichnet werden. Seine Thesen, daß die Frau ihren angeborenen Wunsch, „zu glänzen und zu bezaubern“, „den Mann erbeuten zu lassen“ und vor allem ihre wichtigste Eigenschaft im „Gebärmis“ in der „prosaischen Umgebung eines Labors oder einer Werkhalle nicht wahrnehmen könne, erinnert fatal an das Frauenbild in vielen Filmen des Dritten Reichs. Recht hat Afanasjew mit seiner Feststellung, daß alles das, was er bei den sowjetischen Frauen als „falsche Bedürfnisse“ verurteilt, in den 20er Jahren aufkam. Man könnte auch sagen: nach der Oktoberrevolution. Unterm Strich war die Welt, so betrachtet, noch in Ordnung.

Der Artikel Afanasjews wurde zunächst

in der Zeitschrift „Technika i nauka“ publiziert und dann vom deutschsprachigen „Sputnik“ übernommen. „Sputnik“ erscheint monatlich als Digest der sowjetischen Presse für das Ausland, stützt sich auf die interessantesten Publikationen und soll über das Leben in der Sowjetunion, insbesondere über die Perestrojka, informieren.

Wollte man deshalb den Artikel von A. Afanasjew nicht ganz unkommentiert und unübersprochen stehen lassen? Exklusiv für „Sputnik“ schrieb die Soziologin Nina Simakowa eine Replik, die wir ebenfalls dokumentieren. Gar so groß sind die Unterschiede jedoch nicht. Wo der Schriftsteller kategorisch anordnet, „daß die bloße Präsenz der Frau in der Produktion ihrem biologischen wie psychischen Wesen widerspricht“, möchte die Soziologin der Frau immerhin eine Tasche in der Lohnarbeit offenhalten, erstens weil kaum eine Familie ohne doppeltes Gehalt auskommt und zweitens aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Aber Schwerpunkt müsse ganz eindeutig Ehe und Familie werden. Das soll durch eine geschlechtsspezifische Erziehung gefördert werden, „verstärkte Ausrichtung der Mädchen auf den weiblichen Verhaltenstyp“ als da wären Eherstand, Kinderkriegen, Erziehung plus Sorge um Mann und Haus.

Thesen, die in den meisten kapitalistischen Industrieländern nur noch von Greisen und Randgruppen vorgetragen werden, bestimmen in der Sowjetunion den öffentlichen Diskurs zur „Frauenfrage“. Auf keinen wird man sich dabei nicht berufen können. Er verstand die Befragung der Frauen aus der „Hausklaverei“, die seit der Oktoberrevolution „verworfen“ sei, als wesentliche Voraussetzung einer



aus „Sputnik“ Oktober 1988.
Zeichnung: Alexey Tertyach

Dokumentation aus „Sputnik“

Wir alle müssen uns besinnen

(Anatoli Afanasjew)

Bis in die jüngste Zeit hinein waren wir stolz darauf, daß nirgends in der Welt so viele Frauen einer Berufstätigkeit nachgehen wie in der Sowjetunion. Die Schattenseiten dieses Umstands schienen wir nicht zu bemerken: Die Zahl der Familien nimmt immer mehr ab, unsere Kinder vermissen häusliche Fürsorge, die verwandtschaftlichen Bindungen und die ehelichen Bande werden zunehmend lockerer. Zu diesen Schattenseiten gehören auch die vielen alleinstehenden Mütter und „schwererziehbaren“ Kinder.

Wie steht es nun eigentlich bringt die Emanzipation der Frau der Gesellschaft mehr Nutzen oder mehr Schaden? (Vorspann der Redaktion „Sputnik“)

Ich will es gleich vorwegnehmen: Ich habe nicht die Absicht, auf die Frauen als Vertreter des Menschengeschlechts auch nur den geringsten Schatten zu werfen. Falls jemand in meinen Worten ein, wie es ihm scheint, negatives Urteil finden sollte, dann bezieht sich dieses keineswegs auf die weibliche Natur und Psyche.

Für mich steht fest: Die Arbeit der Frau in der Produktion hat bei ihr im Laufe der Zeit Vorstößen aufkommen lassen, die weder ihrer seelischen Veranlagung noch ihrer biologischen Beschaffenheit entsprechen. Soziologen nennen diese Vorstellungen später „falsche Bedürfnisse“. Dazu müssen wohl das Bedürfnis nach sozialem Erfolg, das Bedürfnis nach Macht in ihrer rein männlichen Variante — also nach der Macht über ein Kollektiv — und das Streben nach Ruhm gezählt werden. Die Frau wählte plötzlich, die Bewunderung ihrer weiblichen Reize oder niedrige, während die Verehrung ihres beruflichen Könnens sie erhöhe. In unserem Land kam diese Ansicht in den 20er Jahren auf.

Als die „falschen Bedürfnisse“ die Frau zu einem Umdenken veranlaßt und bei ihr die Illusion geweckt hatten, sie sei in der Produktion unentbehrlich, begann sie Enttäuschung zu empfinden. Ohne in der gesellschaftlichen Arbeit Erfüllung gefunden zu haben, rückte sie in der Regel zunehmend von ihrer Familie ab, für sie ihr einfach die Zeit fehlte, und letzter Faden war ihr Leben weder hier noch da vollwertig und gab ihr nicht, was sie sich insgeheim erhofft hatte. Möglicherweise frage ich zu stark auf, aber 40 Prozent der Ingenieure in unserem Land sind ja doch

Frauen. Eine haarsträubende Zahl!

Ich glaube, es ist an der Zeit einzuräumen, daß wir Männer den Emanzipationsbegriff von Anfang an ganz falsch verstanden. Ich habe immer geglaubt, daß die Frau in der Produktion ihren biologischen wie psychischen Wesen widerspricht. Ich habe immer geglaubt, daß die Frau in der Produktion ihren biologischen wie psychischen Wesen widerspricht.

Das Wichtigste, was wir für die Frau tun können und müssen, besteht darin, ihr in eine ihrer biologischen Natur adäquate Lebensumgebung zurückkehren zu helfen, dorthin, wo sie nicht bloß den Worten nach, sondern tatsächlich glücklich sein wird. Oder jedenfalls die reale Möglichkeit haben wird, es zu sein. Ich erlaube mich zu glauben, daß gerade die Familie jener Ort ist, wo die Frau auf Glück wenigstens hoffen kann.

Wenn die Frau den häuslichen Herd nicht so bedeutet, daß dieser Herd am Erlöschen ist. Also müssen wir zugeben, daß sich die Familie überlebt hat. Dann muß man für sie aber irgendeine Alternative suchen. Entweder man muß für die Familie eine neue Form ausarbeiten, oder aber die Frau muß, falls wir uns darauf einigen, daß die Familie in ihrer bisherigen Form ihre Möglichkeiten noch nicht erschöpft hat, in diese zurückkehren.

Ich will selbstverständlich nicht behaupten, daß alle weiblichen Ingenieure von vornherein unglücklich sind und das alle, die sich nur ihren Familien widmen, automatisch ein vollkommen glückliches Leben führen. Wenn jedoch unsere Frauen in einem westlichen Film ihre ausländischen Zeugenosseninnen sich inmitten ihrer gepflegten Kinder auf dem Strand der Adriaküste blicken sehen und sie darum beneiden, so ist das für uns alle ein bitterer Vorwurf. Wer hat es nicht gehört, wie eine Frau jähresuchtig davon spricht, daß sie sich nichts auf der Welt so sehnlich wünscht, als einfach einmal richtig auszuschlafen. Glück ist für sie allein schon die Möglichkeit, einen Tag mal in aller Ruhe daliegen und ausspannen zu können.

Hätte ein heutiger Nekrassow Gedichte über das Frauenlos geschrieben, dann wären seine Verse wohl ebenso wehmütig gewesen wie vor hundert Jahren. Die Wehmüt ist die alte, und das Problem der arbeitenden Frau ist auch schon vom Staub der Jahrhunderte bedeckt. Es ist aber an der Zeit, diesem Problem eine neue Ausrichtung zu verleihen. Irgendwann muß man entscheiden, was eine Frau ansprechen soll: eine technische Hoch-

schulbildung oder ein glückliches Familienleben. Und ob sich nicht das eine mit dem anderen harmonisch verknüpfen läßt. Vielleicht wird in der Frau aber längst unüberwindliche Wälle sich gegangen? Vielleicht hat sie in der Erwerb organischen Fähigkeiten des Produktionslebens einen Teil ihres biologischen Wesens hingegeben? Ich sage das und frage: wie kommt uns furchtbar das König?

Die Frau, die vieler Freude zur Arbeit eilt, hilft dort etwas zu finden, was sie zu Hause vermisst. Das sollte man nicht verurteilen. Der Frau ist der Wunsch eigen zu glänzen und zu bezaubern. Auf einem anderen Blatt steht, daß sie diesen ihren Wunsch unter ausgesprochen ungünstigen Bedingungen befriedigen muß. Nicht bei einem rauchenden Kaminofest, sondern in der prosaischen Umgebung eines Labors oder einer Werkhalle.

Bei einem Kaminofest oder noch früher bei einem Ball bewahrt die Frau, während sie sich zur Schau stellt, eine ihrer wichtigsten Eigenschaften: ihr Geheimnis. Sie entblößt ihre Seele nicht. Die Frau in der Produktion ist viel zu durchsichtig. Sie läßt den Mann nicht erbeben. Eine Frau, die in der Produktion ihr weibliches Ich zu verteidigen sucht, empfindet einen ungleichen und zermürbenden Kampf auf. Sie stellt sich selbst bloß, sie weiß nicht einmal, wie abwegig ein solches Verhalten wirkt, mit welchen Augen man sie ansieht. Vor eventuellen moralischen Erschütterungen rettet sie hier nur, daß eine Frau nie etwas glaube, was ihr nicht paßt. Jene Wahrheit, die den Mann ruinieren kann, wird die Frau nicht einmal berühren. Die Frau wird sie einfach von sich stoßen.

Ich bin überzeugt, daß die bloße Präsenz der Frau in der Produktion ihrem biologischen wie psychischen Wesen widerspricht.

Ich kenne Frauen, die voller Bangen daran denken, daß man sie bald in Rente schicken wird. Sie tun mir leid. Eine Frau, die aufrichtig glaubt, ihr Leben sei zu Ende, sobald sie sich von einem zweitausendköpfigen Kollektiv trennen müsse, finde ich alles andere als komisch. Leider hat diese Frau höchstwahrscheinlich viel zu wenig echte Freuden erlebt.

Die Gesellschaft hat die Frau sehr lange betrogen und dabei soziale Notwendigkeit vorgeschützt. Bis auf die Curve gab es wohl keine weiblichen „Stars“ in der Wissenschaft und bis auf die Sappho keine weiblichen Größen in der Philosophie. Den Frauen ist diese Tatsache bekannt, aber sie hat in ihrem Bewußtsein folgende Lesart erhalten: So etwas gab es nicht, solange wir nicht da waren. Sie rechnen, wo man ihnen doch schon den „Schleier“ ab-



Frauenrealität gegen Heim- und Herdideologie
Foto aus „Sputnik“, September 1988

genommen hat, darauf, eine zweitausendjährige Evolution innerhalb von dreißig Jahren nachholen zu können. Man hat sie das glauben gemacht.

So mancher mag wohl meine Haltung gegenüber den Frauen ausgesprochen spießhaft und sogar spöttisch finden. Für mich verknüpft sich die Zukunft der gesamten menschlichen Zivilisation mit der Hoffnung auf eine gesunde Frauenmoral. Der weiblichen Natur wohlt keine aggressive Vernichtungssucht an, der Geist mit menschlicher Rivalität, krankhaftes Streben nach globaler Zerstörung, wie es sich mitunter des von Arroganz erfüllten Mannes bemächtigt, ist ihr fremd. Die Eigenschaften, die die Frau von Natur aus besitzt, können die Welt retten.

Seit ich und je richteten die Männer diese beste aller Welten nach ihrem eigenen Guidanken ein und vergaßen dabei schlicht und einfach die Frau. Wie auch

vieles andere, widerfuhr dies der Menschheit zum erstenmal. Das heißt, funktional, rein physiologisch existiert die Frau nach wie vor, mancherorts wird sie sogar angebetet, Dichter widmen ihr Verse, und manch einer liebt sie auch, so gut er kann. Wer aber begreift es und erinnert sich heute noch daran, daß nur sie allein den wahren Preis von Leben und Tod kennt?

Ich glaube, die Zeit ist nicht mehr fern, da der Traum der „Emanzen“ in Erfüllung gehen wird. Man wird mit der Frau und über die Frau in der Sprache des Intellekts und der Wahrheit reden. Einen anderen Weg, die „Frauenprobleme“ zu lösen, sehe ich nicht. Sind aber die Frauen dazu bereit, das Gespräch auf diesem Niveau zu führen?

Aus der Zeitschrift TECHNICA I NAUKA (gekürzt aus „Sputnik“)

• (Nina Simakowa)

$\chi^2 = 8.0$, d.f. = 2, $p < .05$. $N = 67$.

von Yaron Matrás

Eine technische Debatte

(Die Unterbringung von Einwanderern stellt sich als ein höchstakutest Problem dar, von dem internationalen Grenzen der Staatshoheit der allgegenwärtigen Bedrohung, wenn es um die Unterbringung von Asylbewerbern beispielsweise geht – was auf einmal nichts zu nützen. Denn hier geht es lediglich darum, die notwendigen Mittel möglichst schnell und am richtigen Ort zur Verfügung zu stellen, die fremdsprachigen Neuzugewanderten an den passenden deutschen Zustellen im Einwanderungsamt Bundesrepublik gibt es Platz für alle, die „jung, hochqualifiziert, strebsam und gesund“

en für den Wanderungsstand Bundesrepublik gibt es Platz für alle die „ungewöhnlichen“ Menschen und deren „Arten“ sind

Turken raus
und Deutsche rein

Ist nun die Bundesrepublik ein Einwanderungsland oder nicht? So weit die Harmonisierung der Asyl und Einreisegesetze

Was gilt dann als positive Qualifikation, die den Einbürgerungskandidaten als „Härtfall“ klassifizieren läßt? „Deutscher Wehrdienst während des letzten Weltkrieges und daraufhin gemeinsam mit Deutschen erlittene Gefangenschaft“ — eine schwere Kriegsbewährung in deutschen Diensten“ — zwei Angehörige gebet der deutschen Wehrmacht, die sich gleichgestellt verhalten. Ende der 1940er Jahren mit einem solchen „Verband“ — des ist die offizielle Benennung Ende 88 bekannt hat sich ergeben.

Zurück zu den Rassenkontrollen

Zurück zu den Rassenkontrollen

Was in der ausländischen Presse zur Zeit mit Spott und beinahe Abscheu kommentiert wird, ist jedoch in der Bundesrepublik noch eine höchst interessante Angelegenheit. Ausgerastet mit falschen Stammbüchern und Wehrmachturkunden müssen die Aussiedler nachweisen, daß auch sie dem Führer treu gedient haben. Denn der Nachweis über Deutschstämmigkeit wird nicht erlassen, und als besonders zuverlässig gilt der Verweis auf einen Nazi-Vater. Eine kurze Nachfrage bei der Dokumentationsstelle in Berlin, in der die Mitgliederkartei der NSDAP noch unter Verchluss bewahrt wird, genügt nämlich um die Zugehörigkeit zu, Vater Nation amtlich zu bescheinigen.

Der Unmut wächst

Vierzig Jahre lang führte sich niemand um die gesetzlich geregelten Praktiken der erneuten Rassenkontrolle anzulehnen. Auch in der Bundesrepublik der

„Wie verkraftet die kranke und zum Teil sterbende Natur in der Bundesrepublik diese ungeheure Belastung?“ klingen Leserbriefschreiber. Es sind Töne, die man bis vor kurzem nur in Bezug auf Asylanten aus fremden Kulturkreisen“ hörte. alarmierende Töne, die man von Amts wegen seit Jahren erteilt, um für die Politik der dichten Grenzen zu werben, ohne damit zu rechnen, daß sie im ungünstigsten Moment Peinlichkeiten und Abwechslungen produzieren würden.

Das Tabu antasten

Schadenfreude ist besonders dann unangebracht, wenn es sich um das Schicksal ganzer Familien handelt. Nichtsdestotrotz bildet die eröffnete Debatte um die Aufnahme hunderttausender Stammesgenossen eine einmalige Herausforderung an diejenigen Teile innerhalb der "kritischen Öffentlichkeit", für die sich die Perspektive einer multinationalen Gesellschaft in diesem Lande stellt. Denn gerade durch den wachsenden Unmut, den Neid und den Ärger gegen die „Spilhaus“ wie der Stadt in ein Be-
 hörden in eine Rechtfertigungsposition zwingt. Ihre krumme Logik, die auf der Verhinderung der Blutsverwandtschaft gekaufter Flüchtlinge basiert, wird somit ihrer verfassungsrechtlichen Grundlage endlich auch in der bundesdeutschen Presse offen zur Diskussion gestellt.

Wurde bisher die Forderung nach offenen Grenzen für alle Flüchtlinge durch die Verantwortung der Metropole gegenüber den Opfern ihrer Ausbeutungssituation begründet, und galten die Schließung der Grenzen, der Asylstopp und die politische Begrenzung der Aufnahme als eine solche Maßnahme, so muss auch von der Einwanderung zum Asylsuchenden auch mit der spezifischen völkischen Qualität der bundesdeutschen Bevölkerung

mit der spezifischen wilkischen Qua-
lität bündende deutsche Bevölkerung

Die kurzfristigen Profitinteressen breiten den Mißhandelsaufwand, den die Über-, Um- und Ansiedlung von Ausländern erfordert. Im ökonomischen Sinne kommen die Spätansiedler nicht zu spät, ihr Beitrag wird vielmehr im Bereich der kulturellen Sinbildung erwartet, denn sie sollen als kulturell eingegliedert werden, die die heimische Staat-Gesellschaft-Nation der einmal betonen lassen.

Diese Dreieinigkeit ist aber brüchig, sie kann in einer multi-ethnischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik nur brüchig werden. Ohne die vollständige Trennung zwischen ethnischer Identität und politischen Rechten werden nämlich die nationalen und eingebürgerten Minderheiten in diesem Land ihre Gleichstellung erlangen können. Auffassung derer, die zur Aufnahme der Deutschstämmigen aufrufen, dann die gleichen Argumente verwenden, um die Abschiebung anderer zu befürworten, muß gerade vor ihrem rasch-völkischen Hintergrund angeprallt werden.

Das Recht der deutschen Spätaussiedler, in die Bundesrepublik einzuwandern, ist vor allem angesichts der gegen sie betriebenen Hetze verteidigt werden; es jedoch kein anderes Recht sein als das Recht des freien Zuzugs und der freieinwanderung überhaupt, ungeachtet Nationalität, der Herkunft oder des zeitlichen Bekenntnisses.

1967
15.06.68, 10.12.68, 17.07.68, 08.25.69; taz-Bremen 11.07.20.68; Zeit 12.08.68 2.05.68, La Monde 27.08.68
Spiegel 22.8.68 Rede des parlamentarischen Stagessekretärs beim Innenministerium
Dieter Springer: 1.11.67 Grundgesetz, Ausgrenzung Bundesvertriebenengesetz, Einkommensskizzen der Bundesrepublik
schland

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das ist sicher richtig, hier hat es sich wohl eher um ein einseitiges Bündnis gehandelt. Aber eurem Reformprogramm „BRD 2000“ fehlt doch die Definition eines realen Trägers gesellschaftlicher Reformen außerhalb bestehender Formationen. Damit bleiben doch wieder nur die SPD, vielleicht noch die Grünen, und die DKP in der Rolle der Vermittler. Das kann man nicht ausdiversifizieren, aber auch außerparlamentarischen Bewegungen muss man?

Vielleicht schätzt ihr die Bedeutung von „BRD 2000“ für das einzelne DKP-Mitglied falsch ein. Viele von uns haben in den letzten Jahren in zahlreichen Initiativen, gegen Kernkraft, gegen Gentechnologie mitgearbeitet, viele von uns haben sich mit der Verteidigung dessen beschäftigt, was Habermas „Lobesamt“ nennt, gegen kapitalistische Zuminutungen. Aber wir können das, was wir gemacht haben nicht wiederfinden in den großen Dokumenten der Partei, weil diese orientiert war auf ökonomischen Kampf, zum Teil sehr detailliert ausgeführt. Und da ist die DKP auch ganz gut gewesen, in Hattungen, in Rheinhausen. In Parteidokumenten haben wir dann sehr Vermittler zur Friedensfrage entdeckt. Das waren die beiden Hauptorientierungen.

Die Theorieentwicklung der Partei hinkte der Tätigkeit der Mitglieder hinterher. „BRD 2000“ hat dies nun auch. Es steht tatsächlich drin, daß die Abwehr kapitalistischer Zuminutungen eine große Aufgabe war. Aber auch die Weiterentwicklung des Kapitalismus. Insofern ist es ein Dokument innerkapitalistischer Reformpolitik. Aber anders habt ihr ja mit eurem Engagement in der Bewegung gegen Kernkraftwerke auch nicht getan. Ihr habt argumentiert, daß die Linke wegnüssen und können, ohne daß damit gleich der Kapitalismus fällt. Es ist uns, daß die DKP mit „BRD 2000“ nicht weiter ist als die Fülle der Bewegungen, die es in der BRD gibt. Aber wenn sie das für sich reisen, was drinsteht ist sie hinter diesen Bewegungen nicht mehr so stark zurück wie zuvor.

Der Reformismusvorwurf an „BRD 2000“ ist ja auch zugleich ein Vorwurf an sämtliche alten und neuen sozialen Bewegungen in der BRD und ein Vorwurf an die Praxis, die wir alle gemacht haben.

Warum? Die sozialen Bewegungen erheben für sich doch nicht den Anspruch, revolutionäre Partei zu sein. Unsere Kritik geht doch nicht gegen Reformen und Reformpolitik. Wir kritisieren, daß ihr als Erneuerung einen erneuten Entwurf für die Massenarbeit vorlegt, mit Inhalten, die weitgehend bei SPD und Grünen zu finden sind. Wozu dann aber eine DKP?

Ich wäre eigentlich recht froh, wenn die besten Teile dieses Programms zunächst einmal von der Partei abgegriffen würden. Es läßt sich überhaupt nicht leugnen, daß die DKP in erster Linie mit sich selbst beschäftigt ist. Das muß sein, das ist gut, die Partei muß viele Dinge intern mit sich abmachen, bevor sie wieder nach außen treten kann. Von uns derzeit ausgehende Vorschläge an die Linke zu erwarten, wäre zu viel verlangt.

Aber ihr formuliert doch sogar mehr einen massenpolitischen Entwurf.

Mag sein. Mir würde es aber vollständig reichen, wenn „BRD 2000“ dazu führen wird, den Antisemitismus, der in großen Teil

len der Parteiführung vorhanden ist, zu überwinden. Ich verstehe dieses Dokument in erster Linie als eines, das nach innen in die Partei hineinwirken muß. In unserer Debatte wirst du bei aufmerksamem Lesen z.B. der UZ feststellen, daß „BRD 2000“ eine immer geringere Rolle spielt, während das Mehrheits- und Minderheitspapier der beiden Vorstandsrichtungen eine immer größere Rolle spielt bis hin zu Überlegungen, das Dokument auf dem Parteitag gar nicht zu verabschieden, weil die Partei mit beiden Dokumenten („BRD 2000“ und „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“) tatsächlich überfordert ist.

DKP als Bewegungspartei?

Es kommt nicht selten vor, daß einzelne Genossen und Genossinnen ähnlich reagieren wie ihr. Sie sagen, da stehen viele Dinge drin, die von anderen schon formuliert worden sind, und wozu braucht man das? Auch einen spezifischen Beitrag der kommunistischen Partei. Aber dem liegt vieles in „BRD 2000“ quer zur bisherigen Haltung der Partei. Das heißt, wer mit offenen Augen als Kommunist das Dokument „BRD 2000“ liest, kommt zum Ergebnis, daß die Partei in ihrem jetzigen Zustand wahrscheinlich noch gar nicht in der Lage ist, angemessen die Fragen, die in diesem Dokument aufgeworfen werden, zu beantworten.

Und sofort fängt jemand, der als Kommunist „BRD 2000“ rezipiert, an, über den Zustand der Partei nachzudenken. Das führt dann auch im Parteidiskussionsprozeß dazu, daß seit einiger Zeit gar nicht mehr so stark über die inhaltlichen Probleme von „BRD 2000“ diskutiert wird, sondern in erster Linie über den Zustand der Partei. Und damit bist du bei der Diskussion der 13 Parteienvorstandstugungen. Wenn's gut ausgeht, wird die Partei in einen Zustand versetzt werden, der es allen Mitgliedern der Partei ermöglicht, tatsächlich ihre tageliche Praxis in Übereinstimmung mit neuen Orientierungen der Partei zu bringen. Viele Kommunistinnen und Kommunisten führen ein Doppelleben: sie sind in ihren Initiativen aktiv und sie marschieren alle vierzehn Tage in ihre Grundheil, wo Dinge diskutiert werden, die in ihrer tagelichen politischen Auseinandersetzung nicht mehr vorkommen.

Die DKP also als Bewegungspartei statt als kommunistische Massenpartei?

Die Gefahr, daß die Partei sich in allgemeine linke Bewegungen auflöst, ist sicherlich vorhanden. Aber erst dann wird es wirklich interessant, denn dies wird einen innerparteilichen Kampf auslösen müssen. Dann werde ich wahrscheinlich einer von den Leuten auf dem linken Flügel sein, die sagen: So, mich interessiert nun von all diesen neuen sozialen Fragen von all diesen ökologischen Fragen immer nur die antikapitalistische Substanz. Erst dann werden wir in der Lage sein, historisch, materialistisch und antikapitalistisch in den real vorhandenen linken Bewegungen Fragen zu stellen, die diese Bewegungen zu stellen nicht können.

Historisch, materialistisch und antikapitalistisch in den real vorhandenen linken Bewegungen Fragen zu stellen, die diese Bewegungen selbst nicht stellen.

Das heißt, die von dir formulierte „kleine, theoretisch qualifizierte, marxistische Organisation mit für lange Zeit eher außerparlamentarischem praktischen Ansatzpunkt“ ist offenkundig eine Priorität.

Das ist ein Wunsch von mir.

Wie ihr wißt, hat die DKP starke Mitgliederverluste gehabt. Wir haben Leute verloren, die in Gewerkschaften, in

Bürgerinitiativen, die insbesondere in der Auseinandersetzung um die Atomkraft und jetzt um die Gentechnologie aktiv sind und die nun in diesen Bewegungen ihre politische Heimat gefunden haben.

Viele sind aus moralischen Gründen noch in der DKP geblieben, haben aber von der Partei keinerlei Anleitung mehr für ihre praktische Arbeit bekommen. Da besteht nicht nur die Gefahr einer quantitativen Auszehrung, sondern auch einer qualitativen. Es scheint so, daß andere linke Gruppen dieses Problem auch haben.

„... aber dafür brauche ich heute keine kommunistische Organisation“

Nicht so schnell! Denn: Wenn es denn mal soweit ist, werden wir immer noch Mitglieder verlieren, weil sie feststellen, jetzt befindet sich meine Partei auf der Höhe der Gesamtlinke. Aber was unterscheidet sie? Legendär, am besten die „Kleinpartei“ werden, daß sie die Gegenbewegungen, die wir in der BRD haben, Erfolgsaussichten nur hatten, wenn sie dem Konzept der antagonistischen Kooperation gefolgt sind.

„... da könnte man sich übrigens immer mit uns einigen“

„ja, ich glaube, daß die Kommunisten, was die Frage der Organisation von Sonderzügen angeht, auch gar nicht schlecht gewesen sind, auch in der Friedensbewegung. Es nimmt, wir müssen den Punkt herauszufinden versuchen, an dem es möglich ist, in Perspektive über den Zustand der antagonistischen Kooperation, den meinewegen die Sozialdemokraten und die Grünen verwerten sollte, hinauszukommen. Das ist ihre spezifische Aufgabe. Der Minimalkonsens hilft sich von selbst. Die linke SPD will dasselbe, was die Realos bei den Grünen wollen, dann sollen die das gefälligst machen, die sind insofern auch hegemonial. Wenn ich in diesem Zusammenhang „aktiverisch“ sage, dann ist dieser Begriff für mich positiv besetzt und hat dennoch Anführungszeichen.“

Es könnte aber sein, daß du trotzdem schief liegst, was die historische Beurteilung der Friedensbewegung angeht. Es kann sein, daß es in den Anfängen der Friedensbewegung richtig war, erst einmal den Minimalkonsens, Abwehr der Raketenstationierung zu finden. Als der sogenannte Nachrüstungsbeschluß 1979 gefaßt wurde, gab es kaum eine Friedensbewegung. Es gab seit 1975 das KOBAL in Köln, das frühzeitig von der Kriegsfahrt sprach. Aber denen hat kein Mensch geglaubt. Die Leute waren mit der Kernenergiefrage beschäftigt. Auf dem SPD-Parteitag 1979 wurde so nebenbei, im voraus der „Nachrüstungsbeschluß“ gutgeheißen, während die Kernkraftfrage das Hauptthema der Linken auf diesem Parteitag war. Und wir standen hinterher daneben und sagten, es gibt eine große Gefahr, und das ist die „Nachrüstung“. Das große Verdienst des „Krefelder Appells“ ist es gewesen, einen Minimalkonsens gefunden zu haben, um den sich dann plötzlich eine riesige Friedensbewegung gesammelt hat. Die Initiatoren des „Krefelder Appells“ haben ja schon als Personengruppe den Minimalkonsens verkörpert, da war ein Kommunist drin, aber es gab auch andere. Irgendwann war aber wahrscheinlich der Punkt erreicht, wo es die Aufgabe der Kommunisten gewesen wäre, nicht mehr dabei stehen zu bleiben, sondern zu überlegen, wie ist denn ein Frieden möglich, der mehr ist als imperialistischer Frieden. Also nicht immer ist es falsch, glaube ich, von einem Minimalkonsens auszugehen. Aber in der gegenwärtigen Etappe würde ich dir Recht geben. Wenn du sagst, man könne gegenwärtig keine linke Massenbewegung hinkommen, dann findest du dich natürlich zunächst einmal mit realer und linkssozialdemokratischer Hegemonie als realen Zustand ab. Da kann es nicht unsere Aufgabe sein, die Arbeit, die die anderen machen, zu verdrängen.

Zurück zur DKP. Die DKP wird ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie sich erst einmal auf die Höhe der sachlichen Fragen der Linken begeben, auf denen zur Zeit der Minimalkonsens gefunden wird. „BRD 2000“ ist in erster Linie ein partieninternes Dokument, das sehr umstritten ist, welches monocholl die Partei und die Fragen der Linken bezieht, auf denen zur Zeit der Minimalkonsens gefunden wird. „BRD 2000“ ist in erster Linie ein partieninternes Dokument, das sehr umstritten ist, wie es innerhalb der Partei immer noch Leute gibt, die sich antilettisch verhalten. Die sagen, wir haben eine Reform-Aufgabe, das sind die Gewerkschaften, und wir haben eine Friedensaufgabe, und alles andere, diese Frauenfrage und diese ganzen Umweltfragen, die lenken von den beiden Hauptaufgaben nur ab. Das ist noch eine ganz starke Richtung in der DKP, die erst überwunden werden muß.

Mir ist nun aufgefallen, daß die Diskussion in der UZ kaum über die von dir aufgeworfene Problematik „Ende der Massenpartei“ geht. Die Anhänger des Konzepts Menschheitspartei befürworten „BRD 2000“, die Kritik an dem Dokument artikuliert sich vorwiegend an der Frage Reform oder Revolution, als wenn von der Reformpartei DKP auf einmal die Revolution verraten wird. Ist dies das antisemitische Element?

Menschheitspartei gegen Antisemitismus

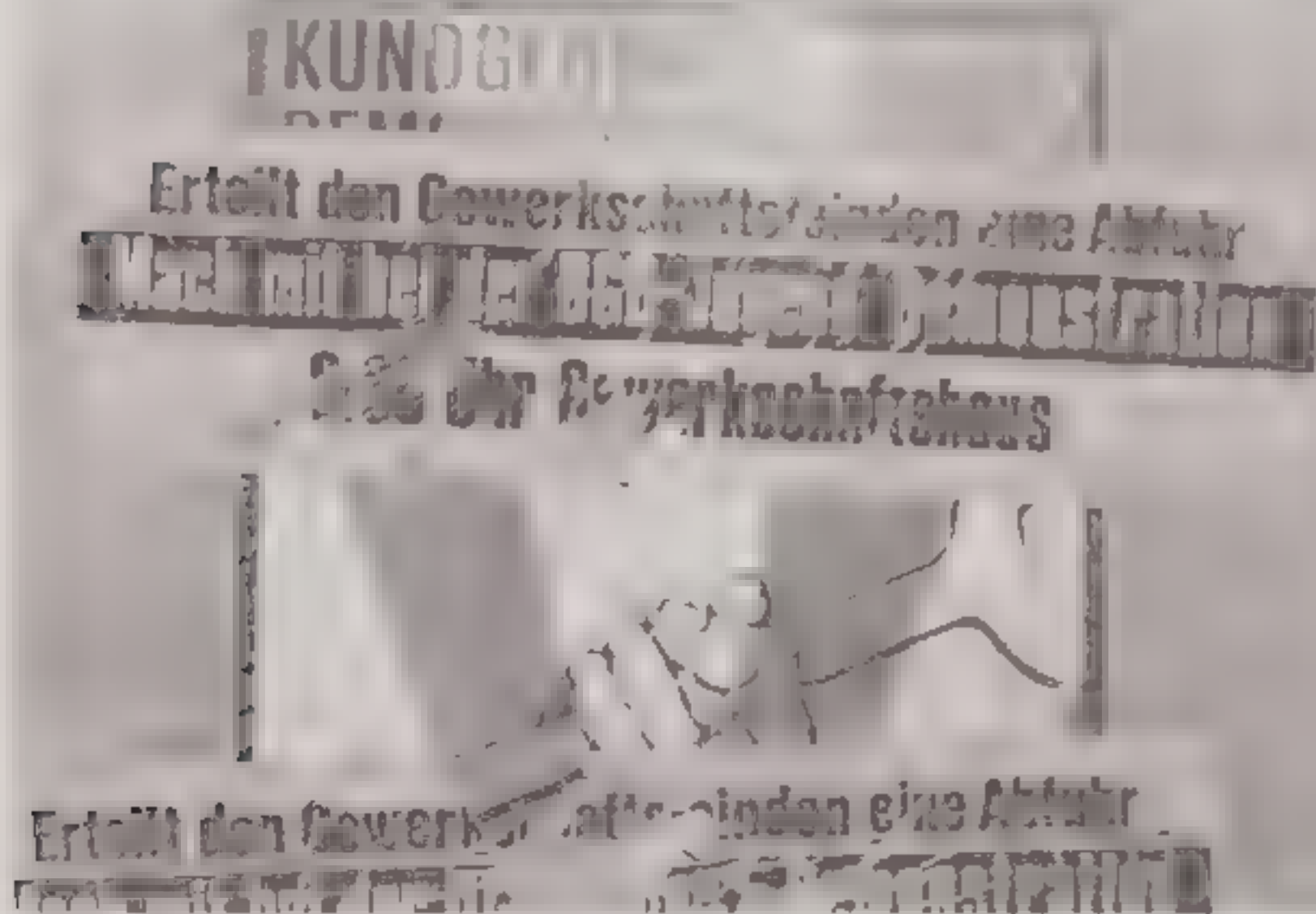
Die Genossen, die sagen Reform oder Revolution, die meinen nicht Reform oder Revolution, sondern die meinen in Wirklichkeit Reform oder Antisemitismus. Da du mir nicht sagen kannst und ich dir nicht sagen kann, wie im Augenblick die Revolution zu machen ist, vermute ich, daß auch diese Genossen nicht wissen, wie sie Revolution machen sollen. Sie ersetzen Revolution durch Antisemitismus, bei dem sie gern stehenbleiben würden. Wenn dir einer sagt mit „BRD 2000“ wird die Klassenfrage vernachlässigt, dann will er eigentlich nur sagen, daß er fürchtet, daß die DKP sich in tausend Fragen auflöst, um die er sich nicht kümmern will.

Über die Organisation von Sonderzügen

Das muß nicht zwangsläufig sektiererisch sein. Es kann ja auch nicht darum gehen, eine Reformbewegung abzulehnen, solange eine andere Form der gesellschaftlichen Veränderung nicht in Sicht ist. Nur fragen wir natürlich, ob es Aufgabe von Kommunisten in solchen „Wahlstandsrevolten“ wie der Friedensbewegung ist, diese Bewegungen auf einem minimalen Niveau zu harmonisieren (Minimalkonsens) und nicht auch zu polarisieren, wenn es um eine anti-westliche Anti-NATO-Strafaktion geht.

Ich gebe dir da recht. Wenn sich Leute zusammenfinden, um ein Problem zu lösen, dann werden sie ohnehin sehr schnell ihren Minimalkonsens finden, da brauchst du nicht noch eine Organisation, die den Minimalkonsens stiftet, da brauchst du vielleicht noch jemand, der den Sonderzug zur nächsten Demo organisiert, das wäre vielleicht ein Minimalkonsens, das muß sein.

Fortsetzung nächste Seite



Gegenpropaganda der DKP zur KB-Demo am 15.1973

Dokumentation

Gegen die „Normalisierung“ der Partei

Rede von Herbert Lederer vor der 13. Parteivorstandstagung

Da unser Sprachschatz in den letzten Jahren durch Begriffe der sowjetischen Revolutionäre ergänzt worden ist, gestaltet mir angesichts des Gegenstandes unserer heutigen Beratung, Euch mit liebe Bolschewiki, liebe Menschewiki, anzusprechen. Meine ketzerische These lautet: Die umfassende, den Parteivorstand, die Partei, den Parteitag erfassende Diskussion über die Lage der Partei und die beiden dazu entwickelten Papiere wird nicht der Kern einer neuen Produktivität unserer Arbeit sein, sie ist nicht nur unproduktiv, sondern im Ergebnis kontraproduktiv. Dabei gehe ich aus auch von dem, was Jupp Schleifstein zur Frage der objektiven Bedingungen unserer Schwierigkeiten und der fehlenden Widerspiegelung dieser objektiven Bedingungen in den Papieren ausgesagt hat. Ich sage das, obwohl ich weiß, daß der Zug insoweit abgefahren ist. Nicht aus Rechthaberei, sondern um vor Hoffnungen zu warnen, die in eine solche Diskussion über die Lage in der Partei gesetzt worden sind. Hoffnungen, die sowohl gehen, wie es im Papier der Minderheit formuliert ist, der Parteitag sei möglicherweise die letzte Chance, an ihn würden „letzte Erwartungen geknüpft“, um mit dieser Diskussion die Partei nach vorn zu bringen. Für diese Hoffnungen vermag ich, da haben mich die Argumente bisher nicht überzeugt, keine Basis zu sehen.

Erneuerung als Sesam-öffne-Dich?

Aus welchen Gründen sollten wir im Ergebnis an einer solchen Diskussion in der Lage sein, unsere Partei auch mitgliedermäßig zu stärken, zukünftig mehr Wählerfolge zu erzielen, stärker in den Betrieben verankert zu sein, attraktiver für die radikalsten Teile der Arbeiter, Frauen, Jugendlichen und der Intelligenz zu sein. Was die objektiven Ursachen der Schwierigkeiten der Partei betrifft, so muß ich sagen, hat mir mancher Satz von Georg Fülberth in seinen beiden Artikeln mehr Erkenntnisse gebracht als das, was in diesen beiden Papieren enthalten ist. Warum meine ich, daß diese Diskussion kontraproduktiv ist? Weil bereits über lange Zeit nicht nur die Aktivitäten und Kapazitäten des Parteivorstandes, sondern nun, wenn es in die Partei hineingehen wird, auch die vorhandenen Kapazitäten der gesamten Partei gebunden werden an die Diskussion über dieses Thema. Woher, wenn nicht aus irgendwelchen vulgärpsychologischen Glaubenssätzen, nehmt ihr eigentlich die Gewißheit, daß diese Diskussion die Partei nach vorn bringen wird? Und zwar gleichgültig, ob man nun den Ansatz der Anhänger des Bewahrens und Erneuerns oder des bloßen „Erneuerns“ den Vorzug gibt. Welche zuverlässigen Erfahrungssätze dazu gibt es eigentlich?

Da auch ich nur über beschränkte Erkenntnisse verfüge, möchte ich zumindest die Frage aufwerfen und zu bedenken geben: Wie ist denn bisher jemand Kommunist geworden und geblieben? Deshalb, weil er sich an einer Reihe von Erfolgen hochgehangen hat, oder vielleicht deshalb, weil er in einer nüchternen Analyse den katastrophalen Zustand der Partei konstatiert hat? Oder ist es nicht so, daß eine theoretische marxistisch-leninistisch begründete Überzeugung und die ihr entsprechende Weltanschauung, ihre Erfahrungen mit einer unerträglich empfundenen veränderbaren Wirklichkeit — alles verkörpert ausgedrückt — es gewesen sind, die Menschen zu Kommunisten werden ließ und sie es oft bis zu ihrem Lebensende geblieben sind.

Wer die Hoffnung verbreitet, eine wie immer geartete „Erneuerung“ unserer Partei stelle den Ausweg aus unseren Schwierigkeiten dar, sei sogar das „Sesam-öffne-Dich“ Zauberwort, der verkennt, wie beschränkt die Möglichkeiten sind, davon ausgehend die Partei politisch-ideologisch, in der Aktion und ihrer Ausstrahlungskraft vorwärts zu bringen. Stellen wir uns doch die Kontrollfrage: Auf welchen Feldern revolutionärer Politik werden wir denn nach dieser Diskussion oder aus dieser Diskussion stärker, klüger, qualifizierter und aktionsorientierter herauskommen? Mit welchen neuen Erkenntnissen und Ideen werden wir eigentlich danach unsere Politik entwickeln und den Kampf gegen die uns regierende, beherrschende, ausbeutende Klasse in unserem Land und in anderen Ländern führen? Wie wird sich denn das Profil einer kommunistischen, einer revolutionären Partei nach Abschluß, wann immer er sein wird, einer solchen Diskussion verändert haben? Sind denn viele von uns inzwischen so bescheiden geworden, daß es ihnen reicht, wenn dann vermerkt wird, selbst in der DKP werde diskutiert, selbst in der DKP hä-

gen die Fetzen selbst in der DKP seien personelle Alternativen möglich? Unter-schätzen wir nicht die Intelligenz, Ausdauer, Zuverlässigkeit unserer Mitglieder, unserer Genossinnen und Genossen, wenn wir meinen, daß ein solches neues Bild ein solcher Diskussionsgegenstand schon reicht und daß das für ihre Motivation, auch in den zukünftigen Kämpfen, die Positionen ihrer revolutionären Partei zu verteidigen, das entscheidende Moment ist? Reicht es denn vielen von uns, wenn die DKP in diesem Sinne endlich „Normalisierung“ erreicht hat, eine „normale Partei“ wie die anderen ist, ist der Anpassungsdruck an das sie umgebende politische Milieu schon so stark geworden? Mir ist das alles viel zu wenig.

Wird es uns als revolutionäre Partei weiterbringen, wenn wir uns auf dem Parteitag nicht intensiv mit folgenden Fragen beschäftigen und ihre Beantwortung versuchen: Wie weiter nach Rheinhessen, wie weiter in Friedenskampf, was tun bei den nächsten Wahlen, wie weiter in der internationalen Solidarität mit Sudafrika und Chile, wie weiter im Kampf gegen die Tendenz zur Zweidrittel-Gesellschaft, um nur einige zu nennen? Oder welchen Beitrag, welche Initiative können wir entwickeln, die Berufverbote zu kippen?

„Krieg den Palästen — Friede den Hütten“

Wolfgang, ich habe gestern wieder von Dir gem. gehört und ich weiß, daß es Deine Einstellung ist, Deine Forderung nach Radikalität und Wissenschaftlichkeit. Und doch, das Minderheitenpapier ist davon noch weiter entfernt als das andere.

Beispielhaft möchte ich beide Papiere daraufhin prüfen, wie sie eines der bedeutendsten Hemmnisse unserer Parteientwicklung — die Politik in und mit der Jugend — untersuchen. Im Mehrheitspapier wird das Problem erwähnt, m.E. zu spät und zurückhaltend in der Beurteilung der Tätigkeit unserer Genossinnen und Genossen in MSB und SDAJ.

In dem Papier, das Schonungslosigkeit, Erneuerung für sich beansprucht, das von den Vertretern der Jugendverbände mitverfaßt, mitunterschieden ist, dem Minderheitenpapier, findet sich kein einziges Wort zu diesem dramatischen Zustand. In dem ich viel eher den Schlüssel für den Zustand unserer Partei sehen würde. Ein merkwürdiger Zufall für den, für den „Zufall“ zum politischen Vokabular gehört.

Vor einigen Tagen hat mir ein Genosse einen guten Vergleich genannt. Er hat aufgrund anderer Ursachen (unentwogene Aktivität über einen langen Zeitraum) davon gesprochen, seine Parteigruppe sei jetzt es sei wie mit einer Kerze, der der Teig ausgegangen ist.

Nun, was ist der Teig einer kommunistischen Partei — das ist — mußte sein — die nachrückende Avantgarde mit ihrer revolutionären Ungeduld, unverbrauchten Ideenreichtum, ihrer Kraft, ihrer Unabhängigkeit und ihrem Mut. Es ist die Jugend, die zunehmend in unseren Reihen fehlt und die es an sich — zumindest zeitweise — nicht erlaubt, sich das zuzugestehen. Der Frage, warum sie fehlt, der dürfen wir doch nicht ausweichen.

Wie wollen wir mit einem Blick nach vorne, mit einer Hoffnung von einem Parteitag gehen, wie wollen wir uns mit diesen beiden Papieren beschäftigen, in denen diese Frage nicht angegangen wird? Warum ist es uns nicht gelungen, in dem letzten Jahrzehnt mehr Jugendliche in die Partei zu bekommen? Warum sind wir für Jugendliche in einer solchen, nicht lediglich Orientierungslosen, sondern auch falsche Orientierungen anbietenden Zeit keine weltanschauliche Alternative? Warum ist es uns nicht gelungen, den Schub, den wir nach 1968 gehabt haben, auch unter anderen Bedingungen zu nutzen? Wo sind die Jugendlichen, die Häuser besetzt haben, in unseren Reihen? Wo sind die Jugendlichen, die an der Startbahn-West gestanden haben? Wo sind die autonomen Jugendlichen in den Antifa-Initiativen? Warum werden so wenig von ihnen Mitglieder in der antifaschistischen Partei? Wo sind die christlichen Jugendlichen in unseren Reihen, die im Unterschied zu schon manchen sich in der BRD „wohl-fühlenden“ marxistischen Jugendlichen die Zustände, die Politik für unerträglich halten. Für so unerträglich, daß ihrem politischen Einsatz für Nicaragua, Sudafrika, gegen die Armut in unserem Land Mit- und den im besten Sinn zugrunde liegt?

Wo sind sie? Diese Frage zu beantworten haben uns bisher leider auch die Vertreter der Jugendorganisationen der selbständigen Jugendorganisationen nicht geholfen, die bei uns im Parteivorstand sind. Und Birgit Radow, wenn du das so saßest, vorhin sagst, die Frauenpolitik in der SDAJ sei auf den Hund gekommen, dann mußt ich sagen: Ich bin nun wirklich keiner, der auf Formen oder auf irgend so etwas Wert legt. Ein saßest Diskussionsbeitrag ist mir tausendmal lieber als ein von hinten bis vorne glatter. Aber weißt du, was du mit einer solchen hingeworbenen Bemerkung auslöst? Du erbst uns doch noch viel depressiver aus dieser Parteivorstandstagung als ich zum Beispiel sowieso schon hier bin. Ich habe.

Es hat noch nie eine Periode in der Zeit in der ich im Parteivorstand gewesen bin gegeben, in der so wenig informiert worden ist über den Bereich der Studentenpolitik und Arbeitsjugendpolitik, über die Arbeit der Genossinnen und Genossen an den Hochschulen und im MSB. Ich erinnere mich mit großer Freude an die Beiträge der früheren MSB-Vorsitzenden im PV, Steffen Lehnardt, Beate Landefeld und anderen, die mir immer, obwohl ich jahrelang aus der Studentenpolitik her aus war, die Überzeugung vermittelt haben, daß ich mitreden, ich weiß, was an den Universitäten los ist. Ich weiß vor allem, welche Politik unsere Genossinnen und Genossen an den Hochschulen machen. Und genauso waren die Beiträge der früheren SDAJ-Bundesvorsitzenden im PV, Werner Stürmann, Wolfgang Gehrecke u.a. Das sind Defizite in unserer Parteivorstandsarbeit und Defizite, die sich nieder-

schlagen, wenn es um die Auswertung von PV-Tagungen in der ganzen Partei geht. Wir müssen uns der Beschränktheit der Wirkung der Papiere bewußt sein, die wir der Partei vorlegen und dort zur Diskussion stellen, und auch der Beschränktheit der Ergebnisse. Das gilt gleichermaßen für das Dokument „BRD 2000“. Ihr werdet mir nicht verübeln, daß ich eine gewisse Genugtuung darüber empfinde, daß meine ablehnende Position zu „BRD 2000“ zumindest von Teilen der Parteibasis getragen wird, wie die spontane Reaktion auf dieses Dokument gezeigt hat. Ich gehe davon aus, daß von diesem Dokument keine Faszination für den radikalen Teil der Jugendlichen, für die im übrigen Marginalisierten, für den Klassenbewußt denkenden, Gewerkschaftler und radikalen Intellektuellen, also unsere Zielgruppen, ausgeht wird.

Diese Papiere passen nicht in eine Situation, die geprägt ist durch Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes, durch das monopolistische Patronat ganzer Regionen, durch die über Gesundheit und Leben der Menschen und Natur sich hinwegsetzenden Profiteure der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch ungeheuren Reichtum mit all seinen abschreckenden media vermittelten Erscheinungsformen, durch geplante Widesstandsaktionen, vor allem ungeheuren Bewußtseinsgewinner Arbeitenden Widerstand ohne den gewünschten Erfolg anbelangt, zunehmendes Klassendanken unter ihnen auf der anderen Seite.

In dieser Situation hätte ich mir einen Parteitag unter dem Motto „Krieg den Palästen — Friede den Hütten“ gegen die

Zweidrittelgesellschaft — für soziale Gerechtigkeit“ gewünscht. Davon hätte ich mir etwas versprochen für das Profil und das Weiterkommen unserer revolutionären Partei (...).

Ein Argument zum Schluß: Das ist nicht in erster Linie moralisch gemeint, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Ausstrahlungskraft unserer Partei. Wir leben in einer Zeit, in der Entsolidarisierung, Ellenbogenmentalität, in einer Zeit, in der politischer Kassenismus angesagt ist, in einer Zeit, in der große Teile der Jugend parlamentarieren und genauso werden wie die, von denen sie sich ursprünglich unterscheiden haben. Wir leben in einer Zeit, in der Profa immer mehr die Politik bestimmen, das Bild dieser Berufspolitiker aber immer mehr verblaßt und die Häßlichkeit dieses Typus von Politiker und der Typus von Parteien erkennbar werden. Welche Chance hätten wir als eine Partei, die sich nicht als Partei des kleinkarierten Gezänks, nicht als Partei, in der — und meine Formulierung, lieber Thomas Hamme, werde ich nicht vergessen — „Personalpolitik wichtiger ist als Jugendpolitik“, nicht als Partei, die so wird wie die anderen, nicht als Partei, die ständig von „Politik“, „Tragfähigkeit“ u.ä. spricht, sondern als Partei, die sich als solidarische Kampfgemeinschaft versteht, die angeordnet ist, liebe Birgit Radow, nicht nur die Welt zu „interpretieren“, sondern sie zu verändern. Welche Chancen hätten wir, wenn wir uns gerade jetzt als solidarische Kampfgemeinschaft darstellen. Wir werden diese Chance auf dem Parteitag nicht nutzen.

(aus: DKP-Informationen 13, September 1988)

Herbert Mies

DKP-Minderheit nicht produktiv

Zwischenzeitlich schien in der DKP das Bemühen erkennbar, die aufgetretenen Widersprüche nach dem Münchener Wertschuß vom Anfang September nicht allzuweit hochzukochen. Intern machten diverse für den Frankfurter Parteitag im Januar 1989 angestellte Personalüberlegungen zur Schlichtung die Runde, deren originellste die Besetzung des Parteivorstandes mit Vertretern beider Flügel (kann-ten wir bisher nur von den Grünen) war, die bisherige zweite Vorsitzende Ellen Weber und der Hamburger DKP-Chef Wolfgang Gehrecke. Andere wiederum favorisierten Herbert Mies als möglichen Kompromisskandidaten beider Flügel. Ob das nach seiner jüngsten Veröffentlichung noch zutrifft, darf bezweifelt werden. Der Parteivorsitzende trat am 14. Oktober via UZ noch einmal vor die Mitgliedschaft. Zwar heißt er per Überschrift verkünden „Was uns einigt, ist stärker als das, was uns trennt“, doch verschärfte Mies mit diesem Beitrag die Trennungslinien.

„Eine ernste und einmalige Lage“

Herbert Mies bemüht wieder seine Dialektik, die uns nicht immer leicht verständlich ist. Er konstatiert zwar, daß „sich die gesamte Linke der Bundesrepublik in einer krisenhaften Situation befindet“ und beruht dabei auch Teile der Gewerkschaften mit ein, stellt dann aber fest, daß die Partei sich im „Spannungsfeld zwischen neuen großen Chancen der Auswertung unserer geistigen Ausstrahlungskraft einerseits und unserer begrenzten, ja schwächer gewordenen Kraft andererseits befindet.“ Man kann vermuten, daß Mies damit auf im wesentlichen subjektive Ursachen der Krise abheben will. Dafür spricht, daß er nachfolgend den Gedanken entwickelt, daß die Feinde der Kommunisten herzuwanden den Gedanken, die DKP zu isolieren, sie kleinzukriegen nicht aufgegeben hätten und „wenn sie nicht von außen aufbrechen, ist dann soll sie durch innere Schwächen in der Wahrnehmung ihrer Rolle nach draußen blockiert werden.“

Da erkennt man sie wieder, die alte DKP, die Krise der Partei ist im wesentlichen vom Klassenfeind gesteuert, die inneren Schwierigkeiten sind von außen hineingetragen. Das prädestiniert Mies nicht gerade zum Anführer des Neuen Denkens. Wir müssen die Wahrheit aussprechen, so der Vorsitzende. Es gehe der Minderheit um eine andere program-matische Entwicklung, eine andere Ideo-

logie, eine neue Führung. Etwas beläus-met uns der Vorwurf, die Minderheit wolle die DKP „welleicht sogar in eine reformistische Partei verwandeln“, schon an. Schließlich das Verdikt über die Bewertung des Minderheitspapiers: er müsse allen „widersprechen, die in der Existenz der Minderheitseinstellungnahme den ‚Auslöser‘ einer produktiven Diskussion sehen.“ Diese spiele sich allein in der Diskussionstribüne der UZ zum 9. Parteitag ab. Wenn die Minderheit mit dem Weg eines eigenen Antrags gehe, zie-le dies auf „Polarisierung“ auf eine „Kampfprobe“ ab.

Hiniergrund für diese Äußerungen dürfte oft und häufig einige heftig per-sonelle Auseinandersetzungen auf einigen der Parteitag vorbereitenden Kreis-e-gierten Konferenzen sein. Sie seien, so Mies, eine Herausforderung für die Partei, die dadurch „in eine sehr ernste und bisher einmalige Lage geraten“ sei, daß eine Reihe solcher Konferenzen „von einer Linie bestimmt werden, die sich setzen oder von einigen Führungen und führenden Genossen widersprochen oder auch gleichberechtigt im Räume stehen gelassen werden.“ Oder an anderer Stelle: „Erleben wir nicht (...), daß doch die Existenz von Linien spürbar wird und dann die Wahlen überlagert, teilweise durchdringt und in gewisser Weise verzerrt?“ Was ja wohl heißen soll, daß die Minderheit einige unerwartete Erfolge habe? Mensch fragt sich, warum dieses andeutende Kauderwelsch immer noch notwendig ist, auf einer Seite in der UZ zu verbreitet zu werden, um den Leuten heftige personelle Auseinandersetzungen zu signalisieren ohne sie direkt zu benennen. Deutlich genug waren sie. Öl ins Partierfeuer zu gießen und dem Beschwören der Parterspaltung (Mies: „Niemand in der Partei will die Spaltung“) neue Nahrung zu geben.

Einen Beitrag ganz anderer Art stellte das Parteivorstandsmitglied Herbert Lederer zu Debatte, der beide Ansätze in der Parteidiskussion kritisiert und stattdessen eine stärkere Orientierung auf die aktiven linken Potentiale, die heute politischen Widerstand leisten fordert. Wir dokumentieren seinen Beitrag gekürzt.

hr

Quellen

Herbert Mies, Was uns einigt, ist stärker als das, was uns trennt UZ 14.10.88 Diskussion der 3. Parteivorstandstagung der DKP vom 3./4.9.88, DKP-Informationen 13/Sept. 88. Zur Auseinandersetzung mit den DKP-Papieren siehe auch AK 298.

„Biographische Notiz“ über Leo Trotzki



Im Sommer 1917 schloß er sich den Bolschewisten an und zeichnete sich als der redigewandteste und zusammen mit Lenin einflussreichste Gegner des Februarregimes aus. Am 5. August 1917 wurde er von der Regierung Kerenski verhaftet. Zum Präsidenten des Petrograder (St. Petersburger) Sowjets gewählt, übernahm er die Vorbereitung, Organisation und Führung des Oktoberaufstands, der die Bolschewisten an die Macht brachte. Als erster Sowjetkommissar für auswärtige

1929 wurde er in die Türkei ausgewiesen, wo er bis zum Sommer 1933 auf einer der Prinkipo-Inseln lebte, seine Anhänger in vielen Ländern organisierte, ein *Bulletin der Opposition* veröffentlichte und die *Geschichte der Russischen Revolution*, *Mein Leben* und andere Bücher schrieb. 1929 begann er eine besondere Kampagne, um die kommunistische Bewegung zur Wachsamkeit angesichts der Gefahren des aufstrebenden Nazismus aufzufordern, aber seine Warnungen verfielen ungehört. 1932 wurde ihm die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen. Seine Anhänger und Familienangehörigen fielen der brutalen stalinistischen Verfolgung zum Opfer. Eine seiner Töchter, Anna, starb 1928; die andere, Nina, begann — krank, der sowjetischen Staatsbürgerschaft beraubt und von ihrer Familie im Rußland getrennt — 1933 in Berlin Selbstmord. Kurz darauf durfte Trotzki, der jahrelang von beinahe allen europäischen Staaten das Asylrecht verweigert wurde, nach Frankreich reisen, wo er zur Gründung einer *Vierten Internationale*rief. 1935 aus Frankreich ausgewiesen, fand er kurze Zeit in Norwegen eine Zuflucht und schrieb dort seine *Analyse der Sowjetgesellschaft unter der stalinistischen Diktatur: Verratene Revolution*. Auch dem Schauprozess gegen Sinowjew, Lunenjew und andere bedeutende Bolshewisten der Alten Garde und ihrer Hinrichtung (im August 1936) fügte sich die norwegische Regierung dem Druck Stalins; Trotzki wurde interniert, um zu verhindern, daß er den Betrug der großen Säuberungen* aufdeckte. Um diese Zeit hatte Stalins wütende Kampagne gegen den Trotzkiismus ihren Höhepunkt erreicht; in den Moskauer Prozessen wurde Trotzki als Hauptangeklagter in absentia verurteilt, zahllose Verschwörungen angesetzt zu haben, um Stalin, Wirtsch-

„Biographische Notiz“ aus: Leo Trotzki, Denksatzel – Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution. Herausgegeben von Isaac Deutscher, Georg Nowack, Helmut Dahmer, Frankfurt 1981

Lasar M. Kaganowitsch (Jg. 1893), Bolschewist seit 1911, nach 1917 politischer Kommissar in Südrussland und Turkestan. Enger Mitarbeiter Stalins, seit 1922 im ZK, 1928 Kandidat, 1930 Mitglied des Politbüros, 1926/29 ZK-Sekretär, Organisationsleiter der KPdSU, Nach dem Tod Ordchonikidse (1937) Leiter der sowjetischen Industrie. Am Stalin-Terror persönlich durch Aufstellung von Liquidationslisten beteiligt. Mehrfach als Sonderbeauftragter Stalins in die Ukraine entsandt. Seit 1947 stellvertretender, seit 1953 i. stellvertretender Ministerpräsident. 1957 aller Ämter enthoben, 1961 aus der Partei ausgeschlossen.

Viele Schriften Leo Trotzki's sind in der BRD nicht erhältlich. Eine Werkausgabe wie in Frankreich oder umfangreichere Ausgaben, wie sie für den englischen Sprachraum existieren, gibt es in der BRD nicht. In den siebziger Jahren ist einiges in kleinen Verlagen erschienen. Leider beruhen die meisten Ausgaben auf fehlerhaften Übersetzungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren, die schon damals von wehigen Idealisten mit unzureichenden Mitteln produziert wurden. Eine Neubearbeitung und entsprechende Anmerkungen, die den heutigen LeserInnen die Werke Leo Trotzki's verständlich gemacht hätten, übersteigen die Mittel dieser kleinen Verlage. Mittlerweile hat der Rasch und Röhning Verlag damit begonnen, eine auf 10 Bände angelegte Reihe von Trotzki's Schriften herauszugeben.* Die Übersetzungen sind alle überarbeitet worden. Die jetzt erschienenen ersten beiden Teilbände beschäftigen sich mit Trotzki's Analysen der Sowjetunion und des Stalinismus. Diese umfassen die Außenpolitik der Sowjetunion (z.B.: Völkerbund, Hitler-Stalin-Pakt usw.), die Wirtschaftspolitik (die ersten Fünfjahrespläne), die reaktionären Ansichten der Stalin-Fraktion zur Emanzipation der Frau, den Klassencharakter der Sowjetunion, usw.

Welche soziale Grundlage hat nun die Bürokratie in der Sowjetunion? Der sozialistische Staat hat von Anfang an einen doppelten Charakter: „Er ist sozialistisch, soweit er das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln schützt, und er ist bürgerlich, soweit die Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes, des kapitalistischen Wertesers, erfolgt, mit allen daraus resultierenden Folgen. ... Das definitive Gesicht des Arbeiterstaates wird von dem variablen Verhältnis zwischen seinen bürgerlichen und seinen sozialistischen Tendenzen bestimmt. Der Sieg des letzteren muß die endgültige Liquidierung der Gendarmen bedeuten, das heißt das Aufgehen der Staates in einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft.“ (3) „Die Bürokratisierungstendenzen, an denen die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder zu ersticken droht, werden sich auch nach der proletarischen Umwälzung bemerkbar machen. Doch es ist klar, daß das „Gesetz“ der Bürokratisierung sich um so stärker und unwirkbarer geltend macht, je ärmer die aus der Revolution geborene Gesellschaft ist. Der Bürokratismus wird dann entsprechend größeren Formen annehmen und kann die sozial-

Nach Trotzki) war eine weitere Ursache für den Sieg des Stalinismus das Ausbleiben der Revolution im Westen, und damit fehlte die nötige technische und materielle Hilfe, die den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion wesentlich erleichtert hätte. Krieg, Revolution und Bürgerkrieg hatten den Menschen sehr viel abgefordert. „So folgte auf eine beispiellose Anspannung der Kräfte, Hoffnungen und Illusionen eine lange Periode der Müdigkeit, der Niedergeschlagenheit und der direkten Enttäuschung über die Resultate des Umsturzes. Auf das Verheben des „plebejischen Staloz“ folgte eine Flut von Kleinmut und Strebertum. Auf dieser Welle schwang sich eine neue kompromittierende Schicht empor. Eine nicht geringe Rolle bei der Herausbildung der Bürokratie spielte die Demobilisierung der fünf Millionen Mann starken Roten Armee. Die siegreichen Kommandeure besetzten die leitenden Posten in den lokalen Sowjets, in der Wirtschaft, im Schulwesen und führten überall energisch das Regime ein, dem die Siege des Bürgerkrieges zu verdanken waren. So wurden die Massen allmählich von der faktischen Beteiligung an der Leitung des Landes ausgeschlossen.“ (7) „Es wäre naiv, zu glauben, der den Massen unbekannte Stalin sei plötzlich, mit einem fertigen strategischen Plan versehen, aus den Kulissen hervorgetreten. Nein, ehe er seinen Weg fand, fand die Bürokratie ihn. Stalin bat ihr alle nötigen Garantien: das Prestige eines alten Bolschewiken, starken Charakter, engen Horizont und unzerreißbare Verbindungen zum Apparat, der einzigen Quelle seines eigenen Einflusses. Der Erfolg, der ihm zweifel wurde, kam für ihn selbst anfangs ganz unerwartet. Er stieß auf gute Resonanz bei der neuen herrschenden Schicht, die sich von den alten Grundsätzen und von der Massenkontrolle zu befreien trachtete und für ihre inter-

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen Angelegenheiten einen verlässlichen Schlichter brauchte. Im Hinblick auf die Massen und die Revolutionäre sollte sich nun als unwürdiger Führer der thermidorianischen Bürokratie, als Erster in ihrer Mitte." (8)

Mit anderen Worten: Die Linke Opposition mit Trotzki hatte zwar die richtige Theorie, aber keine Massenbasis und mußte gegen Stalin, der die Bürokratie hinter sich wußte, unterliegen. Allerdings gibt es auch für die Bürokratie unlösliche Probleme. Die Sowjetbürokratie ist zwar in der Lage, moderne Technik aus dem Westen in der Sowjetunion einzuführen, aber je weiter die Entwicklung voranschreitet, umso mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten anhängt. ... In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik und Initiativfreiheit, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für Qualität. Die Qualitätsfrage wirft die sowohl komplizierte als auch grundlosere Aufgabe auf, die sich zusammenfassen läßt unter dem Begriff selbständiges technisches und kulturelles Schaffen, ... wo die Ideen sich nicht frei messen können, werden auch keine neuen Werte geschaffen. ... Die Diktatur des Proletariats dem Maße der menschlichen Genialität in dem gewählten Raum, wie sie auftritt. Diktatur zu sein. Die sozialistische Kultur wird nur in dem Maße aufblühen, wie der Staat absterbt. In diesem einfachen Gesetz liegt das Todesurteil für das heutige politische Regime in der UdSSR. Die Sowjetdiktatur ist keine Forderung abstrakter Politik, noch weniger eine der Moral." (9)

Nur mit Gewalt kann die Bürokratie gezwungen werden, die Macht wieder in die Hände der proletarischen Avantgarde zu geben. ... Die sozialen Wurzeln der Bürokratie liegen, wie wir wissen, im Proletariat: wenn es sie schon nicht aktiv unterstützt, so muß es sie doch wenigstens tolerieren. Wird das Proletariat aktiv, so hängt der Stalinsche Apparat in der Luft. ... Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalinsbürokratie und dem sich erhebbenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie keine Rede sein. Ihre entgegengesetzte Flucht würde auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen." (10)

Gorbatschows Anklagen sind moralisch

Für Gorbatschow, der selbst klar sieht, daß das überkommene "System der organisierten Verantwortungslosigkeit" (Buhro) die Stellung der Sowjetunion gefährdet, stellt sich auch die Frage der sozialen Basis der Diktatur. In der Büro-

Für Gorbatschow, der selbst klar sieht, daß das überkommene "System der organisierten Verantwortungslosigkeit" (Buhro) die Stellung der Sowjetunion gefährdet, stellt sich auch die Frage der sozialen Basis der Diktatur. In der Büro-

Gorbatschows Kritik an den Zuständen in der Sowjetunion bleibt auch recht unspezifisch: "Es gibt bei uns praktisch keine Erwerbslosigkeit. Es ist die Sache des Staates, für Beschäftigung zu sorgen. Auch einer Person, die wegen Faulheit oder Verletzung der Arbeitsdisziplin entlassen wurde, muß man eine Lohn-Gleichbehandlung hinaus in eine Nicht-Gleichmacheri ein durchgehendes Merkmal unseres Alltags. Selbst ein schlechter Arbeiter verdient genug, um völlig sorgenfrei zu leben. Die Kinder eines ausgesprochenen Schmarotzers werden nicht ihrem Schicksal überlassen." (11) "Sie sind schlechte Arbeiter, Drückeberger und Trinker. Eine kleine Minderheit legt die geltenden Gesetze und Praktiken nur zu ihrem Vorteil aus. Diese Leute geben der Gesellschaft wenig, und trotzdem bringen sie es fertig, alles mögliche und selbst das scheinbar unmögliche von ihr zu bekommen; sie leben von Einkünften, die nicht aus ihrer Arbeit stammen. ... Die einzigen, die sich über diese Veränderungen ärgern, sind diejenigen, die meinen, sie hätten schon, was sie brauchen." (12)

Gorbatschows Kritik bleibt immer moralisch, wendet sich gegen Außenseiter, "schlechte Arbeiter", "Schmarotzer", "Trinker" usw. Eine Untersuchung der Ursachen für den Zustand der Gesellschaft kann Gorbatschow nicht leisten, da er doch zu sehr im Stalinismus verhaftet bleibt (mehr dazu unten). Tatsächlich sind diese Fälle doch nur eine Seite der-

selben Sache. Egoismus, Faulheit und Alkoholismus sind eine wenn auch nicht sehr hilfreiche Art des individuellen Widerstands gegen die Zustände in der Sowjetunion. Die Verantwortlichen für diese Zustände bezeichnet Gorbatschow nebulös als "die einzigen, die sich über diese Veränderungen ärgern ...". Warum sollte ein Parteibürokrat auf seine Privilegien verzichten? Vielleicht weil er "ein Gewissen hat und am Wohl seines Volkes interessiert ist"? Die normale Bevölkerung hat sicher ein massives Interesse an der Änderung ihrer Lage, und das wären dann auch die Menschen, auf die sich die Perestroika stützen müßte. Möglicherweise würde dabei die KPdSU zu Bruch gehen, wie es Trotzki vorausgesehen hat, möglicherweise würden konterrevolutionäre Kräfte an die Macht kommen, genauso könnten die Sowjetmenschen auch da weitermachen, wo Lenin und die alte bolschewistische Garde Anfang der zwanziger Jahre aufgehört hat.

Gorbatschow hat sicher recht, wenn er fordert, "Arbeiter und Betriebsleiter, Trakturfahrer und Direktor, Journalist und Politiker — jeder hat Grund, seinen Arbeitsstil und seine Arbeitsmethoden zu überdenken, und jeder sollte seine Haltung kritisch beurteilen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, Trägheit und Konservatismus zu überwinden, um jedermann über sein Selbstgefühl anzupornen. ... In einigen Punkten sind wir vom Weg abgekommen und haben Normen übernommen, die uns fremd sind, unsere spießbürgerliche Konsummentalität ist nur ein Beispiel." (14) Eine Konsummentalität entsteht in Gesellschaften, in denen es keine andere Möglichkeit gibt als zu konsumieren, weil aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, Kreativität usw. bestraft wird, wenn sie die engen Grenzen des Erlaubten überschreitet. Schon in den dreißiger Jahren war dies gang und gebe. 1935 schrieb Trotzki: "Lassen wir einige Minuten lang die Gesetze und Institutionen beiseite und nehmen wir uns das Alltagsleben der großen Masse der Bevölkerung vor. Dabei wollen wir weder uns selbst noch anderen etwas vormachen und müssen doch eingestehen, daß in den Sitten und Gebräuchen das Erbe des zaristischen und bürgerlichen Rußland die Keime des Sozialismus noch bei weitem überwiegt. Dies beweist am überzeugendsten das Verhalten der Bevölkerung selbst, die sich bei der geringsten Erhöhung des Lebensstandards gierig auf die westlichen Fertigwaren stürzt. Die jungen Sowjetmenschen, häufig sogar die Arbeiter, sind bemüht, es in Kleidung und Verhaltensformen den amerikanischen Ingenieuren und Technikern nachzutun, mit denen sie gelegentlich in der Fabrik eng in Berührung kommen. Die Industriearbeiterinnen oder weibliche Büroangestellten verkleiden die ausländischen Touristen mit den Augen, um ihnen Mode und Stil abzugucken. Die Glückliche, der dies gelungen ist, wird zum Objekt der allgemeinen Nachahmung. Statt der alten Haarwickel lassen sich die besser bezahlten Arbeiterinnen "Dauerwellen" drehen. Die Jugend schreibt sich mit Vorliebe in Kurse für "westliche Tänze" ein. In gewissem Sinne ist all dies ein Fortschritt." (15) "Meinen 'Nachahmung' 'Stil' will diesen Haarwickel lassen sich die besser bezahlten Arbeiterinnen 'Dauerwellen' drehen. Die Jugend schreibt sich mit Vorliebe in Kurse für 'westliche Tänze' ein. In gewissem Sinne ist all dies ein Fortschritt. Doch drückt sich darin nicht die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus aus, sondern lediglich die der kleinbürgerlichen Kultur über die patriarchale, die der Stadt über das Land, die des Zentrums über die Provinz und die des Westens über den Osten. Die privilegierten Sowjetschichten machen ihre Anleihen hingegen bei den höhergestellten kapitalistischen Kreisen, wobei die Diplomaten, Trüstedirektoren und Ingenieure, die häufig Gelegenheiten haben, nach Europa und Amerika zu reisen, als Schlichter fungieren. ... Doch sieht man nicht ohne Bitterkeit, daß die hohen Sendboten der Sowjetunion es nicht verstanden haben, gegenüber der kapitalistischen Zivilisation einen eigenen Stil oder auch nur irgendeinen selbständigen Zug zu entwickeln. Es fehlt ihnen an der Standfestigkeit, den äußeren Glanz zu verachten und die nötige Distanz zu wahren. Ihr Hauptehrgelz besteht gewöhnlich darin, sich so wenig wie möglich von den perfekten bürgerlichen Snobs zu unterscheiden. Mit einem Wort, in ihrer Mehrzahl fühlen und benehmen sie sich nicht wie die Vertreter einer neuen Welt, sondern wie gewöhnliche Emporkömmlinge." (15)

Die Doppelmoral der Familienpolitik Auch in anderen Punkten sind Gorbatschow und Co. "vom Weg abgekommen". In Bezug auf die Frauenemanzipation vertritt er die reaktionäre Ansicht, (...) man müsse es den Frauen ermöglichen, zu ihrer eigenständigen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren." (16)

Mit diesen Äußerungen ist Gorbatschow weit hinter Lenin zurückgefallen. So schreibt Lenin in seiner Broschüre "Die Große Initiative": "Die Frau bleibt nach wie vor Hausklavin, trotz aller Be-

freiungsgesetze, denn sie wird erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt, von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer fesselt und sie ihre Schaffenskraft durch eine geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abtölpelnde, niederdrückende Arbeit vergeuden läßt. Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter Führung des am Staatsruhr stehenden Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hausarbeit oder, richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt. Schenken wir dieser Frage, die theoretisch für jeden Kommunisten unbestritten ist, in der Praxis genügend Aufmerksamkeit? Nein und abermals nein." (18)

Eine Aufteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau wurde nie diskutiert. Heute gibt es sicher genügend Kindergärten usw. in der Sowjetunion, aber ist diese Frage für Gorbatschow noch so theoretisch unbestritten wie für Lenin? Ganz im Gegenteil. Gorbatschow vertritt hier lupenreinen Stalinismus. In den dreißiger Jahren wurde die Abtreibung in der Sowjetunion verboten, die Scheidung erschwert, die Kleinfamilie verwandelt sich in die Keimzelle des Sozialismus. (19)



Trotzki kritisiert die Doppelmoral der stalinistischen Familienpolitik. "Es ist nicht gelungen, die alte Familie im Sturm zu nehmen. Nicht, weil es an gutem Willen gemangelt hätte. Auch nicht, weil die Familie so fest in den Herzen verwurzelt wäre. ... Leider erwies sich die Gesellschaft als zu arm und zu unkultiviert. Die realen Mittel des Staates entsprachen nicht den Plänen und Absichten der kommunistischen Partei. Man kann die Familie nicht einfach abschaffen, man muß sie durch etwas anderes ersetzen. Eine wirkliche Befreiung der Frau ist auf der Basis des verallgemeinerten Mangels nicht zu verwirklichen. ... Zurück zu Heim und Herd! Aber Küche und Wäsche zu Hause, was heute von den Journalisten und Rednern halb verächtlich gepriesen wird, bedeutet für die Arbeiterfrauen ein Zurück auf die Treppe und Tröge, zu alten Sklaverei. Die Revolution der Kommintern (vom 20.8.35. E.W.) über den 'vollständigen und unwiderstehlichen Sieg des Sozialismus in der UdSSR' klingt kaum überzeugend für die Hausfrauen der Urstädte!" (20)

Auf dem Land war es nicht anders. Ursprünglich sollte die Kollektivierung die Lage der Frauen verbessern. Tatsächlich hat sich für die Frauen nichts geändert. Von der Kolchose bekam der Bauer nur Brot und Viehfutter, Fleisch, Milchprodukte und Gemüse stammten von der eigenen Parzelle. "So bündelt die Parzellenwirtschaft, indem sie zur Grundlage für den häuslichen Herd wird, der Frau ein doppeltes Joch auf." (21)

"Die massenhafte Verwahrlosung von Kindern ist zweifellos das unbestreitbare und tragischste Symptom für die harte Lage der Mütter. In dieser Frage ist selbst die optimistische Prawda manchmal zu bitteren Geständnissen gezwungen. 'Die Geburt eines Kindes ist für viele Mütter eine ernste Bedrohung ihrer Lage...' Eben deshalb hatte die Revolutionsmacht der Frau das Recht auf Abtreibung gebracht, das, wo Armut und Familienjoch weiterhin existieren, eines der bedeutendsten politischen und kulturellen Bürgerrechte ist — was die Eunuchen und alten Jungfern beiderlei Geschlechts darüber auch sagen mögen. ... Nach dem Staat seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt zu haben, die Frauen, die zur Abtreibung Zuflucht nehmen mußten, die notwendige medizinische Hilfe und hygienische Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, wurde das Steuer zur Verfügung genommen und erneut der Weg des Verbotes eingeschlagen. Wie schon bei anderen Gelegenheiten macht die Bürokratie aus der Not eine Tugend. So, Mitglied des Obersten Sowjetgerichts und Spezial-

list für Ehefragen, begründet das bevorstehende Abtreibungsverbot mit dem Hinweis, daß in der sozialistischen Gesellschaft, wo die Arbeitslosigkeit überwunden ist, wo, die Frau kein Recht habe, auf 'Mutterfreuden' zu verzichten. Philosophie eines Pfaffen, der zudem noch die Macht eines Gendarmen ausübt!" (22) "Wir brauchen Leute, von Solz, vor den Bespitzungen (=verwahrloste Kind, E.W.) die Augen verschließend. Dann seien Sie so freundlich und gebären Sie selber weiche, würden die Millionen verkrüppelter Frauen dem Richter zusehen, hätte die Bürokratie sie nicht zum Schweigen gebracht. Diese Herren haben offenbar vollends vergessen, daß der Sozialismus die Ursachen beseitigen soll, die die Frau zur Abtreibung zwingen, anstatt ihr die 'Mutterfreuden' durch schäbige Eingriffe der Polizei in ihr Intimleben aufzuzwingen." (23) Auch an Trotzki's Position wird deutlich, daß in der Sowjetunion nie eine Debatte über das Recht der Frau auf Bestimmung über ihren eigenen Körper geführt wurde. (24)

"Das materielle und kulturelle Verzagense des Staates führte zur feierlichen Rehabilitierung der Familie, die — Welch Wunder der Korrekturen — auch gleich mit der Rehabilitierung des Rubels zusammenfiel. (25) Statt offen zu sagen: 'Es hat sich gezeigt, daß wir noch zu arm und zu

uneitbare Formel des Kommunismus setzt also Überfluß, Gleichheit, allseitige Entfaltung und hohe kulturelle Disziplin der Persönlichkeit voraus. ... Auch ein Mausestel plagt sich unter der Peitsche seines Treibers nach seinen Fähigkeiten, woraus nicht folgt, daß die Peitsche für den Mausestel ein sozialistisches Prinzip ist. Die Lohnarbeit hört auch unter dem Sowjetregime nicht auf, das erniedrigende Brandmal der Sklaverei zu tragen. Die Bezahlung nach der Leistung — in Wirklichkeit Bezahlung zum Vorteil der 'geistigen' auf Kosten der körperlichen, insbesondere der nichtqualifizierten Arbeit — ist eine Quelle von Ungerechtigkeit, von Unterdrückung und Zwang für die Mehrheit, von Privilegien und frohem Leben für die Minderheit. Statt offen zuzugeben, daß in der UdSSR noch die bürgerlichen Arbeits- und Verteilungsnormen vorherrschen, schnitten die Autoren der Verfassung das integrale kommunistische Prinzip entzwei, verteilte die zweite Hälfte auf eine unbekannte Zukunft, erklärte die erste für bereits verwirklicht, verquicken sie mechanisch mit dem kapitalistischen Akkordlohnsystem, nannten das ganze ein Prinzip des Sozialismus und errichteten auf diesem Betrug das Verfassungsgebäude!" (26)

Aus den oben angeführten Beispielen wird deutlich, daß Gorbatschow in vielen Punkten noch dem Stalinismus verhaftet bleibt. Kein Wunder, daß Leo D. Trotzki nicht rehabilitiert wird. Der wesentliche Unterschied zwischen Gorbatschow und Trotzki ist: Während Trotzki sich immer fragt, wie weit die Verwirklichung der kommunistischen Utopie schon gegangen ist, wo die Probleme liegen, ob bürgerliche Normen zurückgedrängt werden konnten oder ob die momentanen Ziele nicht erreicht werden konnten, weil das Land zu zurückgeblieben, zu arm usw. war, sehen wir bei Gorbatschow den völligen Verzicht auf die Verwirklichung der Utopie, der dann auch theoretisiert wird, z.B.: durch die Berücksichtigung der "objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten", der "Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung", der "vernünftigen Gebrauch der Ware-Geld-Beziehungen und den Einsatz materieller und geistiger Anreize." (30) Dies ist nichts anderes als die Beibehaltung bürgerlicher Verteilungsnormen. Den Kommunismus gibt es nur noch in Sonntagsreden. "Wir gehen einer neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir nicht abweichen." (31) Trotzki's Schriften sind immer noch hilfreich, wenn man/frau sich die Frage stellt, inwieweit sich die Sowjetführung tatsächlich vom Stalinismus gelöst hat.

Die vorliegende Trotzki-Ausgabe ist durch sehr ausführliche Anmerkungen auch für Leute, die sich noch nie mit Trotzki und der Geschichte der Sowjetunion beschäftigt haben, verständlich.

E.W./ Königswinter

* Trotzki, Schriften Band 1.1, Sowjetgesellschaft und Stalinistische Diktatur 1929-1936; Bd. 1.2, 1936-1940, jeweils DM 68,- im Jahr des Erscheinens, danach DM 78,-. Rasch und Röhning-Verlag, Hamburg 1988.

* Trotzki, Schriften Band 1.1, Sowjetgesellschaft und Stalinistische Diktatur 1929-1936; Bd. 1.2, 1936-1940, jeweils DM 68,- im Jahr des Erscheinens, danach DM 78,-. Rasch und Röhning-Verlag, Hamburg 1988.

- Anmerkungen:
1. Leo Trotzki, Schriften 1, Bd. 1.1, Hamburg 1988, S.457.
 2. ebenda, S.458f.
 3. ebenda, Bd.1.2, S.348.
 4. ebenda, S.747f.
 5. ebenda, S.777f.
 6. ebenda, S.726.
 7. ebenda, S.764f.
 8. ebenda, S.767f.
 9. ebenda, S.976f.
 10. ebenda, Bd. 1.1, S.400f.
 11. Michael Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S.24.
 12. ebenda, S.35.
 13. ebenda, S.35.
 14. Leo Trotzki, Bd. 1.2, S.885.
 15. Wladimir I. Lenin, Die große Initiative, LW Bd. 29, Bonn (DDR), S.419.
 16. Kai T. Diekmann, Die Frau in der Sowjetunion, Frankfurt/New York 1977, S.131f. "Im November 1935 war die Abtreibung wieder erlaubt".
 17. Kai T. Diekmann, ebenda, S.142f.
 18. Leo Trotzki, Bd. 1.2, S.838f.
 19. ebenda, S.839f.
 20. ebenda, S.841f.
 21. ebenda, S.843.
 22. Näheres siehe Alix Holt, Die Bolschewiki und die Frauenunterdrückung, in: Annick Mahaim, Alix Holt, Jacqueline Helmen, Frauenbewegung und Arbeiterbewegung, Frankfurt 1984, S.106f.
 23. ebenda.
 24. ebenda, S.842f.
 25. ebenda, S.843.
 26. Michael Gorbatschow, ebenda, S.35.
 27. Leo Trotzki, Bd. 1.2, S.890f.
 28. Michael Gorbatschow, ebenda, S.28.
 29. Michael Gorbatschow, Ende zum 70. Geburtstag der Oktoberrevolution, Köln 1987.



Die Herbstausgabe des Jugendmagazins „für den Endzeit-Adgang“ ist erschienen. Schwerpunktthema diesmal: Junge Frauen

- „Der nette Junge von nebenan“ — Gewalt gegen Frauen kommt auch dicht im Bekanntenkreis vor. Es ist ganz schön schwer, über das Thema zu schreiben.
- Interview: „Oder eben auf den Strich zu gehen, um für dich selbst zu sorgen.“
- Ein Textauszug aus Alexandra Kollontaj — Die Situation der Frau
- sowie das Programm für den „Frei, Frech, Feministisch“-Mädchen- & junge Frauen-Kongress am 22./23.10. in Köln. Außerdem:
- Aids ist kein Thema mehr: ... Darüber wurde dann glatt vergessen, daß Aids für die überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft überhaupt kein Problem ist. Hauptsache, mensch kann laut schreien und viel Angst haben, dann ist alles andere nicht mehr so wichtig. Und heute? Aids ist kein Thema mehr. Geblichen ist die Angst.
- Dahem im Heim???
- IWF-Demo in Westberlin — Fotoseite.
- Ganz freiwillig: nationalsozialistisches Jahr — über die Zwangsbeschäftigungspläne gegen Junge Frauen.
- „Arbeitsunwillige Jugendliche“.
- Vorsicht! Jugendgefährdend: Comics von Reiser.

• Hafenstraße: Eine Parole wirbelt Staub auf. ... Auch wenn wir uns gewünscht hätten, daß wir ohne ständige Bedrohung uns mehr Gedanken dazu machen, wie für uns Solidarität mit den Palästinensern aussehen kann, wie wir uns gleichzeitig aber auch unmissverständlich von der antijüdischen Hetze abgrenzen, für die Deutschland weltberühmt ist.“ Dazu zwei Dokumente: Einmal Erich Fried — zum Boykottaufruf gegen Israel, zweitens eine Erklärung des Hafenstraßenplenums zu ihrer Parole.

- Wettkampf der Städte — Sanierungspolitik in Hamburg.
- Schleswig-Holstein: Wo bleiben die Gesamtschulen? Am 8. Mai hat die CDU ja den Regierungsdirektor an die SPD abgegeben. Was verspricht sie uns in ihrer Werbung/ihrem Wahlprogramm??
- Blockierte Atomtransporte — Doch diese Nacht soll der Betrieb mittels einer Blockade gestört werden. ...
- Ich hab keine Lust mehr im Regen zu stehen

Marius Müller-Westerhagen fragt sich in einem Lied: „Warum hab ich bloß den Bullen erschossen...?“

Soweit der Inhalt der neuen KARAMBOLAGE. Herausgeberin ist die kb-jugend in Zusammenarbeit mit BWK-Jugend und sozialistischen Teilen des GABBA.

Kontakt: Karambolage c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20. V.i.S.d.P.: Olaf Berg, c/o Kontakt.

Bezugsbedingungen: Im Abo 10,-DM (Vollverdiener 20,-DM) für 5 Nummern überweisen auf das Konto: Olaf Berg 1261-452203, Haspa, BLZ: 200 505 50. Stichwort „abo“ + Lieferadresse angeben!

Wer die Karambolage weiterverkaufen möchte, melde sich bei uns, wir freuen uns darüber sehr!!! Über Spenden auf obiges Konto freuen wir uns natürlich auch. Unsere Anzeigenpreisliste senden wir auf Wunsch zu.

mo., kb-jugend



Fünf Jahre nach der letzten Ausgabe liegt die achte überarbeitete Fassung der Broschüre „Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden“ vor. Wieder sind Erfahrungen von Sanis an den Bauzäunen der Republik und bei kleineren und größeren Polizeieinsätzen verarbeitet und Anregungen und Kritiken von LeserInnen und PatientInnen aufgenommen worden. Seitdem 1978 in Berlin die erste Ausgabe von „Selbstschutz und Erste Hilfe...“ erschien, wurde das Heft ständig auf den neuesten Stand gebracht.

Die neu eingesetzten Polizeiwaffen haben dazu gezwungen, deren technische Daten und medizinische Auswirkungen zu ermitteln. Schon fast klassisch: Die Kopfplatzwunde am Hinterkopf nach Knüttel Einsatz gegen Fliehende und die Knochenbrüche an Unterarm und Mittelhandknochen, die immer dann entstehen, wenn sich Menschen gegen Polizeiknäuel zu schützen versuchen. Eine Vielzahl anderer demonstrationstypischer Verletzungen ist noch dazugekommen: die teilweise hartnäckigen Reizungen der Augen, Haut und Atemwege nach CNCS-Einsätzen, die schweren Prellungen und Brüche durch den Sturz von Hochdruckwasserwerkern und — nicht zuletzt — die psychischen Zusammenbrüche von Menschen, die im wüsten

Sinne des Wortes „unter die Polizei“ geraten.

Herausgegeben wird die Broschüre von der Redaktion Straßenmedizin, deren Selbstverständnis sie selbst so beschreibt: „Mit wir machen, ist eine mehr oder weniger organisierte Form von Selbsthilfe, Kurse in Initiativen und Gruppen und auch diese Broschüre sollen unser Wissen weitervermitteln, gerade auch deshalb, weil wir kein alternatives Rotes Kreuz sind und niemandem die eigene Verantwortung abnehmen wollen. Außerdem entscheiden wir von Anlaß zu Anlaß, ob wir an einer Demonstration, Hausbesetzung, Blockade oder anderen Aktion teilnehmen: Die individuelle politische Entscheidung steht vor der Absicht, anderen die Augen zu spülen. Aus diesem Grund sind Demos nicht mal hier, mal da zu finden, in Wöckersdorf, auf den Bannern Rheinwiesen, in der Hafenstraße, vor Atomkraftlagern, in Kreuzberg, bei antifaschistischen Kundgebungen, in kleineren und größeren Städten, bei ausdrücklich gewaltfreien Aktionen ebenso wie bei militanten Demos.“

Diese Broschüre enthält auf 64 Seiten wertvolle Tipps, wie man sich bei Demonstrationen verhalten sollte, die in eine Konfrontation mit der Polizei geraten, es wird allgemein verständlich medizinisches Wissen vermittelt, wodurch der Horror minimiert wird (das ist für die Verletzten wichtig, aber auch als Gegenmittel gegen Panik).

Alles in allem eine Broschüre nicht nur für Straßenkämpfer, sondern eine notwendige und brauchbare Information für all diejenigen, die nicht mehr im Glauben schweben, die Polizei habe Samthandschuhe an.

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden
Mit Rechtshilfeti
64 Seiten DIN A5

Bestellungen an: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 040-435346. Einzel Exemplar 6,- DM



Anzeige

Anzeige



Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:

isp-Verlag GmbH - Postfach 11 10 17
D-6000 Frankfurt/M. 1
176 Seiten - 19,80 DM
ISBN 3-88332-151-6

Anzeige

FÜR EINE ANTI-RASSISTISCHE BEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

Broschüre der Darmstädter Initiative gegen Rassismus, 44 Seiten, 4 DM

Die historischen Wurzeln des Rassismus werden erklärt und daraus der Weg für eine

daraus der Weg für eine anti-rassistische Bewegung aufgezeigt

Anfordern bei: K.Müller, Postlagerkonto 017850 D, 61 Darmstadt 11 gegen Verrechnungsscheck oder Vorkasse von 4 DM + 2,50 DM für Versand auf Konto: Sparkasse DA, Btz 3080159, Kt 118017617, Initiative gegen Rassismus

Die CONTRA-Connection

Eine Buchbesprechung

Als die Irangate-Affäre bekannt wurde, regte sich alle Welt über die Tatsache auf, daß die USA geheime Waffengeschäfte mit dem Iran trieben, weniger beachtet wurde schon, daß ein großer Teil des Gewinns dieser Geschäfte an die CONTRA in Nicaragua floß. Und dennoch warf dies ein Schlaglicht darauf, wie diese konterrevolutionäre Bande im Stillen finanziert wird. Jahr für Jahr wird in der us-amerikanischen Öffentlichkeit ein Ritual zelebriert, wenn es um das scheinbare Pro und Contra der Unterstützung der CONTRA geht. Reagan fordert 140 Millionen für „humanitäre Hilfe“, die „Demokraten“ sind dagegen, schließlich werden 100 Millionen bewilligt. Die ganze Aufmerksamkeit wird auf diesen einen Aspekt der CONTRA-Unterstützung gelenkt, während von der Öffentlichkeit fast unbemerkt die Fäden ganz anders gesponnen werden.

Im konkret-Literatur-Verlag ist jetzt ein Buch erschienen, in dem die vielfältigen Fäden der internationalen Reaktion und Konterrevolution zur CONTRA aufgezeigt werden. Ausgehend von einem Kapitel über die us-amerikanischen Interessen in Zentralamerika, den Machenschaften der Reagan-Regierung kommt das Buch dann zu seinen stärksten Teilen, der konkreten und detaillierten Beschreibung der Unterstützung der CONTRA durch bundesdeutsche Organisationen und Parteien. Daß die CDU/CSU ein Freund der CONTRA ist, hat mensch ja schon immer gewußt. Hier erfährt mensch aber die fünf großen Ws: Wer hat Was, Wann, Wo und Wie gemacht. Da ist beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), in der BRD gerade mal bekannt als Geldwaschanlage für die CDU,

Aber so harmlos, wenn Geldwaschen für die CDU überhaupt harmlos sein kann, ist dieser Verein nun einmal nicht. Die KAS ist ein zentrales Kettenglied zwischen der „Inneren Front“ in Nicaragua und der militärischen CONTRA. Eine offizielle Unterstützung der CONTRA durch die CDU/CSU und die KAS gibt es

nicht, anders als aus den USA. Umso wichtiger ist es, die personelle Verquickung zwischen der „Inneren Front“, der CONTRA und der CDU/CSU zu verfolgen. Hierin liegt die Stärke dieses Buches, das detailliert, faktenreich und kaum angreifbar die Verbindungen auf den verschiedenen Ebenen darstellt.



Selbstverständlich „weiß“ jede/r Linke, daß die nicaraguanische Christdemokratie nicht selbstständig agiert, aber erst, wenn mensch weiß, daß sie zu 98% von außen finanziert wird, wird aus der ideologischen Überzeugung eine beweisbare Tatsache. In dieser Hinsicht liefert diese Zusammenstellung eine Fülle von Material. Darüberhinaus enthält es einen guten Überblick über die verschiedenen Teile der Opposition in Nicaragua und einen einleitenden Teil über die Strategie der USA in Zentralamerika.

Lassen wir einen Gegner der Sandinisten, Edgar Chamorro, ehemaliges Führungsmittelglied der CONTRA, der sich aufgrund der eindeutigen Bindung der CONTRA zum CIA von dieser abgewandt hat, zu Wort kommen: „In diesem Buch wird das dichte Netz der Zusammenarbeit von Contra-Unterstützungsgruppen aufgedeckt. Zum ersten Mal werden die Organisationen und ihre Methoden benannt, die die gewaltige Öffentlichkeitskampagne in Europa zur Unterstützung der CONTRA betreiben. Der Krieg der niedrigen Intensität gegen Nicaragua hat eine große politische und propagandistische Komponente. 80 Prozent dieses Krieges sind Propaganda und Desinformation. Hinter den Kulissen arbeiten die Manipulatoren der Medien und der öffentlichen Meinung nach allen Regeln der Kunst mit den modernsten psychologischen Techniken. Ihre Absicht ist es, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, daß sie ihren verdeckten und illegalen Krieg gegen Nicaragua rechtfertigen können.“

Als ehemaliger Contra-Chef (1981-1984) der FDN, der größten Contra-Gruppierung, war ich zuständig für Kommunikation und Propaganda. Ich kann sagen, daß dieses Buch die Quellen der CIA und ihres Unterstützungsnetzes in dem schmutzigen Krieg gegen Nicaragua dokumentiert. Die Informationen in diesem Buch sind ausführlich und präzise recherchiert.“

Es ist kein Lesebuch, auch wenn es oftmals so spannend zu lesen ist wie ein Krimi. Einen langjährigen AK-Leser erinnert es in vielem an die detaillierte Analyse der rechtsradikalen und faschistischen Szene der BRD durch die Antifa-Kommission. Kein Lesebuch, mehr ein hilfreiches und notwendiges Nachschlagewerk für alle, die sich mit den Machenschaften der Konterrevolution gegen Nicaragua beschäftigen.

DIE CONTRA-CONNECTION
Die internationalen Contra-Strategien
und ihre bundesdeutschen Helfer
Konkret-Literatur-Verlag, Hamburg, 1988

Zeitschrift der Linken.

ALTERNATIVE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

MOZ

Auszug aus dem Oktober-Menü

Österreich: Was sagen die Grünen zur Wahlrechtsreform?

Frauen im Knast: Ingrid Strobl und Wiener Hausbesetzerinnen

Interview mit Jutta Dürforth: „Wir mögen diesen Kapitalismus nicht“

MOZ-Streitgespräch über die Integration Österreichs in die Europäischen Gemeinschaften

Peru: Interview mit Abimael Guzman, Gründer des „Sendero-luminoso“

Alle lieben Perestrojka: Die neue sowjetische Ökonomie

JEDEN MONAT NEU IN DER TRAFIK

SCHNUPPER-ABO

COUPON: Nach Erhalt dieses Coupons und 85 70,- (DM 10,-, sfr. 10,-) schicken wir Ihnen die folgende Ausgabe der MOZ und die folgenden 2 Nummern. Wenn Sie die MOZ danach regelmäßig für mindestens 1 Jahr weiterbestellen, brauchen Sie nicht weiter dazu tun. Die MOZ wird sich von nun an monatlich (Juli/August Doppelnummer) in Ihren Briefkasten einfinden. Sie erhalten dann eine Rechnung über 66 220,- (DM 50,-, sfr. 50,-, Aut.-lands-Abo 63 350,- incl. Versand und MWST.) Studenten und Studenten: 30%.

Falls Sie aus finanziellen (oder anderen) Gründen nicht bereit sind, die MOZ zu abonnieren, genügt eine Karte an uns nach Erhalt des 2. Heftes mit einem diesbezüglichen Hinweis. Sie erhalten danach nur noch eine Ausgabe.

NAMEN, VORNAME

STR.

PLZ, ORT

DATUM, UNTERSCHRIFT

„Selbstverständlich kann ich meine Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen und bestimme dies durch meine Unterschrift.“

UNTERSCHRIFT (WICHTIG)

BITTE IN BLOCKBUCHSTABEN SCHREIBEN! Coupon und Geldschein(e) bitte an:

GRÜNDLICHKEIT VERLAG
MOZ
NEUERLEBENSSTRASSE 12
A-1160 WIEN
ÖSTERREICH

Die „Neue Anstößigkeit“ der GAL

40 Jahre „Hamburger Abendblatt“, ein Grund zum Feiern für die Zeitung, die als bürgerlich-seriöse, liberalere Variante der BILD fungiert. Viel Werbung, Veranstaltungen und eine 76seitige Sonderbeilage, in der Friede Springer — „Mein Mann der Verleger“ — des Gründers gedenkt.

Seit Tagen werden in einer Serie großformatiger Anzeigen all jene Zielgruppen-Vertreter, die dem „Abendblatt“ den innovativen Schub zur Erneuerung seiner viel zu alten Leserschaft geben sollen: Die Geschäftsleute der City gratulieren

und CDU — die Namen kann man getrost vergessen —, beim Kotau vor der Springer-Presse. Hanseatische Patrioten des Kalibers, denen man gerne mal in den Hintern treten würde, hassenswertes Establishment, vereint mit einem grauen Farbtupfer: Adrienne Gochler, Fraktionsvorsitzende der GAL-Frauenfraktion, die sich den rotierenden Vorsitz im höchsten zu vergebenden GAL-Parlamentsamt für die Schlußphase ihrer Abgeordneten-Tätigkeit ausbedungen hatte, um noch einmal Zeichen zu setzen für ihre Idee der Frauenliste. So geschehen.

vermeiden ließ. Gerade das aber macht die politische Katastrophe aus. Eine Dummheit verzeiht mensch gerne, das bewußte Kalkül entlarvt den Grad von Angepaßtheit und Verkommenheit der GAL-Politik. Dies hat auch der GAL-Vorstand nicht geschmalkt, der nur versucht, die Krise zu vertuschen, und nach außen das linke Image zu retten. Der großflächige Plakat- und Litfaßsäulenwerbung, der Anzeigenwerbung in über 300.000 Exemplaren „Abendblatt“ mit seiner Fraktionsvorsitzenden, wird eine kritische Anzeige in wenigen tausend „faz“-Exemplaren für die linke Leserschaft entgegengesetzt, die anhaltende Springerfeindschaft beschwört. Das paßt wie die Faust aufs Auge einer Doppelmoral, die bemüht ist Spuren zu verwischen:

1. Daß es gerade die vermeintlich verfehlte „Satire“ ist, die die Rolle der GAL treffender beschreibt, als wir es in unzähligen entlarvenden Artikeln könnten. Der Wert einer Adrienne Gochler oder einer anderen GAL-Frau auf einem Werbeplakat fürs „Abendblatt“ besteht gerade in (fast) jeder möglichen Form von Andersartigkeit. Wäre Adrienne nicht von sich aus auf diese Idee gekommen (ist sie's?), hätte der Werbefotograf sie haben müssen (hat er?). So demonstriert man bürgerliche Pluralität und Toleranz, so integriert man das Unangepaßte in einer parlamentarischen Demokratie. Der Integrationswert einer GAL, die sich darstellt wie die anderen, wäre Null, eine solcherart angepaßte „GAL“ wertlos. Die „Anstößigkeit“ der Querköpfe dagegen hat Wert — quod erat demonstrandum, oder so ähnlich.

2. „Hamburgs Fraktionsvorsitzende gratulieren zu 40 Jahren kompetentem Journalismus“ sollte über der Anzeige stehen. Stattdessen hat die GAL Jahre der „kritischen Begleitung“ als Änderung erklöpft. Das ist nicht nur innovativ und diskursiv, sondern auch dem „Abendblatt“ förderlich und ein Vorgeschmack auf grün-alternative Realpolitik in Verdrängung ihres Wortsinns.

3. Doppelmoral ist es, wenn die Realität einer Partei wieder und wieder beschönigt wird, wenn linke Bekenntnisse die republikanische Praxis verdecken sollen, statt sie zum Gegenstand von Auseinandersetzung zu machen, wodurch diese Bekenntnisse letztlich unglaubwürdig werden. Keinen anderen Sinn hat die Anzeige des GAL-Landesvorstands, der so agiert wie nahezu alle „linken“ grünen Landesvorstände: die tagtägliche Praxis dieser Partei zu vernebeln und Richtungsstellungs-Feuerwehr für den Teil der linken Klientel zu spielen, der kurz vor dem Absprung stehen könnte.

So wird selbst das verschüttet, was in der Not ehrlicherweise auch gesagt wurde (und mit Sicherheit demnächst demonstriert werden wird): „Am Abendblatt kommt frau nicht vorbei“, man arbeite so wieso täglich gut zusammen und sei mit dessen Berichterstattung über Rathaus und Ökologie „im Rahmen der Erwartungen auch zufrieden“. Das stimmt mit Sicherheit, genauso wie es ehrlicherweise rüberbringt, was Eingeweihte sowieso wissen: Das Verhältnis zwischen GAL und bürgerlichen Medien ist so etabliert, wie die Art und Weise der parlamentarischen GAL-Oppositionsrolle. Man braucht sie nicht, doch möchte man sie für die Renovierung des Parlamentsbetriebes auch nicht missen.

„Mir steht der Sinn nach neuen, schillernden Federn, nach Höhe und Tiefe, nach neuer Anstößigkeit“ beschrieb Adrienne Gochler in der „faz“ (1.10.88) ihre Aufgabenbestimmung der GAL-Frauenliste.

Anstößig? Allemaal!

hr.



Hamburgs Fraktionsvorsitzende gratulieren dem Hamburger Abendblatt zu 40 Jahren kritischer Begleitung.



zu 40 Jahren „steigender Nachfrage“, das „Cata“-Ensemble zu „unhaltendem Erfolg“, das Atlantic-Hotel zu „gutem Geschmack“, Hagenbecks Tierpark zur „Menschlichkeit“ usw. Die immerfröhlichen Jubel-Yuppies von „Radio Hamburg“ beglückwünschen zu „gutem Ton“. Fehlen darf unter den Gratulanten von Kohl bis Schmidt auch nicht die GAL, gerade sechs Jahre im Parlament, gratuliert sie zu „40 Jahren kritischer Begleitung“.

Das „Abendblatt“ hat sie im Bild veraninelt, die Vertreter unserer Volksgemeinschaft: drei Spießer aus SPD, FDP

„Ihre ABSICHT war Satire“, beschwört der GAL-Landesvorstand Kritiker dieser kostenlosen Werbung (kostenlos, wohlgeordnet, noch nicht mal drei Riesen für die Hafenstraße hat sie von den größten Hetzern gegen dieselbe genommen) unserer demokratischen Institutionen für die ebenso demokratische Institution Springer-Zeitung. Sicher war das versuchte Ironie. Die verdrehten Augen, das Zipfelchen der Hamburg-Fahne, Adrienne hat sich nicht einfach fotografiert lassen, sie hat sich etwas dabei gedacht, in Szene gesetzt, wie sie via „faz“

aktuell

Trommeln in der Nacht — Erfolgreiche Aktionen gegen IWF- und Weltbank-Tagung	4
Ein neuer Internationalismus?	6
Internationale Arbeitskonferenz der Atomwaffenverzicht-Kampagne	10
Walhalla rief — Zum Tod von Franz Josef Strauß	3
Türkischer Putschgeneral bei Weizsäcker	16
Freude über das NO, aber eine Diktatur bleibt eine Diktatur	1
Denunzianten und Spielbürger	1

AIDS

US-AIDS-Forschung im Streit	26
-----------------------------	----

Antifaschismus

Göttingen: Zurück zur Normalität — Antifa-Bündnis geplatzt	2
--	---

Antimilitarismus

Aktionen zur Nato-Parlamentarierversammlung in Hamburg	11
--	----

Arbeiterbewegung

Rheinhessen: Hält der Deckel auf dem Topf?	12
--	----

Asien

Zeitbombe Landreform — Gespräch mit Jaime Tadeo, Vorsitzender einer Bauernorganisation	18
Die Parole heißt jetzt: Befreit die Cordillera Peoples' Democratic Front	17

Ausländer in der BRD

Ist es bald zu spät für die „Spätaussiedler“?	30
---	----

Gentechnologie

Thesen zur Entwicklung der Gentechnologie	22
Dokumentation: Genomanalyse im Strafverfahren	28

Faschismus

November 1938: Ein Pogrom wird inszeniert	8
---	---

Gewerkschaft

DGB-Proteste gegen Änderung des BVG	13
Die IG-Chemie-Analyse der Umweltverschmutzung	14

Grüne

Trennung von Kirche und Staat bei den Grünen umstritten	31
Grüne Bruchstücke	31
Die „Neue Anstößigkeit“ der GAL	40

Lateinamerika

Chile: Linke Politik nach dem Plebiszit	20
El Salvador: Militär gegen linke Ausländer	19
„Die politischen Freiräume ausnutzen...“ — Interview mit Ugo Navarrete (FDR) zur Wahlbeteiligung der CD	18

Linke

Erneuerer wollen aussteigen — DKP und Atomkraft	35
Abschied von der traditionellen „Partei der Arbeiterklasse“	32
Interview mit Georg Füllberth zur Krise der DKP	36
DKP: Gegen die Normalisierung der Partei	36
Herbert Mies: DKP-Minderheit nicht produktiv	36

Realer Sozialismus

Trotzki über Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur	37
Was bringt die Perestrojka den Frauen?	29

Sozialpolitik

Niederlage für Bedürftigkeitsprüfung	15
--------------------------------------	----

Skandal

Celler Bomben-Ausschuß: Alte Enthüllungen und neue Reaktionen	2
Spionageprozeß gegen einen Hamburger Postler	16

ohne

Terminkalender	11
----------------	----

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Absender: An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4

..... 2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos,

Kto. Nr.
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

Ort, Datum Unterschrift

den (Unterschrift)